Akten zur Auswärtigen Politik
der Bundesrepublik Deutschland

1984

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland

Herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amts
vom Institut für Zeitgeschichte

Haupterausgeber
Horst Möller

Mitherausgeber
Gregor Schöllgen und Andreas Wirsching

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland

1984

Band I: 1. Januar bis 30. Juni 1984

Wissenschaftliche Leiterin
Ilse Dorothee Pautsch

Bearbeiter
Daniela Taschler und
Tim Szatkowski

DE GRUYTER
OLDENBOURG

ISBN 978-3-11-034542-1
e-ISBN (PDF) 978-3-11-034576-6
e-ISBN (EPUB) 978-3-11-039665-2

Library of Congress Cataloging-in-Publication Data

A CIP catalog record for this book has been applied for at the Library of Congress.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2015 Walter de Gruyter GmbH, Berlin/München/Boston
Druck und Bindung: Memminger MedienCentrum Druckerei und Verlags-AG, Memmingen
♻️ Gedruckt auf säurefreiem Papier
Printed in Germany

www.degruyter.com

Inhalt

Vorwort	VII
Vorbemerkungen zur Edition	VIII
Verzeichnisse	XV
Dokumentenverzeichnis	XVII
Literaturverzeichnis	LXXIV
Abkürzungsverzeichnis	LXXXI
Dokumente	1
Band I (Dokumente 1–180)	3
Band II (Dokumente 181–357)	861
Register	1631
Personenregister	1631
Sachregister	1697
Anhang: Organisationsplan des Auswärtigen Amts vom August 1984	

Vorwort

Mit den Jahressbänden 1984 wird zum zweiundzwanzigsten Mal eine Sammlung von Dokumenten aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes unmittelbar nach Ablauf der 30jährigen Aktensperrfrist veröffentlicht.

Das Erscheinen der vorliegenden Bände gibt Anlaß, allen an dem Werk Beteiligten zu danken. So gilt mein verbindlichster Dank dem Auswärtigen Amt, vor allem dem Politischen Archiv. Gleichermaßen zu danken ist dem Bundeskanzleramt für die Erlaubnis, unverzichtbare Gesprächsaufzeichnungen in die Edition aufzunehmen. Herrn Bundeskanzler a.D. Dr. Helmut Kohl danke ich für die Genehmigung zum Abdruck wichtiger und die amtliche Überlieferung ergänzender Schriftstücke. Zudem bin ich Herrn Professor Dr. h.c. Horst Teltschik für wertvolle Hinweise zu Dank verpflichtet.

Großer Dank gebührt ferner den Kollegen im Herausgebergremium, die sich ihrer viel Zeit in Anspruch nehmenden Aufgabe mit bewährter Kompetenz gewidmet haben. Gedankt sei auch dem präzise arbeitenden Verlag R. Oldenbourg/DeGruyter sowie den in der Münchener Zentrale des Instituts Beteiligten, insbesondere der Verwaltungsleiterin Frau Ingrid Morgen, die im Frühjahr 2014 nach langer, verdienstvoller Tätigkeit in den Ruhestand gegangen ist, und ihrer Nachfolgerin, Frau Christine Ginzkey.

Das Hauptverdienst am Gelingen der zwei Bände haben die Bearbeiter, Frau Dr. Daniela Taschler und Herr Dr. Tim Szatkowski, zusammen mit der Wissenschaftlichen Leiterin, Frau Dr. Ilse Dorothee Pautsch. Ihnen sei für die erbrachte Leistung nachdrücklichst gedankt.

Wesentlich zur Fertigstellung der Edition beigetragen haben überdies: Herr Dr. Christoph Franzen durch das Erstellen des Personenregisters, Herr Dr. Wolfgang Hölscher und Frau Britta Durstewitz, M.A., durch die Herstellung des Satzes, Frau Jutta Bernlöhner, Frau Gabriele Tschacher und Frau Brigitte Hoffmann durch Schreibaarbeiten sowie Frau Sophie Lange, Herr Philipp Schulte und Herr Patrick Wittstock.

Berlin, den 1. Oktober 2014

Horst Möller

Vorbemerkungen zur Edition

Die „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1984“ (Kurztitel: AAPD 1984) umfassen zwei Bände, die durchgängig paginiert sind. Den abgedruckten Dokumenten gehen im Band I neben Vorwort und Vorbemerkungen ein Dokumentenverzeichnis, ein Literaturverzeichnis sowie ein Abkürzungsverzeichnis voran. Am Ende von Band II finden sich ein Personen- und ein Sachregister sowie ein Organisationsplan des Auswärtigen Amts vom August 1984.

Dokumentenauswahl

Grundlage für die Fondsedition der „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1984“ sind die Bestände des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts (PA/AA). Schriftstücke aus anderen Bundesministerien, die in die Akten des Auswärtigen Amts Eingang gefunden haben, wurden zur Kommentierung herangezogen. Verschlusssachen dieser Ressorts blieben unberücksichtigt. Dagegen haben die im Auswärtigen Amt vorhandenen Aufzeichnungen über Gespräche des Bundeskanzlers mit ausländischen Staatsmännern und Diplomaten weitgehend Aufnahme gefunden. Als notwendige Ergänzung dienten die im Bundeskanzleramt überlieferten Gesprächsaufzeichnungen. Um die amtliche Überlieferung zu vervollständigen, wurde zusätzlich die Sammlung Bundeskanzler a. D. Dr. Helmut Kohl, Ludwigshafen-Oggersheim, eingesehen.

Entsprechend ihrer Herkunft belegen die edierten Dokumente in erster Linie die außenpolitischen Aktivitäten des Bundesministers des Auswärtigen. Sie veranschaulichen aber auch die Außenpolitik des jeweiligen Bundeskanzlers. Die Rolle anderer Akteure, insbesondere im parlamentarischen und parteipolitischen Bereich, wird beispielhaft dokumentiert, sofern eine Wechselbeziehung zum Auswärtigen Amt gegeben war.

Die ausgewählten Dokumente sind nicht zuletzt deshalb für ein historisches Verständnis der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland von Bedeutung, weil Schriftstücke veröffentlicht werden, die bisher der Forschung unzugänglich waren. Zum überwiegenden Teil unterlagen sie als Verschlusssachen (VS) der Geheimhaltung. Dank einer entsprechenden Ermächtigung wurden den Bearbeitern die VS-Bestände des PA/AA zugänglich gemacht und Anträge auf Herabstufung und Offenlegung von Schriftstücken beim Auswärtigen Amt ermöglicht. Das Bundeskanzleramt war zuständig für die Deklassifizierung von Verschlusssachen aus den eigenen Beständen. Kopien der offengelegten Schriftstücke, deren Zahl diejenige der in den AAPD 1984 edierten Dokumente weit übersteigt, werden im PA/AA zugänglich gemacht (Bestand B 150).

Nur eine äußerst geringe Zahl der für die Edition vorgesehenen Aktenstücke wurde nicht zur Veröffentlichung freigegeben. Hierbei handelt es sich vor allem um Dokumente, in denen personenbezogene Vorgänge im Vordergrund stehen oder die auch heute noch sicherheitsrelevante Angaben enthalten. Von einer Deklassifizierung ausgenommen war Schriftgut ausländischer Herkunft bzw. aus

dem Bereich multilateraler oder internationaler Organisationen wie etwa der NATO. Unberücksichtigt blieb ebenfalls nachrichtendienstliches Material.

Dokumentenfolge

Die 357 edierten Dokumente sind in chronologischer Folge geordnet und mit laufenden Nummern versehen. Bei differierenden Datumsangaben auf einem Schriftstück, z. B. im Falle abweichender maschinenschriftlicher und handschriftlicher Datierung, ist in der Regel das früheste Datum maßgebend. Mehrere Dokumente mit demselben Datum sind, soweit möglich, nach der Uhrzeit eingeordnet. Erfolgt eine Datierung lediglich aufgrund sekundärer Hinweise (z. B. aus Begleitschreiben, beigefügten Vermerken usw.), wird dies in einer Anmerkung ausgewiesen. Bei Aufzeichnungen über Gespräche ist das Datum des dokumentierten Vorgangs ausschlaggebend, nicht der meist spätere Zeitpunkt der Niederschrift.

Dokumentenkopf

Jedes Dokument beginnt mit einem halbfett gedruckten Dokumentenkopf, in dem wesentliche formale Angaben zusammengefaßt werden. Auf Dokumentennummer und Dokumentenüberschrift folgen in kleinerer Drucktype ergänzende Angaben, so rechts außen das Datum. Links außen wird, sofern vorhanden, das Geschäftszeichen des edierten Schriftstücks einschließlich des Geheimhaltungsgrads (zum Zeitpunkt der Entstehung) wiedergegeben. Das Geschäftszeichen, das Rückschlüsse auf den Geschäftsgang zuläßt und die Ermittlung zugehörigen Aktenmaterials ermöglicht, besteht in der Regel aus der Kurzbezeichnung der ausfertigenden Arbeitseinheit sowie aus weiteren Elementen wie dem inhaltlich definierten Aktenzeichen, der Tagebuchnummer einschließlich verkürzter Jahresangabe und gegebenenfalls dem Geheimhaltungsgrad. Dokumentennummer, verkürzte Überschrift und Datum finden sich auch im Kolumnentitel über dem Dokument.

Den Angaben im Dokumentenkopf läßt sich die Art des jeweiligen Dokuments entnehmen. Aufzeichnungen sind eine in der Edition besonders häufig vertretene Dokumentengruppe. Der Verfasser wird jeweils in der Überschrift benannt, auch dann, wenn er sich nur indirekt erschließen läßt. Letzteres wird durch Hinzufügen der Unterschrift in eckigen Klammern deutlich gemacht und in einer Anmerkung erläutert („Verfasser laut Begleitvermerk“ bzw. „Vermuteter Verfasser der nicht unterzeichneten Aufzeichnung“). Läßt sich der Urheber etwa durch den Briefkopf eindeutig feststellen, so entfällt dieser Hinweis. Ist ein Verfasser weder mittelbar noch unmittelbar nachweisbar, wird die ausfertigende Arbeitseinheit (Abteilung, Referat oder Delegation) angegeben.

Eine weitere Gruppe von Dokumenten bildet der Schriftverkehr zwischen der Zentrale in Bonn und den Auslandsvertretungen. Diese erhielten ihre Informationen und Weisungen in der Regel mittels Drahterlaß, der fernschriftlich oder per Funk übermittelt wurde. Auch bei dieser Dokumentengruppe wird in der Überschrift der Verfasser genannt, ein Empfänger dagegen nur, wenn der Drahterlaß an eine einzelne Auslandsvertretung bzw. deren Leiter gerichtet war. An-

derenfalls werden die Adressaten in einer Anmerkung aufgeführt. Bei Runderlassen an sehr viele oder an alle diplomatischen Vertretungen wird der Empfängerkreis nicht näher spezifiziert, um die Anmerkungen nicht zu überfrachten. Ebenso sind diejenigen Auslandsvertretungen nicht eigens aufgeführt, die nur nachrichtlich von einem Erlaß in Kenntnis gesetzt wurden. Ergänzend zum Geschäftszeichen wird im unteren Teil des Dokumentenkopfes links die Nummer des Drahterlasses sowie der Grad der Dringlichkeit („cito“, „citissime“ und „citissime nachts“) angegeben. Rechts davon befindet sich das Datum und – sofern zu ermitteln – die Uhrzeit der Aufgabe. Ein Ausstellungsdatum wird nur dann angegeben, wenn es vom Datum der Aufgabe abweicht.

Der Dokumentenkopf bei einem im Auswärtigen Amt eingehenden Drahtbericht ist in Analogie zum Drahterlaß gestaltet. Als Geschäftszeichen der VS-Drahtberichte dient die Angabe der Chiffrier- und Fernmeldestelle des Auswärtigen Amtes (Referat 114). Ferner wird außer Datum und Uhrzeit der Aufgabe auch der Zeitpunkt der Ankunft festgehalten, jeweils in Ortszeit.

In weniger dringenden Fällen verzichteten die Botschaften auf eine fernschriftliche Übermittlung und zogen die Form des mit Kurier übermittelten Schriftberichts vor. Beim Abdruck solcher Stücke werden im Dokumentenkopf neben der Überschrift mit Absender und Empfänger die Nummer des Schriftberichts und das Datum genannt. Gelegentlich bedienten sich Botschaften und Zentrale des sogenannten Privatdienstschreibens, mit dem außerhalb des offiziellen Geschäftsgangs zu einem Sachverhalt Stellung bezogen werden kann; darauf wird in einer Anmerkung aufmerksam gemacht.

Neben dem Schriftwechsel zwischen der Zentrale und den Auslandsvertretungen gibt es andere Schreiben, erkennbar jeweils an der Nennung von Absender und Empfänger. Zu dieser Gruppe zählen etwa Schreiben der Bundesregierung, vertreten durch den Bundeskanzler oder den Bundesminister des Auswärtigen, an ausländische Regierungen, desgleichen auch Korrespondenz des Auswärtigen Amtes mit anderen Ressorts oder mit Bundestagsabgeordneten.

Breiten Raum nehmen die Niederschriften über Gespräche ein. Sie werden als solche in der Überschrift gekennzeichnet und chronologisch nach dem Gesprächsdatum eingeordnet, während Verfasser und Datum der Niederschrift – sofern ermittelbar – in einer Anmerkung ausgewiesen sind.

Die wenigen Dokumente, die sich keiner der beschriebenen Gruppen zuordnen lassen, sind aufgrund individueller Überschriften zu identifizieren.

Die Überschrift bei allen Dokumenten enthält die notwendigen Angaben zum Ausstellungs-, Absende- oder Empfangsort bzw. zum Ort des Gesprächs. Erfolgt keine besondere Ortsangabe, ist stillschweigend Bonn zu ergänzen. Hält sich der Verfasser oder Absender eines Dokuments nicht an seinem Dienort auf, wird der Ortsangabe ein „z. Z.“ vorangesetzt.

Bei den edierten Schriftstücken handelt es sich in der Regel jeweils um die erste Ausfertigung oder – wie etwa bei den Drahtberichten – um eines von mehreren gleichrangig nebeneinander zirkulierenden Exemplaren. Statt einer Erstausfertigung mußten gelegentlich ein Durchdruck, eine Abschrift oder eine Ablichtung herangezogen werden. Ein entsprechender Hinweis findet sich in ei-

ner Anmerkung. In wenigen Fällen sind Entwürfe abgedruckt und entsprechend in den Überschriften kenntlich gemacht.

Dokumententext

Unterhalb des Dokumentenkopfes folgt – in normaler Drucktype – der Text des jeweiligen Dokuments, einschließlich des Betreffs, der Anrede und der Unterschrift. Die Dokumente werden ungekürzt veröffentlicht. Sofern in Ausnahmefällen Auslassungen vorgenommen werden müssen, wird dies durch Auslassungszeichen in eckigen Klammern („[...]“) kenntlich gemacht und in einer Anmerkung erläutert. Bereits in der Vorlage vorgefundene Auslassungen werden durch einfache Auslassungszeichen („...“) wiedergegeben.

Offensichtliche Schreib- und Interpunktionsfehler werden stillschweigend korrigiert. Eigentümliche Schreibweisen bleiben nach Möglichkeit erhalten; im Bedarfsfall wird jedoch vereinheitlicht bzw. modernisiert. Dies trifft teilweise auch auf fremdsprachige Orts- und Personennamen zu, deren Schreibweise nach den im Auswärtigen Amt gebräuchlichen Regeln wiedergegeben wird.

Selten vorkommende und ungebräuchliche Abkürzungen werden in einer Anmerkung aufgelöst. Typische Abkürzungen von Institutionen, Parteien etc. werden allerdings übernommen. Hervorhebungen in der Textvorlage, also etwa maschinenschriftliche Unterstreichungen oder Sperrungen, werden nur in Ausnahmefällen wiedergegeben. Der Kursivdruck dient dazu, bei Gesprächsaufzeichnungen die Sprecher voneinander abzuheben. Im äußeren Aufbau (Absätze, Überschriften usw.) folgt das Druckbild nach Möglichkeit der Textvorlage.

Unterschriftenformeln werden vollständig wiedergegeben. Ein handschriftlicher Namenszug ist nicht besonders gekennzeichnet, eine Paraphe mit Unterschriftencharakter wird aufgelöst (mit Nachweis in einer Anmerkung). Findet sich auf einem Schriftstück der Name zusätzlich maschinenschriftlich vermerkt, bleibt dies unerwähnt. Ein maschinenschriftlicher Name, dem ein „gez.“ vorangestellt ist, wird entsprechend übernommen; fehlt in der Textvorlage der Zusatz „gez.“, wird er in eckigen Klammern ergänzt. Weicht das Datum der Paraphe vom Datum des Schriftstückes ab, wird dies in der Anmerkung ausgewiesen.

Unter dem Dokumententext wird die jeweilige Fundstelle des Schriftstückes in halbfetter Schrifttype nachgewiesen. Bei Dokumenten aus dem PA/AA wird auf die Angabe des Archivs verzichtet und nur der jeweilige Bestand mit Bandnummer genannt. Dokumente aus VS-Beständen sind mit der Angabe „VS-Bd.“ versehen. Bei Dokumenten anderer Herkunft werden Archiv und Bestandsbezeichnung angegeben. Liegt ausnahmsweise ein Schriftstück bereits veröffentlicht vor, so wird dies in einer gesonderten Anmerkung nach der Angabe der Fundstelle ausgewiesen.

Kommentierung

In Ergänzung zum Dokumentenkopf enthalten die Anmerkungen formale Hinweise und geben Auskunft über wesentliche Stationen im Geschäftsgang. Angaben technischer Art, wie Registraturvermerke oder standardisierte Verteiler,

werden nur bei besonderer Bedeutung erfaßt. Wesentlich ist dagegen die Frage, welche Beachtung das jeweils edierte Dokument gefunden hat. Dies läßt sich an den Paraphen maßgeblicher Akteure sowie an den – überwiegend handschriftlichen – Weisungen, Bemerkungen oder auch Reaktionen in Form von Frage- oder Ausrufungszeichen ablesen, die auf dem Schriftstück selbst oder auf Begleitschreiben und Begleitvermerken zu finden sind. Die diesbezüglichen Merkmale sowie damit in Verbindung stehende Hervorhebungen (Unterstreichungen oder Anstreichungen am Rand) werden in Anmerkungen nachgewiesen. Auf den Nachweis sonstiger An- oder Unterstreichungen wird verzichtet. Abkürzungen in handschriftlichen Passagen werden in eckigen Klammern aufgelöst, sofern sie nicht im Abkürzungsverzeichnis aufgeführt sind.

In den im engeren Sinn textkritischen Anmerkungen werden nachträgliche Korrekturen oder textliche Änderungen des Verfassers und einzelner Adressaten festgehalten, sofern ein Konzipient das Schriftstück entworfen hat. Unwesentliche Textverbesserungen sind hiervon ausgenommen. Ferner wird auf einen systematischen Vergleich der Dokumente mit Entwürfen ebenso verzichtet wie auf den Nachweis der in der Praxis üblichen Einarbeitung von Textpassagen in eine spätere Aufzeichnung oder einen Drahterlaß.

Die Kommentierung soll den historischen Zusammenhang der edierten Dokumente in ihrer zeitlichen und inhaltlichen Abfolge sichtbar machen, weiteres Aktenmaterial und anderweitiges Schriftgut nachweisen, das unmittelbar oder mittelbar angesprochen wird, sowie Ereignisse oder Sachverhalte näher erläutern, die dem heutigen Wissens- und Erfahrungshorizont ferner liegen und aus dem Textzusammenhang heraus nicht oder nicht hinlänglich zu verstehen sind.

Besonderer Wert wird bei der Kommentierung darauf gelegt, die Dokumente durch Bezugsstücke aus den Akten der verschiedenen Arbeitseinheiten des Auswärtigen Amtes bis hin zur Leitungsebene zu erläutern. Zitate oder inhaltliche Wiedergaben sollen die Entscheidungsprozesse erhellen und zum Verständnis der Dokumente beitragen. Dadurch wird zugleich Vorarbeit geleistet für eine vertiefende Erschließung der Bestände des PA/AA. Um die Identifizierung von Drahtberichten bzw. -erlassen zu erleichtern, werden außer dem Verfasser und dem Datum die Drahtberichtsnummer und, wo immer möglich, die Drahterlaßnummer angegeben.

Findet in einem Dokument veröffentlichtes Schriftgut Erwähnung – etwa Abkommen, Gesetze, Reden oder Presseberichte –, so wird die Fundstelle nach Möglichkeit genauer spezifiziert. Systematische Hinweise auf archivalische oder veröffentlichte Quellen, insbesondere auf weitere Bestände des PA/AA, erfolgen nicht. Sekundärliteratur wird generell nicht in die Kommentierung aufgenommen.

Angaben wie Dienstbezeichnung, Dienststellung, Funktion, Dienstbehörde und Nationalität dienen der eindeutigen Identifizierung der in der Kommentierung vorkommenden Personen. Bei Bundesministern erfolgt ein Hinweis zum jeweiligen Ressort nur im Personenregister. Eine im Dokumententext lediglich mit ihrer Funktion genannte Person wird nach Möglichkeit in einer Anmerkung namentlich nachgewiesen. Davon ausgenommen sind der jeweilige Bundespräsident, Bundeskanzler und Bundesminister des Auswärtigen.

Die Bezeichnung einzelner Staaten wird so gewählt, daß Verwechslungen ausgeschlossen sind. Der in der Forschung üblichen Praxis folgend, wird in der Kommentierung, den Verzeichnissen sowie den Registern der Begriff DDR für die Deutsche Demokratische Republik verwendet. Das Adjektiv „deutsch“ findet nur bei gesamtdeutschen Belangen oder dann Verwendung, wenn eine eindeutige Zuordnung gegeben ist. Der westliche Teil von Berlin wird als Berlin (West), der östliche Teil der Stadt als Ost-Berlin bezeichnet.

Die zur Kommentierung herangezogenen Editionen, Geschichtskalender und Memoiren werden mit Kurztitel angeführt, die sich über ein entsprechendes Verzeichnis auflösen lassen. Häufig genannte Verträge oder Gesetzestexte werden nur bei der Erstnennung nachgewiesen und lassen sich über das Sachregister erschließen.

Wie bei der Wiedergabe der Dokumente finden auch in den Anmerkungen die im Auswärtigen Amt gebräuchlichen Regeln für die Transkription fremdsprachlicher Namen und Begriffe Anwendung. Bei Literaturangaben in russischer Sprache wird die im wissenschaftlichen Bereich übliche Transliteration durchgeführt.

Die Kommentierung enthält schließlich auch Hinweise auf im Internet veröffentlichte Dokumente. Dabei wurden nur solche Dokumente berücksichtigt, die in gedruckter Form nicht ermittelt werden konnten. Die benutzten Internetadressen waren zum Zeitpunkt der letzten Prüfung (1.9.2014) gültig. Ein Ausdruck von jedem über das Netz ermittelten und zitierten Dokument mit dem Datum des jeweiligen Zugriffs befindet sich in den Akten der Editionsgruppe.

Verzeichnisse

Das *Dokumentenverzeichnis* ist chronologisch angelegt. Es bietet zu jedem Dokument folgende Angaben: Die halbfett gedruckte Dokumentennummer, Datum und Überschrift, die Fundseite sowie eine inhaltliche Kurzübersicht.

Das *Literaturverzeichnis* enthält die zur Kommentierung herangezogenen Publikationen, die mit Kurztiteln oder Kurzformen versehen wurden. Diese sind alphabetisch geordnet und werden durch bibliographische Angaben aufgelöst.

Das *Abkürzungsverzeichnis* führt die im Dokumententeil vorkommenden Abkürzungen auf, insbesondere von Organisationen, Parteien und Dienstbezeichnungen sowie sonstige im diplomatischen Schriftverkehr übliche Abkürzungen. Abkürzungen von Firmen werden dagegen im Sachregister unter dem Schlagwort „Wirtschaftsunternehmen“ aufgelöst. Nicht aufgenommen werden geläufige Abkürzungen wie „z. B.“, „d. h.“, „m. E.“, „u. U.“ und „usw.“ sowie Abkürzungen, die im Dokumententext oder in einer Anmerkung erläutert sind.

Register und Organisationsplan

Im *Personenregister* werden in der Edition vorkommende Personen unter Nennung derjenigen politischen, dienstlichen oder beruflichen Funktionen angeführt, die im inhaltlichen Zusammenhang der Dokumente wesentlich sind. Das *Sachregister* ermöglicht einen thematisch differenzierten Zugriff auf die einzel-

nen Dokumente. Näheres ist den dem jeweiligen Register vorangestellten Hinweisen zur Benutzung zu entnehmen.

Der *Organisationsplan* vom August 1984 zeigt die Struktur des Auswärtigen Amtes und informiert über die Namen der Leiter der jeweiligen Arbeitseinheiten.

Verzeichnisse

Dokumentenverzeichnis

1	02.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer	S. 3
	Pfeffer gibt ein Gespräch mit dem Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, Andréani, vom 22. Dezember 1983 wieder. Themen waren die deutsch-französischen Beziehungen in historischer Perspektive sowie Möglichkeiten einer engeren europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sicherheit durch eine Belebung der WEU.	
2	06.01. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Seitz	S. 9
	Seitz analysiert vor dem Hintergrund der Interessenlage der Bundesrepublik die amerikanischen Pläne für ein Raketenabwehrsystem im Weltraum und legt Möglichkeiten einer Einflußnahme durch die Bundesregierung dar.	
3	06.01. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Ploetz	S. 14
	Ploetz faßt eine Besprechung bei Bundesminister Genscher zur Vorbereitung der KVAE in Stockholm zusammen. Zur Sprache kamen französische Überlegungen für eine Belebung der WEU, das europäische Forschungsprogramm ESPRIT, die aktuelle Entwicklung der Ost-West-Beziehungen, mögliche Themen für Gespräche mit Außenministern aus Warschauer-Pakt-Staaten in Stockholm und die Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung im Vorfeld der KVAE.	
4	09.01. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Holik	S. 21
	Holik informiert über die Vorbereitungen für die KVAE innerhalb der NATO und stellt das Paket vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen dar, das durch die NATO-Mitgliedstaaten in Stockholm präsentiert werden soll.	
5	10.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer	S. 26
	Zur Frage von Rüstungsexporten in Staaten des Nahen und Mittleren Ostens gibt Fischer einen Überblick über die Lieferwünsche verschiedener Staaten und unterbreitet Empfehlungen zum weiteren Vorgehen.	
6	10.01. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt	S. 31
	Wieck berichtet über eine Sitzung des Ständigen NATO-Rats mit den Leitern der KVAE-Delegationen der NATO-Mitgliedstaaten. Im Mittelpunkt standen die Strategie des Bündnisses in Stockholm sowie Einzelheiten des zu präsentierenden Pakets vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen.	

7	11.01. Gesandter Huber, Moskau, an das Auswärtige Amt	S. 35
	Huber analysiert das Machtgefüge innerhalb des Warschauer Pakts und konstatiert Anzeichen einer zunehmenden Selbständigkeit der sowjetischen Bündnispartner in wirtschaftlichen, aber auch politischen Fragen, so etwa in der INF-Thematik.	
8	11.01. Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt	S. 39
	Ruth informiert über die Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO. Im Mittelpunkt standen die sowjetischen Reaktionen auf die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa, die Zukunft von START und die mögliche Zusammenlegung mit den wiederaufzunehmenden INF-Verhandlungen sowie der Stand der Stationierung sowjetischer Mittelstreckensysteme.	
9	13.01. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Seitz	S. 42
	Seitz erörtert den Stand der deutsch-französischen Zusammenarbeit und gibt Anregungen für deren Vertiefung, z. B. auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik durch eine Belebung der WEU sowie im Bereich Forschung und Technik, etwa in der Weltraumtechnologie.	
10	17.01. Ministerialdirigent Edler von Braunmühl, z. Z. Stockholm, an Staatssekretär Meyer-Landrut	S. 48
	Braunmühl berichtet über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem jugoslawischen Außenminister Mojsov. Thema war die Absicht Jugoslawiens, während der Olympischen Winterspiele in Sarajevo keine durch die Vertretungen der Bundesrepublik in Jugoslawien ausgestellten Pässe für Personen aus der DDR mehr zu akzeptieren.	
11	18.01. Aufzeichnung des Botschafters Ruth	S. 51
	Ruth stellt grundlegende Überlegungen zur KVAE an. Nach einer Analyse der Ziele der UdSSR und der Bundesrepublik gibt er Empfehlungen für die Konferenzstrategie der Bundesrepublik und ihrer Verbündeten.	
12	18.01. Vortragender Legationsrat I. Klasse von Ploetz, z. Z. Stockholm, an das Auswärtige Amt	S. 59
	Ploetz unterrichtet über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz. Themen waren die Teilung Deutschlands und Europas, aktuelle Entwicklungen in den Ost-West-Beziehungen, das bevorstehende Gespräch zwischen Shultz und dem sowjetischen Außenminister Gromyko, die amerikanische Politik gegenüber Polen sowie die Lage im Nahen Osten.	

-
- 13**   19.01. Botschafter Ruth, z. Z. Stockholm, an Staatssekretär Meyer-Landrut S. 65
- Ruth übermittelt amerikanische Informationen zu einem Gespräch des Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko. Erörtert worden seien START, die INF-Verhandlungen und weitere Rüstungskontrollfragen, ferner die Fälle sowjetischer Dissidenten, die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, der Nahost-Konflikt, Nicaragua und die amerikanische Politik gegenüber Südafrika.
- 14**   20.01. Ministerialdirigent Edler von Braunmühl, z. Z. Stockholm, an das Auswärtige Amt S. 69
- Braunmühl informiert über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko. Im Mittelpunkt standen die Ost-West-Beziehungen nach dem Beginn der Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa, insbesondere die Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik und die KVAE, sowie die bilateralen Beziehungen.
- 15**   20.01. Botschafter von Puttkamer, Stockholm, an das Auswärtige Amt S. 77
- Puttkamer resümiert ein Treffen des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident Palme. Erörtert wurden die Ost-West-Beziehungen, die innerdeutschen Beziehungen und schwedische Überlegungen für eine kernwaffenfreie Zone in Mitteleuropa.
- 16**   23.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 82
- Pfeffer faßt eine Sitzung des deutsch-französischen Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung zusammen. Themen waren französische Überlegungen für eine Belebung der WEU, eine erste Bewertung der KVAE, neue Konzepte für konventionelle Waffen innerhalb der NATO und die bilaterale Zusammenarbeit im Bereich von Spitzentechnologien, so z. B. das Projekt eines gemeinsamen Aufklärungssatelliten. Ferner gaben beide Seiten eine Einschätzung von SDI.
- 17**   24.01. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem italienischen Außenminister Andreotti in Rom S. 87
- Besprochen werden die KVAE, MBFR, die militärische Nutzung des Weltraums, die Fortsetzung der Rüstungskontrollverhandlungen, die Süderweiterung der Europäischen Gemeinschaften, eine Vertiefung der europäischen Einigung, die Frage kernwaffenfreier Zonen in Europa und die Rolle Libyens.
- 18**   24.01. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Shamir in Jerusalem S. 94
- Im Mittelpunkt stehen die bilateralen Beziehungen vor dem Hintergrund der Zeit des Nationalsozialismus, israelische Besorgnisse über eine angebliche Verharmlosung der Waffen-SS, die

- mögliche Lieferung von Panzern aus der Bundesrepublik nach Saudi-Arabien, der Nahost-Konflikt und die Zukunft der Europäischen Gemeinschaften.
- 19**   25.01. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Shamir in Jerusalem S. 103
- Themen sind die wirtschaftliche Lage Israels, seine Beziehungen zu den Europäischen Gemeinschaften mit Blick auf deren Süderweiterung sowie der Nahost-Konflikt, insbesondere die Rolle Syriens und Saudi-Arabiens.
- 20**   26.01. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Shamir in Jerusalem S. 114
- Erörtert werden der Ost-West-Konflikt, die Lage im Nahen Osten, mögliche Rüstungsexporte aus der Bundesrepublik nach Saudi-Arabien sowie die Politik des Iran.
- 21**   26.01. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 121
- Ruth befaßt sich mit dem ersten Test eines amerikanischen Anti-Satelliten-Systems und analysiert dessen Bedeutung aus rüstungskontrollpolitischer Sicht. Außerdem unterbreitet er Vorschläge zum weiteren Vorgehen.
- 22**   26.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer S. 127
- Fischer faßt neue amerikanische Richtlinien für die Genehmigung von Hochtechnologieexporten in die Volksrepublik China zusammen und erläutert die Haltung der Bundesrepublik und anderer Partner im COCOM. Ferner unterbreitet er Vorschläge für ein Schreiben des Bundesministers Genscher an den amerikanischen Außenminister Shultz zu diesem Thema.
- 23**   27.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bertele S. 130
- Bertele weist auf jugoslawische Versuche hin, für die Zeit der Olympischen Winterspiele in Sarajevo die bisherige Praxis fallenzulassen, Personen aus der DDR durch Ausstellung von Pässen durch die Auslandsvertretungen der Bundesrepublik die Ausreise zu ermöglichen.
- 24**   27.01. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kastrup S. 132
- Kastrup vermerkt die Ergebnisse einer Ressortbesprechung zum weiteren Vorgehen in Fällen von Zufluchtsuchenden aus der DDR in Vertretungen der Bundesrepublik und anderer Staaten.
- 25**   30.01. Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, an das Bundeskanzleramt S. 135
- Bräutigam informiert über Kontakte zum Abteilungsleiter im Außenministerium der DDR, Seidel, bzw. zu Rechtsanwalt Vo-

- gel, in denen die Problematik von Zufluchtsuchenden aus der DDR in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik und den Botschaften anderer Staaten thematisiert wurde.
- 26**   30.01. Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Studnitz S. 137
- Studnitz gibt einen Überblick über die Haltung verschiedener Mitglieder der spanischen Regierung zur Frage der Stellung Spaniens in der NATO und warnt vor der Möglichkeit einer dauerhaften Verfestigung des gegenwärtigen Schwebezustands.
- 27**   01.02. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 140
- Ruth äußert sich zu informellen Vorschlägen der UdSSR, bei START ein Interimsabkommen zu vereinbaren, und legt das Interesse der Bundesrepublik an einer Wiederaufnahme der INF-Verhandlungen dar.
- 28**   01.02. Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. Paris, an das Auswärtige Amt S. 146
- Pfeffer faßt ein Vierertreffen der Politischen Direktoren zusammen. Sie behandelten unter anderem die Ost-West-Beziehungen, die KVAE, SALT und die INF-Verhandlungen, die Vorschläge des Ministerpräsidenten Trudeau für eine Reduzierung von Kernwaffen, das Verhältnis Griechenlands zur NATO sowie Zypern.
- 29**   02.02. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand auf Schloß Ludwigshöhe S. 155
- Kohl berichtet über die Rücktrittsforderungen gegenüber Bundesminister Wörner im Zusammenhang mit der Entlassung von General Kießling. Dann diskutieren die Gesprächspartner Probleme in den Europäischen Gemeinschaften, vor allem die Frage des Haushalts, die Agrarpolitik, den Währungsausgleich und einen EG-Beitritt Portugals und Spaniens.
- 30**   02.02. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand auf Schloß Ludwigshöhe S. 168
- Kohl und Mitterrand sprechen über das europäisch-amerikanische Verhältnis, das geplante Flugzeug „Airbus A-320“, die Trägerrakete „Ariane“, die Basken-Frage, den irakisch-iranischen Krieg sowie Fragen des Einsatzes von Nuklearwaffen.
- 31**   02.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer S. 173
- Vor dem Hintergrund der Entscheidung von Präsident Reagan, eine Raumstation zu bauen, untersucht Fischer, welche Möglichkeiten für die Bundesrepublik bzw. im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften bestehen, eine ähnliche Entwicklung anzustoßen, und ob eine Kooperation mit den USA sinnvoll sei.

- 32**   02.02. Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Studnitz S. 177
- Studnitz bewertet Äußerungen des Ministerpräsidenten González und des spanischen Außenministers Morán zur NATO-Mitgliedschaft ihres Landes. Er bekräftigt den Willen der Bundesregierung, sich weiterhin für die volle Integration Spaniens in die NATO einzusetzen.
- 33**   03.02. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Ischinger S. 180
- Ischinger gibt Informationen des Bundesministers Genscher zu dessen Gespräch mit dem niederländischen Außenminister van den Broek wieder. Es sei über die personelle Besetzung der EG-Kommission, eine Belebung der WEU, Libyen und die in Breda einsitzenden deutschen Kriegsverbrecher gesprochen worden.
- 34**   04.02. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer S. 181
- Schauer resümiert die Ergebnisse einer Sitzung der High Level Group (HLG) der NATO. Thema war die Frage ihres Fortbestehens und ihres künftigen Arbeitsprogramms.
- 35**   06.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 185
- Pfeffer spricht sich für eine Intensivierung der deutsch-französischen Zusammenarbeit aus. Als Ansatzpunkte dafür benennt er die Abstimmung in außenpolitischen Fragen, die Sicherheitspolitik, die Unternehmenskooperation sowie Wissenschaft und Technik.
- 36**   07.02. Botschafter Freiherr von Mentzingen, Khartum, an das Auswärtige Amt S. 193
- Mentzingen berichtet über die politische Lage im Sudan nach Aufständen im Süden des Landes. Er empfiehlt, auf Präsident Numeiri einzuwirken, um die Stabilität wiederherzustellen.
- 37**   08.02. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Montfort S. 195
- Montfort beschreibt die politische Lage im Libanon vor dem Hintergrund von Kampfhandlungen in Beirut. Insbesondere stellt er die Interessen Syriens im Libanon bzw. im Nahen Osten dar.
- 38**   08.02. Ministerialdirektor Pfeffer an Botschafter Hermes, Washington S. 200
- Nach Äußerungen des Staatssekretärs im amerikanischen Außenministerium, Eagleburger, zu Stand und Zukunft der transatlantischen Beziehungen übermittelt Pfeffer einen Vorschlag zur Gesprächsführung für eine Unterredung des Botschafters mit Eagleburger.

-
- 39**   09.02. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Adamek   S. 204
Adamek informiert über deutsch-amerikanische Konsultationen zu SDI. Die amerikanische Seite habe ihre Motive und Ziele dargelegt.
- 40**   09.02. Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt   S. 208
Hermes berichtet über ein Gespräch des SPD-Fraktionsvorsitzenden Vogel mit dem amerikanischen Außenminister Shultz. Themen waren die Reise von Shultz in lateinamerikanische Staaten und Fragen der Sicherheitspolitik, vor allem START und die INF-Verhandlungen sowie das Verhältnis der SPD zur NATO.
- 41**   10.02. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem libyschen Minister für Äußere Sicherheit, Belgassem   S. 211
Genscher und Belgassem sprechen über einen Besuch des Bundesministers in Libyen, die amerikanisch-libyschen Beziehungen sowie Ton und Inhalt der Neujahrsbotschaft von Oberst Gaddafi.
- 42**   12.02. Botschafter Kastl, Moskau, an das Auswärtige Amt   S. 212
Kastl analysiert die politische und gesellschaftliche Entwicklung in der UdSSR unter dem verstorbenen Generalsekretär des ZK KPdSU, Andropow, und äußert sich zur künftigen Außenpolitik des Landes unter dessen Nachfolger Tschernenko.
- 43**   13.02. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, in Moskau   S. 217
Themen sind ein Besuch Honeckers in der Bundesrepublik und bilaterale Wirtschaftsprojekte, ferner die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa, der neue Generalsekretär des ZK der KPdSU, Tschernenko, die Beziehungen der Bundesrepublik und der DDR zu den USA und zur UdSSR sowie die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen.
- 44**   14.02. Vortragender Legationsrat I. Klasse Roßbach, Bundeskanzleramt, z.Z. Moskau, an das Auswärtige Amt   S. 226
Roßbach informiert über ein Gespräch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Bush. Im Vordergrund standen die Ost-West-Beziehungen, der Nahost-Konflikt und die transatlantischen Beziehungen.

- 45**   14.02. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Tschernenko, in Moskau S. 230
- Kohl und Tschernenko betonen die Bedeutung der bilateralen Beziehungen und sprechen über Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle. Ferner wird der Wunsch der Bundesregierung nach Familienzusammenführungen erörtert.
- 46**   15.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer S. 234
- Fischer gibt einen Überblick über den Stand des Nord-Süd-Dialogs und verweist auf den Rückzug der USA aus VN-Organisationen sowie die Skepsis der amerikanischen Regierung hinsichtlich einer multilateralen Zusammenarbeit bei der Entwicklungshilfe.
- 47**   16.02. Deutsch-belgisches Regierungsgespräch in Brüssel S. 238
- Bundeskanzler Kohl erläutert die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik und spricht sich für eine stärkere politische Integration Europas aus, wofür auch der belgische Außenminister Tindemans plädiert. Außerdem werden die Haltung Belgiens zum NATO-Doppelbeschluß und die sowjetische Politik thematisiert.
- 48**   17.02. Bundeskanzler Kohl an König Fahd S. 243
- Kohl macht den Standpunkt der Bundesregierung in der Frage von Panzerlieferungen an Saudi-Arabien deutlich. Bei Rüstungslieferungen würden die Interessen aller befreundeten Staaten im Nahen Osten berücksichtigt, was Saudi-Arabien einschlieÙe.
- 49**   18.02. Vortragender Legationsrat I. Klasse Vergau, z. Z. Paris, an das Auswärtige Amt S. 245
- Vergau berichtet über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Präsidenten der SWAPO, Nujoma, in Paris, das weiteren Schritten zur Lösung der Namibia-Frage gewidmet war.
- 50**   20.02. Botschafter Wegener, Genf (CD), an das Auswärtige Amt S. 250
- Wegener übermittelt amerikanische Informationen über die sowjetische Bereitschaft zur Zulassung von Inspektoren bei der Überwachung der Vernichtung chemischer Waffen und bewertet diesen Schritt.
- 51**   20.02. Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 253
- Ruth informiert über eine Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO. Thema war die Frage einer Fortführung des Rüstungskontrolldialogs, insbesondere eine mögliche Zusammenlegung der INF-Verhandlungen mit START.

-
- 52**   20.02. Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. Paris, an das Auswärtige Amt   S. 257
- Pfeffer faßt die Ergebnisse der deutsch-französischen Direktorenkonsultationen zusammen. Hauptthemen waren die Ost-West-Beziehungen sowie Fragen der Sicherheitspolitik und der europäischen Integration.
- 53**   21.02. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Traoré   S. 265
- Traoré schildert die politische und wirtschaftliche Entwicklung Malis und nimmt Stellung zum Tschad-Konflikt sowie zur Westsahara- und zur Namibia-Frage. Kohl und Traoré erörtern ferner die Rolle von Oberst Gaddafi im Nahen Osten und in Nordafrika sowie den islamischen Fundamentalismus.
- 54**   21.02. Botschafter Grabert, Belgrad, an das Auswärtige Amt   S. 270
- Grabert berichtet über ein Gespräch des Bundesministers Zimmermann mit dem jugoslawischen Innenminister Dolanc. Im Mittelpunkt stand die Frage, was im Falle der Flucht eines Sportlers aus der DDR während der Olympischen Winterspiele in Sarajevo zu tun sei.
- 55**   22.02. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt   S. 272
- Mit Blick auf die transatlantischen Beziehungen stellt Wieck Überlegungen zur Intensivierung der europäischen Zusammenarbeit in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik an.
- 56**   23.02. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Craxi   S. 276
- Die Gesprächspartner erörtern den Streik der italienischen Zoll- und Finanzbeamten an den Landesgrenzen. Weitere Themen sind die innerdeutschen Beziehungen, die Politik der UdSSR, Fragen der Rüstungskontrolle, die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses, Polen, der Terrorismus und die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik.
- 57**   23.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer   S. 283
- Fischer analysiert die Bemühungen der USA, ein Embargo für Nuklearexporte über Staaten der Dritten Welt zu verhängen, die nicht zu einem Verzicht auf Nuklearwaffen bereit seien, und stellt die abweichende Interessenlage der Bundesrepublik dar.
- 58**   24.02. Deutsch-italienisches Regierungsgespräch   S. 291
- Im Zusammenhang mit dem Nahost-Konflikt sprechen Kohl und Craxi über die Lage im Libanon. Craxi erläutert die Beziehungen Italiens zu Libyen. Das Gespräch wendet sich dann den Problemen der Europäischen Gemeinschaften zu. Thematisiert wer-

- den die Milchproduktion, der EG-Haushalt und die EG-Eigen-
einnahmen. Dabei wird auch die Frage nach der Zukunft Eu-
ropas diskutiert.
- 59**   24.02. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident   S. 299
                 Mitterrand in Paris
- Erörtert werden Fragen der Europäischen Gemeinschaften: der
EG-Haushalt, vor allem der Beitrag der Bundesrepublik und
Großbritanniens, die EG-Eigeneinnahmen, der Währungsaus-
gleich, die Agrarpolitik, insbesondere die Milchproduktion, und
die geplante Süderweiterung.
- 60**   24.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bertele   S. 311
- Bertele schlägt Bundesminister Genscher vor, einen Drahterlaß
an die Botschaft in Santiago de Chile zu richten. Gegenstand
ist die Bitte um Abschiebung des ehemaligen SS-Standarten-
führers Walter Rauff in die Bundesrepublik zwecks Strafverfol-
gung.
- 61**   24.02. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Montfort   S. 314
- Montfort unterrichtet über den Wunsch der Jemenitischen Ara-
bischen Republik (Nordjemen), den Geheimdienst des Landes
mit Hilfe aus der Bundesrepublik zu reorganisieren, und spricht
sich für die Entsendung einer hochrangigen Delegation aus.
- 62**   25.02. Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse   S. 316
                 Kroneck
- Kroneck teilt mit, die Personen aus der DDR, die sich in der Bot-
schaft der Bundesrepublik in Prag und anderen Warschauer-
Pakt-Staaten aufhielten, könnten nicht direkt in die Bundesre-
publik übersiedeln. Die DDR habe aber zugesichert, ihnen Straf-
freiheit zu gewähren und sie in die Bundesrepublik ausreisen zu
lassen, sofern sie zuvor in die DDR zurückkehrten.
- 63**   27.02. Botschafter Freiherr von Wechmar, London, an das   S. 318
                 Auswärtige Amt
- Wechmar berichtet über neue Akzente in der britischen Außen-
politik unter Premierministerin Thatcher und weist auf eine
aktivere Ostpolitik sowie ihre Zurückhaltung gegenüber einer
engeren deutsch-französischen Zusammenarbeit hin.
- 64**   28.02. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit   S. 321
                 Premierministerin Thatcher in London
- Kohl und Thatcher diskutieren die Probleme der Europäischen
Gemeinschaften, vor allem den EG-Haushalt, den Währungsaus-
gleich und die Agrarpolitik. Außerdem kommen die transatlan-
tischen Beziehungen und Fragen der Ostpolitik der Bundesre-
publik und Großbritanniens zur Sprache.

-
- 65**   28.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer   S. 333
Fischer vermerkt, die amerikanische Regierung habe über den Einsatz chemischer Waffen durch den Irak im Krieg gegen den Iran informiert. Zugleich sei der Vorwurf erhoben worden, die Firma Kolb habe für die Herstellung von Nervengas Forschungs- und Produktionsanlagen geliefert.
- 66**   29.02. Aufzeichnung des Botschafters Ruth   S. 336
Ruth gibt einen Überblick über Optionen für die Wiederaufnahme der INF-Verhandlungen sowie von START und befaßt sich mit Vor- und Nachteilen einer möglichen Verschmelzung beider Foren.
- 67**   29.02. Botschafter Brunner, Madrid, an das Auswärtige Amt   S. 344
Brunner informiert über den Besuch von Bundesminister Wörner in Spanien. Im Vordergrund standen das Verhältnis Spaniens zur NATO und Fragen der bilateralen Rüstungskoooperation.
- 68**   02.03. Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt   S. 347
Bräutigam unterrichtet über ein Gespräch mit Rechtsanwalt Vogel zur Frage von Zufluchtsuchenden aus der DDR in der Botschaft der Bundesrepublik in Prag sowie in der Ständigen Vertretung in Ost-Berlin und bewertet die Haltung der DDR.
- 69**   05.03. Botschaftsrat I. Klasse Rapke, Teheran, an das Auswärtige Amt   S. 350
Rapke analysiert die Lage im irakisch-iranischen Krieg, besonders die Frage einer Schließung der Straße von Hormuz, und befaßt sich mit der Möglichkeit eines militärischen Eingreifens der USA in der Region.
- 70**   05.03. Staatssekretär Meyer-Landrut, z.Z. Washington, an Bundesminister Genscher   S. 353
Meyer-Landrut berichtet über ein Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Reagan. Erörtert wurden die wirtschaftliche Lage, die Probleme der Europäischen Gemeinschaften, der Führungswechsel in der UdSSR und die Ost-West-Beziehungen.
- 71**   05.03. Staatssekretär Meyer-Landrut, z.Z. Washington, an Bundesminister Genscher   S. 355
Meyer-Landrut faßt eine Unterredung des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Reagan zusammen. Im Mittelpunkt standen die Lage in El Salvador bzw. in Polen, der Führungswechsel in der UdSSR sowie die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, die innerdeutschen Beziehungen und die Situation in der DDR.

- 72**   05.03.   Staatssekretär Meyer-Landrut, z. Z. Washington, an Bundesminister Genscher   S. 361
- Meyer-Landrut informiert über ein Treffen des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Außenminister Shultz. Themen waren die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik und die innerdeutschen Beziehungen, Probleme der Europäischen Gemeinschaften, die Ost-West-Beziehungen, insbesondere das Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche in Polen, die Lage in El Salvador sowie die Erweiterung des Küstenmeers der Bundesrepublik in der Nordsee.
- 73**   06.03.   Botschafter Ruth, z. Z. Washington, an das Auswärtige Amt   S. 372
- Ruth unterrichtet über ein Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister Shultz. Erörtert wurden die MBFR-Verhandlungen, die KVAE, der erwartete amerikanische Entwurf für ein Verbot chemischer Waffen sowie die Zukunft der INF-Verhandlungen und von START.
- 74**   06.03.   Vortragender Legationsrat I. Klasse Schenk, z. Z. Washington, an das Auswärtige Amt   S. 374
- Schenk faßt eine Unterredung des Ministerialdirektors Pfeffer und des Botschafters Ruth mit Vertretern des amerikanischen Außenministeriums zusammen. Themen waren die transatlantischen Beziehungen, die Bemühungen um eine Belebung der WEU sowie die geplanten Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Landung der Alliierten in der Normandie („D-Day“).
- 75**   06.03.   Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt   S. 377
- Hermes informiert über ein Treffen des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Verteidigungsminister Weinberger zur Lage im Nahen und Mittleren Osten, Rüstungsexporten nach Saudi-Arabien, der Lage in Afghanistan, dem Master Restationing Plan, COCOM sowie Spanien.
- 76**   09.03.   Aufzeichnung der Abteilung 2   S. 380
- Analysiert wird die weitere Behandlung des Gewaltverzichts im Rahmen der KVAE mit Blick auf diesbezügliche Äußerungen der UdSSR sowie Vorschläge der neutralen und nichtgebundenen Staaten in Stockholm.
- 77**   09.03.   Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler   S. 389
- Steinkühler resümiert den Besuch des Bundesministers Genscher in der Türkei. Im Mittelpunkt standen der irakisch-iranische Krieg, die bilateralen Beziehungen, insbesondere die Wirtschafts- und Verteidigungshilfe, die Beziehungen der Türkei zu den Europäischen Gemeinschaften, vor allem die Frage der Frei-

-
- zügigkeit türkischer Arbeitnehmer, und die Demokratisierung in der Türkei.
- 78** 13.03. Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem mexikanischen Außenminister Sepúlveda S. 393
- Die Gesprächspartner befassen sich mit den Konflikten in Mittelamerika, insbesondere der Lage in El Salvador und Nicaragua, mit Nord-Süd-Fragen, den Ost-West-Beziehungen und der weltwirtschaftlichen Situation.
- 79** 13.03. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 398
- Ruth vermerkt den Stand der Gespräche mit Großbritannien und den USA über eine neue Initiative der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten.
- 80** 13.03. Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt S. 403
- Bräutigam informiert über ein Gespräch des Bundesministers Graf Lambsdorff mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am Rande der Leipziger Frühjahrmesse. Im Mittelpunkt standen die innerdeutschen Beziehungen, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet sowie beim Umweltschutz, die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, die Kulturbeziehungen, die Ausreiseproblematik, ein möglicher Besuch von Honecker in der Bundesrepublik und die Ost-West-Beziehungen.
- 81** 15.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer S. 407
- Fischer vermerkt den Informationsstand hinsichtlich der Lieferung einer Anlage der Firma Kolb an den Irak, die zur Herstellung chemischer Kampfstoffe geeignet sein könnte, und gibt Empfehlungen für das weitere Vorgehen.
- 82** 16.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 410
- Pfeffer legt den Stand der Gespräche mit der DDR über die Behandlung von Zufluchtsuchenden in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin und Botschaften in weiteren Warschauer-Pakt-Staaten dar.
- 83** 16.03. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an Staatssekretär Meyer-Landrut S. 413
- Wieck befaßt sich mit der Frage von Truppeneinsätzen außerhalb des NATO-Bündnisgebiets und analysiert die sich für die Bundesrepublik ergebenden Schlußfolgerungen.
- 84** 19.03. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer S. 420
- Schauer resümiert eine Sitzung der deutsch-französischen politisch-strategischen Arbeitsgruppe. Erörtert wurden die sowjetische Reaktion auf die Stationierung amerikanischer Mittelstrek-

-
- 91** 27.03. Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann, z.Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 453
Hartmann berichtet über eine Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO. Erörtert wurden die sowjetische Haltung in Rüstungskontrollfragen, die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, niederländische Überlegungen für eine INF-Initiative der NATO, außerdem die Fortsetzung der INF-Verhandlungen bzw. von START.
- 92** 28.03. Bundesminister Genscher an den amerikanischen Außenminister Shultz S. 457
Genscher legt die Position der Bundesregierung zur Frage der Behandlung von Zufluchtsuchenden aus der DDR in amerikanischen Botschaften in Warschauer-Pakt-Staaten dar und bittet Shultz, die amerikanische Praxis zu überdenken.
- 93** 28.03. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Edler von Braunmühl S. 460
Braunmühl äußert Bedenken gegen Erläuterungen des Bundeskanzleramts gegenüber der Ständigen Vertretung der DDR bezüglich einer „Selbstbeschränkung“ im Verhalten der Auslandsvertretungen der Bundesrepublik in Fragen von Zufluchtsuchenden aus der DDR.
- 94** 29.03. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Eanes in Lissabon S. 463
Themen sind der EG-Beitritt Portugals, die Zukunft der Europäischen Gemeinschaften und die bilateralen Beziehungen, ferner das Interesse der Regierung von São Tomé und Príncipe, in engere Beziehungen mit der Bundesrepublik einzutreten.
- 95** 29.03. Deutsch-portugiesisches Regierungsgespräch in Lissabon S. 470
Im Mittelpunkt stehen der EG-Beitritt Portugals, die bilateralen Beziehungen im wirtschaftlichen Bereich, die Ost-West-Beziehungen sowie die Lage im südlichen Afrika bzw. in Mittelamerika.
- 96** 29.03. Botschafter Brunner, Madrid, an das Auswärtige Amt S. 478
Brunner berichtet über ein Gespräch mit Ministerpräsident González zum EG-Beitritt Spaniens und zur innenpolitischen Debatte über die Stellung Spaniens in der NATO.
- 97** 29.03. Botschafter Brunner, Madrid, an das Auswärtige Amt S. 481
Brunner gibt eine Bewertung seines Gesprächs mit Ministerpräsident González und analysiert die Haltung weiterer spanischer Regierungsmitglieder zur Stellung Spaniens in der NATO. Fer-

- ner äußert er Empfehlungen zum weiteren Vorgehen der Bundesregierung.
- 98**   29.03. Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt S. 483
- Bräutigam analysiert die Deutschlandpolitik der DDR seit März 1983 und gibt einen Überblick über die innen-, wirtschafts- und außenpolitischen Interessen der DDR, auch im Zusammenhang mit einem möglichen Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik.
- 99**   30.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer S. 487
- Fischer informiert über die Ergebnisse einer Außenwirtschaftsprüfung bei der Firma Kolb anlässlich ihrer Exporte in den Irak. Außerdem gibt er Informationen der amerikanischen Regierung über die Beteiligung der Firma am Bau einer Chemiewaffenfabrik weiter und spricht vor dem Hintergrund entsprechender Presseberichte in den USA Empfehlungen für das weitere Vorgehen der Bundesregierung aus.
- 100**   30.03. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 490
- Ruth resümiert ein Gespräch des Staatssekretärs Meyer-Landrut mit dem amerikanischen Gesandten Woessner. Gegenstand waren deutsch-amerikanische Differenzen hinsichtlich des weiteren Vorgehens in der Frage eines neuen Vorschlags der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten.
- 101**   05.04. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Edler von Braunmühl S. 493
- Braunmühl konstatiert vermehrte Luftraumreservierungen der UdSSR in den Flugkorridoren von und nach Berlin und daraus resultierende Beeinträchtigungen der zivilen Luftfahrt. Er verweist auf die bisherigen Proteste Frankreichs, Großbritanniens und der USA.
- 102**   05.04. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Ehni S. 496
- Ehni faßt die Ergebnisse einer Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO zusammen. Themen waren die INF-Stationierung in den Niederlanden, die amerikanischen Pläne für SDI und Anti-Satelliten-Waffen sowie die Zukunft der High Level Group (HLG).
- 103**   06.04. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Mitglied des Staatsrats der DDR, Mittag S. 499
- Kohl und Mittag erörtern die Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen und sprechen sich für einen Ausbau des Wirtschaftsverkehrs sowie eine Kooperation auf dem Gebiet des Umweltschutzes aus.

- die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, eine Belebung der WEU, die innere Entwicklung der DDR, der irakisch-iranische Krieg, der internationale Terrorismus, die Beziehungen zwischen Großbritannien und Libyen, der künftige Status Hongkongs und der Besuch von Präsident Reagan in der Volksrepublik China.
- 118**   26.04. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Bente   S. 564
- Bente notiert, die amerikanische Botschaft habe den Wunsch geäußert, die Bundesrepublik möge der Republik China (Taiwan) auszusondernde Flugzeuge vom Typ „F-104“ liefern, was abgelehnt worden sei.
- 119**   27.04. Gesandter Graf von Brühl, Warschau, an das Auswärtige Amt   S. 566
- Brühl teilt mit, die Botschaft habe erfahren, daß die polnische Regierung Versuche unternommen habe, inhaftierte Mitglieder der Gewerkschaft Solidarność und des Komitees zur Verteidigung der Arbeiter (KOR) zur Annahme ihrer Freilassung zu bewegen.
- 120**   30.04. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Holik   S. 567
- Holik vermerkt, die USA lehnten es ab, das im VN-Waffenübereinkommen vorgesehene Verbot des Einsatzes von Brandwaffen aus der Luft gegen militärische Ziele innerhalb einer Konzentration von Zivilpersonen vorbehaltlos zu akzeptieren. Er schlägt eine Demarche im amerikanischen Außenministerium vor.
- 121**   01.05. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer   S. 573
- Pfeffer unterbreitet eine Konzeption für die Belebung der WEU und geht dabei insbesondere auf die sicherheitspolitischen Zielvorstellungen der Bundesregierung und die Haltung der anderen WEU-Mitgliedstaaten ein.
- 122**   02.05. Deutsch-britisches Regierungsgespräch in Chequers   S. 585
- Erörtert werden Fragen der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere der britische Beitrag zum Haushalt und die künftige Besetzung der EG-Kommission. Weitere Themen sind der Weltwirtschaftsgipfel in London, die Lage auf Zypern, der irakisch-iranische Krieg, Fragen diplomatischer Immunität im Zusammenhang mit der Tötung einer britischen Polizistin durch Schüsse aus der libyschen Vertretung in London, das Seerecht, Argentinien, Rüstungskontrollfragen, der bevorstehende Jahrestag der Landung der Alliierten in der Normandie („D-Day“) sowie die Ausreisewelle aus der DDR.

- 123** 02.05. Gespräch des Ministerialdirektors Fischer mit dem israelischen Botschafter Ben-Ari S. 598
- Ben-Ari trägt die Besorgnisse der israelischen Regierung über die Herstellung chemischer Waffen im Irak vor und weist insbesondere auf eine Verwicklung der Firma Kolb hin. Fischer erläutert die bisher durchgeführten Untersuchungen der Bundesregierung.
- 124** 03.05. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 601
- Wieck berichtet über eine Sitzung des Ständigen NATO-Rats mit den Leitern der KVAE-Delegationen der NATO-Mitgliedstaaten. Im Mittelpunkt standen das Vorgehen in der Frage des Gewaltverzichts und bei beschränkenden Maßnahmen, ferner der weitere organisatorische Ablauf der KVAE und offene Fragen des Pakets vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen der NATO-Mitgliedstaaten.
- 125** 06.05. Bundesminister Genscher an den irakischen Außenminister Aziz S. 606
- Genscher äußert sich zum irakisch-iranischen Krieg und setzt sich für die Freilassung des im Irak inhaftierten Mitarbeiters des Presse- und Informationsamts, Jacob Petross, ein.
- 126** 07.05. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz in Washington S. 608
- Besprochen werden die Ost-West-Beziehungen, insbesondere die INF-Stationierung und der bevorstehende Besuch von Genscher in der UdSSR, außerdem Wirtschaftsfragen, die angestrebte Belebung der WEU und der Besuch von Präsident Reagan in der Volksrepublik China.
- 127** 07.05. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz in Washington S. 613
- Genscher und Shultz erörtern die Behandlung von zuflucht-suchenden Personen aus der DDR in amerikanischen Botschaften bei den Warschauer-Pakt-Staaten.
- 128** 07.05. Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Reagan in Washington S. 615
- Die Gesprächspartner befassen sich mit den Ost-West-Beziehungen, insbesondere Rüstungskontrollfragen und dem bevorstehenden Besuch von Genscher in der UdSSR, ferner mit SDI und dem Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche in Polen.

-
- 129** 08.05. Deutsch-amerikanisches Regierungsgespräch in Washington S. 619
- Im Mittelpunkt stehen die Ost-West-Beziehungen, die Lage in den osteuropäischen Staaten und der DDR, die deutsch-sowjetischen Beziehungen, die KVAE, der Fall Sacharow, der Boykott der Olympischen Sommerspiele in Los Angeles durch die UdSSR, START, SDI, weitere Rüstungskontrollfragen, das geplante „Signal von Washington“, die Handelsbeziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den USA, der Weltwirtschaftsgipfel in London, die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik und den USA sowie die Vorläufige Absprache über Fragen des Tiefseebodens.
- 130** 09.05. Vortragender Legationsrat I. Klasse Vergau an die Botschaft in Lusaka S. 632
- Vergau erteilt Weisung, unauffällig den Vizepräsidenten der SWAPO, Witbooi, zu kontaktieren, um ein Gespräch mit einem Sonderemissär des Auswärtigen Amts zu arrangieren.
- 131** 10.05. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem bulgarischen Außenminister Mladenow S. 634
- Die Gesprächspartner befassen sich mit den Ost-West-Beziehungen, insbesondere mit Rüstungskontrollfragen und der KVAE, der sowjetischen Außenpolitik, dem Boykott der Olympischen Sommerspiele in Los Angeles durch die UdSSR und weitere Staaten, der Lage in Nicaragua nach der Verminung dortiger Häfen sowie mit der geplanten Umweltkonferenz in München.
- 132** 10.05. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem bulgarischen Außenminister Mladenow in Wachtberg-Pech S. 640
- Erörtert werden die Bedingungen einer Wiederaufnahme der INF-Verhandlungen, wobei Mladenow die Einbeziehung der britischen und französischen Systeme fordert.
- 133** 10.05. Gesandter Wallau, Washington, an das Auswärtige Amt S. 643
- Wallau informiert über Gespräche des Bundesministers Genscher mit amerikanischen Experten über SDI, vor allem die Konsequenzen für die Strategie der Abschreckung, die weiteren Konsultationen innerhalb der NATO und die Behandlung des Themas in der Öffentlichkeit.
- 134** 13.05. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 646
- Pfeffer resümiert den Stand der Arbeiten an einer West-Ost-Studie der NATO und geht dabei auf Meinungsverschiedenheiten der NATO-Mitgliedstaaten bei der Bewertung der Entspannungspolitik ein. Er empfiehlt, die Zustimmung der Bundesregierung zum Textentwurf nicht zu erteilen und verschiedene Neuformulierungen vorzuschlagen.

- 135**   14.05.   Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 652
Ruth äußert sich zu amerikanischen Überlegungen für eine Initiative zur Wiederaufnahme der INF-Verhandlungen und stellt die Interessenlage der Bundesrepublik dar.
- 136**   14.05.   Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sulimma S. 656
Sulimma rekapituliert den Stand der Untersuchungen der Aktivitäten der Firma Kolb im Irak und deren mögliche Beteiligung bei der Herstellung chemischer Waffen. Ferner informiert er über entsprechende amerikanische Erkenntnisse und äußert sich zu weiteren Handlungsmöglichkeiten der Bundesregierung, insbesondere einer Inspektion der Anlagen vor Ort durch Experten.
- 137**   15.05.   Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem S. 662
französischen Europaminister Dumas
Besprochen werden die anstehende Tagung des Europäischen Rats in Fontainebleau, vor allem die Frage des britischen Beitrags zum EG-Haushalt, sowie ein neuer Anlauf zur Vertiefung der europäischen Integration.
- 138**   15.05.   Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 666
Pfeffer plädiert trotz einiger Bedenken erneut dafür, der Verabschiedung der West-Ost-Studie der NATO nicht zuzustimmen.
- 139**   15.05.   Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 668
Ruth informiert über eine Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO. Im Mittelpunkt standen die Durchführung der INF-Stationierung vor dem Hintergrund italienischer Überlegungen für ein Stationierungsmoratorium sowie der Debatte in den Niederlanden.
- 140**   16.05.   Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 672
Pfeffer faßt eine Sitzung des deutsch-französischen Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung zusammen, in der sicherheitspolitische Aspekte der Ost-West-Beziehungen, SDI, eine Belegung der WEU, die bilaterale militärische Zusammenarbeit und die Erörterung neuer Technologien in der NATO behandelt wurden.
- 141**   16.05.   Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 679
Fiedler
Vor dem Hintergrund einer entsprechenden ägyptischen Wunschliste nimmt Fiedler Stellung zu Rüstungsexporten nach Ägypten.

-
- 142**   16.05.   Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt   S. 681
- Wieck berichtet über die Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO. Themen waren die sowjetische Bedrohung, die Lastenteilung im Bündnis, insbesondere das Infrastrukturprogramm, die INF-Stationierung, vor allem die innenpolitische Debatte in den Niederlanden, sowie die vorangegangene Sitzung der Eurogroup.
- 143**   18.05.   Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident González in Madrid   S. 692
- Kohl und González erörtern den Stand der Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens, die innenpolitische Debatte um die spanische Stellung in der NATO, die Ausländerpolitik der Bundesregierung, die Beziehungen Spaniens zur UdSSR und zu Israel sowie die Lage in Lateinamerika.
- 144**   18.05.   Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Karkow   S. 698
- Karkow informiert über den Besuch des chinesischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Li Peng. Themen waren die Beziehungen der Volksrepublik China zur UdSSR und zu den USA, Nord-Süd-Fragen, Rüstungskontrollthemen sowie die bilateralen Beziehungen, vor allem das Abkommen über Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie.
- 145**   18.05.   Botschafter Verbeek, Buenos Aires, an das Auswärtige Amt   S. 701
- Verbeek übermittelt neue Informationen zum Fall des seit 1976 in Argentinien vermißten Klaus Zieschank, aus denen hervorgeht, daß dieser bereits im Jahr seines Verschwindens ermordet wurde.
- 146**   20.05.   Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand in Saarbrücken   S. 703
- Erörtert werden die Ost-West-Beziehungen, die Debatte um die INF-Stationierung in Belgien und den Niederlanden, Probleme der Europäischen Gemeinschaften, vor allem der britische Beitrag zum EG-Haushalt, eine Vertiefung der europäischen Integration, der bevorstehende Jahrestag der Landung der Alliierten in der Normandie („D-Day“), der Weltwirtschaftsgipfel in London sowie Überlegungen für einen gemeinsamen Besuch eines Soldatenfriedhofs.
- 147**   20.05.   Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand in Saarbrücken   S. 711
- Kohl und Mitterrand besprechen die künftige Besetzung der Position des EG-Kommissionspräsidenten und stellen Überlegungen über die politische Zukunft Europas an. Ferner wird die Frage des britischen Beitrags zum EG-Haushalt thematisiert.

- 148**   22.05. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Tschernenko, in Moskau S. 715
- Im Mittelpunkt stehen die Ost-West-Beziehungen, vor allem Rüstungskontrollfragen nach dem Beginn der INF-Stationierung in Europa und die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen. Außerdem werden die bilateralen Beziehungen, die KVAE und Menschenrechtsfragen erörtert.
- 149**   28.05. Gespräch der Bundesminister Genscher und Wörner mit dem französischen Außenminister Cheysson und Verteidigungsminister Hernu in La Celle Saint-Cloud S. 722
- Themen sind die bilaterale sicherheitspolitische Zusammenarbeit, die französische Nuklearstrategie, SDI, eine Belebung der WEU sowie die künftige Arbeit der Unabhängigen Europäischen Programmgruppe (IEPG).
- 150**   28.05. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand in Paris S. 729
- Kohl und Mitterrand befassen sich mit Fragen der Europäischen Gemeinschaften, vor allem dem britischen Beitrag zum Haushalt, ferner mit der Vertiefung der europäischen Integration, dem bevorstehenden Weltwirtschaftsgipfel in London, dem Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen und den Ost-West-Beziehungen.
- 151**   28.05. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 734
- Ruth analysiert die rüstungskontrollpolitischen Aspekte von SDI und regt informelle Gespräche mit den USA und weiteren Staaten an.
- 152**   28.05. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Jansen S. 738
- Jansen resümiert das informelle Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ in Salon-de-Provence. Themen waren die Ost-West-Beziehungen, die Lage in Polen, die Vorschläge des Staatspräsidenten Mitterrand für eine Europäische Union, die künftige Besetzung der EG-Kommission sowie die Belebung der WEU.
- 153**   28.05. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler S. 742
- Steinkühler informiert über den Besuch des Bundesministers Genscher in der UdSSR. Im Mittelpunkt standen die Ost-West-Beziehungen, vor allem Rüstungskontrollfragen, verschiedene internationale Krisenherde sowie die bilateralen Beziehungen.

-
- 154**   28.05. Vortragender Legationsrat I. Klasse Henze an die Botschaft in Neu Delhi S. 748
- Henze teilt mit, daß indische Wünsche bezüglich einer weitgehenden Zusammenarbeit bei der Rüstungsproduktion nach einem Ministergespräch unter Vorsitz des Bundeskanzlers Kohl abgelehnt würden.
- 155**   29.05. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand und Ministerpräsident Mauroy in Rambouillet S. 749
- Kohl und Mitterrand vereinbaren einen gemeinsamen Besuch in Verdun im Herbst. Weitere Themen sind der Abbau der Grenzkontrollen zwischen der Bundesrepublik und Frankreich, der irakisch-iranische Krieg und ein mögliches Eingreifen der USA und weiterer Staaten im Persischen Golf, die Lage in Saudi-Arabien, Ägypten und Israel, der Weltwirtschaftsgipfel in London, die gegenwärtige Streikwelle in der Bundesrepublik, die Weltraumpolitik, das Satellitenfernsehen sowie die bilaterale militärische Zusammenarbeit.
- 156**   30.05. Ministerialdirigent Schauer, z. Z. Washington, an das Auswärtige Amt S. 757
- Schauer berichtet über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Cheysson (Frankreich), Howe (Großbritannien) und Shultz (USA). Erörtert wurden vor allem die Frage von Zufluchtsuchenden aus der DDR in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin, die Behandlung von Menschenrechtsfällen, die NATO-Ministerratstagung, der bevorstehende Weltwirtschaftsgipfel in London sowie Nord-Süd-Fragen.
- 157**   31.05. Botschafter Wieck, z. Z. Washington, an das Auswärtige Amt S. 762
- Wieck informiert über die Ausführungen des Bundesministers Genscher während der NATO-Ministerratstagung im kleinsten Kreis. Im Mittelpunkt standen die West-Ost-Studie der NATO sowie der seitens der Warschauer-Pakt-Staaten vorgeschlagene Gewaltverzicht und der Verzicht auf den Ersteinsatz von Kernwaffen.
- 158**   04.06. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Monge S. 765
- Kohl und Monge besprechen die Lage in Mittelamerika, insbesondere in Costa Rica und Nicaragua, sowie die amerikanische Politik in dieser Region. Ferner sprechen sie über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Costa Rica.

-
- 166**   08.06. Gespräch der Außenminister der G-7 in London   S. 802
- Die Außenminister behandeln das Problem des internationalen Terrorismus, unter anderem am Beispiel Libyen. Als Lösungen werden eine stärkere Kontrolle des ausländischen Botschaftspersonals und ein verstärkter Austausch nachrichtendienstlicher Informationen erwogen.
- 167**   08.06. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse   S. 806
Holik
- Holik analysiert die Rede des Präsidenten Reagan am 4. Juni in Dublin, insbesondere die Erklärung zum Gewaltverzicht sowie deren mögliche Auswirkungen auf die KVAE in Stockholm.
- 168**   08.06. Botschafter Kastl, Moskau, an das Auswärtige Amt   S. 810
- Kastl berichtet über ein Gespräch mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko zu den sowjetischen Revanchismusvorwürfen gegenüber der Bundesrepublik sowie zur NATO-Ministerratstagung in Washington, den Ost-West-Beziehungen, der Rede des Präsidenten Reagan am 4. Juni in Dublin, den INF-Verhandlungen, verschiedenen Fragen der Rüstungskontrollpolitik und den bilateralen Beziehungen.
- 169**   12.06. Botschafter Böcker, Bagdad, an Ministerialdirektor   S. 814
Ruhfus und Ministerialdirigent Loeck
- Böcker teilt mit, er habe die Vertreter dreier Firmen aus der Bundesrepublik über einen möglichen Angriff auf die Industrieanlage in Samarra unterrichtet. Der Vertreter der Firma Kolb habe zurückhaltend gegenüber der Aufforderung reagiert, alle Firmenangehörigen zu warnen.
- 170**   13.06. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse   S. 817
Steinkühler
- Steinkühler informiert über den Weltwirtschaftsgipfel in London, bei dem die Ost-West-Beziehungen, die Beziehungen zu den Entwicklungsländern, die transatlantischen Beziehungen, der irakisch-iranische Krieg und der internationale Terrorismus im Mittelpunkt standen.
- 171**   14.06. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse   S. 820
Steinkühler
- Steinkühler unterrichtet über den Teil des Weltwirtschaftsgipfels in London, der Wirtschafts-, Finanz- und Handelsfragen gewidmet war. Erörtert wurden unter anderem das Haushaltsdefizit der USA, das internationale Währungssystem, GATT, die Verschuldung der Entwicklungsländer und Umweltprobleme.

- 172**   18.06. Vortragender Legationsrat I. Klasse Schlagintweit an die Botschaft in Tripolis S. 824
- Schlagintweit resümiert ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem libyschen Minister für Äußere Sicherheit. Belgassem habe sich zu den Unruhen in Tripolis geäußert und dargelegt, daß libysche Staatsangehörige, die in der Bundesrepublik ausgebildet wurden, daran beteiligt gewesen seien. Zudem sei ein Besuch Genschers in Libyen erörtert worden.
- 173**   21.06. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Lázár in Budapest S. 827
- Die beiden Regierungschefs sprechen über die bilateralen Beziehungen, insbesondere über Wirtschaftsfragen, humanitäre Fälle und deutsche Kriegsgräber in Ungarn. Ein weiteres Thema sind die Beziehungen Ungarns zur EG. Kohl und Lázár analysieren dann die Ost-West-Beziehungen.
- 174**   22.06. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem türkischen Außenminister Halefoglu S. 838
- Genscher und Halefoglu thematisieren den irakisch-iranischen Krieg und Möglichkeiten zu einer friedlichen Lösung, die Beziehungen der Bundesrepublik zu Iran und zu Libyen sowie das libysch-sowjetische Verhältnis.
- 175**   22.06. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem türkischen Außenminister Halefoglu S. 842
- Die beiden Außenminister diskutieren über die bilateralen Beziehungen, vor allem im Wirtschaftsbereich, sowie über die innere Lage in der Türkei und die Beachtung von Menschenrechten.
- 176**   22.06. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Peckert S. 846
- Peckert äußert sich zu Informationen aus dem amerikanischen Außenministerium, in Bonn hätten Unterredungen über Waffenlieferungen an afghanische Widerstandskämpfer stattgefunden.
- 177**   25.06. Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 847
- Ruth informiert über eine Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO, in deren Mittelpunkt die niederländische Haltung zur INF-Stationierung stand. Besonders diskutiert wurde die Frage, ob der niederländische Außenminister van den Broek einen Brief an seinen sowjetischen Amtskollegen Gromyko richten solle.
- 178**   26.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer S. 849
- Vor dem Hintergrund der Entscheidung des Präsidenten Reagan für den Bau einer Raumstation analysiert Fischer Stand und Perspektiven der europäischen Raumfahrt und schlägt eine Resortbesprechung unter Leitung des Bundeskanzlers vor.

-
179	27.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bertele	S. 853
	Bertele bewertet die Haltung der amerikanischen Regierung zum Gewalt- und Interventionsverbot gemäß der VN-Charta seit der Intervention auf Grenada. Ferner äußert er sich zur Frage der Justiziabilität amerikanischer außenpolitischer Handlungen am Beispiel des Verfahrens zwischen Nicaragua und den USA vor dem IGH.	
180	27.06. Botschafter Wegener, Genf (CD), an das Auswärtige Amt	S. 856
	Wegener informiert über die amerikanische Haltung in der Genfer Abrüstungskonferenz zu den Themen Verhinderung des Wettrüstens im Weltraum, Verhütung eines Atomkriegs und Vermeidung von Nukleartests.	
181	03.07. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schneppen	S. 861
	Schneppen unterrichtet über die Tagung des Europäischen Rats in Fontainebleau. Wichtigste Ergebnisse waren die Einigung über den britischen Haushaltsausgleich, die Einleitung einer Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik sowie die Einsetzung von Arbeitsgruppen für institutionelle Fragen („Doooge-Ausschuß“) bzw. zur Untersuchung von Maßnahmen zur Stärkung der europäischen Identität.	
182	04.07. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem südkoreanischen Außenminister Lee Won-kyung	S. 864
	Im Mittelpunkt stehen die Lage auf der koreanischen Halbinsel und das Verhältnis zwischen beiden koreanischen Staaten, die deutsch-sowjetischen Beziehungen und der Ost-West-Konflikt sowie die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Republik Korea (Südkorea).	
183	05.07. Ministerialdirigent Loeck an die Botschaft in Bagdad	S. 870
	Loeck gibt einen Überblick über die Entwicklung im Fall der Lieferung chemischer Anlagen durch die Firma Kolb in den Irak und geht insbesondere auf die Bemühungen der Bundesregierung ein, eine Kontrolle der Anlage in Samarra zu erreichen.	
184	05.07. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt	S. 873
	Wieck berichtet über eine Sitzung des Ständigen NATO-Rats. Thema war eine Unterrichtung der Bündnispartner über SDI durch amerikanische Regierungsvertreter.	

- 185** 06.07. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow S. 878
 Erörtert werden das amerikanisch-sowjetischen Verhältnis, die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR, auch im wirtschaftlichen Bereich, der Stand der KVAE sowie Fragen der Rüstungskontrolle, besonders im Weltraum.
- 186** 06.07. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer S. 884
 Schauer informiert über einen Beschluß des amerikanischen Senats zur Produktion von nuklearer Artilleriemunition und weist auf die Bedeutung für die Bundesrepublik sowie für die NATO hin.
- 187** 07.07. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer S. 888
 Fischer resümiert Verlauf und Ergebnisse der multilateralen Umweltkonferenz in München und erläutert auch deren Bedeutung für die Ost-West-Beziehungen.
- 188** 09.07. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer S. 891
 Fischer befaßt sich mit den Möglichkeiten der Bundesregierung, die Firma Kolb von weiteren Lieferungen chemischer Anlagen in den Irak abzuhalten, und geht dabei auf eventuelle Entschädigungsansprüche ein. Ferner erörtert er die Frage einer Inspektion der Anlage in Samarra.
- 189** 09.07. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Seitz S. 895
 Seitz plädiert für ein stärkeres Engagement der Bundesregierung im Bereich der Raumfahrt zusammen mit Frankreich und weiteren Staaten und weist auf die identitätsstiftende Bedeutung eines europäischen Projekts hin.
- 190** 09.07. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer S. 897
 Schauer untersucht die Möglichkeiten einer Beteiligung der Bundesrepublik und anderer europäischer Staaten an SDI und geht dabei auf technologische und strategische Aspekte ein.
- 191** 11.07. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 901
 Wieck faßt eine Sitzung des Ständigen NATO-Rats mit den Leitern der KVAE-Delegationen der NATO-Mitgliedstaaten zusammen. Neben einer Bewertung der zweiten Verhandlungsrunde stand das weitere Vorgehen in der Frage eines Gewaltverzichts im Mittelpunkt.
- 192** 12.07. Botschafter Dittmann, Mexiko-Stadt, an das Auswärtige Amt S. 905
 Dittmann berichtet über den Besuch des Bundeskanzlers Kohl in Mexiko. Hauptthemen der Gespräche waren die bilateralen

- Beziehungen, die Ost-West-Beziehungen, die Lage in Mittelamerika und Wirtschaftsfragen.
- 193** 13.07. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem tschechoslowakischen Außenminister Chňoupek S. 908
- Themen sind der sowjetische Protest gegen die Aufhebung der WEU-Herstellungsbeschränkungen für die Bundesrepublik, die Behandlung des Gewaltverzichts auf der KVAE, der Stand der MBFR-Verhandlungen, Rüstungskontrollfragen, die Außenpolitik der USA sowie die bilateralen Beziehungen.
- 194** 17.07. Drahterlaß des Ministerialdirigenten Ungerer S. 915
- Ungerer informiert über ein Treffen von 13 Nuklearlieferstaaten, bei dem die Problematik von Nuklearexporten erörtert wurde, vor allem eine amerikanische Initiative zur Einführung umfassender Kontrollen.
- 195** 20.07. Aufzeichnung des Referats 204 S. 917
- Gegenstand ist die Erörterung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen auf einem Vierertreffen der Politischen Direktoren, insbesondere mögliche Gespräche über Weltraumfragen im Herbst. Ferner wurde SDI thematisiert.
- 196** 20.07. Aufzeichnung des Referats 204 S. 922
- Thema ist ein Gespräch der vier Politischen Direktoren über die sowjetischen Proteste gegen die Aufhebung der WEU-Herstellungsbeschränkungen und die Reaktion der Bundesrepublik sowie der Drei Mächte darauf.
- 197** 20.07. Aufzeichnung des Referats 204 S. 924
- Im Mittelpunkt steht die Debatte beim Vierertreffen der Politischen Direktoren über die Stellung Spaniens in der NATO und den Zusammenhang mit dem EG-Beitritt.
- 198** 20.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Studnitz S. 926
- Studnitz notiert die Diskussion über den Stand der KVAE während eines Vierertreffens der Politischen Direktoren, vor allem die Behandlung des Gewaltverzichts.
- 199** 20.07. Aufzeichnung des Referats 204 S. 928
- Zusammengefaßt wird die Erörterung während eines Vierertreffens der Politischen Direktoren über die Frage einer Amnestie in Polen, das Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche sowie über die Beziehungen zu den anderen osteuropäischen Staaten.

-
- 207**   26.07.   Gesandter Wallau, Washington, an das Auswärtige Amt   S. 951
Wallau berichtet über ein Gespräch des Bundesministers Bangemann mit dem amerikanischen Außenminister, in dem Shultz das Interesse der USA an einer Einstellung der Lieferungen chemischer Anlagen an den Irak durch die Firma Kolb betonte.
- 208**   27.07.   Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer und des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann   S. 952
Die Verfasser legen den Stand von SDI nach entsprechenden Gesprächen mit der amerikanischen Regierung dar und behandeln die verteidigungs- und rüstungskontrollpolitische Bedeutung des Projekts sowie das weitere Vorgehen der Bundesregierung.
- 209**   27.07.   Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann   S. 956
Hartmann gibt einen Überblick über die KVAE und reflektiert den künftigen Verlauf der Konferenz und die Vorgehensweise der NATO-Mitgliedstaaten. Dabei behandelt er auch die Frage des Gewaltverzichts.
- 210**   30.07.   Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Peckert   S. 961
Peckert informiert über die Gespräche des Präsidenten Duarte in der Bundesrepublik sowie weiteren Staaten und bewertet die Lage in El Salvador.
- 211**   31.07.   Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer   S. 964
Schauer vergleicht auf Basis der bisherigen Tätigkeit einer bilateralen Arbeitsgruppe die Haltung der Bundesrepublik und Frankreichs zu SDI.
- 212**   31.07.   Gesandter Huber, Moskau, an das Auswärtige Amt   S. 968
Huber analysiert die außenpolitischen Vorstellungen verschiedener sowjetischer Akteure, besonders zur Frage von Verhandlungen mit den USA über Weltraumwaffen. Außerdem beurteilt er die Stellung des Mitglieds des Politbüros des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und dessen Einfluß auf die Außenpolitik der UdSSR, auch mit Blick auf die Ost-West-Handelsbeziehungen.
- 213**   07.08.   Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt   S. 975
Wieck berichtet über eine Sitzung des Ständigen NATO-Rats. Themen waren die bisherigen Erkenntnisse über die Verminderung des Roten Meers und eine mögliche Beteiligung verschiedener NATO-Mitgliedstaaten an der Beseitigung der Minen.

- 214** 09.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 979
Pfeffer informiert über den Inhalt des deutsch-amerikanischen Abkommens über gemeinsame Maßnahmen zur Verbesserung der Luftverteidigung in Mitteleuropa (Roland-Patriot-Abkommen) und bewertet es.
- 215** 14.08. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sulimma S. 983
Sulimma gibt einen Überblick über die Entwicklung und die Rolle der OPEC seit der ersten Ölkrise 1973/74 und befaßt sich mit deren Auswirkungen auf die Weltwirtschaft sowie der künftigen Bedeutung der OPEC.
- 216** 17.08. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Loeck S. 989
Loeck analysiert Ursachen und Auswirkungen der internationalen Verschuldungskrise und stellt Überlegungen zu deren Überwindung an.
- 217** 20.08. Ministerialdirektor Pfeffer an die Botschaft in London S. 998
Pfeffer informiert über ein Gespräch mit dem britischen Gesandten Mallaby. Erörtert wurde das weitere Vorgehen auf der KVAE, insbesondere in der Frage des Gewaltverzichts.
- 218** 21.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer und des Ministerialdirigenten Ungerer S. 1002
Pfeffer und Ungerer unterbreiten Vorschläge für die Arbeit des Ad-hoc-Ausschusses für institutionelle Fragen („Dooge-Ausschuß“) zur künftigen Gestaltung der europäischen Einigung.
- 219** 23.08. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Seitz S. 1008
Mit Blick auf die aktuelle Lage im Roten Meer informiert Seitz über die Haltung des Bundesministeriums der Verteidigung zu einem möglichen Einsatz der Bundeswehr außerhalb des NATO-Bündnisgebiets.
- 220** 23.08. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Ungerer S. 1009
Ungerer befaßt sich mit den Folgen eines EG-Beitritts von Portugal und Spanien und geht dabei vor allem auf deren mögliches Abstimmungsverhalten und die daraus resultierende Veränderung der Mehrheitsverhältnisse in einzelnen Interessengruppen ein.
- 221** 25.08. Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt S. 1013
Bräutigam berichtet über ein Gespräch mit dem sowjetischen Gesandten Koptelzew zum geplanten Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik sowie zu den Beziehungen zwischen der UdSSR und der DDR.

-
- 222** 27.08. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Ploetz S. 1016
- Ploetz informiert über informelle deutsch-amerikanische Gespräche über sicherheitspolitische Fragen, zu denen er Ministerialdirektor Teltchik, Bundeskanzleramt, begleitete. Erörtert wurden Strategiefragen wie der nukleare Ersteinsatz, die Stärkung der konventionellen Kräfte, der Einsatz von Truppen außerhalb des NATO-Bündnisgebiets, die japanische Verteidigungspolitik, SDI, Anti-Satelliten-Waffen sowie die deutsch-französische bzw. europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verteidigung.
- 223** 28.08. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1024
- Ruth analysiert die mögliche Wiederaufnahme der INF-Verhandlungen und stellt die Interessenlage der Bundesrepublik dar. Ferner geht er auf die sowjetische Politik in dieser Frage ein und befaßt sich mit den Möglichkeiten der Bundesregierung, auf die amerikanische Meinungsbildung einzuwirken.
- 224** 30.08. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem jordanischen Kronprinzen Hassan S. 1031
- Die Gesprächspartner thematisieren den Nahost-Konflikt und Möglichkeiten zu seiner Überwindung. Ferner werden der irakisch-iranische Krieg und die bilateralen Beziehungen besprochen.
- 225** 31.08. Aufzeichnung des Botschafters Ruth und des Ministerialdirektors Pfeffer S. 1036
- Ruth und Pfeffer erörtern die sowjetischen Beweggründe für das Angebot an die USA zu Gesprächen über Rüstungskontrolle im Weltraum und plädieren dafür, sich gegenüber den USA für Zurückhaltung auf dem Gebiet der Anti-Satelliten-Waffen einzusetzen.
- 226** 31.08. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Ploetz S. 1042
- Ploetz bewertet Form und Inhalt der informellen deutsch-amerikanischen Gespräche über sicherheitspolitische Fragen und geht dabei insbesondere auf die erst spät erfolgte Beteiligung des Auswärtigen Amtes ein.
- 227** Aug. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Ungerer S. 1047
- Ungerer rekapituliert die bisherigen Bemühungen zur europäischen Einigung nach dem Zweiten Weltkrieg und konstatiert eine zunehmende Intergouvernementalisierung der Europäischen Gemeinschaften. Er plädiert für eine Überprüfung der Zielsetzungen der Europapolitik der Bundesregierung und spricht sich dafür aus, die Europäischen Gemeinschaften auf die Kernbereiche Außen-, Verteidigungs-, Wirtschafts-, Finanz- sowie Währungspolitik zu erstrecken und eine Europäische Union zu bil-

- den, um den weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Herausforderungen begegnen zu können. Dazu schlägt er ein Modell konzentrischer Ringe vor, um der unterschiedlichen Integrationsbereitschaft der EG-Mitgliedstaaten entsprechen zu können.
- 228** 03.09. Botschafter Brunner, Madrid, an das Auswärtige Amt S. 1056
- Brunner berichtet über ein Gespräch mit dem spanischen Außenminister, in dem sich Morán zur Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen äußerte und auf Vorbehalte gegenüber der Deutschlandpolitik der Bundesregierung, insbesondere in den USA und Frankreich, hinwies.
- 229** 05.09. Deutsch-türkisches Regierungsgespräch S. 1057
- Im Mittelpunkt stehen die politische und wirtschaftliche Lage in der Türkei sowie die bilateralen Beziehungen, vor allem die Verteidigungshilfe der Bundesrepublik, ferner eine Zusammenarbeit im Bereich der Energiewirtschaft und der zivilen Luftfahrt. Ein weiteres Hauptthema ist das Verhältnis der Türkei zu den Europäischen Gemeinschaften bzw. die Frage nach der Freizügigkeit für türkische Arbeitnehmer.
- 230** 05.09. Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1072
- Van Well unterrichtet über Bedenken im amerikanischen Außenministerium gegen einen Besuch des Bundesministers Genscher in Polen sowie über den Vorschlag der Erörterung solcher Besuche in der NATO.
- 231** 07.09. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1074
- Wieck informiert über eine Sitzung des Ständigen NATO-Rats mit den Leitern der KVAE-Delegationen der NATO-Mitgliedstaaten. Erörtert wurden die Notwendigkeit einer Fertigstellung des westlichen Maßnahmenpakets und des Entwurfs eines Schlußdokuments sowie die Erarbeitung einer gemeinsamen Position zu den Themen Gewaltverzicht und „constraints“.
- 232** 11.09. Gesandter Huber, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1078
- Huber erläutert die Hintergründe für die Absage des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik und verweist insbesondere auf die Interessenlage der UdSSR.
- 233** 12.09. Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 1083
- Hartmann berichtet über eine Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO, in deren Mittelpunkt die SS-20-Dislozierung in der UdSSR, die amerikanisch-sowjetischen Beziehun-

- gen, die Haltung der Niederlande zur INF-Stationierung und die Behandlung von SRINF standen.
- 234** 13.09. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bertele S. 1086
 Bertele behandelt die Frage der Ratifizierung der Zusatzprotokolle von 1977 zu den Genfer Abkommen von 1949 über den Schutz der Opfer bewaffneter Konflikte und macht deutlich, daß Nuklearwaffen vom Anwendungsbereich der Zusatzprotokolle ausgeschlossen bleiben.
- 235** 13.09. Bundesminister Genscher an den amerikanischen Außenminister Shultz S. 1090
 Genscher informiert über den Aufenthalt des irakischen Außenministers Aziz in der Bundesrepublik, bei dem der irakisch-iranische Krieg sowie die Beziehungen Iraks zur Bundesrepublik und zu den USA im Vordergrund standen.
- 236** 14.09. Vortragender Legationsrat I. Klasse Kuhna an die Botschaft in Rom S. 1092
 Kuhna teilt mit, Staatssekretär Meyer-Landrut habe den italienischen Botschafter Ferraris einbestellt, um das Befremden der Bundesregierung über Äußerungen des Außenministers Andreotti zur deutschen Frage zum Ausdruck zu bringen und eine Stellungnahme der italienischen Regierung zu fordern.
- 237** 17.09. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1094
 Ruth spricht sich für eine stärkere Berücksichtigung rüstungskontrollpolitischer Aspekte und eine Einbeziehung der zuständigen Bundesministerien in die deutsch-amerikanischen Gespräche über sicherheitspolitische Fragen aus.
- 238** 19.09. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1096
 Wieck berichtet über eine Sitzung des Ständigen NATO-Rats mit Experten aus den NATO-Mitgliedstaaten, auf der die Rüstungskontrolle im Weltraum, ein umfassendes Verbot chemischer Waffen sowie eine verbesserte Abstimmung in der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) und in den Vereinten Nationen besprochen wurden.
- 239** 20.09. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Seitz S. 1100
 Seitz benennt Gründe für die sowjetische Pressekampagne gegen die Deutschland- und Ostpolitik der Bundesrepublik. Er macht darauf aufmerksam, daß dabei auch Äußerungen von Mitgliedern der amerikanischen Regierung zur Nachkriegsordnung in Europa eine Rolle spielen.

- 240** 21.09. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Stabreit, Bundeskanzleramt S. 1105
 Stabreit notiert die Ergebnisse eines deutsch-französischen Treffens auf Beamtenebene, bei dem der EG-Haushalt, das weitere Vorgehen der Bundesrepublik und Frankreichs im Ad-hoc-Ausschuß für institutionelle Fragen („Doooge-Ausschuß“) sowie die Vertiefung der europäischen Integration erörtert wurden.
- 241** 25.09. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer S. 1111
 Schauer resümiert den Verlauf einer Sitzung der deutsch-französischen politisch-strategischen Arbeitsgruppe. Diese behandelte das Projekt eines Beobachtungssatelliten, den Bericht einer deutsch-französischen Expertengruppe zu SDI, die WEU, das Maßnahmenpaket für die KVAE, die Ost-West-Beziehungen und gemeinsame militärische Manöver.
- 242** 25.09. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer S. 1115
 Schauer unterrichtet über die Feierlichkeiten in Verdun, bei denen Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand der Gefallenen beider Weltkriege gedachten, und über die Reaktion in den internationalen Medien auf die Zeremonie.
- 243** 25.09. Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt S. 1117
 Bräutigam berichtet über die Lage in der DDR nach der Absage des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik und über deren Gründe. Er geht besonders auf das Verhältnis der DDR zur UdSSR ein.
- 244** 26.09. Ministerialdirigent Edler von Braunmühl, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1121
 Braunmühl informiert über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko. Themen waren die bilateralen Beziehungen, die technologische Entwicklung in der Bundesrepublik sowie die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen.
- 245** 26.09. Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1126
 Pfeffer rekapituliert ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz, in dem folgende Themen angesprochen wurden: die Ost-West-Beziehungen, die innerdeutschen Beziehungen, das Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche in Polen sowie die Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals und Spaniens. Weiterhin wurden die Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten sowie Spaniens und Portugals mit den Außenministern zentral-amerikanischer Staaten sowie der Staaten der Contadora-Grup-

-
- pe in San José, Fragen des Technologietransfers, SDI und der Anschlag auf die amerikanische Botschaft in Beirut thematisiert.
- 246** 26.09. Botschafter Ruth, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1134
- Ruth faßt den Teil des Gesprächs des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko zusammen, der Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle gewidmet war. Im Vordergrund standen die Nichtverbreitungsproblematik und die Verhinderung einer Militarisierung des Weltraums.
- 247** 26.09. Botschafter Jestaedt, Kopenhagen, an das Auswärtige Amt S. 1137
- Jestaedt berichtet über den Besuch des Bundeskanzlers Kohl in Dänemark. Im Gespräch mit Ministerpräsident Schlüter wurden Umweltfragen, der EG-Haushalt, der Austritt Grönlands aus den Europäischen Gemeinschaften und die Jungrobbenfänge behandelt.
- 248** 26.09. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Mobutu S. 1142
- Themen sind die wirtschaftliche Entwicklung Zaires und die bilateralen Beziehungen, insbesondere die Bitte Mobutus um Schuldenerleichterungen durch die Gläubigerstaaten.
- 249** 26.09. Ministerialdirigent Edler von Braunmühl, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1145
- Braunmühl informiert über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem ungarischen Außenminister Várkonyi, in dessen Mittelpunkt die Ost-West-Beziehungen standen, vor allem die innerdeutschen, die deutsch-sowjetischen und die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen.
- 250** 27.09. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer S. 1150
- Schauer resümiert den Stand der Arbeiten am Zwischenbericht der High Level Group (HLG) der NATO für die Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG), der sich mit der Überlebensfähigkeit von Nuklearwaffen sowie dem Verhältnis von konventioneller und nuklearer Verteidigung beschäftigte.
- 251** 27.09. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer S. 1153
- Schauer befaßt sich mit den Konsequenzen der „Wehrpflichtlücke“ in der Bundesrepublik in den 90er Jahren und untersucht die diesbezüglichen Planungen des Bundesministeriums der Verteidigung unter außen- und bündnispolitischen Gesichtspunkten.

- 252** 27.09. Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1160
Pfeffer resümiert ein Treffen der Außenminister Cheysson (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik), Howe (Großbritannien) und Shultz (USA), die das Gespräch von Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko erörterten.
- 253** 27.09. Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1167
Pfeffer berichtet über ein Gespräch der Außenminister Cheysson (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik), Howe (Großbritannien) und Shultz (USA). Themen waren die NATO-Mitgliedschaft Spaniens, die Beziehungen zu Polen und die Falkland-Frage.
- 254** 27.09. Ministerialdirektor Haas, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1171
Haas rekapituliert ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem syrischen Außenminister Scharaa. Die Außenminister sprachen über die Lage im Libanon, die PLO, den irakisch-iranischen Krieg, die Regierungsbildung in Israel und die Beziehungen zwischen Ägypten und Syrien.
- 255** 28.09. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer S. 1174
Schauer gibt einen Überblick über die Reaktionen in der Presse auf die Äußerungen des italienischen Außenministers Andreotti zur deutschen Frage und macht Vorschläge zur Darstellung der deutschlandpolitischen Ziele der Bundesregierung im Ausland.
- 256** 28.09. Botschafter Holik, Wien (MBFR-Delegation), an Staatssekretär Meyer-Landrut S. 1178
Holik rät dazu, Entscheidungen über den Friedensumfang der Bundeswehr in den 90er Jahren ausschließlich nach verteidigungspolitischen Erfordernissen, nicht nach rüstungskontrollpolitischen Erwägungen zu treffen und dabei eine Einbeziehung der MBFR-Verhandlungen zu vermeiden.
- 257** 28.09. Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1180
Pfeffer berichtet über ein Treffen der Außenminister der G7-Staaten. Sie erörterten den Nahost-Konflikt, den irakisch-iranischen Krieg, die Ost-West-Beziehungen, den Nord-Süd-Konflikt und die Vereinbarungen zwischen Großbritannien und der Volksrepublik China über Hongkong.

-
- 258** 28.09. Ministerialdirektor Haas, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1187
Haas schildert eine Zusammenkunft des Bundesministers Genscher mit Vertretern der Frontlinienstaaten, bei der die Lage im südlichen Afrika, besonders die Haltung zu Namibia, diskutiert wurde.
- 259** 29.09. Botschafter Ruth, z. Z. Washington, an das Auswärtige Amt S. 1190
Ruth informiert über ein Gespräch der Außenminister Shultz (USA) und Gromyko (UdSSR), bei dem eine Wiedervereinigung Deutschlands, die amerikanisch-japanischen Beziehungen, Fragen der nuklearen Rüstung und ein Interimsabkommen zur Begrenzung von ASAT-Systemen thematisiert wurden.
- 260** 29.09. Ministerialdirigent Kullak-Ublick, z. Z. San José, an das Auswärtige Amt S. 1192
Kullak-Ublick unterrichtet über die Ergebnisse der Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten sowie Spaniens und Portugals mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten sowie der Staaten der Contadora-Gruppe.
- 261** 01.10. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1195
Ruth gibt einen Ausblick auf die von den USA nach den Präsidentschaftswahlen zu erwartende Rüstungskontrollpolitik und legt die Einflußmöglichkeiten der Bundesregierung dar.
- 262** 02.10. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Edler von Braunnmühl S. 1198
Braunnmühl analysiert die Bedeutung des wiederaufgenommenen amerikanisch-sowjetischen Dialogs und geht dabei besonders auf die Handlungsmöglichkeiten der UdSSR und die Folgen für die Bundesrepublik ein.
- 263** 04.10. Aufzeichnung der Staatssekretäre Ruhfus und Meyer-Landrut S. 1205
Ruhfus und Meyer-Landrut äußern sich zur rüstungspolitischen Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien und geben mit Blick auf mögliche Folgen für die außenpolitische Stellung der Bundesrepublik Empfehlungen für die weitere Behandlung saudi-arabischer Lieferwünsche.
- 264** 04.10. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bertele S. 1212
Bertele notiert den Stand der Verhandlungen mit der DDR zur Frage von Zufluchtsuchenden in der Botschaft der Bundesrepublik in Prag.

- 265** 05.10. Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1215
 Van Well informiert über die amerikanische Bewertung der Gespräche mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko und gibt einen Ausblick auf die zu erwartende Politik der nächsten Monate.
- 266** 08.10. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1219
 Ruth faßt Gespräche mit Frankreich, Großbritannien und den USA über die Chemiewaffenverhandlungen in Genf zusammen. Erörtert wurde ein gemeinsames Arbeitsprogramm für die kommenden Monate.
- 267** 08.10. Ministerialdirektor Pfeffer an die Botschaft in Warschau S. 1221
 Pfeffer unterrichtet über sein Gespräch mit dem polnischen Stellvertretenden Außenminister Kucza. Themen waren die Kriegsgräberfürsorge, humanitäre Fragen, die amerikanisch-polnischen Beziehungen, die Verschuldung Polens sowie ein möglicher IWF-Beitritt, Ausreisemöglichkeiten und Familienzusammenführung, polnische Revanchismusvorwürfe gegen die Bundesrepublik sowie die deutsche Frage.
- 268** 08.10. Ministerialdirigent Schauer an die Botschaft in Washington S. 1228
 Vor dem Hintergrund der Nutzung amerikanischer Basen in der Bundesrepublik für Flüge in den Nahen Osten legt Schauer die Haltung der Bundesregierung zu Einsätzen außerhalb des NATO-Bündnisgebiets dar.
- 269** 09.10. Staatssekretär Ruhfus, z. Z. Peking, an das Auswärtige Amt S. 1231
 Ruhfus berichtet über ein Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Zhao Ziyang. Im Mittelpunkt standen die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen, insbesondere die mögliche Auftragsvergabe an Firmen aus der Bundesrepublik in den Bereichen Kernenergie, Fernsehen, Computer sowie Luftfahrt, ferner die Möglichkeit von Joint-ventures.
- 270** 10.10. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer S. 1237
 Schauer untersucht die außen-, verteidigungs- und bündnispolitischen Aspekte von SDI und geht dabei vor allem auf die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen und die Ost-West-Beziehungen insgesamt ein. Ferner erörtert er mögliche Folgen für die NATO und gibt Empfehlungen für die Haltung der Bundesregierung.

-
- 271** 10.10. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer S. 1243
Schauer äußert sich zur Ausrüstung der amerikanischen Marine mit seegestützten Marschflugkörpern und legt die politische und militärische Bedeutung sowie mögliche Probleme dar.
- 272** 10.10. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1247
Ruth analysiert das amerikanische SDI-Programm. Dabei befaßt er sich mit Einflußmöglichkeiten der Bundesregierung, den sowjetischen Aktivitäten auf dem Gebiet der Raketenabwehr, technischen und finanziellen Aspekten von SDI, Risiken und Chancen des Programms sowie der öffentlichen Behandlung des Themas.
- 273** 10.10. Staatssekretär Ruhfus, z. Z. Peking, an das Auswärtige Amt S. 1256
Ruhfus berichtet über ein Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der KPCh, Hu Yaobang. Erörtert wurden die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Volksrepublik China, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet, ferner die deutsche Frage und die chinesische Innenpolitik sowie die chinesisch-sowjetischen Beziehungen.
- 274** 10.10. Botschafter Schödel, Peking, an das Auswärtige Amt S. 1259
Schödel informiert über ein Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Deng Xiaoping. Besprochen wurden die wirtschaftliche Entwicklung der Volksrepublik China, die weltpolitische Lage sowie die bilateralen Beziehungen.
- 275** 12.10. Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 1264
Citron gibt einen Überblick zur dritten Runde der KVAE und geht dabei auf die Bemühungen um eine Einigung bezüglich der Arbeitsstruktur der Konferenz ein. Ferner analysiert er die Haltung der einzelnen Teilnehmergruppen und gibt einen Ausblick auf den weiteren Verlauf der Verhandlungen.
- 276** 15.10. Aufzeichnung des Staatssekretärs Ruhfus S. 1270
Ruhfus bewertet die von einer deutsch-französischen Arbeitsgruppe formulierten Überlegungen zu einer engeren europäischen Zusammenarbeit mit dem Ziel einer Europäischen Union.
- 277** 15.10. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer S. 1273
Schauer vermerkt die Ergebnisse der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO in Stresa. Erörtert wurden die vor kurzem stattgefundenen amerikanisch-sowjetischen Gespräche, SDI, Erkenntnisse über den Umfang der sowjetischen Nuklearrüstung, der Stand der Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses, ferner die Sicherheit von Nuklearwaffen.

- 278** 15.10. Botschafter Berendonck, Islamabad, an das Auswärtige Amt S. 1279
 Berendonck berichtet über die Gespräche des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Zia ul-Haq. Im Mittelpunkt standen die Beziehungen Pakistans zu Afghanistan, Indien, der Volksrepublik China und der UdSSR, ferner die mögliche Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Pakistan im Nuklearbereich.
- 279** 15.10. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Ceaușescu S. 1282
 Themen sind Rüstungskontrollfragen und die Ost-West-Beziehungen sowie die Beziehungen der Bundesrepublik zu Polen, ferner Revanchismusvorwürfe gegen die Bundesregierung und der Gesundheitszustand des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Tschernenko.
- 280** 15.10. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem rumänischen Außenminister Andrei S. 1291
 Erörtert werden die Ost-West-Beziehungen sowie die bilateralen Beziehungen, vor allem die Bemühungen um eine Einigung auf ein gemeinsames Kommuniqué.
- 281** 16.10. Deutsch-rumänisches Regierungsgespräch S. 1295
 Thematisiert werden die Möglichkeit eines amerikanisch-sowjetischen Gipfeltreffens bzw. einer Zusammenkunft der NATO-Mitgliedstaaten und der Warschauer-Pakt-Staaten, außerdem die innerdeutschen Beziehungen, die Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem RGW, Nord-Süd-Probleme sowie bilaterale Fragen, auch im wirtschaftlichen Bereich.
- 282** 16.10. Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1305
 Van Well nimmt Stellung zu amerikanischen Vorwürfen einer zu späten oder unvollständigen Unterrichtung über die innerdeutschen Beziehungen und unterbreitet Vorschläge für eine Verbesserung des Informationsflusses.
- 283** 17.10. Bundesminister Genscher an Bundeskanzler Kohl S. 1308
 Genscher äußert sich zu den sicherheitspolitischen Gesprächen des Ministerialdirektors Teltschik, Bundeskanzleramt, mit der amerikanischen Regierung und geht dabei auf die geplante deutsch-amerikanische Erklärung zur Sicherheitspolitik sowie die Beteiligung des Auswärtigen Amtes ein.
- 284** 18.10. Legationsrat I. Klasse Ischinger, z. Z. Lissabon, an das Auswärtige Amt S. 1310
 Ischinger berichtet über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident Soares. Themen waren der geplan-

- te EG-Beitritt Portugals, die Ausrüstung der portugiesischen Marine mit Fregatten sowie der Stand der Ost-West-Beziehungen.
- 285** 18.10. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1314
- Wieck informiert über politische Bedenken hinsichtlich einer Umbenennung des sowjetischen Raketensystems SS-22 durch militärische Gremien der NATO und bittet um Weisung für künftige Erörterungen.
- 286** 19.10. Botschaftsrat I. Klasse Arndt, Bagdad, an das Auswärtige Amt S. 1316
- Arndt unterrichtet über den Besuch einer unter Mitarbeit der Firma Kolb errichteten Chemieanlage in Samarra durch Experten aus der Bundesrepublik, die eine dortige Produktion von Chemiewaffen weitgehend ausgeschlossen hätten.
- 287** 22.10. Botschafter Freiherr von Wechmar, London, an das Auswärtige Amt S. 1317
- Vor dem Hintergrund des kürzlichen Anschlags der IRA während des Parteitags der Konservativen Partei in Brighton übermittelt Wechmar ein Persönlichkeitsbild von Premierministerin Thatcher.
- 288** 23.10. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 1320
- Pfeffer faßt eine Sitzung des deutsch-französischen Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung zusammen. Erörtert wurden die Frage eines Aufklärungssatelliten, SDI, der Stand der sowjetischen SS-20-Dislozierungen, die Bundeswehrplanung, die bilaterale Rüstungszusammenarbeit sowie das Mandat für die Arbeitsgruppe zur militärischen Zusammenarbeit.
- 289** 24.10. Botschafter van Well, Washington, an Bundesminister Genscher S. 1326
- Van Well berichtet über ein Gespräch des Ministerialdirektors Teltschik, Bundeskanzleramt, mit dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister Dam zur Reise des Bundeskanzlers Kohl in die Volksrepublik China sowie zur geplanten deutsch-amerikanischen Erklärung zur Sicherheitspolitik. Außerdem übermittelt er Informationen von Teltschik zum Zustandekommen seiner sicherheitspolitischen Gespräche mit der amerikanischen Regierung.
- 290** 28.10. Vortragender Legationsrat I. Klasse Schilling, z.Z. Rom, an das Auswärtige Amt S. 1329
- Schilling informiert über die erste gemeinsame Tagung der Außen- und Verteidigungsminister der WEU-Mitgliedstaaten und

- die dabei gefaßten Beschlüsse zu einer institutionellen Reform der WEU sowie über die Erörterung von Verteidigungsfragen.
- 291**   31.10. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem ägyptischen Außenminister Abdel-Meguid   S. 1335
- Themen sind die Lage im Nahen Osten, insbesondere die ägyptisch-israelischen Beziehungen sowie die Möglichkeiten einer Aktivierung der Nahostpolitik der EG-Mitgliedstaaten. Weiterhin besprochen werden die Rolle Saudi-Arabiens, der irakisch-iranische Krieg, die Lage in Syrien, die Räumung von Minen aus dem Zweiten Weltkrieg in Ägypten sowie der Wunsch Ägyptens nach einer Bürgerschaft der Bundesregierung für ein Kernkraftwerk.
- 292**   31.10. Botschafter Röding, Warschau, an das Auswärtige Amt   S. 1341
- Röding analysiert die innenpolitische Lage in Polen nach der Ermordung des Priesters Popiehuszko und geht dabei auf die Rolle des Sicherheitsapparats, Machtkämpfe innerhalb der PVAP und der polnischen Regierung, die Rolle der UdSSR sowie auf die Bedeutung der katholischen Kirche und der Gewerkschaft Solidarność ein.
- 293**   01.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer   S. 1345
- Pfeffer faßt ein Gespräch der Bundesminister Genscher und Wörner mit dem französischen Außenminister Cheysson und Verteidigungsminister Hernu zusammen. Erörtert wurden die weiteren Schritte zu einer Belebung der WEU sowie deren mögliche Erweiterung, SDI sowie das Projekt eines deutsch-französischen Aufklärungssatelliten.
- 294**   02.11. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Karkow   S. 1357
- Karkow informiert über die deutsch-französischen Konsultationen. Er geht insbesondere auf Europafragen, den Abbau der Grenzkontrollen sowie auf die Zusammenarbeit in Forschung und Technologie und auf dem Gebiet der Kultur ein.
- 295**   03.11. Ministerialdirigent Keil, z. Z. Neu Delhi, an das Auswärtige Amt   S. 1360
- Keil berichtet über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Präsidenten der Volkskammer der DDR, Sindermann, am Rande der Trauerfeierlichkeiten für Ministerpräsidentin Gandhi. Themen waren die innerdeutschen Beziehungen nach der Absage des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik, ferner die KVAE, die Ost-West-Beziehungen, der Umweltschutz sowie die wirtschaftliche Lage der DDR.

-
- 296** 07.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 1366
Pfeffer befaßt sich mit den bisherigen Bemühungen der Bundesregierung, von den USA eine verbindliche Aussage über den genauen Umfang der Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in der Bundesrepublik zu erhalten, und schlägt vor, die Frage auf politisch hoher Ebene anzusprechen.
- 297** 07.11. Drahterlaß des Ministerialdirektors Pfeffer S. 1370
Pfeffer informiert über ein Vierertreffen der Politischen Direktoren am 9. Oktober. Besprochen wurden die Ost-West-Beziehungen, insbesondere die Wiederaufnahme amerikanisch-sowjetischer Gespräche, die Lage innerhalb des Warschauer Pakts, die Beziehungen der Drei Mächte zur DDR, der bevorstehende 40. Jahrestag des Kriegsendes in Europa, die KVAE, SDI, die Belegung der WEU, die Entwicklung auf Malta und der Zypern-Konflikt.
- 298** 08.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 1387
Mit Blick auf zahlreiche Gedenktage im Jahr 1985 analysiert Pfeffer die unterschiedlichen Interessenlagen in Ost und West und stellt Überlegungen an, wie der 40. Jahrestag des Kriegsendes in Europa begangen werden könnte.
- 299** 12.11. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1392
Vergau
Vergau resümiert ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem südafrikanischen Außenminister Botha. Themen waren die Lage im südlichen Afrika, vor allem die von den USA geführten Gespräche mit Angola, sowie die Lage in Südafrika nach den jüngsten gewaltsamen Polizeieinsätzen in Townships.
- 300** 12.11. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1397
Vergau
Vergau bewertet das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem südafrikanischen Außenminister Botha und geht vor allem auf die Aussichten für eine Lösung des Namibia-Konflikts und die südafrikanische Interessenlage ein.
- 301** 14.11. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit S. 1400
Ministerpräsident Craxi in Stresa
Im Mittelpunkt stehen die bilateralen Beziehungen nach der Kontroverse um Äußerungen des italienischen Außenministers Andreotti zur deutschen Frage, die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik und Italien, die innerdeutschen Beziehungen, die Lage in Polen, die Ost-West-Beziehungen, der Nahost-Konflikt, die Beziehungen der Europäischen Gemeinschaften zu Ungarn, die Arbeit des Ad-hoc-Ausschusses für institutionelle Fragen („Dooge-Ausschuß“) sowie die Wehrpflicht in der Bundesrepublik.

- 302** 15.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 1408
Pfeffer äußert sich zu Überlegungen der belgischen Regierung, die Entscheidung über die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme mit Blick auf die für 1985 vorgesehenen Wahlen in Belgien offenzulassen. Er spricht sich dafür aus, die Angelegenheit auf hoher Ebene gegenüber der belgischen Regierung anzusprechen.
- 303** 15.11. Botschafter van Well, Washington, an Bundesminister Genscher S. 1411
Van Well berichtet über ein Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister Shultz. Thema war die politische Stellung des Bundesministers Genscher und des Auswärtigen Amts.
- 304** 16.11. Botschafter Rödning, Warschau, an das Auswärtige Amt S. 1413
Rödning informiert über ein Gespräch mit dem Vorsitzenden der Gewerkschaft Solidarność, Wałęsa, zur Lage in Polen und dem geplanten Besuch des Bundesministers Genscher.
- 305** 17.11. Aufzeichnung des Staatssekretärs Ruhfus S. 1416
Ruhfus vermerkt den bisherigen Stand der Beratungen im Ad-hoc-Ausschuß für institutionelle Fragen („Dooge-Ausschuß“) und geht auf die Interessenlage der einzelnen Vertreter der EG-Mitgliedstaaten ein.
- 306** 19.11. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow S. 1418
Besprochen werden die Aussichten für ein amerikanisch-sowjetisches Gipfeltreffen nach der Wiederwahl von Präsident Reagan, die Ost-West-Beziehungen, die sowjetische Revanchismuskampagne gegen die Bundesrepublik sowie die bilateralen Beziehungen auf wirtschaftlichem Gebiet.
- 307** 19.11. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand in Paris S. 1423
Themen sind ein mögliches amerikanisch-sowjetisches Gipfeltreffen, die Wehrpflicht in der Bundesrepublik, die Ost-West-Beziehungen, die künftige Besetzung der EG-Kommission, Einzelfragen der Gemeinsamen Agrarpolitik mit Blick auf den Beitritt Portugals und Spaniens sowie die Arbeit des Ad-hoc-Ausschusses für institutionelle Fragen („Dooge-Ausschuß“).
- 308** 19.11. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schneppen S. 1433
Schneppen unterrichtet über die Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit den Außenministern der ASEAN-Mitgliedstaaten. Im Mittelpunkt standen die Wirtschaftsbezie-

- hungen, die Verschuldungsproblematik, die Lage in Kambodscha sowie die Ost-West-Beziehungen.
- 309** 20.11. Botschafter Hermes, Rom (Vatikan), an das Auswärtige Amt S. 1436
- Hermes berichtet über ein Gespräch mit Erzbischof Silvestrini zur Lage in Polen nach der Ermordung des Priesters Popieluszko, insbesondere zur Person und Stellung des Generalsekretärs des ZK der PVAP, Jaruzelski.
- 310** 20.11. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1439
- Wieck informiert über eine Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO. Zu den Themen gehörten der Aufwuchs der sowjetischen Mittelstreckensysteme und die Entwicklung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen im Hinblick auf Rüstungskontrollfragen.
- 311** 21.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 1442
- Pfeffer faßt die Ergebnisse eines Treffens der Politischen Direktoren in London zusammen. Gesprächsthemen waren Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, die KVAE, die bevorstehende NATO-Ministerratstagung, die WEU, die Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag des Kriegsendes in Europa, die Lage in Berlin, Nicaragua sowie der Austritt der USA und möglicherweise Großbritanniens aus der UNESCO.
- 312** 22.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnabach S. 1450
- Pfetten-Arnabach schildert die Lage in Indien nach der Ermordung von Ministerpräsidentin Gandhi und der Regierungsübernahme durch ihren Sohn Rajiv und analysiert dessen erste Amtshandlungen und Zukunftsaussichten.
- 313** 26.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 1453
- Pfeffer befaßt sich mit dem Verlangen der rumänischen Regierung, Angehörige der Botschaft in Bukarest abzurufen, sowie den ersten Reaktionen der Bundesregierung und unterbreitet Vorschläge für das weitere Vorgehen.
- 314** 27.11. Aufzeichnung des Staatssekretärs Ruhfus S. 1457
- Ruhfus resümiert eine Sitzung des Ad-hoc-Ausschusses für institutionelle Fragen („Dooge-Ausschuß“), die der Beratung und Verabschiedung eines Zwischenberichts an den Europäischen Rat gewidmet war.

- 315** 27.11. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Seitz S. 1462
 Seitz weist auf den Rückstand der UdSSR im Bereich der zivilen Informationstechnologien hin, benennt die Gründe für diese Entwicklung und stellt die Frage, ob die sowjetische Führung deren allgemeine Verbreitung überhaupt wünsche.
- 316** 28.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 1465
 Pfeffer analysiert unterschiedliche Informationen zum Gespräch der Außenminister Shultz (USA) und Gromyko (UdSSR) über die Nachkriegsordnung in Europa und eine Wiedervereinigung Deutschlands. Er stellt Überlegungen an, wie die Bundesregierung in der Deutschland- und Berlin-Politik auf die amerikanische Regierung Einfluß nehmen könne.
- 317** 28.11. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Edler von Braunmühl S. 1470
 Braunmühl faßt sein Gespräch mit dem rumänischen Gesandten Ceauşu zur Frage der Ausweisung von Angehörigen der Botschaft der Bundesrepublik in Bukarest bzw. von Angehörigen der rumänischen Botschaft in Bonn zusammen. Er habe den Wunsch des Bundesministers Genscher übermittelt, das bilaterale Verhältnis störungsfrei zu halten.
- 318** 28.11. Botschafter Wegener, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1472
 Wegener untersucht die sowjetische Strategie in den für Abrüstung zuständigen Gremien der Vereinten Nationen. Er macht darauf aufmerksam, daß es der UdSSR zunehmend gelungen sei, zahlreiche Entwicklungsländer für ihre Vorstellungen im Bereich der Abrüstung und Rüstungskontrolle zu gewinnen.
- 319** 29.11. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schneppen S. 1477
 Schneppen informiert über die Entscheidung des Kabinetts, das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen von 1982 aufgrund der Bestimmungen zum Tiefseebergbau nicht zu zeichnen, aber eine Zeichnung durch die Europäischen Gemeinschaften nicht zu verhindern.
- 320** 29.11. Gesandter Arnot, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1479
 Arnot unterrichtet über die Vorschläge des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Tschernenko, zur Aufnahme amerikanisch-sowjetischer Verhandlungen über strategische Waffen einschließlich Weltraumwaffen sowie über die ihnen zugrundeliegenden Motive.

-
- 321** 29.11. Botschaftsrat I. Klasse Evertz, Bukarest, an Bundesminister Genscher S. 1484
Evertz teilt die Entscheidung der rumänischen Regierung mit, die Forderung nach Abberufung von Angehörigen der Botschaft in Bukarest sei unwiderruflich. Falls Gegenmaßnahmen ergriffen würden, seien Auswirkungen auf die Aussiedlung Deutschstämmiger aus Rumänien nicht ausgeschlossen.
- 322** 30.11. Gespräche des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Reagan in Washington S. 1487
Themen sind die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, die konventionelle Verteidigungsfähigkeit, die belgische Haltung zur INF-Dislozierung und die Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag des Kriegsendes in Europa.
- 323** 30.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 1491
Pfeffer legt die Hintergründe für die Absage des Besuchs von Bundesminister Genscher in Warschau dar und geht dabei insbesondere auf die Haltung der orthodoxen Gruppe in der PVAP ein.
- 324** 30.11. Botschafter Hermes, Rom (Vatikan), an das Auswärtige Amt S. 1494
Hermes berichtet über eine Unterredung mit dem Primas von Polen, Kardinal Glemp, bei der die Gründe für die Absage des Besuchs von Bundesminister Genscher in Warschau sowie die Lage in Polen erörtert wurden.
- 325** 30.11. Botschafter Ruth, z. Z. Washington, an das Auswärtige Amt S. 1498
Ruth informiert über ein Gespräch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz. Gegenstand waren die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, vor allem das bevorstehende Treffen von Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in Genf.
- 326** 04.12. Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1504
Van Well berichtet über ein Gespräch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher mit Präsident Reagan sowie weiteren Mitgliedern der amerikanischen Regierung. Themen waren die Zusammensetzung des amerikanischen Kongresses, die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, Polen, die Lage in der DDR und die Frage einer Begnadigung von Rudolf Heß.

- 327** 05.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Haas S. 1507
Haas stellt Überlegungen für eine aktivere Rolle der Bundesrepublik bei der Lösung der Namibia-Frage an und schlägt baldige Reisen des Bundesministers Genscher in die Frontlinienstaaten vor.
- 328** 06.12. Gespräch des Bundesministers Schäuble mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Häber, in Ost-Berlin S. 1510
Gesprächsthemen sind Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle sowie die innerdeutschen Beziehungen, insbesondere eine Zusammenarbeit beim Umweltschutz, Fragen der Staatsangehörigkeit und die Regelung des Grenzverlaufs im Bereich der Elbe.
- 329** 07.12. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1518
Wieck faßt den Verlauf der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO zusammen. Wichtigstes Ergebnis waren Beschlüsse zur Stärkung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit. Ferner wurde das Infrastrukturprogramm behandelt. Abschließend resümiert Wieck die Ministersitzung der Eurogroup der NATO.
- 330** 11.12. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP, Barcikowski, in Frankfurt am Main S. 1524
Im Mittelpunkt stehen die Lage in Polen nach der Ermordung des Priesters Popieluszko sowie die deutsch-polnischen Beziehungen, vor allem die Frage eines Besuchs des Bundesministers Genscher. Ferner werden die bevorstehenden amerikanisch-sowjetischen Gespräche in Genf thematisiert.
- 331** 11.12. Vortragender Legationsrat I. Klasse von Wistinghausen an das Bundesministerium für Wirtschaft S. 1530
Wistinghausen bittet um Stellungnahme zu Äußerungen des israelischen Botschafters Ben-Ari gegenüber Ministerialdirektor Ungerer über die Beteiligung von Firmen aus der Bundesrepublik am Aufbau von Anlagen zur Produktion von Chemiewaffen in Syrien.
- 332** 11.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Strenziok S. 1532
Strenziok legt dar, die Vorschläge einer Expertendelegation aus der Bundesrepublik zur Reorganisation der Sicherheitsdienste

- in der Arabischen Republik Jemen (Nordjemen) seien in Sanaa erläutert worden. Die jemenitische Regierung habe einer Kooperation auf dieser Grundlage zugestimmt.
- 333** 13.12. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Edler von Braunmühl S. 1534
- Braunmühl präsentiert Hinweise für den Versuch, Ministerpräsident Jaruzelski zu stürzen. Im Hinblick auf eine oppositionelle Gruppierung im Politbüro des ZK der PVAP untersucht er Jaruzelskis Stellung in Staat und Partei.
- 334** 13.12. Botschafter Brunner, Madrid, an das Auswärtige Amt S. 1537
- Brunner teilt mit, König Juan Carlos habe ihn auf die deutsch-spanische Zusammenarbeit im Rüstungsbereich angesprochen und in diesem Zusammenhang einen Brief des Bundeskanzlers Kohl an Ministerpräsident González empfohlen.
- 335** 13.12. Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 1539
- Pfeffer resümiert ein Treffen der Außenminister Dumas (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik), Howe (Großbritannien) und Shultz (USA) am Vorabend der NATO-Ministerratstagung, das Fragen der Luftsicherheit und des internationalen Terrorismus gewidmet war.
- 336** 13.12. Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 1544
- Pfeffer berichtet über das Vierertreffen der Politischen Direktoren bzw. der Außenminister Dumas (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik), Howe (Großbritannien) und Shultz (USA). Sie behandelten die Lage in der DDR, die innerdeutschen Beziehungen sowie die Situation in Berlin, insbesondere die Reservierungen in den Luftkorridoren von und nach Berlin durch die UdSSR.
- 337** 13.12. Botschafter Meyer, Prag, an das Auswärtige Amt S. 1548
- Meyer informiert über die Zufluchtsuchenden aus der DDR in der Botschaft in Prag und über ihre Ankündigung, in einen Hungerstreik zu treten.
- 338** 13.12. Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 1550
- Pfeffer faßt ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz zusammen. Die Minister befaßten sich mit dem Kommuniké der NATO-Minister-

- ratstagung, den Feiern zum 40. Jahrestag des Kriegsendes in Europa, der Einladung von Manöverbeobachtern im Rahmen der KSZE-Schlußakte, den Beschlüssen zur Stärkung der konventionellen Verteidigung der NATO, der Weltraumpolitik, Seerechtsfragen sowie der Lage in Nicaragua und den amerikanisch-kubanischen Beziehungen.
- 339** 14.12. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1556
- Wieck informiert über die Erklärung des Bundesministers auf der NATO-Ministerratstagung, in der Genscher auf die Entwicklung der öffentlichen Meinung in Sicherheitsfragen, die rüstungskontrollpolitischen Interessen der UdSSR und die Ost-West-Beziehungen einging.
- 340** 14.12. Vortragender Legationsrat Junker, z. Z. Straßburg, an das Auswärtige Amt S. 1559
- Junker nennt die Gründe für die Ablehnung des EG-Haushalts 1985 durch das Europäische Parlament und befaßt sich mit der Frage der Erhöhung der Ein-Prozent-Mehrwertsteuer-Grenze.
- 341** 14.12. Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 1561
- Pfeffer berichtet, beim Treffen der Außenminister Dumas (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik), Howe (Großbritannien) und Shultz (USA) seien folgende Themen zur Sprache gekommen: die GLCM-Dislozierung in Belgien, die Feiern zum 40. Jahrestag des Kriegsendes in Europa, der zehnte Jahrestag der KSZE-Schlußakte und die bevorstehenden amerikanisch-sowjetischen Gespräche in Genf.
- 342** 14.12. Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 1564
- Pfeffer rekapituliert den Teil des Treffens der Außenminister Dumas (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik), Howe (Großbritannien) und Shultz (USA), bei dem die Afrikapolitik im Mittelpunkt stand, insbesondere die Hungerhilfe und der Konflikt im Tschad.
- 343** 14.12. Botschafter Holik, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 1566
- Holik faßt die Ergebnisse der 34. Runde der MBFR-Verhandlungen in Wien zusammen. Er bewertet den Stand der Verhandlungen und äußert sich vor dem Hintergrund der sowjetischen Interessenlage zu deren Perspektiven.

-
- 344** 17.12. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow S. 1573
Themen sind die bilateralen Beziehungen, unter anderem der Fortschritt beim Bau der Botschaftsgebäude und die wirtschaftliche Zusammenarbeit, ferner die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, die Absage des Besuchs von Genscher in Polen sowie der KSZE-Prozeß.
- 345** 18.12. Aufzeichnung des Botschafters Ruth und des Ministerialdirektors Pfeffer S. 1579
Anläßlich des bevorstehenden Treffens der Außenminister Shultz (USA) und Gromyko (UdSSR) in Genf äußern sich Ruth und Pfeffer zu den sowjetischen Interessen und Zielen im Bereich der Abrüstung und Rüstungskontrolle, vor allem bei den Mittelstrecken-, Langstrecken- und Weltraumwaffen.
- 346** 18.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ungerer S. 1585
Ungerer betont die Notwendigkeit einer raschen Entscheidung der Bundesregierung über die Fortführung des zivilen europäischen Raumfahrtprogramms. Aufgrund interministerieller Auseinandersetzungen über dessen Finanzierung schlägt er ein Ministergespräch unter Vorsitz von Bundeskanzler Kohl vor.
- 347** 18.12. Ministerialdirigent Edler von Braunmühl, z. Z. Prag, an das Auswärtige Amt S. 1589
Braunmühl berichtet über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem tschechoslowakischen Außenminister Chňoupek. Themen waren die bilateralen Beziehungen, insbesondere die Zufluchtsuchenden aus der DDR in der Botschaft in Prag sowie humanitäre Fälle, ferner die Ost-West-Beziehungen.
- 348** 19.12. Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 1593
Citron bilanziert das erste Jahr der KVAE in Stockholm sowie die Tätigkeit verschiedener Delegationen bzw. Staatengruppen und gibt einen Ausblick auf das zu erwartende Konferenzgeschehen.
- 349** 19.12. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schneppen S. 1598
Schneppen informiert über den Verlauf der NATO-Minister-
ratstagung in Brüssel, vor allem über den Inhalt des Kommuniqués und die Aussprache der Außenminister zum Thema Ost-West-Beziehungen.

- 350** 19.12. Ministerialdirigent Edler von Braunmühl, z.Z. Prag, an das Auswärtige Amt S. 1601
 Braunmühl resümiert ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem tschechoslowakischen Außenminister Chňoupek am zweiten Tag seines Besuchs in Prag, in dessen Mittelpunkt die bilateralen Beziehungen standen, darunter die Zusammenarbeit beim Umweltschutz.
- 351** 19.12. Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1604
 Van Well weist auf das amerikanische Interesse an einer Beteiligung der Bundesrepublik bei SDI hin und verdeutlicht die amerikanischen Motive und die Interessenlage der Bundesrepublik.
- 352** 20.12. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1606
 Ruth faßt die Gespräche der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA zur Vorbereitung der Verhandlungen über Chemiewaffen in der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) zusammen und benennt die Differenzen zwischen den USA und den übrigen drei Staaten.
- 353** 20.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Heyken S. 1609
 Heyken schildert den äußeren Rahmen, den politischen Hintergrund und die Ergebnisse der Reise des Mitglieds des Politbüros des ZK der KPdSU, Gorbatschow, nach Großbritannien. Zudem geht er auf dessen Ausführungen zur Nachkriegsordnung in Europa ein.
- 354** 20.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kaestner S. 1613
 Kaestner notiert Informationen des Bundesministers Genscher zu dessen Vier-Augen-Gespräch mit dem tschechoslowakischen Außenminister Chňoupek. Es seien die sowjetische Revanchismuskampagne gegen die Bundesrepublik, die Absage des Besuchs von Genscher in Polen sowie die bilateralen Beziehungen besprochen worden. Den Schwerpunkt hätten humanitäre Fälle und die Zufluchtsuchenden aus der DDR in der Botschaft der Bundesrepublik in Prag gebildet.
- 355** 20.12. Botschafter Ruth, z.Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 1618
 Ruth vermerkt die Ergebnisse einer Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO, in der das Mandat der SCG, das bevorstehende Treffen der Außenminister Shultz (USA) und Gromyko (UdSSR) in Genf sowie die INF-Dislozierung in Belgien und den Niederlanden erörtert wurden.

Literaturverzeichnis

- AAPD Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amtes vom Institut für Zeitgeschichte, Jahressbände 1949/50–1953, 1962–1983, München 1994–2014.
- ADAP, D Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945. Serie D (1937–1945). Band VII: Die letzten Wochen vor Kriegsausbruch, 9. August bis 3. September 1939, Baden-Baden 1956. Band VIII: Die Kriegsjahre. Erster Band, 4. September 1939 bis 18. März 1940, Baden-Baden/Frankfurt am Main 1961.
- AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften (EGKS, EWG, EURATOM), Brüssel 1958 ff.
- ANDROPOW, Ausgewählte Reden Juri Andropow, Ausgewählte Reden und Schriften, Berlin [Ost] 1983.
- ANDROPOW, Reden und Schriften Jurij Andropow, Reden und Schriften, Köln 1983.
- ARAB-ISRAELI CONFLICT The Arab-Israeli Conflict. Band IV: The Difficult Search for Peace (1975–1988). 2 Teilbände, hrsg. von John Norton Moore, Princeton 1991.
- AUSSENPOLITIK DER DDR Dokumente zur Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik. Band XXXII: 1984, bearbeitet von Werner Hänisch und Heinz Willumeit, Berlin [Ost] 1987.
- BDFD, I Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich: Dokumente 1949–1963. Band I: Außenpolitik und Diplomatie, hrsg. von Horst Möller und Klaus Hildebrand, bearbeitet von Ulrich Lappenküper, München 1997.
- BERICHT DER DELEGATIONSLEITER Bericht der Delegationsleiter an die Außenminister. Regierungsausschuß, eingesetzt von der Konferenz von Messina, hrsg. vom Sekretariat, Brüssel 1956.
- BRESHNEW, Wege Leonid I. Breshnew, Auf dem Wege Lenins. Reden, Aufsätze, Erinnerungen. Band 9: März 1981–November 1982, Berlin [Ost] 1984.
- BT DRUCKSACHEN Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Anlagen zu den Stenographischen Berichten bzw. ab 1977 Drucksachen, Bonn 1950 ff.
- BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, Bonn 1950 ff.
- LXXIV

-
- BULLETIN
Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn 1951 ff.
- BULLETIN DER EG
Bulletin der Europäischen Gemeinschaften, hrsg. vom Generalsekretariat der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Brüssel 1968 ff.
- BUNDESANZEIGER
Bundesanzeiger, hrsg. vom Bundesminister der Justiz, Bonn 1950 ff.
- BUNDESGESETZBLATT
Bundesgesetzblatt, hrsg. vom Bundesminister der Justiz, Bonn 1949 ff.
- DEPARTMENT OF STATE BULLETIN
The Department of State Bulletin. The Official Weekly Record of United States Foreign Policy bzw. The Official Monthly Record of United States Foreign Policy, Washington D.C. 1947 ff.
- DOKUMENTE DES GETEILTEN DEUTSCHLAND
Dokumente des geteilten Deutschland. Quellentexte zur Rechtslage des Deutschen Reiches, der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Band 1, mit einer Einführung hrsg. von Ingo von Münch, 2. Auflage, Stuttgart 1976.
- DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT
Dokumentation zur Abrüstung und Sicherheit. Band I: 1943–1959. Zusammenestellt von Heinrich von Siegler, Bonn/Wien/Zürich 1960.
Band XX: 1982, hrsg. von Hanswilhelm Haefs, Sankt Augustin 1986.
Band XXI: 1983, hrsg. von Hanswilhelm Haefs und Doris Breuer, Sankt Augustin 1988.
Band XXII: 1984, hrsg. von Doris Breuer, Sankt Augustin o. J.
- DzD II
Dokumente zur Deutschlandpolitik. II. Reihe: Vom 9. Mai 1945 bis 4. Mai 1955. Band 1: Die Konferenz von Potsdam, 3 Teilbände, hrsg. vom Bundesminister des Innern, bearbeitet von Gisela Biewer, Neuwied/Frankfurt am Main 1992.
- DzD V
Dokumente zur Deutschlandpolitik. V. Reihe: Vom 1. Dezember 1966 bis 20. Oktober 1969. Band 2: Vom 1. Januar bis 31. Dezember 1968, 2 Teilbände, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, bearbeitet von Gisela Oberländer, Frankfurt am Main 1987.
- ENTSCHEIDUNGEN DES BUNDESVERFASSUNGSGERICHTS
Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, hrsg. von den Mitgliedern des Bundesverfassungsgerichts, Band 68, Tübingen 1985.
- EUROPA-ARCHIV
Europa-Archiv. Zeitschrift für Internationale Politik, Bonn 1946 ff.

- FEDERAL REGISTER Federal Register, hrsg. vom Office of the Federal Register, National Archives and Records Service, General Services Administration, Washington D. C. 1936 ff.
- FRUS 1969–1976 Foreign Relations of the United States, 1969–1976. Band XVII: China 1969–1972, Washington D. C. 2006.
- FRUS, Malta and Yalta 1945 Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers. The Conferences at Malta and Yalta, 1945, Washington D. C. 1955.
- GESETZBLATT DER DDR Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin [Ost] 1949 ff.
- GORBATSCHOW, Reden Michail Gorbatschow, Ausgewählte Reden und Aufsätze. Band 2: Februar 1984–Oktober 1985, Berlin [Ost] 1987.
- GROMYKO, Friedenskurs Andrej Gromyko, Auf dem Friedenskurs Lenins. Ausgewählte Reden und Schriften, Berlin [Ost] 1985.
- HÄBER-PROTOKOLLE Die Häber-Protokolle. Schlaglichter der SED-Westpolitik 1973–1985, hrsg. von Detlef Nakath und Gerd-Rüdiger Stephan, Berlin 1999.
- HANSARD, Commons Parliamentary Debates (Hansard). House of Commons, Official Report. Sixth Series. Band 56 (Session 1983–1984). Band 65 (Session 1983–1984), London o. J.
- HONECKER, REDEN Erich Honecker, Reden und Aufsätze, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Band 7. Band 10, Berlin [Ost] 1982 bzw. 1986.
- INNERDEUTSCHE BEZIEHUNGEN Innerdeutsche Beziehungen. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik 1980–1986. Eine Dokumentation, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1986.
- JOURNAL OFFICIEL, ASSEMBLEE NATIONALE Journal Officiel de la République Française. Débats Parlementaires. Assemblée Nationale, Paris 1947 ff.
- KOALITION DER VERNUNFT Die „Koalition der Vernunft“. Deutschlandpolitik in den 80er Jahren, hrsg. von Heinrich Potthoff, München 1995.
- KOHL, Erinnerungen Helmut Kohl, Erinnerungen 1930–1982, München 2004, Erinnerungen 1982–1990, München 2005.
- LNTS League of Nations Treaty Series. Publication of Treaties and International Engagements
- LXXVI

- Registered with the Secretariat of the League of Nations, hrsg. vom Publication Sales Department of the League of Nations, Genf 1920–1946.
- NATO FINAL COMMUNIQUÉS
1949–1974
- Texts of Final Communiqués 1949–1974. Issued by Ministerial Sessions of the North Atlantic Council, the Defence Planning Committee, and the Nuclear Planning Group, Brüssel o. J.
- NATO FINAL COMMUNIQUÉS
1975–1980
- Texts of Final Communiqués 1975–1980. Issued by Ministerial Sessions of the North Atlantic Council, the Defence Planning Committee, and the Nuclear Planning Group, Brüssel o. J.
- NATO FINAL COMMUNIQUÉS
1981–1985
- Texts of Final Communiqués 1981–1985. Issued by Ministerial Sessions of the North Atlantic Council, the Defence Planning Committee, and the Nuclear Planning Group, Brüssel o. J.
- NATO STRATEGY DOCUMENTS
- NATO Strategy Documents 1949–1969, hrsg. von Gregory W. Pedlow in Zusammenarbeit mit den NATO International Staff Central Archives, Brüssel [1997].
- LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE
- La Politique Étrangère de la France. Textes et Documents. 1981 (6 Teilbände). 1983 (6 Teilbände). 1984 (6 Teilbände), hrsg. vom Ministère des Affaires Étrangères, Paris o. J.
- PUBLIC PAPERS, CARTER 1977
- Public Papers of the Presidents of the United States. Jimmy Carter 1977. Band I: January 20 to June 24, 1977. Band II: June 25 to December 31, 1977, Washington D.C. 1977 bzw. 1978.
- PUBLIC PAPERS, CARTER 1980–81
- Public Papers of the Presidents of the United States. Jimmy Carter 1980–81. Band I: January 1 to May 23, 1980. Band II: May 24 to September 26, 1980. Band III: September 29, 1980 to January 20, 1981, Washington D.C. 1981 bzw. 1982.
- PUBLIC PAPERS, EISENHOWER 1955
- Public Papers of the Presidents of the United States. Dwight D. Eisenhower 1955. Containing the Public Messages, Speeches, and Statements of the President, January 1 to December 31, 1955. Washington D.C. 1959.
- PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1963
- Public Papers of the Presidents of the United States. John F. Kennedy 1963. Containing the Public Messages, Speeches, and Statements of the President, January 1 to November 22, 1963, Washington D.C. 1964

- PUBLIC PAPERS, NIXON 1972   Public Papers of the Presidents of the United States. Richard Nixon 1972. Containing the Public Messages, Speeches, and Statements of the President, Washington D. C. 1974.
- PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981   Public Papers of the Presidents of the United States. Ronald Reagan 1981. January 20 to December 31, 1981, Washington D. C. 1982.
- PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982   Public Papers of the Presidents of the United States. Ronald Reagan 1982. Band I: January 1 to July 2, 1982. Band II: July 3 to December 31, 1982, Washington D. C. 1983.
- PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983   Public Papers of the Presidents of the United States. Ronald Reagan 1983. Band I: January 1 to July 1, 1983. Band II: July 2 to December 31, 1983, Washington D. C. 1984 bzw. 1985.
- PUBLIC PAPERS, REAGAN 1984   Public Papers of the Presidents of the United States. Ronald Reagan 1984. Band I: January 1 to June 29, 1984. Band II: June 30 to December 31, 1984, Washington D. C. 1986 bzw. 1987.
- PUBLIC PAPERS, REAGAN 1985   Public Papers of the Presidents of the United States. Ronald Reagan 1985. Band I: January 1 to June 28, 1985. Band II: June 29 to December 31, 1985, Washington D. C. 1988.
- THE REAGAN FILES   The Reagan Files. Band 1: The Untold Story of Reagan's Top-Secret Efforts to Win the Cold War (Based Upon Over 100 Recently Declassified Letters and National Security Council Meeting Minutes), hrsg. von Jason Saltoun-Ebin, Lexington 2010.
- REICHSGESETZBLATT   Reichsgesetzblatt, hrsg. vom Reichsministerium des Innern, Berlin 1919–1945.
- RESOLUTIONS AND DECISIONS 1983   United Nations. Resolutions and Decisions of the Security Council 1983, Official Records, Thirty-Eighth Year, New York 1984.
- RESOLUTIONS AND DECISIONS 1984   United Nations. Resolutions and Decisions of the Security Council 1984, Official Records, Thirty-Ninth Year, New York 1985.
- SCHALCK-GOLODKOWSKI, Deutsch-deutsche Erinnerungen   Alexander Schalck-Golodkowski, Deutsch-deutsche Erinnerungen, Reinbek bei Hamburg 2000.
- SHULTZ, Turmoil and Triumph   George P. Shultz, Turmoil and Triumph. My Years as Secretary of State, New York 1993.
- SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2   Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Analyse und Dokumentation 1973–1978, hrsg. von Hans-Adolf Jacobsen, Wolfgang Mallmann und Christian Meier, Köln 1978.

- SIEBZEHNTER GESAMTBERICHT Siebzehnter Gesamtbericht über die Tätigkeit der Europäischen Gemeinschaften 1983, hrsg. von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Brüssel/Luxemburg 1984.
- SPAAK, Memoiren Paul-Henri Spaak, Memoiren eines Europäers, Hamburg 1969.
- STRAUSS, Erinnerungen Franz Josef Strauß, Die Erinnerungen, Berlin 1989.
- TEHERAN – JALTA – POTSDAM Teheran – Jalta – Potsdam. Die sowjetischen Protokolle von den Kriegskonferenzen der „Großen Drei“, hrsg. von Alexander Fischer, Köln 1968.
- Tschernenko, REDEN Konstantin Tschernenko, Ausgewählte Reden und Aufsätze 1981–1984, Berlin [Ost] 1985.
- UN GENERAL ASSEMBLY, 36th Session, Plenary Meetings United Nations. Official Records of the General Assembly. Thirty-Sixth Session. Plenary Meetings. Verbatim Records of Meetings, 15 September–18 December 1981, 16, 19, 29 March, 28 April, and 20 September 1982, 3 Bände, New York 1986.
- UN GENERAL ASSEMBLY, 39th Session, Plenary Meetings United Nations. Official Records of the General Assembly. Thirty-Ninth Session. Plenary Meetings. Verbatim Records of Meetings, 18 September–18 December 1984, 9, 12 April, 16 September 1985, 3 Bände, New York 1990.
- UN GENERAL ASSEMBLY, 12th Special Session United Nations. Official Records of the General Assembly. Twelfth Special Session. Plenary Meetings. Verbatim Records of the Meetings, 7 June–10 July 1982, New York 1986.
- UNITED NATIONS RESOLUTIONS Serie I United Nations Resolutions. Series I: Resolutions Adopted by the General Assembly, hrsg. von Dusan J. Djonovich, Dobbs Ferry, New York 1972 ff.
- UNITED NATIONS RESOLUTIONS Serie II United Nations Resolutions. Series II: Resolutions and Decisions Adopted by the Security Council, 11 Bände, hrsg. von Dusan J. Djonovich, Dobbs Ferry, New York 1988–1992.
- UNTS United Nations Treaty Series. Treaties and International Agreements Registered or Filed and Recorded with the Secretariat of the United Nations, [New York] 1946/47 ff.
- US STATUTES AT LARGE United States Statutes at Large Containing the Laws and Concurrent Resolutions Enacted During the First Session of the Eighty-Seventh Congress of the United States of America 1961 and Reorganization Plans, Amend-

- ment to the Constitution, and Proclamation. Band 75, Washington D. C. 1961.
United States Statutes at Large. Containing the Laws and Concurrent Resolutions Enacted During the Second Session of the Ninety-Fifth Congress of the United States of America 1978 and Proclamations. Band 92 (3 Teilmände), Teil 1: Public Laws 95–224 through 95–472, Washington D. C. 1980.
- VON HUBERTUSSTOCK NACH BONN   Von Hubertusstock nach Bonn. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen auf höchster Ebene 1980–1987, hrsg. von Detlef Nakath und Gerd-Rüdiger Stephan, Berlin 1995.
- WEU PROCEEDINGS   Assembly of Western European Union. Proceedings, Twenty-Ninth Ordinary Session, First Part (June 1983), Band II: Minutes, Official Report of Debates, Paris o. J. Second Part (November 1983), Band IV: Minutes, Official Report of Debates, Paris o. J.
- YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS   Yearbook of the United Nations, hrsg. vom Department of Public Information, New York 1947 ff.
- ZUR SACHE   Zur Sache. Themen Parlamentarischer Beratung, 2/81: Deutsche Geschichte und politische Bildung. Öffentliche Anhörungen des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen des Deutschen Bundestages, Bonn 1981.

Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt	BfV	Bundesamt für Verfassungsschutz
ABC-Waffen	Atomare, biologische und chemische Waffen	BG	Bulgarien bzw. Brigadegeneral
ABM	Anti-Ballistic Missile	BGS	Bundesgrenzschutz
ACDA	Arms Control and Disarmament Agency	BHE	Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten
ACE	Allied Command Europe	BK	Bundeskanzler
ADM	Atomic Demolition Munition	BKA	Bundeskanzleramt bzw. Bundeskriminalamt
AFG	Afghanistan	BM	Bundesminister/ium
AG	Arbeitsgruppe bzw. Aktiengesellschaft	BMA	Bundesminister/ium für Arbeit und Soziales
AGY	Ägypten	BMB	Bundesminister/ium für innerdeutsche Beziehun- gen
AHG	Ad-hoc-Gruppe	BMD	Ballistic Missile Defense
AKP	Afrika, Karibik, Pazifik	BMF	Bundesminister/ium der Finanzen
AL	Abteilungsleiter bzw. Arabische Liga	BMFT	Bundesminister/ium für Forschung und Technologie
ALCM	Air-Launched Cruise Missile	BMI	Bundesminister/ium des Innern
AM	Außenminister	BMJ	Bundesminister/ium der Justiz
ANC	African National Congress	BMP/BMPPost	Bundesminister/ium für das Post- und Fernmeldewesen
Anl./Anlg.	Anlage/Anlagen	BMV	Bundesminister/ium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
ANZUS	Australia, New Zealand, United States	BMVg	Bundesminister/ium der Verteidigung
AR	Amtsrat	BMWi	Bundesminister/ium für Wirtschaft
ARG	Argentinien	BMZ	Bundesminister/ium für wirtschaftliche Zusammen- arbeit
ASAT	Anti-Satelliten(-Waffe/- System)	BND	Bundesnachrichtendienst
ASEAN	Association of Southeast Asian Nations	BR	Bundesrepublik
AUS	Australien	BR (I)	Botschaftsrat (I. Klasse)
AWACS	Airborne Warning and Control System	BRA	Brasilien
AWG	Außenwirtschaftsgesetz		
AZ	Aktenzeichen		
B/BE/BEL	Belgien		
BASC	Berlin Air Safety Center		
BAW	Bundesamt für Gewerbliche Wirtschaft		
BCZ	Berlin Control Zone		
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie		

Abkürzungsverzeichnis

BRD	Bundesrepublik Deutschland	CVN	Charta der Vereinten Nationen
BSP	Bruttosozialprodukt	CW	Chemical Weapons bzw. Chemiewaffen
BSR	Bundessicherheitsrat	D	Deutschland bzw. (Ministerial-)Direktor
BStS	Büro Staatssekretär	DB	Drahtbericht
BT	Bundestag	DDR	Deutsche Demokratische Republik
CA/CAN/CDN	Canada	DE	Drahterlaß
CADESCA	Comité de Acción de Apoyo del Desarrollo Económico y Social de América Central	Dg	(Ministerial-)Dirigent
CBM	Confidence-Building Measures bzw. Conventional Ballistic Missiles	DGAP	Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik
CD	Committee on Disarmament	DK	Dänemark
CDA	Christen Demokratisch Appèl	DKP	Deutsche Kommunistische Partei
CDE	Conference on Disarmament in Europe	DKR	Dänische Kronen
CDU	Christlich-Demokratische Union Deutschlands	DL	Delegationsleiter
CERN	Conseil Européenne Pour La Recherche Nucléaire	DM	Deutsche Mark
CH	Confederatio Helvetica (Schweiz)	DPC	Defense Planning Committee
ChBK	Chef des Bundeskanzleramts	DRK	Deutsches Rotes Kreuz
CHN	China (Volksrepublik)	DW	Dritte Welt
CHT	China (Taiwan)	E	España
CIA	Central Intelligence Agency	ECE	Economic Commission for Europe
CM	Cruise Missile	ECU	European Currency Unit
CNAD	Conference of National Armaments Directors	EFTA	European Free Trade Association
COCOM	Coordinating Committee for East-West Trade Policy	EG	Europäische Gemeinschaften
COMECON	Council for Mutual Economic Aid/Assistance	EGK	Europäische Gemeinschaften- Kommission
CSBM	Confidence- and Security- Building Measures	EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
CSCE	Conference on Security and Cooperation in Europe	EH	Entwicklungshilfe
ČSSR	Ceskoslovenská Socialistická Republika	EIB	Europäische Investitionsbank
CSU	Christlich-Soziale Union	EL	Entwicklungsländer
CTB	Comprehensive Test Ban	ELS	El Salvador
		ENMOD	Environmental Modification
		EP	Europäisches Parlament
		EPZ	Europäische Politische Zusammenarbeit

ER	Europäischer Rat	GB/GRO	Großbritannien
ESA	European Space Agency	GCC	Gulf Cooperation Council
ESO	European Southern Observatory	GDR	German Democratic Republic
ESPRIT	European Strategic Program for Research and Development in Information Technology	geh.	geheim
		GG	Grundgesetz
		GI	Generalinspekteur
ETA	Euskadi Ta Askatasuna	GK	Gefechtsköpfe bzw. Generalkonsul/at
EU	Europäische Union	GLCM	Ground-Launched Cruise Missile
EuGH	Europäischer Gerichtshof		
EUR	Europa	GM	Generalmajor
EURATOM	Europäische Atomgemeinschaft	GR/GRI	Griechenland
		GS	Generalsekretär
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft	GSG	Grenzschutzgruppe
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft	GV	Generalversammlung bzw. Gewaltverzicht
EWS	Europäisches Währungssystem	HH	Haushalt
		HLG	High Level Group
EZ	Entwicklungszusammenarbeit	I/IT/ITA	Italien
		IAEO	Internationale Atomenergieorganisation
F/FR/FRA	Frankreich	IAO	Internationale Arbeiterorganisation
FBS	Forward Based Systems	IAU	International Accounting Unit
FCO	Foreign and Commonwealth Office	ICAO	International Civil Aviation Organization
FDJ	Freie Deutsche Jugend	ICBM	Intercontinental Ballistic Missile
FDP	Freie Demokratische Partei		
FDR	Frente Democrático Revolucionario	IDA	International Development Association
FES	Friedrich-Ebert-Stiftung	IEA	Internationale Energieagentur
FM	Finanzminister	IEPG	Independent European Program Group
FMLN	Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional		
FRELIMO	Frente de Libertação de Moçambique	IFAD	International Fund for Agricultural Development
FS	Fernschreiben	i. G.	im Generalstab
FSLN	Frente Sandinista de Liberación Nacional	IG	Interessengemeinschaft bzw. Industriegewerkschaft
Fü S	Führungsstab der Streitkräfte	IGH	Internationaler Gerichtshof
FZ	Finanzielle Zusammenarbeit		
GAP	Gemeinsame Agrarpolitik	IL	Industrieländer
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade	ILO	International Labour Organization

Abkürzungsverzeichnis

IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz	KPI	Kommunistische Partei Italiens
IMF	International Monetary Fund	KPS	Kommunistische Partei Spaniens
IMS	Internationaler Militärstab der NATO	KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
INF	Intermediate-Range Nuclear Forces	KVAE	Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa
INI	Indien	KWFZ	Kernwaffenfreie Zone
IOC	International Olympic Committee	KWKG	Kriegswaffenkontrollgesetz
IRA	Irish Republican Army	KZ	Konzentrationslager
IRBM	Intermediate-Range Ballistic Missile	L/LUX	Luxemburg
IRK	Irak	LA	Lateinamerika
IRL	Irland	LD	Libyscher Dinar
IRN	Iran	LIA	Libanon
IS	Internationaler Stab	LIY	Libyen
i.V.	in Vertretung	LLDC	Least Developed Countries
IWF	Internationaler Währungsfonds	LMB	Leiter Ministerbüro
JAN	Japan	LPI	Leiter Planungsstab
JAR	Jemenitische Arabische Republik	LR (I)	Legationsrat (I. Klasse)
JEM	Jemen	LRINF	Long-Range Intermediate Nuclear Forces
JOR	Jordanien	MAD	Militärischer Abschirmdienst
JUG	Jugoslawien	MB	Ministerbüro
KAE	Konferenz über Abrüstung in Europa	MBFR	Mutual and Balanced Force Reductions
KAN	Kanada	MC	Military Committee
KG	Kontaktgruppe	MD	Ministerialdirektor
KGB	Komitet gosudarstvennoj bezopasnosti	MdB	Mitglied des Bundestags
KIWZ	Konferenz über Internationale Wirtschaftliche Zusammenarbeit	MDg	Ministerialdirigent
KKW	Kernkraftwerk	MfAA	Minister/ium für Auswärtige Angelegenheiten
KOR	Komitet Obrony Robotników bzw. Korea (Südkorea)	MIRV	Multiple Independently Targetable Reentry Vehicle
KPCh	Kommunistische Partei Chinas	MM	Mittelmeer
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion	MNF	Multinational Force in Lebanon
KPF	Kommunistische Partei Frankreichs	MP	Ministerpräsident/in
		MPLA	Movimento Popular de Libertação de Angola
		MR	Ministerialrat

MRBM	Medium-Range Ballistic Missiles	OTL	Oberstleutnant
MS	Mitgliedstaaten	o. V. i. A.	oder Vertreter im Amt
MWSt.	Mehrwertsteuer	OZ	Ortszeit
MX	Missile Experimental	P/PO/PTG	Portugal
MXI	Mexiko	PCI	Partito Comunista Italiano
NAM	Namibia	PFLP	Popular Front for the Liberation of Palestine
NASA	National Aeronautics and Space Administration	PK	Politisches Komitee
NATO	North Atlantic Treaty Organization	PLO	Palestine Liberation Organization
NDL/NL	Niederlande	PM	Premierminister/in
NfD	Nur für den Dienstgebrauch	POL	Polen
NGO	Non-Governmental Organization	POLADS	Political Advisors
NIC	Nicaragua	PSOE	Partido Socialista Obrero Español
N+N	Neutrale und Nichtgebundene Staaten	PStS	Parlamentarischer Staatssekretär
NNA	Neutral and Non-Aligned States	PVAP	Polnische Vereinigte Arbeiterpartei
NO	Naher Osten	RA	Rechtsanwalt
NO/NOR/	Norwegen	RAF	Rote Armee Fraktion
NWG		RDF	Rapid Deployment Force
NOK	Nationales Olympisches Komitee	RE	Rechnungseinheit
NPG	Nukleare Planungsgruppe	Ref.	Referat
NPT	Non-Proliferation Treaty	Res.	Resolution
NS	Nationalsozialismus	RGW	Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
NSC	National Security Council	RK	Rechts- und Konsularangelegenheiten
NTB	Nuclear Test Ban	RL	Referatsleiter
NV/NVV	Nichtverbreitung/ Nichtverbreitungsvertrag	RPR	Rassemblement Pour La République
NVA	Nationale Volksarmee	RSA	Republik Südafrika
NZ	New Zealand	RUM	Rumänien
OAE	Organisation für Afrikanische Einheit	SA	Südafrika bzw. Sturmabteilung
OAS	Organisation Amerikanischer Staaten	SACEUR	Supreme Allied Commander Europe
OAU	Organization of African Union	SACLANT	Supreme Allied Commander Atlantic
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development	SALT	Strategic Arms Limitation Talks
OPEC	Organization of Petroleum Exporting Countries	SAM	Surface-to-Air Missile bzw. Sowjetisches Außenminister/ium
		SB	Sonderband

Abkürzungsverzeichnis

SC	Stockholm Conference	SYR	Syrien
SCC	Standing Consultative Commission	SZR	Sonderziehungsrecht
SCG	Special Consultative Group	TNF	Theater Nuclear Forces
SDI	Strategic Defense Initiative	TO(P)	Tagesordnung(-spunkt)
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands	TPz	Transportpanzer
SGV	Sonder-Generalversammlung	TSE	Tschechoslowakei
SHAPE	Supreme Headquarters Allied Powers Europe	TU/TUR	Türkei
SLBM	Submarine-Launched Ballistic Missile	TZ	Technische Zusammenarbeit
SLCM	Sea-Launched Cruise Missile	UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
SNF	Short-Range Nuclear Force	ÜLG	Überseeische Länder und Hoheitsgebiete
SOW	Sowjetunion	UK	United Kingdom
SP/SPA	Spanien	UN(O)	United Nations (Organization)
SPC	Senior Political Committee	UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands	UNEP	United Nations Environment Program
SPDK	Socialdemokratiet (Danmark)	UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
SR	Sicherheitsrat	UNIFIL	United Nations Interim Force in Lebanon
SRINF	Short-Range Intermediate Range Nuclear Forces	UNITA	União Nacional para a Independência Total de Angola
SS	Surface to Surface bzw. Schutzstaffel der NSDAP	UNTAG	United Nations Transition Assistance Group
STABEX	System zur Stabilisierung der Exporterlöse von Entwicklungsländern	US/USA	United States of America
StäV	Ständige Vertretung	USAF	United States Air Force
START	Strategic Arms Reduction Talks	USAP	Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei
StGB	Strafgesetzbuch	USS	United States Ship
StM	Staatsminister	UStS	Unterstaatssekretär
StS	Staatssekretär	VAE	Vereinigte Arabische Emirate
Stv.	Stellvertreter bzw. Stellvertretender	VAM	Vizeaußenminister
StV	Ständiger Vertreter	VAR	Vereinigte Arabische Republik
SU	Sowjetunion	VBM	Vertrauensbildende Maßnahmen
SUA	Südafrika	VDK	Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge
SWA	Südwestasien	VE	Victory in Europe
SWAPO	South West Africa People's Organization		

VIE	Vietnam	VS	Verschlusssache
VK	Vereinigtes Königreich	VSBM	Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen
VLR (I)	Vortragender Legationsrat (I. Klasse)		
VM	Verteidigungsminister	VS-v	VS-vertraulich
VN	Vereinte Nationen	VVD	Volkspartij voor Vrijheid en Democratie
VO	Verordnung	WEU	Westeuropäische Union
VP	Vizepräsident	WP	Warschauer Pakt
VPM	Vizepremierminister	ZA	Zentralamerika
VR	Volksrepublik	ZK	Zentralkomitee

Dokumente

1

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer

201-360.92 FRA-3/84 VS-vertraulich

2. Januar 1984

Betr.: Deutsch-französische Direktorenkonsultation am 22.12.1983 in Bonn¹

1) Einleitung

Ich habe die Konsultation mit folgenden persönlichen Bemerkungen eingeleitet:

Zunächst wollte ich mich dafür bedanken, daß Andréani so bereitwillig meinen Vorschlag angenommen habe, diese Konsultation unter vier Augen zu führen, und daß er dazu noch vor Weihnachten nach Bonn gekommen sei. Wir stünden in einer schwierigen, aber auch hochinteressanten Phase der internationalen und der europäischen Politik, in der wir schöpferische Phantasie entwickeln und gleichzeitig Augenmaß zeigen müßten. Dabei sei die deutsch-französische Zusammenarbeit ein großes Talent, mit dem wir wuchern müßten.

Manchmal erfasse mich Trauer darüber, daß mein Vater diese Entwicklung nicht mehr erlebt habe. Welche Freude wäre es für ihn gewesen zu hören, daß der Politische Direktor des Quai d'Orsay mit seinem Sohn stundenlang darüber berate, wie wir die deutsch-französischen Beziehungen, gerade auch auf dem Gebiet der Sicherheit, noch dichter knüpfen und wie Deutschland und Frankreich das Europa der Zehn noch schneller voranbringen könnten. Mein Vater habe zu dem Jahrgang gehört, der vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges gerade den Wehrdienst hinter sich gehabt habe. Als Führer einer Infanteriekompanie habe er die furchtbaren Schlachten von 1914 bis 1918 in Frankreich durchlitten, in dem Nachbarland, mit dem unsere Familie nicht nur durch verwandtschaftliche Beziehungen verbunden gewesen sei. Anfang der dreißiger Jahre habe er mir, dem damals Sechsjährigen, zum ersten Mal über diese Erlebnisse erzählt, einsilbig eher, aber mit der größten Hochachtung vor der Tapferkeit und dem Patriotismus des französischen Soldaten. Stresemann und Briand, so habe er immer wieder gesagt, hätten das einzig Richtige versucht, nämlich die beiden Völker zu versöhnen. Der frühe Tod Stresemanns sei ein Verhängnis gewesen. Mein Vater habe auch schon in allgemeiner Form von der Einigung Europas gesprochen, wie sie damals von Coudenhove-Kalergi vertreten wurde. Dann schießen alle diese Ansätze von dem grauenhaften Atavismus der nationalsozialistischen Diktatur und vom Zweiten Weltkrieg verschlungen. Aber selbst diese Doppel-Katastrophe habe den Fortschritt der europäischen Geschichte nur hemmen, nicht aufhalten können. Der neue Anlauf unmittelbar nach dem Ende des letzten Bruderkrieges habe uns in knapp vierzig Jahren weit gebracht. Wir dürften nicht nachlassen. Deshalb wollte ich vorschlagen, über die Möglichkeiten auf mittlere Sicht bei dieser Jahreswende gemeinsam nachzudenken.

Andréani, den diese Einleitung offenbar nicht unberührt ließ, meinte nachdenklich, das Schicksal unserer Väter und ihrer Söhne habe offenbar Ähnlichkeit. Auch er trete, gerade vor dem Hintergrund des Erlebten, mit ganzer Kraft für

¹ Zu den deutsch-französischen Direktorenkonsultationen vgl. auch AAPD 1983, II, Dok. 394–397.

die deutsch-französische Zusammenarbeit ein und für die Einigung Europas. Das bisher Erreichte grenze in der Tat an das Wunderbare.

2) Engere europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sicherheit; eventuelle Reaktivierung der WEU

Unter Hinweis auf die jüngsten Reden Hernus² habe ich Andréani gebeten, mir die französischen Überlegungen zur Verstärkung der europäischen Komponente in der Sicherheitspolitik und insbesondere zur WEU zu erläutern.

Andréani führte daraufhin folgendes aus: Frankreich wolle die WEU „intakt halten“, sie sogar „ein bißchen vom Staub der Zeit reinigen und etwas mehr nutzen“. Es könne sein, daß wir diese Organisation eines Tages dringender nötig haben würden als heute. Cheysson und Hernu hielten es für vernünftig, diese grundsätzlich positive Haltung zur WEU „auch nach außen sichtbar zu machen“. Warum nicht einmal die Organisation zu einem Treffen der Verteidigungsminister der Sieben nutzen? Frankreich habe keinen genauen Plan für eine Reaktivierung der WEU. Die französische Regierung wolle auf jeden Fall pragmatisch vorgehen. Die sicherheitspolitische Diskussion lasse sich im Zehnerrahmen wegen der Teilnahme Griechenlands, Dänemarks und Irlands nicht weit führen. Frankreich und Deutschland stellten, auch für die Lösung dieses Problems, den Kern dar. Wir müßten daher die bilaterale Zusammenarbeit weiter vertiefen. Wir müßten uns im deutsch-französischen Ausschuß für Sicherheit und Verteidigung und in dessen Arbeitsgruppen daran gewöhnen, neue Entwicklungen zu diskutieren – strategische, rüstungspolitische und rüstungskontrollpolitische –, und nach Möglichkeit unsere Ansichten harmonisieren. Wenn er von neuen Entwicklungen spreche, so denke er z. B. an ein Aufklärungssatelliten-Programm. Man könnte auch an eine mit Experten zu erarbeitende gemeinsame deutsch-französische Studie über das amerikanische Projekt eines Defense Against Ballistic Missiles (DABM)³ denken. Auch die französische Force d'Action Rapide (FAR) müsse auf unserer bilateralen Tagesordnung bleiben.⁴ Vielleicht könnte man dieses Thema dann, nach den bilateralen Besprechungen mit uns, dem einen oder anderen sonstigen europäischen Partner erläutern und schließlich durch Hernu in der WEU vorstellen. Das sei jetzt noch verfrüht, erst müsse die FAR sich wirklich konstituieren. Selbst im Gespräch mit uns bei der nächsten Sitzung des deutsch-französischen Ausschusses am 19.1. in Paris⁵ werde die französische Seite noch nicht viel Neues über das bisher

² Der französische Verteidigungsminister Hernu sprach sich am 1. Dezember 1983 in einer Rede vor der Parlamentarischen Versammlung der WEU in Paris für eine engere sicherheitspolitische Zusammenarbeit der WEU-Mitgliedstaaten aus. Für den Wortlaut vgl. WEU PROCEEDINGS, 29th Session, Second Part (November 1983), IV, S. 166–170.

³ Zur Strategischen Verteidigungsinitiative des Präsidenten Reagan (SDI) vgl. Dok. 2.

⁴ Oberst i. G. Köhler, Paris, informierte am 20. Dezember 1983, daß im Rahmen einer für die Jahre 1984 bis 1988 vorgesehenen Reorganisation des französischen Heeres u. a. die Bildung einer aus fünf Divisionen bestehenden Schnellen Eingreiftruppe (Force d'Action Rapide, FAR) vorgesehen sei. Die Bildung der FAR entspreche „der französischen Idee, mit hochbeweglichen Kräften überall schnell präsent sein zu können. Ob allerdings eine im Vergleich zu der bisher und auch weiterhin für die 1. (FR) Armee gültigen Regelung verbindlichere Einplanung der FAR in das Verteidigungskonzept der NATO möglich wird, bleibt sehr fraglich. Die Probleme der FAR, die sich aus der großräumigen Dislozierung, der völlig unterschiedlichen Gliederung und Ausrüstung der Divisionen sowie aus dem Bedarf an logistischer Unterstützung ergeben, sind noch nicht gelöst.“ Vgl. den Einzelbericht Nr. 28/83 (H); Referat 201, Bd. 130181.

⁵ Zur Sitzung des deutsch-französischen Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung vgl. Dok. 16.

Vorgetragene hinaus sagen können. Es gehe um eine weit in die Zukunft reichende Perspektive.

Die WEU habe den „Vorteil zu existieren“. Sie umfasse die vier großen europäischen Staaten. Eine Reaktivierung würde helfen, Italien, das nicht an der Viererzusammenarbeit partizipiere, zufriedener zu stellen. Schließlich sei die WEU fast identisch mit dem Kreis der sechs Ursprungsmitglieder der Europäischen Gemeinschaft, die in ihrem europäischen Bewußtsein fortgeschrittener seien als Griechenland, Dänemark und Irland. Über den Kreis der EG-Gründerstaaten hinaus gehöre Großbritannien zur WEU, und das sei gut so.

Ich habe Andréani für seine Ausführungen gedankt. Auch wir seien der Meinung, daß der deutsch-französische Kern sich dauernd weiter verfestigen müsse. Dann werde er immer mehr Zugkraft für andere entfalten. Was die WEU angehe, so kenne Frankreich unsere Ansicht. Unser Hauptargument gegen eine Reaktivierung sei bisher gewesen, daß wir ihr deshalb keinen Geschmack abgewöhnen, weil die Bundesrepublik Deutschland durch die konventionellen Rüstungsbeschränkungen⁶ diskriminiert werde.

Andréani unterbrach: Das werde ja nicht mehr lange der Fall sein. Über das „Timing“ sei noch zu sprechen.

Ich erkundigte mich sofort, welche Zeitvorstellungen Frankreich in bezug auf die Aufhebung der Beschränkungen habe. Wir hätten registriert, daß die französischen Sozialisten in der Parlamentarischen Versammlung der WEU gegen die Aufhebung der uns diskriminierenden Beschränkungen gestimmt hätten.⁷ Entstanden dadurch der französischen Regierung innenpolitische Schwierigkeiten? Wir, Andréani und ich, seien uns bei unserer Brüsseler Begegnung Ende 1982, also vor einem Jahr, einig gewesen, daß die Aufhebung nicht vor der heißen Phase der Nachrüstung aktiv angepackt werden sollte. Die liege nun mit dem Beginn der Dislozierung⁸ wohl hinter uns, obwohl wir auch weiterhin auf der Hut sein müßten.

⁶ Die Herstellungsbeschränkungen für die Bundesrepublik waren in Protokoll Nr. III zum WEU-Vertrag in der Fassung vom 23. Oktober 1954 über die Rüstungskontrolle enthalten. Die Herstellung atomarer, biologischer und chemischer Waffen auf dem Gebiet der Bundesrepublik wurde ebenso verboten wie die Herstellung von Waffen großer Reichweite, Lenk Waffen und größeren Kriegsschiffen. Einzelheiten wurden in den Anlagen I bis IV zu dem Protokoll ausgeführt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 266–273.

Anlage III wurde zwischen 1958 und 1980 mehrfach geändert. Vgl. dazu zuletzt BUNDESGESETZBLATT 1980, Teil II, S. 1180.

Zum Stand der Erörterungen über eine Aufhebung der Herstellungsbeschränkungen vgl. AAPD 1983, I, Dok. 92.

⁷ Gesandter von Alten, z. Z. Paris, teilte am 29. November 1983 mit, die Parlamentarische Versammlung der WEU habe am selben Tag „mit großer Mehrheit“ einem Bericht des luxemburgischen Abgeordneten Prussen zugestimmt, der u. a. die Aufhebung der letzten Herstellungsbeschränkungen im konventionellen Bereich für die Bundesrepublik vorsehe: „Französische Sozialisten hatten durch prozedurale Maßnahmen versucht, den Bericht zu Fall zu bringen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2328; Referat 200, Bd. 123180.

⁸ Am 22. November 1983 stimmte der Bundestag nach zweitägiger Debatte mit 286 zu 226 Stimmen bei einer Enthaltung einem Antrag der Fraktionen von CDU/CSU und FDP vom 18. November 1983 zur Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 in seinen beiden Teilen zu. Für den Antrag vgl. BT DRUCKSACHEN, Bd. 297, Drucksache Nr. 10/620. Für die Debatte vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 126, S. 2321–2456 und S. 2459–2592.

Referat 201 notierte am 25. November 1983, nach Auskunft der amerikanischen Botschaft seien die ersten Transporte mit Pershing-II-Raketenteilen und Sprengköpfen am 23. November 1983 auf dem

Andréani erwiderte, die französische Regierung sei entschlossen, sämtliche für die Bundesrepublik Deutschland diskriminierenden Beschränkungen auf dem Gebiet der konventionellen Rüstung, aber auch die anachronistischen Kontrollen, in die alle Festland-Mitgliedstaaten der WEU einbezogen seien⁹, demnächst und auf einmal aufzuheben. Bei der Abstimmung über die Aufhebung in der Parlamentarischen Versammlung habe es einen Mangel an Abstimmung zwischen der französischen Regierung und den französischen sozialistischen Abgeordneten gegeben. Der Widerstand der sozialistischen Abgeordneten sei kein grundsätzlicher.

Ich stellte die Frage, ob Andréani glaube, daß wir im Jahre 1984 mit dem Aufhebungsbeschluß zu Rande kommen könnten. Andréani erklärte, die französische Regierung sei dazu fest entschlossen.

In diesem Falle, so meine Antwort, verliere unser Hauptargument gegen die Reaktivierung der WEU seinen Boden. Es gebe jedoch, wie Andréani wisse, noch eine Reihe anderer, von uns zusätzlich hin- und hergewendeter, aber von einigen unserer gemeinsamen europäischen Partner heftig vorgetragener Gegenargumente. So werde z. B. ins Feld geführt, eine Reaktivierung der WEU würde der NATO schaden. Die niederländische Regierung vertrete diesen Standpunkt mit besonderer Hartnäckigkeit. Bei den bilateralen Sondierungen über den ursprünglichen deutschen Entwurf einer Europäischen Akte¹⁰ seien wir auch noch auf ein anderes Bedenken gestoßen, das im WEU-Falle wohl von neuem aufgenommen werde. Einige unserer Partner hätten den von uns vorgeschlagenen Rat der zehn europäischen Verteidigungsminister a limine abgelehnt, und zwar nicht nur aus „NATO-Räson“, sondern mit der Begründung, daß Verschiebungen im Bewußtsein eines Teils der Bevölkerung der zehn Mitgliedstaaten in Sicherheitsfragen eingetreten seien und die Zehn zusammengenommen eher Schlagseite zur Abrüstung unter Vernachlässigung der Verteidigungserfordernisse hätten. Im Vergleich dazu reagierten die Sechzehn wegen der Anwesenheit der USA am Tisch ausbalancierter; sie seien zusammengenommen besser befähigt, beide Teile des Harmel-Konzepts¹¹ im Gleichgewicht zu verwirklichen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 5

amerikanischen Militärflughafen in Ramstein eingetroffen. Die Einsatzbereitschaft der für Großbritannien und Italien vorgesehenen Systeme sei für Dezember 1983 bzw. März 1984 geplant. Vgl. dazu VS-Bd. 12007 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

Am 10. Januar 1984 vermerkte Ministerialdirektor Pfeffer, nach amerikanischen Angaben sei die erste Pershing-II-Batterie seit 15. Dezember 1983 einsatzbereit: „Die Einsatzbereitschaft der zweiten P-II-Batterie ist für 29.2.1984 geplant. Die Einsatzbereitschaft der weiteren Batterien soll im Abstand von eineinhalb Monaten erreicht werden.“ Vgl. VS-Bd. 12049 (201); B 150, Aktenkopien 1984.

⁹ Protokoll Nr. IV des WEU-Vertrags in der Fassung vom 23. Oktober 1954 regelte die Aufgaben des Rüstungskontrollamts der WEU. Zu diesen gehörte u. a. die Kontrolle der Höhe der von den Mitgliedstaaten auf dem europäischen Festland gehaltenen Bestände an bestimmten Waffentypen. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 274–280.

¹⁰ Zu dem am 16. April 1981 vorgelegten Entwurf der Ministerialdirektoren Pfeffer, Fischer und Fleischhauer für einen Vertrag über eine Europäische Union bzw. für eine Europäische Akte vgl. AAPD 1981, I, Dok. 109.

Zur Reaktion verschiedener EG-Mitgliedstaaten vgl. AAPD 1981, II, Dok. 176.

¹¹ Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Communiqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

Zu den aufgeführten Argumenten lauteten meine Gegenargumente folgendermaßen: Eine Reaktivierung der WEU dürfe auf keinen Fall der NATO schaden; im Gegenteil: Wir müßten versuchen, daß (nach dem Schachtelprinzip) die kleineren, engeren Zirkel die größeren stützten und umgekehrt. Wie russische Puppen würden sich die bilaterale Zusammenarbeit mit Frankreich, die Zusammenarbeit der Sieben, der Zehn und der Sechzehn ineinanderfügen. Das müsse man den Partnern, die am nächstkleineren Zirkel nicht teilnahmen (einige, weil sie sich freiwillig von ihm ausgeschlossen hätten), natürlich erläutern. Auch müsse die WEU jedem Land der Europäischen Gemeinschaft offenstehen, das ihr beizutreten wünsche. Eines Tages werde vielleicht Spanien einen solchen Wunsch äußern, der allerdings nicht durch eine Anti-NATO-Haltung motiviert sein dürfe.

Was die Befürchtungen wegen einer Bewußtseinsverschiebung in einigen europäischen Ländern betreffe, so habe sich durch die Entscheidungen im November und Dezember 1983 vieles verbessert. Die Atlantische Allianz habe eine entscheidende politische Willensprobe bestanden. Die Gegner der Nachrüstung hätten es jetzt schwerer: Der Himmel sei mit dem Beginn der Dislozierung nicht eingestürzt, die Sowjetunion und vor allem die osteuropäischen Regierungen reagierten verhältnismäßig gedämpft; sie kämpften auch offenbar mit dem Bumerang-Effekt der eigenen, für den Westen bestimmt gewesenen Panik-Propaganda, die jetzt auf sie zurückschlage.

Die Osteuropäer ließen inzwischen fast unverhohlen erkennen, wie unzufrieden sie mit den Folgewirkungen der sowjetischen SS-20-Aufrüstung sind. Der belgischen und niederländischen Regierung andererseits werde es nun nach dem Vorgehen der Bundesrepublik Deutschland, Italiens und Großbritanniens und nach dem beschriebenen Abfall der Drohkulisse leichter fallen, sich der Dislozierungs-Implementierung anzuschließen.

Andréani erklärte, er sei mit diesen Ausführungen vollkommen einverstanden. Hinzu komme noch ein weiterer, bisher nicht erwähnter Aspekt, auf den Cheyson sehr großen Wert lege: Die Parlamentarische Versammlung der WEU spiele eine große Rolle im Rahmen der öffentlichen Debatte, für die Klärung der Thesen, die Auseinandersetzung der Volksvertreter untereinander und der Regierungen mit den Abgeordneten. Bei der Nachrüstungsdebatte sei es ja nicht um Krieg oder Frieden gegangen, wie die Sowjetunion behauptet habe, sondern um den Selbstbehauptungswillen Europas, der sich in den Herzen und Hirnen der Menschen abspiele. Es sei nun einmal so – man möge es bedauern oder nicht –, daß die europäische Jugend, besonders die protestlerische, im Zweifel europäische Beschlüsse eher akzeptiere als europäisch-amerikanische; mit anderen Worten: Sie würde eine von der WEU getragene oder entwickelte Sicherheitspolitik sich leichter zu eigen machen als eine von der NATO getragene oder entwickelte.

Meine Darlegungen zur niederländischen Haltung seien exakt beobachtet. Er habe in seinen Gesprächen mit unserem Kollegen, dem niederländischen Politischen Direktor¹², und Hernu habe während seines Besuchs beim niederländi-

¹² Adriaan Jacobovits de Szeged.

schen Verteidigungsminister in Den Haag¹³ ähnliche Erfahrungen gemacht. Die niederländischen Pazifisten sähen, und insofern sei die Sorge der niederländischen Regierung durchaus berechtigt, in der Hinwendung zu einer europäischen Sicherheitspolitik ein Mittel zur Lösung aus der atlantischen Einbettung und im Letzten eine Transit-Etappe auf dem Weg in den neutralistischen Sozialismus.

Ich habe hinzugefügt, das sei in der Tat nicht nur ein von der niederländischen Regierung, allerdings von ihr besonders akut empfundenes Risiko. Weil dies vielmehr ein allgemeines Phänomen sei, bedürfe es großer Festigkeit und Besonnenheit unserer Regierungen, damit eine Reaktivierung der WEU der Atlantischen Allianz nicht Schaden zufüge, sondern ihr nütze.

Was die zu bannende Gefahr des Neutralismus angehe, so würde ich nachher bei der Behandlung der Deutschen Frage auf sie zurückkommen. Im übrigen hätte ich in diesem Kapitel auf persönlicher Basis gesprochen. Dem Bundesminister und dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes¹⁴ würde ich über Andréanis Ausführungen genau berichten und vorschlagen, daß auch der Bundeskanzler und der Bundesminister der Verteidigung unterrichtet würden.

Andréani nahm zum Schluß noch einmal seinen Gedanken auf, im deutsch-französischen Sicherheitsausschuß am 19.1.1984 in Paris die WEU-Problematik näher zu beleuchten. Nach allem, was er wisse, habe der französische Verteidigungsminister sich gegenüber Bundesminister Wörner¹⁵ vielleicht etwas mißverständlich ausgedrückt, als er (Hernu) gesagt habe, man müsse dem Rüstungskontrollamt neue Aufgaben zuweisen. Hernu habe gemeint: Wenn alle Kontrollfunktionen dieser Behörde entfielen, man sie als Instrument aber nicht abschaffen könne oder wolle, sollte das Rüstungskontrollamt positive neue Aufgaben erhalten. Das sei erst für die Zeit nach Abschaffung der für uns diskriminierenden Beschränkungen vorzusehen. Hernu habe eben auch betonen wollen, daß auf keinen Fall die Kontrollen für alle WEU-Mitgliedstaaten auf dem Festland zu modernisieren wären, was ja die merkwürdige, kontrollfreie Sonderstellung Großbritanniens noch weiter herausheben würde. Noch einmal: Wenn alle Kontrollfunktionen abgeschafft seien, frage sich, ob dem Rüstungskontrollamt, das ja sonst völlig arbeitslos wäre, neue produktive Aufgaben, z. B. auf dem Gebiet der Rüstungskooperation, zugeteilt werden könnten. (Gemeint war wohl: der rüstungskontrollpolitischen Zusammenarbeit.)

Pfeffer

VS-Bd. 11986 (201)

¹³ Der französische Verteidigungsminister Hernu hielt sich am 28./29. November 1983 zu Gesprächen mit dem niederländischen Verteidigungsminister de Ruiter in den Niederlanden auf.

¹⁴ Andreas Meyer-Landrut.

¹⁵ Für das Gespräch der Bundesminister Genscher und Wörner mit dem französischen Außenminister Cheysson und Verteidigungsminister Hernu am 24. November 1983 vgl. AAPD 1983, II, Dok. 356.

2

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Seitz

02-360.90-3/84 geheim

6. Januar 1984¹Über Herrn Staatssekretär² Herrn Minister³

Betr.: US-Pläne für Ballistic Missile Defense (BMD)

Auf die sogenannte „Star Wars“-Rede Präsident Reagans vom 23.3.1983⁴ hat die deutsche Öffentlichkeit mit einer Mischung aus ungläubigem Staunen und spontaner Ablehnung reagiert. Wir bewerten auch offiziell den USA gegenüber den Plan eines Raketenabwehrsystems (BMD) überwiegend skeptisch und kritisch.

In der Tat sprechen aus europäischer Sicht gute Gründe gegen BMD. Auch der Mangel an rechtzeitiger Konsultation in einer west-ost-politisch so wichtigen Frage erregt zu Recht Unwillen.

Die Berichterstattung der Botschaft Washington und das Pressebild lassen jedoch klar erkennen, daß Präsident Reagan – auch aus starken innenpolitischen Gründen – unbeirrbar an dieser Entwicklung festhält. Zugleich lassen die anfangs auch in den USA verbreiteten Zweifel an der Realisierbarkeit von BMD nach.

Bei dieser Sachlage ist zu überlegen, ob wir unsere Interessen nicht wirksamer vertreten und fördern können, wenn wir konstruktiv Einfluß zu nehmen versuchen, statt uns einer derzeit unaufhaltsamen Entwicklung vergeblich entgegenzusetzen.

I. Das Engagement Präsident Reagans für BMD scheint aus folgenden Gründen irreversibel:

- Präsident Reagan fühlt sich politisch im Wort (80er Wahlplattform der Republikaner⁵) und wird vermutlich das Thema BMD im kommenden Wahl-

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Daerr konzipiert.

² Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 6. Januar 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Wichtige Aufzeichnung!“

³ Hat Bundesminister Genscher am 10. Januar 1984 vorgelegen, der Staatssekretär Meyer-Landrut um Rücksprache bat und handschriftlich vermerkte: „Eilt!“

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 11. Januar 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an das Büro Staatssekretäre „[für] Rückspr[ache] StS“ verfügte.

Hat Meyer-Landrut erneut vorgelegen, der handschriftlich für Ministerialdirektor Pfeffer vermerkte: „NATO-Frühjahrssitzung erneut US fragen.“

Hat Pfeffer am 26. und 28. Januar 1984 vorgelegen. Am 28. Januar 1984 vermerkte er handschriftlich für Meyer-Landrut: „Ich sehe diese Aufz[eichnung] erst heute auf dem Rücklauf. Sie zeichnet sich durch unabhängige Gedankenführung aus. Ich halte die Linie des Verfassers für richtig und habe sie – annäherungsweise – zu vertreten versucht. Größtes Problem: F + GB.“

⁴ Für den Wortlaut der Fernseh- und Rundfunkansprache des Präsidenten Reagan vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 437–443. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 267–270 (Auszug). Vgl. dazu ferner AAPD 1983, I, Dok. 81.

⁵ Korrigiert aus: „79er Wahlplattform der Republikaner“.

Für das Wahlprogramm der Republikanischen Partei vom 15. Juli 1980 vgl. <http://www.presidency.ucsb.edu/platforms.php>.

- kampf⁶ als sicherheitspolitischen Trumpf gegen Friedensbewegung und Demokraten benutzen.
- Wenn Raketenabwehr möglich wird, akzeptiert US-Bevölkerung auf Dauer keine Strategie mehr, die auf Mutual Assured Destruction (MAD) basiert. Mutual Assured Survival (MAS)⁷ ist attraktiver, nicht zuletzt nach Filmen wie „The Day After“⁸. Meinungsumfrage im August 1983: 86% für BMD.
  - Der Wettlauf mit der Sowjetunion in Spitzentechnologien ist in Amerika ein populäres Konzept (Vertrauen in eigenen Wettbewerbsvorteil ist ungebrochen und hier wohl auch begründet); Mittel für Defensivsysteme („moralisch besser“) werden leichter bewilligt.
  - Der technologische Nutzeffekt für die US-Wirtschaft (Spin-off) ist vielversprechend.
  - Die Sorge um die Verwundbarkeit von Offensivwaffen (ICBM, SLBM) verliert an Bedeutung, das strategische Kräfteverhältnis wird – so sagen die Befürworter – krisenstabiler durch BMD (weniger „Präventivdruck“).
  - Nach amerikanischer Auffassung sind sowjetische BMD-Entwicklungen, die schon seit längerem intensiv betrieben werden, sowieso nicht mehr aufzuhalten.

Präsident Reagan hat BMD zu einem persönlichen Anliegen gemacht, aber angesichts der Dynamik dieser Entwicklung könnte vermutlich auch ein demokratischer Nachfolger keinen radikal anderen Kurs einschlagen.

II. Die Zweifel an der Machbarkeit und Finanzierbarkeit von BMD sind noch nicht behoben, aber sie werden geringer: Reagans wissenschaftlicher Berater Keyworth hält Demonstrationssysteme bis Ende dieses Jahrhunderts für realisierbar. Die Haushaltsmittel 1985 für BMD sind von 1,8 auf 2,6 Milliarden Dollar erhöht worden.

Negativurteile militärischer Fachleute in den USA sind zum Teil mit Vorsicht zu betrachten, da durch die BMD-Entwicklung bei allen drei Waffengattungen etablierte Interessen berührt werden.

Zumindest eines der zur Zeit geprüften BMD-Modelle basiert auf bereits vorhandenen, erprobten Komponenten, so daß BMD nicht völlig von erst noch zu erzielenden Durchbrüchen bei Zukunftstechnologien abhängt. In Japan wird die Realisierbarkeit von BMD bezeichnenderweise recht zuversichtlich beurteilt.⁹

III. Deutsche Interessenlage

Die nachstehende Bewertung der deutschen Interessen ist keine vollständige Abwägung aller Vor- und Nachteile von BMD. Es geht hier zuallererst darum,

⁶ Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

⁷ Die Wörter „Mutual Assured Survival (MAS)“ wurden von Ministerialdirektor Pfeffer hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das bedeutet aber eben: Auf beiden Seiten müßte – rüstungskontrollpolitisch eingebunden – eine solche evolutionäre Entwicklung zur offensiv-defensiven Kombination erfolgen.“

⁸ Der am 20. November 1983 im amerikanischen Fernsehsender ABC erstmals ausgestrahlte Film „The Day After“ behandelte die Auswirkungen eines Atomkriegs am Beispiel der Bewohner einer Stadt im amerikanischen Bundesstaat Kansas.

⁹ Dieser Absatz wurde von Ministerialdirektor Pfeffer hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das war auch der Grund für mein vorsichtigeres Herangehen an die Sache.“

was wir dem als unaufhaltsam eingeschätzten BMD-Engagement der USA auch an Positivem abgewinnen können.

Wir können davon ausgehen, daß nuklearstrategische Offensivwaffen durch Raketenabwehrsysteme (BMD) nicht völlig ersetzt werden. Präsident Reagan nutzt den politisch-psychologischen Effekt der Idealvorstellung einer reinen Defensive, hat aber in seiner „Star Wars“-Rede jede Festlegung vermieden. Expertengespräche bestätigen, daß realistischerweise nur eine offensiv-defensive Kombination in Frage kommt.¹⁰

Zu unterscheiden sind drei Konstellationen: ein sowjetischer Vorsprung bei der wirksamen Anwendung von BMD-Technologien, ein Gleichstand der beiden Supermächte oder ein Vorsprung der USA.

1) Ausschließlich negative Folgen für uns hätte nur ein klarer BMD-Vorsprung der Sowjetunion. Die USA haben uns Einblick in ihre Erkenntnis über sowjetische Entwicklungen angeboten.

2) Die Perspektive einer auf beiden Seiten gleich wirksamen Abwehr ballistischer Raketen wirft vorrangig zwei Fragen auf:

- Was wird aus der nuklearen Abschreckung der NATO in Europa?
- Wird durch Verlagerung von Haushaltsmitteln und technologischen Kapazitäten die konventionelle Verteidigungsfähigkeit Europas gefährdet?

a) Derzeit absehbare BMD-Systeme wirken nur gegen weitreichende ballistische Raketen.¹¹ Bei Gleichstand SU/USA wäre damit die Masse der interkontinentalen Potentiale neutralisiert. Aus europäischer Sicht ist dies jedoch keine fundamentale Änderung: Das bisherige nukleare Patt gegenseitiger Verwundbarkeit würde gleichsam durch ein neues Patt gegenseitiger Unverwundbarkeit abgelöst.

Für die nukleare Abschreckung in Europa im Rahmen der flexible response¹² kommt es darauf an, daß die USA in ausreichendem Umfang selektive Nukleooptionen gegen die SU behalten. Die USA haben hierfür genügend nichtballistische Kernwaffen (strategische Bomber, Cruise Missiles) und werden ihren technologischen Vorsprung in diesem Bereich wohl auch halten. Hinzu kommt der Vorteil der geostrategischen Asymmetrie, der es den USA erlaubt, sowjetisches Territorium auch mit anderen als interkontinentalen Systemen zu bedrohen. Die Notwendigkeit der INF-Nachrüstung würde bei beiderseitiger BMD-Entwicklung im nachhinein noch deutlicher.¹³

¹⁰ Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Pfeffer hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Richtig. So hat Burt ja auch sogleich meine Frage beantwortet.“

¹¹ Dieser Satz und die Wörter „gegen weitreichende“ wurden von Ministerialdirektor Pfeffer hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Burt bestreitet dies.“

¹² Der Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO stimmte am 12. Dezember 1967 in Brüssel der vom Militärausschuß vorgelegten Direktive MC-14/3 („Overall Strategic Concept for the Defense of the North Atlantic Treaty Organization Area“) zu. Nach dem unter dem Begriff „flexible response“ bekanntgewordenen Konzept sollten begrenzte Angriffe zunächst konventionell und, falls notwendig, mit taktischen Nuklearwaffen abgewehrt werden. Lediglich bei einem Großangriff sollte das strategische nukleare Potential zum Einsatz kommen. Für den Wortlaut vgl. NATO STRATEGY DOCUMENTS, S. 345–370. Vgl. dazu ferner AAPD 1967, III, Dok. 386.

¹³ Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Pfeffer hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Leider wird in der Bevölkerung allerdings die Sache eher umgekehrt empfunden (Fristen-Konfusion, mangelnde Vorbereitung).“

b) Der beiderseitige Mittel- und Kapazitätentransfer von Offensivwaffen zu Defensivsystemen und von der Erde in den Weltraum wäre nur dann von Nachteil für uns, wenn der konventionelle Verteidigungsbeitrag der USA in Europa darunter mehr litte als die konventionelle Offensivfähigkeit der Sowjetunion. Dies muß nicht sein. Trotz aller „Leidensfähigkeit“ der sowjetischen Bevölkerung ist das Potential der Sowjetunion begrenzt, und es spricht vieles für einen komparativen Kostenvorteil der USA im Bereich der Spitzentechnologie. (BMD-Experten sprechen von einem Vorteil von 6:1 bei Nutzlasten im Weltraum.)

3) Falls die USA wirklich der BMD-Entwicklung Priorität geben, ist ein Vorsprung gegenüber der Sowjetunion die wahrscheinlichste Alternative. Zwar würden amerikanische BMD-Systeme Europa zunächst nur vor ballistischen Raketen bis einschließlich der SS-20-Ebene schützen (nicht vor SS-21 bis SS-23 und Cruise Missiles), aber die Glaubwürdigkeit einer erweiterten Abschreckung der USA wäre deutlich gestärkt.¹⁴

Die in Europa verbreitete Vorstellung, das Gefühl einer „Festung Amerika“ würde die USA in den Isolationismus treiben, ist wenig plausibel: Aus einer Position geringerer Verwundbarkeit heraus können die USA ihre Schutzfunktion gegenüber Europa sogar überzeugender erfüllen.¹⁵

Eine Gefahr aber wäre amerikanischer Unilateralismus. Allen drei hier dargestellten BMD-Konstellationen ist gemeinsam, daß die strategischen Potentiale der beiden europäischen Nuklearmächte entwertet würden. Wenn hierzu auch noch eine allgemeine technologische Unterlegenheit und Abhängigkeit Europas käme, wären die Folgen für das Konzept einer gleichgewichtigen NATO-Säule und für eine sicherheitspolitische Mitbestimmung Europas abzusehen.¹⁶

Es sind somit zwei Probleme zu unterscheiden: Unmittelbar hängt unsere Sicherheit – wie die der anderen nichtnuklearen Verbündeten – ganz entscheidend von der Fähigkeit der USA zur „erweiterten Abschreckung“ (extended deterrence) ab. Auf längere Sicht muß im gesamteuropäischen Interesse aber auch der Gefahr eines amerikanischen Unilateralismus entgegengewirkt werden.

IV. Schlußfolgerungen

1) Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß Warnungen vor Rüstungswettlauf und Destabilisierung des strategischen Gleichgewichts in der jetzigen amerikanischen Stimmungslage nur begrenzt Eindruck machen. Die Amerikaner werden kühl fragen: warum nicht Wettrüsten in einer Disziplin, wo wir gewinnen? Oder: Wieso ist Veränderung des Gleichgewichts zu unserem Vorteil destabilisierend? Diese Einstellung ist weit verbreitet und wird oft nur aus taktischen Gründen nicht offen zur Schau getragen.

2) Wir werden also durch Einrede an den amerikanischen Plänen nichts ändern

¹⁴ Dieser Absatz wurde von Ministerialdirektor Pfeffer mit Häkchen versehen.

¹⁵ Dieser Absatz wurde von Ministerialdirektor Pfeffer mit Häkchen versehen.

¹⁶ Dieser Absatz wurde von Ministerialdirektor Pfeffer mit Häkchen versehen. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Deshalb die heftige Bekämpfung durch F + GB. Unsere Interessenlage ist etwas anders. Aber: Wir haben auch ein Interesse daran, daß F + GB N[uklear]-Kräfte nicht entwertet werden („in trust for Europe“).“

können. Erfolgversprechender scheint es, daß wir durch Eingehen auf die amerikanischen BMD-Vorstellungen versuchen zu erreichen, daß

- BMD-Systeme soweit irgend möglich auch Schutzwirkung für Europa entfalten;¹⁷
- die USA sich durch nicht-ballistische Waffen die erforderlichen selektiven Nukleooptionen gegen die Sowjetunion bewahren;¹⁸
- das konventionelle Engagement der USA in Europa nicht unter BMD leidet (dies ist möglich, da BMD zumindest teilweise durch Einsparungen bei strategischen Offensivwaffen finanziert wird; die ursprünglich geplante mobile MX-Stationierung z. B. wäre teurer gekommen als manche BMD-Modelle);¹⁹
- die Europäer bei eventuellen Strategieänderungen (Andeutungen in der US-Demarche vom 12.12.83²⁰) nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden.²¹

3) Der Gefahr des amerikanischen Unilateralismus können wir allerdings nur begegnen, wenn die europäische Säule der NATO gestärkt statt geschwächt wird. Dies bedeutet zuallererst, daß Europa technologisch den Anschluß hält.²²

Das amerikanische BMD-Programm wird für die Weiterentwicklung zahlreicher Spitzentechnologien entscheidende Impulse geben (Raumfahrt, Energie- und Nachrichtentechnik, Mikroelektronik, Materialforschung, Laser und andere Strahlenwaffen). Zu fragen ist deshalb sogar, ob Europa nicht am besten daran täte, an dem amerikanischen BMD-Programm mitzuwirken.²³ Eine Beteiligung würde allerdings den finanziellen Aufwand nur rechtfertigen, wenn sie wirklich Teilhabe an Spitzentechnologie ist und damit wirtschaftliche „Spin-off“-Effekte bringt.

Japan zeigt bereits Interesse, sich an der amerikanischen BMD-Entwicklung zu beteiligen (so General a. D. Richardson, stv. Direktor von High Frontier). Es sieht darin auch eine Chance, sicherheitspolitisch die ihm versagte Stufe der Verteidigung durch eigene Nuklearwaffen zu überspringen.²⁴ Anders als wir ist Japan kaum von einer konventionellen Invasion bedroht und kann aufgrund seiner Insellage von BMD einen besseren Schutz erwarten. Hauptanreiz dürfte für

¹⁷ Dieser Absatz wurde von Ministerialdirektor Pfeffer hervorgehoben. Dazu Häkchen und handschriftlicher Vermerk: „Diese Punkte habe ich US gegenüber längst und mit Insistenz gemacht.“

¹⁸ Dieser Absatz wurde von Ministerialdirektor Pfeffer mit Häkchen versehen.

¹⁹ Dieser Absatz wurde von Ministerialdirektor Pfeffer mit Häkchen versehen.

²⁰ Ministerialdirektor Pfeffer vermerkte am 14. Dezember 1983, die amerikanische Botschaft habe am 12. Dezember 1983 ein Memorandum zu SDI übergeben und um Stellungnahme bis zum 13. Dezember 1983 gebeten. In dem Memorandum werde dargelegt, Präsident Reagan beabsichtige für das Budgetjahr 1985 „eine bedeutende Erhöhung der Forschungsmittel“ für SDI. Pfeffer erläuterte: „Das Papier versichert, daß die USA nicht die Absicht hätten, die Abschreckungsstrategie und die Strategie der flexiblen Erwidern zu ändern, wenigstens solange nicht, wie eine alternative und bessere Strategie entwickelt worden sei. Letztere Einschränkung hat eher hypothetischen und nicht bereits andeutenden Charakter.“ Vgl. VS-Bd. 12041 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

²¹ Dieser Absatz wurde von Ministerialdirektor Pfeffer mit Häkchen versehen.

²² Dieser Absatz wurde von Ministerialdirektor Pfeffer mit Häkchen versehen.

²³ Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Pfeffer hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Entweder das oder es entwickelte ein eigenes. Nur das ist die eigentliche Alternative.“

²⁴ Der Passus „Japan zeigt ... zu überspringen“ wurde von Ministerialdirektor Pfeffer hervorgehoben und mit Häkchen versehen.

Japan trotzdem die technologische Herausforderung mitsamt wirtschaftlichem Spin-off sein.²⁵ Die USA ihrerseits gewannen mit Japan einen potenten Partner.

Seitz

VS-Bd. 14046 (02)

3

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Ploetz

6. Januar 1984¹

Betr.: Besprechung BM mit StS M.-L.², Dg21³, Dg2A⁴ und SRS⁵ Sudhoff am
6. Januar 1984, 12.00 h, in der Wohnung

1) Europa-Fragen

Neben dem West-Ost-Verhältnis hält BM die Europa-Fragen für das zentrale Problem der vor uns liegenden Zeit.

a) Das deutsch-französische Verhältnis ist von hervorragender Bedeutung. Die französische Bereitschaft zur Zusammenarbeit ist offensichtlich breiter gemeint und bezieht sich nicht nur auf gemeinsames Agieren in EG-Fragen. Eine solche breite Zusammenarbeit mit Frankreich entspricht auch unserer Interessenlage. Auch aus historischen Gründen bedeutet eine deutsch-französische Zusammenarbeit fast automatisch, daß die Beneluxstaaten sie unterstützen.

b) WEU: Wir sollten die neuen Neigungen Frankreichs – und auch neuerdings Tindemans⁶ – aufnehmen, das Haus hat zu starke Vorbehalte gegen die WEU. Wir sollten sagen: Ja, aber nur unter Gleichen, d. h., wir könnten die französischen und belgischen Initiativen nutzen, um das uns Störende bei der WEU zu eliminieren. Die augenblickliche Mitgliedschaft der WEU ist ein positiver Faktor. Wenn die WEU aktiver wird, könnte Norwegen eine Mitgliedschaft prüfen, wahrscheinlich auch Dänemark, das aus bestimmten Gründen aber augenblicklich weniger positive Aufmerksamkeit verdient. Auch Griechenland würde dies zu denken geben.

²⁵ Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Pfeffer hervorgehoben und mit Häkchen versehen.

¹ Ablichtung.

Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 20. Januar 1984 vorgelegen.

² Andreas Meyer-Landrut.

³ Gerold Edler von Braunmühl.

⁴ Josef Holik.

⁵ Stellvertretender Regierungssprecher.

⁶ Der belgische Außenminister Tindemans unterbreitete am 23. Dezember 1983 Überlegungen zur europäischen Zusammenarbeit auch im Sicherheitsbereich. Vgl. dazu den Artikel von Leo Tindemans: „Débloquer la coopération européenne“; LE MONDE vom 23. Dezember 1983, S. 1 f.

StS verweist auf das Gespräch Pfeffer–Andréani⁷, wonach F

- mit der Eliminierung der Diskriminierungen einverstanden ist,
- GB entgegenkommen will, indem Einsparungen durch Abschaffung oder Reduzierung des RKA⁸ vorgesehen werden, und
- der Rat gestärkt wird.

Die Zurückhaltung des Hauses begründet StS mit Hinweis auf die Sorge, daß sich negative Auswirkungen auf die NATO ergeben könnten.

Für wichtig hält StS vor allem, daß die USA voll unterrichtet werden; die britische Zurückhaltung ist im wesentlichen mit der Sorge begründet worden, daß das Verhältnis zu Washington beeinträchtigt werden könnte. Hier müsse nach einem ausreichenden Mechanismus gesucht werden. (BM stimmt letzterem Punkt ausdrücklich zu.)

Dg21 meint, es liege auch im amerikanischen Interesse, daß die europäische Stimme in der NATO gestärkt werde, es müsse ihnen aber deutlich gemacht werden, daß dies eine atlantische Stimme bleibe.

c) ESPRIT⁹: BM ist über unser Verhalten unglücklich, nach seiner Auffassung hat das Problem nichts mit dem Stuttgarter Paket¹⁰ zu tun. Dort ging es um das Zusammenbinden der Grundsatzentscheidungen mit künftigen Entwicklungen, ESPRIT war aber längst auf dem Weg. Es war gerade nicht die Philosophie von Stuttgart, ein Junktim zwischen bereits im Gang befindlichen Dingen und der Reform herzustellen.¹¹

BM gibt Weisung, daß ESPRIT sofort aufgenommen wird, damit es ganz schnell laufen kann.

Auf den Hinweis von StS, daß das BMFT inzwischen auch dieser Meinung ist, meint BM, in Wahrheit bremst das BMWi, das BMF sieht allerdings keinen Anlaß, dem zu widersprechen.

⁷ Zu den deutsch-französischen Direktorenkonsultationen am 22. Dezember 1983 vgl. Dok. 1.

⁸ Rüstungskontrollamt.

⁹ In einer undatierten Aufzeichnung des Bundesministeriums für Forschung und Technologie hieß es, das geplante Europäische Strategieprogramm für Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Informationstechnologie (ESPRIT) solle „die informationstechnische Industrie in Europa in die Lage versetzen, bis Mitte der neunziger Jahre ihre Wettbewerbsposition auf den Weltmärkten zu stärken und zu sichern“. Vorgesehen sei die Förderung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben in den Bereichen Mikroelektronik, Software-Technologie, Informationsverarbeitung, Büro-Systeme und computerintegrierte Fertigung. Vgl. Referat 414, Bd. 145317. Zur bisherigen Erörterung in der Bundesrepublik vgl. AAPD 1983, II, Dok. 259.

¹⁰ Der Europäische Rat beschloß auf seiner Tagung vom 17. bis 19. Juni 1983 in Stuttgart, die künftige Finanzierung der Europäischen Gemeinschaften, die Entwicklung der Gemeinschaftspolitiken, die geplante EG-Erweiterung sowie den Haushalt, insbesondere den britischen Beitrag, künftig in einem Gesamtpaket zu erörtern. Vgl. dazu die Erklärung des Europäischen Rats vom 18. Juni 1983 betreffend eine Neubelebung der Gemeinschaft durch eine umfassende Aktion; EUROPA-ARCHIV 1983, D 414–416. Vgl. dazu ferner AAPD 1983, I, Dok. 185.

¹¹ Ministerialdirigent Ungerer erläuterte am 4. Januar 1984, in der EG-Ratstagung auf der Ebene der Forschungsminister am 13. Dezember 1983 in Brüssel habe sich die Bundesregierung isoliert: „Im Finanzierungsbereich machten wir, unter Hinweis auf den Paketcharakter der Stuttgarter Beschlüsse, unsere Zustimmung zur vorgesehenen Programmausstattung über 750 Mio. ECU von einem Finanzierungsnachweis für die gesamte fünfjährige Durchführungsperiode von ESPRIT abhängig. [...] Das Programm hatte auf dem Rat am 13.12.83 inhaltliche Beschlußreife erlangt. Die Verantwortung dafür, daß ESPRIT am 1.1.1984 nicht anlaufen konnte, wird im wesentlichen uns zugewiesen.“ Vgl. Referat 414, Bd. 145317.

2) Beim West-Ost-Verhältnis, dem anderen großen Problemkreis, bemerkt BM folgendes:

a) Das jüngste Honecker-Interview¹² ist völlig defensiv. Er verliert hierzu die Agentur-Meldung.

StS sieht darin einen Hinweis darauf, daß in der SU über die künftige Linie diskutiert wird. Honecker setzt auf die Fraktion, die für Fortsetzung der bisherigen Linie eintritt, d. h., er setzt sich in Gegensatz zu Gromyko.

b) RDF¹³: BM würde vorziehen, die Sache im Augenblick nicht vorrangig zu behandeln. StS stimmt zu, diese Linie ist in dem Briefentwurf an Shultz vorgeschlagen.

StS erläutert französische Antwort an Shultz. Holik fügt hinzu, RDF-Problematik liegt darin, daß das Mandat von Madrid¹⁴ grundsätzlich alle militärischen Aktivitäten auf dem Kontinent erfaßbar macht, die USA hiervon aber eine Ausnahme haben wollen.¹⁵

BM wünscht eine möglichst zurückhaltende Behandlung dieses Themas, damit nicht

- von vornherein eine Reibungsfläche zu den USA entsteht und
- dem Osten unser schwacher Punkt gezeigt wird.

Daher: Behandlung so flexibel wie überhaupt möglich.

c) KVAE: Nach Auffassung von BM will die SU nicht über die Raketen verhandeln. Sie befindet sich hier im Gegensatz zu Ceauşescu.

Holik wirft ein, daß die SU allerdings soviel wie möglich über die Verhandlungen reden will.

Dg21 verweist auf die drei Punkte Gromykos in der Fischer-Tischrede¹⁶.

BM möchte möglichst politisch argumentieren: Die Erklärung von Brüssel¹⁷ dient als Aufhänger, wir fragen danach, was Europa heute braucht:

- Vertrauen
- Zusammenarbeit.

Wo ist Zusammenarbeit möglich?

- Umweltschutz

¹² Für den Wortlaut des Interviews des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, mit der französischen Wochenzeitschrift „Révolution“ vom 22. Dezember 1983 vgl. HONECKER, Reden, Bd. 10, S. 52–66.

¹³ Zu Aufbau und Einsatzplanung einer „Rapid Deployment Force“ der USA vgl. AAPD 1981, I, Dok. 55, und AAPD 1983, I, Dok. 150.

¹⁴ Vgl. dazu die Erklärung zur „Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa“ im Schlußdokument vom 6. September 1983 der KSZE-Folgekonferenz in Madrid; EUROPA-ARCHIV 1983, D 541 f.

¹⁵ Zum Briefwechsel des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz in der Frage des Transits amerikanischer RDF durch Europa vgl. Dok. 4, Anm. 4 und 14.

¹⁶ Für den Wortlaut der Tischrede des Außenministers der DDR, Fischer, anlässlich seines Besuchs am 3./4. Januar 1984 in der UdSSR vgl. den Artikel „Jetzt erst recht entschlossen im Kampf für dauerhaften Frieden“; NEUES DEUTSCHLAND vom 5. Januar 1984, S. 3.

¹⁷ Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten vom 9. Dezember 1983 („Signal von Brüssel“) vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 108. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 133 f.

– Wirtschaft: Hierzu möchte BM in der Rede¹⁸ ausführlicher werden.

Die Tatsache, daß das West-Ost-Verhältnis nicht auf die Raketenfrage verengt wird, wird dadurch unterstrichen, daß die Stockholm-Konferenz stattfindet. In diesem Zusammenhang ist zu unterstreichen, wie wichtig die Teilnahme aller AMs ist.

BM wird natürlich – in der auf 30 Minuten anzulegenden – Rede auch zum Kern der westlichen Vorschläge etwas sagen, möchte die Konferenz aber nicht als isolierten Vorgang darstellen, sondern in den Gesamtzusammenhang stellen und auch die Perspektiven aufzeigen, einschließlich Ausblick auf die zweite Phase der KVAE.

StS empfiehlt, auch GV anzusprechen. Er wird am 11.1. mit den Franzosen darüber reden, die noch Bedenken haben.¹⁹

Beim GV muß man vom Mandat von Madrid ausgehen, das²⁰ GV als Ziel ausdrücklich erwähnt. Wenn er so aufgenommen wird und die VBMs als Schritte auf dem Weg zur Festigung des GV dienen sollen, ist er im Bündnis konsensfähig.

Holik stimmt zu, er erwartet keinen Widerstand im Bündnis, wenn wir nicht weitergehen. Das Gespräch mit Frankreich und später mit den USA hält er für sehr wichtig.

BM wirft ein: Wir sagen zum GV ja, aber ...

Dg21 hält es für schlecht, wenn der Eindruck entsteht, daß wir uns erst unter sowjetischem Druck zu Gesprächen über GV bereit finden. Er macht aber deutlich, daß die SU aber etwas ganz anderes will. Wir müssen daher die Argumentation umdrehen und natürlich Afghanistan²¹ und die Breschnew-Doktrin²² erwähnen, dann aber fragen, welche möglichen Optionen akzeptabel sind. Nicht akzeptabel ist der sowjetische Gedanke, daß wir auf einen Teil unserer Sicher-

¹⁸ Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 19. Januar 1984 anlässlich der Eröffnung der KVAE in Stockholm vgl. BULLETIN 1984, S. 68–71.

¹⁹ Staatssekretär Meyer-Landrut hielt sich am 11. Januar 1984 in Frankreich auf. Vortragender Legationsrat I. Klasse Holik notierte am 12. Januar 1984: „Zum Gewaltverzicht legte StS unsere Haltung dar: Stockholm insgesamt als Konkretisierung des Gewaltverbots; wenn dies gelingt, kann Konkretisierung mit Bekräftigung verbunden werden, etwa in Form eines chapeau. Auch hierzu war französische Haltung negativ. Andréani wies zwar den Gedanken einer Bekräftigung nach Konkretisierung nicht ganz zurück, plädierte aber für ‚first things first‘. Das Mandat sehe für die erste Phase die Erarbeitung konkreter Maßnahmen mit dem Schwerpunkt Transparenz vor, die gerade in der gegenwärtigen Gesamtsituation notwendig sei: SU müsse ihre Überrüstung erklären. Eine Aufweichung des Pakets durch deklaratorische Maßnahmen dürfe nicht zugelassen werden, auch wenn der Westen damit auf Konfrontationskurs gehe.“ Vgl. Referat 201, Bd. 130197.

²⁰ Korrigiert aus: „die“.

²¹ Am 24. Dezember 1979 intervenierten Streitkräfte der UdSSR in Afghanistan. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 393–395.

²² Am 3. Oktober 1968 erläuterte der sowjetische Außenminister Gromyko vor der VN-Generalversammlung in New York die sowjetische Auffassung von einer „sozialistischen Gemeinschaft“. Für den Wortlaut der Rede vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 555–560.

Am 12. November 1968 griff der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, diese Vorstellung auf dem V. Parteitag der PVAP in Warschau auf („Breschnew-Doktrin“): „Und wenn die inneren und äußeren dem Sozialismus feindlichen Kräfte die Entwicklung irgendeines sozialistischen Landes auf die Restauration der kapitalistischen Ordnung zu lenken versuchen, wenn eine Gefahr für den Sozialismus in diesem Land, eine Gefahr für die Sicherheit der gesamten sozialistischen Staatengemeinschaft entsteht, ist das nicht nur ein Problem des Volkes des betreffenden Landes, sondern ein allgemeines Problem, um das sich alle sozialistischen Staaten kümmern müssen.“ Vgl. DzD V/2, S. 1478.

heit verzichten und ihn durch Vertrauen ersetzen. Auf der anderen Seite müssen wir der amerikanischen Sorge Rechnung tragen, daß durch Verhandlungen über einen Gewaltverzichtsvertrag als solchen schon ein dynamischer Prozeß eingeleitet wird, der unsere gemeinsame Sicherheit reduziert.

StS sieht das Problem prozedural: Bei der KSZE war die Einrichtung von Körben der Schlüssel für eine Lösung. Körbe sind in Stockholm nicht möglich, aber es ist denkbar, daß Kommissionen parallel arbeiten.

Holik hält das Bild der Körbe für ungeeignet, weil es eine Perzeption der Gleichgewichtigkeit der dort behandelten Themen vermittelt. Bisher haben wir unser Sachkonzept durchgesetzt. Die SU will jetzt durch Beteuerungen vom konventionellen Ungleichgewicht als Quelle der Instabilität ablenken und hierüber hinwegtäuschen. Uns muß es darauf ankommen zu sagen, daß wir für den Fall, daß durch Konkretisierung von VBMs eine Stabilisierung eintritt, zu Verhandlungen über GV bereit sind.

StS warnt davor, das westliche Paket als eine „take it or leave it“-Position zu präsentieren. Taktisch kann dieses Problem aufgefangen werden, indem man auch über GV zu sprechen bereit ist.

Dg21 empfiehlt zu sagen, wessen GV glaubhaft sein soll, der muß auch bereit sein zu reden über

- das konventionelle Ungleichgewicht,
- VBMs, um Vertrauen zu schaffen ...

Holik unterstreicht, daß wir mit Aussicht auf Erfolg nur auf der Grundlage einer gemeinsamen Bündnisposition verhandeln können, und hat Bedenken, ob wir die USA für ein solches Konzept gewinnen.

BM stimmt zu, daß wir eine Bündnisposition brauchen. BM hebt hervor, daß wir auf keinen Fall in die Rolle eines Petenten für Raketenverhandlungen kommen dürfen.

Honecker hat recht, wenn er sagt, daß es irgendwann zu Verhandlungen kommen wird (er kann durchaus zitiert werden).

Wir sagen immer nur, wir sind verhandlungsbereit; es darf nicht der Eindruck eines schlechten Gewissens entstehen.

Es ist auch wichtig zu zeigen, daß das West-Ost-Verhältnis nach Stationierungsbeginn²³ weitergegangen ist, Weihnachten und Silvester haben trotzdem stattgefunden.

Dabei bleiben wir ganz seriös:

- Die West-Ost-Zusammenarbeit liegt im beiderseitigen Interesse;
- es darf nicht auf die Raketenfrage verengt werden;
- Stockholm ist wichtig, Vertrauensbildung führt hin zu
  - Gewaltverzicht,
  - einem der Kernprobleme europäischer Sicherheit: dem konventionellen Ungleichgewicht.

²³ Zum Beginn der Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa vgl. Dok. 1, Anm. 8.

Das West-Ost-Verhältnis darf aber auch nicht auf Abrüstungsfragen verengt werden. Die Zusammenarbeit umfaßt auch

- den Wirtschaftsbereich: Die Möglichkeiten, die wir hier zu bieten haben, sind groß;
- Umwelt;
- Technische Zusammenarbeit, wenn die Hindernisse beseitigt werden.

Die Rede muß auch deutlich machen, in welchem Umfeld die Konferenz stattfindet: Wir alle bestimmen es durch unsere Politik.

Die Grundfrage lautet, wird das West-Ost-Verhältnis durch Fortschritte bei Abrüstungsverhandlungen verbessert oder steigen die Chancen für Abrüstungsabkommen bei verbessertem West-Ost-Verhältnis? Die Erfahrung zeigt, daß letzteres der Fall ist.

Aus dem jüngsten Artikel („Den Frieden gewinnen“²⁴) möchte BM die Grundsätze der Mäßigung und Berechenbarkeit ausführlich behandelt wissen. Dabei muß herausgestellt werden die positive Auswirkung auf das Umfeld, wenn die Großmächte zur Formel von 1972²⁵ von Mäßigung und Zurückhaltung zurückkehren.

Unser Land, auch dies ist auszuführen, ist ein solcher Faktor der Mäßigung.

Wir wollen die Konferenz benutzen, um Ansätze zu schaffen für Verbesserung des Großklimas West–Ost. Davon wird abhängen, ob sich die Erwartungen erfüllen, daß die Verhandlungen wiederaufgenommen werden über Abrüstungsfragen und das Mandat von Madrid erfüllt wird.

Zum Ersteinsatz ist zu sagen, daß wir den Frieden nur wahren können, wenn weder konventionelle noch nukleare Waffen von jemandem zuerst eingesetzt werden. Vor einer Bagatellisierung eines konventionellen Krieges in Europa ist zu warnen, er wäre tausendmal schrecklicher als der Zweite Weltkrieg!

3a) Öffentlichkeitsarbeit

- In morgiger Sendung von „Kontraste“ will StS auf dieser Linie argumentieren. BM ist einverstanden. Er bittet, auch hervorzuheben, daß über lange Monate die Frage der Fortsetzung des West-Ost-Dialoges diskutiert wurde. Damals war BM der einzige, der sich für die Eröffnung von Stockholm auf AM-Ebene einsetzte. Dieser Gedanke mußte Schritt für Schritt im Westen durchgesetzt werden. Mit dem Osten war das Gespräch von Wien²⁶ sehr wichtig. Wenn je eine Regierung Gespräche zwischen den USA und der SU auf hoher Ebene zustande gebracht hat, dann hier die Bundesregierung! Das informelle NATO-AM-Treffen und auch das EPZ-AM-Treffen in Stockholm gehen ebenfalls auf deutsche Anregung zurück.

²⁴ Vgl. den Artikel von Hans-Dietrich Genscher: „Frieden gewinnen – die Zukunft gewinnen“; NORDSEE-ZEITUNG vom 31. Dezember 1983, S. 2.

²⁵ Vgl. dazu die Grundsatzklärung vom 29. Mai 1972 über die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 66 (1972), S. 898f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 289–291.

²⁶ Für die Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 15./16. Oktober 1983 vgl. AAPD 1983, II, Dok. 303–306.

- BM bittet, daß StS am Montag oder Dienstag²⁷ um 10.00 h ein Hintergrundgespräch führt, um die Erwartungen in realer Höhe zu halten und klarzumachen, daß eine Lösung der Raketenfrage in Stockholm nicht zu erwarten ist.

StS ist zurückhaltend, er will nichts vorwegnehmen von dem Auftritt BMs in Stockholm.

BM teilt diese Sorge nicht: Ihm kommt es darauf an, unsere Presse einzustimmen für die Kommentierung.

b) Bilaterale Gespräche in Stockholm:

- Mit Gromyko²⁸: Wir bieten eine Politik der Zusammenarbeit an. Hierfür bittet BM um Katalogisierung der Möglichkeiten in den verschiedenen Bereichen, dabei nicht nur bilateral, sondern auch bei internationalen Fragen: Nahost, Lateinamerika; die SU will hier überall hereinkommen. Wir sind bereit, in einen Meinungsaustausch über alle diese Fragen einzutreten.

StS verweist darauf, daß Dg21 – im Anschluß an die Wiener Gespräche – nächste Woche in Moskau verhandelt.²⁹ Vielleicht ergibt sich daraus etwas, z. B. die Frage der Fortsetzung dieser Verhandlungen, ggf. auf höherer Ebene.

- ČSSR

BM hält daran fest, daß wir keine Initiative ergreifen.

StS unterrichtet ihn über südafrikanische Mitteilung, daß Botha mit Savimbi gesprochen hat und glaubt, Anlaß zur Erwartung bekommen zu haben, daß sich etwas tut.³⁰

BM ist einverstanden, daß wir dies den Tschechen jetzt nicht mitteilen, sondern für Stockholm aufheben. Wenn er nicht mit Chňoupek zusammentrifft, wird er es Gromyko sagen.

Dg21 und Herr Holik verlassen die Besprechung.

Über Fortsetzung gesonderter Vermerk.

[gez.] Ploetz

VS-Bd. 14127 (010)

²⁷ 9. bzw. 10. Januar 1984.

²⁸ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 18. Januar 1984 in Stockholm vgl. Dok. 14.

²⁹ Ministerialdirigent Edler von Braunnühl hielt sich vom 11. bis 13. Januar 1984 in der UdSSR auf, um über die seit 1973 strittige Frage einer Einbeziehung von Berlin (West) in Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, den Rechtshilfeverkehr in Zivilsachen sowie das Zweijahresprogramm zum Kulturabkommen vom 19. Mai 1973 zu verhandeln. Am 12. Januar 1984 teilte Braunnühl, z. Z. Moskau, mit, die Gespräche hätten „keine Annäherung der Standpunkte“ erbracht. Die sowjetische Seite sei hinter Positionen zurückgeblieben, die in bisherigen Gesprächen erreicht worden seien: „Die Gespräche endeten mit der Zusage, die Vorschläge der jeweils anderen Seite zu prüfen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 142; Referat 213, Bd. 139385.

³⁰ Am 12. März 1983 wurden 64 tschechoslowakische Staatsangehörige von der UNITA in Angola gefangengenommen. Nach der Freilassung eines Großteils der Geiseln notierte Vortragender Legationsrat Holl am 6. Januar 1984: „Bei heutigem Gespräch mit StS teilte der s[üd]a[fr]ikanische Botschafter van Heerden mit, AM Botha habe sich, wie BM zugesagt, inzwischen bei UNITA ‚auf höchster Ebene‘ für die baldige Freilassung der noch in Haft befindlichen ČSSR-Geiseln verwandt und dieses Anliegen auch persönlich unterstützt. Die Bitte werde gegenwärtig von UNITA noch geprüft.“ Vgl. VS-Bd. 13417 (214); B 150, Aktenkopien 1984.

4

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Holik**221-373.16-27/84 geheim****9. Januar 1984¹**Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung und mit der Bitte um Zustimmung

Betr.: KVAE-Vorbereitung in der Allianz;
hier: Verabschiedung des VSBM-Pakets des Bündnisses durch den
NATO-Rat am 10.1.1984Bezug: Vorlage 221-373.16/5-5/84 VS-v vom 4.1.84⁴

Anlg.: 3

- Anl. 1) NATO-Dokument Doc. C-M (84) 2, 221-27/84 geh., Kopie 1⁵
- 2) DE an Brüssel NATO v. 19.12.83, 221-373.16-2875⁶ und 2876/83 VS-v⁷
- 3) Synopse⁸ (Anlagen 1) und 2) nur zum Original)

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holik und Legationsrat I. Klasse Weigel konzipiert.

² Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 9. Januar 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Wir sollten beim Treffen am 16.1. das Hauptgewicht auf die Maßnahmen 1 und 7 (Synopse) legen; das Übrige kann durch die Fachleute geregelt werden.“

³ Hat Bundesminister Genscher am 14. Januar 1984 vorgelegen.

Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 16. Januar 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre und Botschafter Ruth an Referat 221 verfügte.

Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 16. Januar 1984 erneut vorgelegen.

Hat in Vertretung von Ruth Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holik am 16. Januar 1984 erneut vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Neubert am 17. Januar 1984 vorgelegen.

⁴ Vortragender Legationsrat I. Klasse Holik faßte ein Schreiben des amerikanischen Außenministers Shultz vom 27. Dezember 1983 an Bundesminister Genscher zusammen. Shultz habe die amerikanische Position bekräftigt, wonach „US befürchten, auf dem Umweg über künftige VSBM-Regelungen für Europa ein ‚droit de regard‘ der SU auch über außereuropäische Truppenbewegungen der US mit strategischem Charakter zu begründen; [...] deshalb US-Truppenbewegungen mit außereuropäischem Einsatzziel (RDF) beim Transit durch Europa von Notifizierungsregelungen im Rahmen der KVAE ausgenommen bleiben müssen“. Holik legte dar, daß eine Lösung dieser Frage innerhalb der NATO bis zur Eröffnung der KVAE am 17. Januar 1984 wohl nicht werde erzielt werden können. Daher sollten sich die NATO-Mitgliedstaaten „für die Präsentation des Pakets in Stockholm“ auf eine Formel einigen, „die das Problem nicht durchscheinen läßt und so allgemein formuliert ist, daß eine noch zu findende Lösung durch sie abgedeckt wird“. Vgl. VS-Bd. 11524 (221); B 150, Aktenkopien 1984.

⁵ Dem Vorgang beigelegt. Für das Dokument „Development of Western CSBM Package“ vom 5. Januar 1984 (C-M (84) 2) vgl. VS-Bd. 11520 (221).

⁶ Dem Vorgang beigelegt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Holik wies die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel sowie die Botschaften in London, Paris und Washington an, den Entwurf eines Papiers zu zirkulieren, mit dem das VSBM-Paket der NATO-Mitgliedstaaten auf der KVAE in Stockholm eingeführt werden könnte, und übermittelte eine Sprachregelung zur Erläuterung des Papiers. Vgl. dazu VS-Bd. 11520 (221); B 150, Aktenkopien 1983.

⁷ Dem Vorgang beigelegt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Holik übermittelte der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel sowie den Botschaften in London, Paris und Washington den Entwurf eines Papiers zur Einführung des VSBM-Pakets der NATO-Mitgliedstaaten auf der KVAE in Stockholm. Vgl. dazu VS-Bd. 11520 (221); B 150, Aktenkopien 1983.

⁸ Dem Vorgang beigelegt. Für die undatierte Synopse des VSBM-Pakets der NATO-Mitgliedstaaten vgl. VS-Bd. 11520 (221); B 150, Aktenkopien 1984.

1) Der Ende 1980 vom NATO-Rat verabschiedete illustrative Entwurf für ein VBM-Paket⁹ ist seit Einigung über das KVAE-Mandat in Madrid¹⁰ im Bündnis intensiv weiter beraten worden. Als bisheriges Ergebnis dieser Beratungen liegt ein Entwurf vor (Dokument C-M (84) 2 vom 5. Jan. 1984, Anlage 1), der am 10. Januar 1984 vom NATO-Rat als bündnisinternes Referenzdokument verabschiedet werden soll.¹¹

In einigen, z. T. wichtigen Fragen (s. u. Ziffer 5) ist bisher kein Konsens erzielt. Auf Arbeitsebene wird deshalb vor der Ratssitzung ein letzter Versuch unternommen, die noch offenen Fragen zu lösen und eine Verabschiedung des Pakets ohne Textklammerung zu ermöglichen. Sollte dies nicht gelingen, wird der Rat das Paket am 10.1. mit nationalen Vorbehalten verabschieden.

2) Mit Verabschiedung des Dokuments legt der Rat die Grundlage und den Rahmen einer gemeinsamen westlichen Verhandlungslinie für die Erarbeitung eines „Satzes sich gegenseitig ergänzender VSBM“ in Stockholm fest.

Unabhängig von diesem allianzinternen Referenzdokument haben wir Mitte Dezember in Brüssel ein operatives Präsentationspapier vorgelegt, das den Inhalt und die Zielsetzung der westlichen Vorschläge in komprimierter Form darlegt (Anlg. 2). Dieses Papier soll dazu dienen, die Vorschläge der Allianz operativ in die Verhandlungen einzubringen.

Bei der Redaktion dieses Entwurfs kam es uns darauf an, Inhalt und Zielsetzung der westlichen Vorschläge in politische Sprache umzusetzen und unerläßliche militärische Details in einen Annex zu verweisen.

3) Maßstäbe für die Auswahl und die Substanz der VSBM des Pakets waren:

- a) die KVAE-Mandatskriterien des Madrider Abschließenden Dokuments,
- b) die in der Allianz vereinbarten sicherheits- und rüstungskontrollpolitischen Ziele für die erste Konferenzphase,
- c) militärpolitische und -strategische Kriterien des Bündnisses.

Zu a) Nach dem KVAE-Mandat müssen VSBM sich gegenseitig ergänzen sowie militärisch bedeutsam, politisch verbindlich, angemessen verifizierbar und in ganz Europa anwendbar sein. Militärische Tätigkeiten im angrenzenden Seegebiet und Luftraum können nur dann VSBM-Regelungen unterworfen werden, wenn sie die Sicherheit in Europa berühren und zugleich einen Teil von notifizierungspflichtigen Landaktivitäten in Europa bilden (vom Westen durchgesetzter sog. „funktionaler Ansatz“).

Die Erfassung der gesamten europäischen Landmasse vom Atlantik bis zum Ural ermöglicht erstmals den rüstungskontrollpolitischen Zugriff in die Tiefe des sowjetischen Territoriums. Sie bietet damit eine Chance zur Kompensation der geostrategischen Nachteile des Westens in Europa.

⁹ Ministerialdirektor Blech notierte am 20. Januar 1981, der Ständige NATO-Rat habe am 8. Dezember 1980 einem Paket vertrauensbildender Maßnahmen für eine Konferenz über Abrüstung in Europa zugestimmt. Vgl. dazu VS-Bd. 11531 (221); B 150, Aktenkopien 1981.

¹⁰ Vgl. dazu die Erklärung zur „Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa“ im Schlußdokument vom 6. September 1983 der KSZE-Folgekonferenz in Madrid; EUROPA-ARCHIV 1983, D 541 f.

¹¹ Zur Sitzung des Ständigen NATO-Rats mit den Leitern der KVAE-Delegationen der NATO-Mitgliedstaaten am 10. Januar 1984 in Brüssel vgl. Dok. 6.

Zu b) Auf der Grundlage unseres Strategiepapiers¹² hat sich die Allianz auf folgende sicherheits- und rüstungskontrollpolitische Hauptziele für die erste Phase der KVAE geeinigt:

- Erzielung größerer Offenheit, Transparenz und Berechenbarkeit im konventionellen Bereich,
- mit dem Ziel, die militärische Lage in Europa zu stabilisieren,
- insbesondere die Gefahr von Überraschungsangriffen und politischen Presionsversuchen zu mindern,
- und so die Voraussetzungen für den Übergang zur nächsten Phase der Konferenz, deren Inhalt noch offen ist, zu schaffen.

Zu c) Bei der Verfolgung dieser Ziele müssen VSBM jedoch den folgenden, vom Militärausschuß der NATO definierten militärpolitischen und militärstrategischen Vorgaben genügen:

- Vereinbarkeit mit gültiger Bündnisstrategie¹³ (Erhaltung einer glaubwürdigen Abschreckung),
- unverminderte eigene Sicherheit, d. h. Wahrung der
  - Verteidigungsfähigkeit,
  - Fähigkeit zur kollektiven Vorverteidigung,
  - Verstärkungsfähigkeit,
  - Reaktionsfähigkeit/Dispositionsfreiheit bei sicherheitsbedrohenden Ereignissen,
  - eigenen Ausbildungs- und Modernisierungsvorhaben,
- Wahrung des Grundsatzes der Reziprozität, d. h. gleiche Wirkung unter Berücksichtigung unterschiedlicher Rahmenbedingungen.
- Berücksichtigung sich wandelnder sowjetischer militärischer Verhaltensmuster.

4) Das Bündnispaket umfaßt Maßnahmen des Informationsaustauschs, der Notifizierung militärischer Aktivitäten und der Beobachtung und Verifikation. Der Inhalt der einzelnen Maßnahmen wird in Anlg. 3 in Form einer Synopse dargestellt.

Beschränkungsmaßnahmen („constraints“) standen im Bündnis für dieses westliche Eröffnungspaket nicht zur Diskussion. Bereits bei der Entwicklung des ersten illustrativen Paketvorschlags von 1980 war nach monatelangen Beratungen der militärischen NATO-Gremien festgestellt worden, daß bei Zugrundelegung wirklich einschränkender Parameter die Vorverteidigung gefährdet werden würde, so daß solche Vereinbarungen unter Umständen von der NATO

¹² Botschafter Ruth legte Bundesminister Genscher am 23. August 1983 ein mit dem Bundesministerium der Verteidigung abgestimmtes Strategiepapier zur KVAE vor, das am 29. August 1983 in der NATO eingebracht wurde. Für das Papier vgl. Referat 221, Bd. 128663.

Auf der Basis des Strategiepapiers der Bundesregierung wurde im NATO-Rahmen das Papier „General Policy Considerations for the CDE“ (C-M (83) 56/revise) erarbeitet. Für das Papier vgl. den Drahtbericht Nr. 1945/1946 des Botschafters Wieck, Brüssel (NATO), vom 25. Oktober 1983; VS-Bd. 13370 (212); B 150, Aktenkopien 1983. Vgl. dazu ferner AAPD 1983, II, Dok. 301.

¹³ Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 2, Anm. 12.

zuerst gebrochen werden müßten. Würden dagegen Parameter gewählt, die keine einschneidenden Einschränkungen zur Folge haben, wären solche Maßnahmen wirkungslos und damit wenig glaubwürdig. Notifizierungsmaßnahmen mit entsprechenden Parametern wurden für ausreichend gehalten, um die angestrebte Stabilisierung und Transparenz zu erreichen.

Auch in den Beratungen zur Vorbereitung des westlichen Verhandlungspakets für Stockholm wurde die Prüfung von Vorschlägen für constraints zurückgestellt, um die Einigung über dieses Paket nicht zu gefährden. Nach Auffassung der Abteilung 2A werden wir im Lauf der Verhandlungen in Stockholm darauf zurückkommen müssen, schon weil wir die mit Sicherheit zu erwartenden „constraints“-Vorschläge der N+N-Staaten nicht rundweg zurückweisen können. Die Entscheidung über die militärische Annehmbarkeit solcher VSBM hat sich die Leitung des BMVg vorbehalten.

5) In den Beratungen auf Arbeitsebene konnte in folgenden Fragen bisher kein Konsens gefunden werden:

a) Behandlung von RDF-Verbänden beim Transit durch die KVAE-Zone. Die USA streben eine grundsätzliche Ausklammerung dieser Bewegungen aus dem VSBM-Regime an, die nach Auffassung der meisten europäischen Bündnispartner mit dem Mandat nicht vereinbar wäre. Da eine Lösung dieser Frage vor Beginn der Verhandlungen nicht erreichbar scheint, haben wir vorgeschlagen, sie zunächst offenzuhalten (vgl. hierzu Briefwechsel AM Shultz/BM Genscher¹⁴ und Bezugsvorlage).

b) Im Zusammenhang mit dem Austausch von Informationen über die Struktur von Streitkräften in der Zone (Maßnahme 1) kann die Türkei bislang der von den übrigen Bündnispartnern angestrebten Brigade-/Regimentsebene als unterer Schwelle nicht zustimmen und besteht auf Divisionsebene. Da diese Frage die Durchführbarkeit der Notifizierungsmaßnahme berührt, beabsichtigen wir eine bilaterale Demarche in Ankara.¹⁵

c) Inspektionsquoten: Umstritten ist die Anzahl der jährlich zu duldenen Inspektionen auf dem Territorium jedes einzelnen Teilnehmerstaates.

d) Gegen die Konsultativkommission und die Entwicklung von Kommunikationsmitteln bestehen z.T. noch politische Bedenken. Insbesondere Frankreich befürchtet von der Einrichtung einer Konsultativkommission unerwünschte Institutionalisation des KVAE-Prozesses.

¹⁴ Mit Schreiben vom 10. Januar 1984 versicherte Bundesminister Genscher dem amerikanischen Außenminister Shultz, die Bundesregierung werde „weder in Brüssel noch in Stockholm Maßnahmen zustimmen, aus denen sich eine Beeinträchtigung der strategischen Flexibilität der USA ergeben könnte“. Eine „völlige Ausklammerung aller RDF-Aktivitäten aus den Verhandlungen“ in Stockholm werde jedoch „schwierige Probleme aufwerfen“ und „die Glaubwürdigkeit der westlichen Verhandlungsposition berühren“. Ferner übermittelte Genscher einen Formulierungsvorschlag, der „die Frage ohne die Präjudizierung einer Position offenläßt und nach Möglichkeit erst gar nicht zur Diskussion stellt“. Vgl. VS-Bd. 11524 (221); B 150, Aktenkopien 1984.

¹⁵ Vortragender Legationsrat I. Klasse Holik bat Botschafter Oncken, Ankara, am 26. Januar 1984, „auf hoher Ebene“ im türkischen Außenministerium um „ernsthafte Überprüfung“ der türkischen Haltung „bezüglich der Informationsaufschlüsselung in Maßnahme 1“ zu bitten. Zwar habe die Bundesregierung Verständnis für die militärischen Erwägungen der Türkei: „Wir glauben aber nicht, daß der Osten durch die VSBM Erkenntnisse über den Westen gewinnen würde, die er nicht ohnehin bereits hat.“ Vgl. den Drahterlaß; VS-Bd. 11529 (221); B 150, Aktenkopien 1984.

6) In den Bündnisberatungen nicht angesprochen wurden folgende Fragen, die für uns von besonderem nationalen Interesse sind:

a) Wahrung der Vier-Mächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten:

Die Diskussion dieser Frage ist in der Vierergruppe eingeleitet worden. Zur Diskussion stehen derzeit die beiden Möglichkeiten eines generellen Vorbehaltes entsprechend der Erklärung in der Helsinki-Schlußakte¹⁶ oder eine trilaterale Erklärung der drei westlichen Alliierten.

b) Im Zusammenhang mit den vorgesehenen Beobachtungs- und Inspektionsmaßnahmen stellt sich erneut, wie schon im Rahmen der Helsinki-Bestimmungen, die Frage der Gewährung von Immunitäten und Privilegien für DDR-Vertreter auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland.¹⁷ Eine entsprechende Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes wurde vom BMJ eingeleitet.¹⁸

7) Bewertung des Vorschlagspakets

a) Die jetzt in der Allianz ausgewählten VSBM erfüllen die genannten politischen und militärischen Zielsetzungen und Kriterien, wenn auch in unterschiedlichem Maße. Maßnahmen Nr. 3 (Notifizierung), 4 (Beobachtung) und 5 (Inspektionen) bilden als militärisch wirksamste Vorschläge den Kern des Pakets, sinnvoll ergänzt durch die dem Informationsaustausch dienenden Maßnahmen Nr. 1 und 2. Die eher dem Bereich der Krisenbewältigung zuzuordnenden Maßnahmen Nr. 6 (Konsultativkommission) und 7 (Kommunikationsmechanismus) geben dem Paket eine wünschenswert breitere sicherheitspolitische Dimension.

b) Die Durchführung der gültigen Bündnisstrategie der Kriegsverhütung wird durch diese VSBM nicht erschwert. Sie könnte im Gegenteil in dem Maße erleichtert werden, wie es gelingt, die mit wirksamer Verifikation verbundene Maßnahme 3 (Ankündigung militärischer Aktivitäten) in Stockholm durchzusetzen und damit günstige Voraussetzungen für den vom Bündnis angestrebten Stabilitäts- und Warnzeitgewinn zu schaffen.

c) Das VSBM-Paket gibt dem Bündnis auch die Möglichkeit, die anhaltende konventionelle Überlegenheit und Offensivfähigkeit des WP in Europa und deren destabilisierende Wirkung stärker in das Bewußtsein der Öffentlichkeit zu bringen und so ihre Unterstützung für das Bündnis Konzept des schrittweisen Vorgehens – Vertrauensbildung durch Offenheit und Transparenz als unabdingbare Voraussetzung für weitergehende Rüstungskontrollmaßnahmen – zu gewinnen.

d) Schon aus verhandlungstaktischen Gründen darf das Bündnispaket nicht als „take it or leave it“-Position verstanden werden. Auch ist nicht auszuschlie-

¹⁶ Vgl. dazu Punkt X sowie die Schlußbestimmungen zur Prinzipienklärung der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975; SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 919.

¹⁷ Zur Frage der Gewährung von Immunitäten für Vertreter der DDR auf dem Gebiet der Bundesrepublik vgl. AAPD 1983, II, Dok. 384.

¹⁸ Für den Wortlaut des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 27. Januar 1877 in der Fassung vom 9. Mai 1975 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1975, Teil I, S. 1079–1101. Durch das Zweite Gesetz vom 17. Juli 1984 zur Änderung des Bundeszentralregistergesetzes in der Fassung vom 22. Juli 1976 wurde der entsprechende Paragraph des Gerichtsverfassungsgesetzes geändert. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1984, Teil I, S. 993 f.

ßen, daß sich im Laufe des Verhandlungsprozesses Möglichkeiten eröffnen könnten, die Offensivfähigkeit des WP durch zusätzliche VSBM weiter einzudämmen. Wir legen deshalb Wert darauf, daß das jetzige Paket für Weiterentwicklungen offenbleibt.

Die Vorlage ist mit dem BMVg – Ref. FÜ S III 5 – abgestimmt.

D 2¹⁹ hat mitgezeichnet.

Holik

VS-Bd. 11520 (221)

5

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer

422-411.10/Allg. NO-4/84 VS-vertraulich

10. Januar 1984¹

Herrn Staatssekretär²

Betr.: Rüstungsexporte in den Nahen Osten;

hier: Hausbesprechung am 10.1., 16.00 Uhr

I. Ausgangslage

1) Zusage des Bundeskanzlers gegenüber saudischer Regierung, „Fragen des Verteidigungsbereiches in die Zusammenarbeit einzubeziehen“, und Übergabe einer Liste von Rüstungsgütern, die Saudi-Arabien in der BR Deutschland beziehen könnte³ (Liste liegt im AA nicht vor).

Saudi-Arabien war bisher vor allem am Leopard II interessiert, wohl auch an anderen schweren und mittelschweren gepanzerten Fahrzeugen (Schützenpanzer, Kanonen-Jagdpanzer usw.) und möglicherweise an Luftabwehrsystemen (Gepard auf dem Leopard-I-Chassis) und Schiffen.

Außerdem scheint Saudi-Arabien deutsche Ausbilder und möglicherweise Hilfe beim Aufbau der Logistik zu wünschen.

Nach dem Besuch der saudischen Experten-Delegation⁴ dürfte jetzt in Saudi-

¹⁹ Franz Pfeffer.

¹ Durchschlag als Konzept.

Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Henze konzipiert.

Hat Legationsrat I. Klasse Lauk am 11. Januar 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Vorlage wurde von D 4 in Hausbesprechung vorgetragen, Original hat D 4 erhalten, Vorlage wurde nicht verteilt. 2) Z[u]l[de]n[A]k[ten], rest[l]iche Ex[emplare] vernichten.“

² Hans Werner Lautenschlager.

³ Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 9. bis 11. Oktober 1983 in Saudi-Arabien auf. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 299 und Dok. 307.

⁴ Vom 4. bis 20. Dezember 1983 besuchte eine saudi-arabische Delegation die Bundesrepublik. Ministerialdirigent Loeck notierte dazu am 13. Dezember 1983, nach Auskunft des Staatssekretärs Rühl, Bundesministerium der Verteidigung, „handele es sich nur um Offiziere und Techniker, denen bei

Arabien geprüft werden, ob und welche Rüstungsgüter aus der BR Deutschland bezogen werden sollen und ob Ausbildungshilfe nötig ist.

2) Vergleichbare Wünsche nach Rüstungsgütern haben andere Mitglieder des Golf-Kooperationsrates (GCC):

VAE: Leopard II, 20-mm-Geschütze; Bahrain: Schützenpanzer Marder, leichter Panzer TAM, Zusatzgerät; Kuwait: Gepanzertes Radfahrzeug TPz 1.

3) Irak ist bisher nicht auf den 1982 vorgetragenen Wunsch nach einer „Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich“⁵ einschließlich der Lieferung bestimmter Rüstungsgüter und der Möglichkeit zum Besuch einer Experten-Delegation zurückgekommen. Ihm wurde, auch im Zusammenhang mit Rüstungslieferungen, unsere unparteiische Haltung im irakisch-iranischen Konflikt erläutert.

4) Iran wünscht die Durchführung des 1978 geschlossenen Vertrags über die Lieferung von sechs U-Booten⁶, scheint aber Verständnis dafür zu haben, daß die Boote während der Dauer des Krieges nicht geliefert werden können. Es dringt jedoch auf Lieferungen von Teilen zur Fertigstellung einer Munitionsanlage sowie für eine Jahresproduktion von Munition für Panzerfäuste.

5) Israel zeigte bisher – soweit bekannt – nur begrenztes Interesse an Waffenlieferungen (Frage des Rüstungsdirektors nach der Möglichkeit für die Lieferung von Milan⁷) und Zusammenarbeit bei Bau und Entwicklung von Rüstungsgütern (bisher nur Interesse an Zusammenarbeit bei Bau von Drohnen (unbemannten Aufklärungsflugzeugen), in der Vergangenheit Erfahrungsaustausch über Panzerbau mit deutschen Firmen).

6) Ägypten hat Interesse gezeigt an dem Erwerb von U-Booten, der Reparatur von U-Booten sowjetischer Bauart, der deutschen Mitwirkung bei der Umrüstung von Panzern T-55 sowjetischer Bauart mit 105-mm-Kanone sowie der Entwicklung eines Panzers unter Verwendung von Technologie des Leopard II

Fortsetzung Fußnote von Seite 26

der Truppe Waffensysteme im Einsatz vorgeführt würden und die anschließend bei der Industrie diese Systeme nur noch einmal in der Fertigung und Wartung sehen sollten. Lieferwünsche würden von der Delegation nicht vorgetragen.“ Vgl. Referat 424, Bd. 135825.

⁵ Am 14. November 1982 notierte Ministerialdirektor Fischer, daß gegenüber Bundesminister Graf Lambsdorff bei dessen Besuch im Irak im Juni 1982 der Wunsch nach „militärischen Ausrüstungen, Aufbau von Fertigungsstätten dafür und Ausbildungshilfe im militärischen Bereich“ vorgetragen worden sei. Vgl. Referat 424, Bd. 135800.

Ministerialdirektor Gorenflos vermerkte am 3. Dezember 1982, der irakische Botschafter al-Bazzaz habe am Vortag gegenüber Staatssekretär von Staden dargelegt, der Irak strebe „eine militärische Zusammenarbeit“ mit der Bundesrepublik an für die Zeit nach dem Krieg mit dem Iran. Außerdem habe er den Besuch einer Handelsdelegation angekündigt und eine Liste irakischer Lieferwünsche übergeben. Vgl. dazu Referat 424, Bd. 135800.

⁶ Zum Vertrag zwischen dem Iran und der Firma Howaldtswerke-Deutsche Werft AG (HDW) über die Lieferung von sechs U-Booten von 1978 vgl. AAPD 1983, II, Dok. 278.

Ministerialdirektor Fischer vermerkte am 16. Januar 1984, die Herstellungsgenehmigung des Bundessicherheitsrats sei bis 1984 befristet: „Für das Fabrikations- und Embargorisiko erhielt HDW eine Hermes-Bürgschaft. Iran drängt nun auf Erfüllung des Vertrags.“ Der Iran habe bislang 230 Mio. DM angezahlt; HDW behaupte, Bauleistungen in Höhe von 343 Mio. DM erbracht zu haben: „Nach gegenwärtiger Rechtslage kann HDW den Bau der U-Boote bis Ende 1984 fortsetzen, hat jedoch keinen Anspruch auf Ausfuhrgenehmigung, da sich die der Erteilung der Herstellungsgenehmigung zugrundeliegenden Umstände durch Revolution und iranisch-irakischen Krieg erheblich verändert haben.“ Vgl. Referat 424, Bd. 135799.

⁷ Zum israelischen Interesse an einer Lieferung von Panzerabwehrraketen des Typs „Milan“ vgl. AAPD 1983, II, Dok. 370.

und bei der Verbesserung von Luftabwehrraketen SAM-7, außerdem der Lieferung von noch in Entwicklung befindlichen Panzerfäusten.

II. Probleme

1a) Die Möglichkeiten der Genehmigung zur Ausfuhr von Kriegswaffen sind rechtlich eingeschränkt; eine Genehmigung muß nach §6 KWKG verweigert werden, wenn die Gefahr besteht, daß die Kriegswaffen bei einer friedensstörenden Handlung, insbesondere bei einem Angriffskrieg, verwendet werden.⁸

Dabei ist der Begriff „friedensstörende Handlung“ allerdings sehr ungenau (Recht auf Selbstverteidigung nach Art. 51 VN-Charter⁹). Bei sonstigen Rüstungsgütern kann die Ausfuhrgenehmigung verweigert werden; die Versagung ist jedoch nicht zwingend, d. h., diese Rüstungsgüter können theoretisch unbegrenzt ausgeführt werden.

b) Die Politischen Grundsätze für den Rüstungsexport vom 28.4.1982¹⁰, die weiterhin in Kraft sind, verbieten¹¹ Kriegswaffenexporte in den Nahen Osten, es sei denn, „vitale Interessen der Bundesrepublik Deutschland“ liegen vor: „Vitale Interessen sind außen- und sicherheitspolitische Interessen der Bundesrepublik Deutschland unter Berücksichtigung der Bündnisinteressen. Beschäftigungspolitische Gründe dürfen keine ausschlaggebende Rolle spielen.“¹²

Dabei darf die Lieferung „nicht zu einer Erhöhung bestehender Spannungen beitragen. Lieferungen an Länder, bei denen eine Gefahr für den Ausbruch bewaffneter Auseinandersetzungen besteht, scheidet deshalb grundsätzlich aus.“¹³

Die Grundsätze erlauben insofern eine gewisse Flexibilität, als die Festlegung, welche außen- und sicherheitspolitischen Interessen „vitale Interessen“ sind, auslegungsfähig ist. Die Absage von Lieferungen an Länder, die sich in einer bewaffneten Auseinandersetzung befinden oder bei denen eine solche Auseinandersetzung droht, ist durch das Wort „grundsätzlich“ eingeschränkt. Außerdem kann die Bundesregierung notfalls auch insofern von den Grundsätzen abweichen, als sie nur eine selbstgegebene politische Richtlinie darstellen. So hat es einige Entscheidungen gegeben, bei denen das Vorliegen „vitaler Interessen“ diskutabel ist (TPz 1 in die VAE und nach Venezuela, U-Boote für Südkorea, mittelschwerer Panzer TAM für Malaysia).

2) Politische Probleme stehen in folgenden Bereichen:

a) Die Entscheidung über Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien ist weitgehend durch Übergabe der Liste bei dem Besuch des Bundeskanzlers präjudiziert (so auch ChBK¹⁴).

⁸ Für den Wortlaut von Paragraph 6 des Ausführungsgesetzes vom 20. April 1961 zu Artikel 26 Absatz 2 des Grundgesetzes (Kriegswaffenkontrollgesetz) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 445.

⁹ Für den Wortlaut von Artikel 51 der VN-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 464f.

¹⁰ Zu den „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ vom 28. April 1982 vgl. AAPD 1982, I, Dok. 126.

¹¹ Korrigiert aus: „vertreten“.

¹² Vgl. dazu Ziffer 9 der „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ vom 28. April 1982; BULLETIN 1982, S. 310.

¹³ Vgl. dazu Ziffer 13 der „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ vom 28. April 1982; BULLETIN 1982, S. 310.

¹⁴ Waldemar Schreckenberger.

b) Eine unterschiedliche Behandlung anderer GCC-Mitglieder läßt sich politisch kaum begründen.

c) Israel wird jede politische und publizistische Möglichkeit nutzen, um die Lieferungen zu verhindern, und wird auch weiterhin Kompensationen ablehnen. Sollte es wider Erwarten dazu kommen, besteht die Gefahr scharfer Reaktionen einiger arabischer Staaten (Irak, Syrien, Algerien, Libyen). Andere Staaten würden begrenzte Lieferungen möglicherweise eher hinnehmen (Ägypten, Saudi-Arabien und andere GCC-Mitglieder, Jordanien), öffentlich aber voraussichtlich auch starke Kritik üben.

d) Ägypten als einziger Staat, der sich nicht im Kriegszustand befindet, wird Gleichbehandlung mit den GCC-Mitgliedern verlangen. Eine Verweigerung ist politisch schwer zu begründen.

e) Innenpolitisch dürfte die Politik bei Rüstungsexporten weiterhin im Bundestag und von einem Teil der öffentlichen Meinung scharf kritisiert werden. Zur Zeit ist das Interesse an der Frage allerdings geringer als vor zwei Jahren.

3) Mit Rüstungslieferungen in den Nahen Osten wird stärker als bisher auf die bilateralen Beziehungen zu einzelnen Ländern abgestellt. Politisch ist das schwerer zu begründen als die bisher verfolgte, allgemein restriktive Linie.

Es ist jetzt schwieriger geworden, nach Waffensystemen zu unterscheiden (Schiffe einerseits, schießendes und fahrendes Gerät andererseits). Eine klare Linie gibt es nur noch bei Panzern, ihr Export ist bisher nicht vorgesehen (mit Ausnahme des TAM für Malaysia).

III. Mögliche Kriterien für künftige Entscheidungen

1) Gleichbehandlung aller Staaten in vergleichbarer politischer Lage und mit vergleichbaren Beziehungen zur BR Deutschland (z. B. Gleichbehandlung der Golfländer).

2) Keine Genehmigung der Ausfuhr von Kriegswaffen in Länder, die sich mit Waffeneinsatz an einer bewaffneten Auseinandersetzung beteiligen (Iran, Irak, Syrien, Israel, Libyen).

3) Nur Genehmigung der Lieferung von Kriegswaffen bzw. Reparaturen von Kriegswaffen, jedoch keine Mitwirkung bei Entwicklung und Bau von schweren Kriegswaffen, die auch exportiert werden können.

IV. Entscheidungsmöglichkeiten

1) Alle GCC-Staaten werden wie Saudi-Arabien behandelt (nur Waffen, die zur Verteidigung bestimmt sind, Interesse an innerer Stabilität, GCC als Defensiv-Bündnis).

2) Irak, Iran, Syrien und Israel erhalten keine Waffen.

3) Für Ägypten wird die Reparatur und die Lieferung von U-Booten, ggf. der Panzerfaust und des Geschützes für den T-55, nicht jedoch die Mitwirkung bei der Entwicklung und dem Bau von Panzern genehmigt (Gefahr des Exports).

V. Entsendung von Ausbildern

1) Ausbildungshilfe wird bereits jetzt im begrenzten Rahmen durch die Marine bei der Lieferung von Schiffen gewährt. Sie erfolgt jedoch fast ausschließlich in der BR Deutschland.

2) Bundeswehr-Angehörige befinden sich im Rahmen der Ausrüstungshilfe bereits seit Jahren in Ländern der Dritten Welt.

Abgelehnt wurde bisher die Mitwirkung an VN-Aktionen.¹⁵

3) Verfassungsrechtlich ist die Entsendung von Ausbildern nach Saudi-Arabien möglich, sofern es sich nicht um eine geschlossene Bundeswehr-Einheit handelt (Auskunft der Referate 500 und 201). Falls die Ausbilder keine deutschen Uniformen trügen, würde das zusätzlich zu einer verfassungsrechtlichen Unbedenklichkeit beitragen.

4) Die Entsendung von Ausbildern dürfte israelische Kritik weiter verschärfen. Kritische Reaktionen wären auch aus dem Osten zu erwarten. Befreundete Länder könnten darauf hinweisen, daß wir nicht bereit sind, Bundeswehr-Angehörige für friedenserhaltende VN-Aktionen bereitzustellen, sie jedoch für kommerzielle Zwecke ins Ausland schicken. Andererseits könnte möglicherweise ein Bündnisinteresse an der Entsendung deutsche Ausbilder bestehen.

5) Innenpolitische Kritik an Waffenlieferungen dürfte durch die Entsendung von Ausbildern noch erheblich verstärkt werden.

gez. Per Fischer

VS-Bd. 10920 (422)

¹⁵ Zur Frage einer Beteiligung der Bundeswehr an VN-Friedenstruppen vgl. AAPD 1981, I, Dok. 100. Der Bundessicherheitsrat befaßte sich am 3. November 1982 mit der Thematik. Ministerialdirigent Dröge vermerkte dazu am 26. November 1982: „Wir haben unsere vorläufige Haltung [...] festgelegt, indem wir grundsätzlich Solidarität mit den USA bei Wahrnehmung gesamtwestlicher Interessen – besonders in Südwestasien – ausdrücken, jedoch gleichzeitig unsere auf Förderung von Unabhängigkeit und echter Blockfreiheit gerichtete Dritte-Welt-Politik unterstreichen sowie auf Grenzen unseres möglichen Engagements (keine Bundeswehr-Einsätze außerhalb des NATO-Vertragsbereichs!) hinweisen.“ Vgl. VS-Bd. 11983 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

6

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-10079/84 geheim
Fernschreiben Nr. 36
Citissime

Aufgabe: 10. Januar 1984, 20.45 Uhr¹
Ankunft: 10. Januar 1984, 21.10 Uhr

Betr.: KVAE-Vorbereitung in der Allianz;
hier: Ergebnis der NATO-Ratssitzung am 10.1.1984 mit KVAE-
Delegationsleitern Stockholm

Bezug: DE² Nr. 119 vom 6.1.1984 –221-373.16-21/84 geheim³

Bitte um Weisung

I. Rat befaßte sich am 10.1. mit Vorbereitung KVAE. Nach einer allgemeinen politischen Aussprache erörterte er noch offene Fragen des Maßnahmen-Pakets (insbesondere Transitfrage), Art und Weise der Präsentation der westlichen Vorschläge in Stockholm sowie Darstellung der westlichen Position gegenüber der Öffentlichkeit.

II. Zu Beginn gab niederländischer Delegationsleiter Stockholm⁴ Überblick über Ergebnisse der Delegationsleiter-Sitzung vom 9. Januar. Delegationen hätten sich auf taktisch-strategische Fragen konzentriert.⁵

Es sei notwendig, in zweiter Konferenzwoche westliche Vorschläge unterbreiten zu können. Dies könne auf der Basis der von uns, USA und F vorgeschlagenen Papiere geschehen, die in der Arbeitsgruppe weiter beraten werden müßten.

Für die Darstellung der westlichen Vorschläge in der Öffentlichkeit könne man auf das vorhandene Allianzpapier vom 24. Oktober (DS(83)41 (revised)) zurückgreifen. Das Internationale Sekretariat müsse dieses Papier jedoch im Lichte der Fortschritte beim Maßnahmen-Papier ergänzen.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Joetze vorgelegen.

² Korrigiert aus: „DB“.

³ Vortragender Legationsrat I. Klasse Holik legte dar, die NATO-Mitgliedstaaten müßten auf der KVAE in Stockholm „der zu erwartenden großflächig-politischen Strategie des Warschauer Pakts ein dynamisches eigenes Konferenzkonzept“ entgegensetzen: „Es gilt, eine offensive politische Strategie für Vertrauensbildung und Entspannung vorzutragen, die die Schwächen der östlichen Position enthüllt, statt uns in eine defensive Position insbesondere zur Nuklearproblematik drängen zu lassen. Wir müssen der Konferenz vielmehr von Anfang an [...] die politische Perspektive geben, die den langfristigen westlichen Zielvorstellungen für eine Sicherheitsordnung in Europa entspricht. [...] Die politischen, menschlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Dimensionen der Sicherheit und Zusammenarbeit müssen in ihrem inneren Zusammenhang gerade am Anfang dieser neuen Etappe des KSZE-Prozesses verdeutlicht werden. Vor allem aber muß das Bündnis seine Verhandlungsziele für die KVAE nicht nur militärisch, sondern auch politisch erklären und in die langfristige Perspektive seines breit angelegten Stabilisierungsprogramms stellen.“ Vgl. VS-Bd. 11520 (221); B 150, Aktenkopien 1984.

⁴ Petrus Buwalda.

⁵ Botschafter Citron, z.Z. Brüssel, teilte am 10. Januar 1984 mit, in der Sitzung der Leiter der KVAE-Delegationen der NATO-Mitgliedstaaten am Vortag seien Form und Zeitpunkt der Präsentation des VSBM-Pakets und damit zusammenhängende Fragen der Öffentlichkeitsarbeit sowie technische Einzelfragen erörtert worden. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 40/41; VS-Bd. 13371 (212); B 150, Aktenkopien 1984.

Die Allianz müsse weitere Beratungen darüber abhalten, wie sie auf – insbesondere deklaratorische – östliche Vorschläge reagieren wolle.

Für die Abkürzung von KVAE-Konferenz-Dokumenten habe man sich auf die Formel „CSCE/SC“ geeinigt.

III. In der allgemeinen Aussprache betonten alle Sprecher, daß der KVAE angesichts der gegenwärtigen Lage im Ost-West-Verhältnis über ihre eigentliche Aufgabe hinaus eine große Bedeutung zukomme. Die Allianz stelle dies durch das vorausgehende Ministertreffen am 16. Januar und die Ministerteilnahme an der Eröffnung heraus. Damit werde erneut der Wille des Westens zum Dialog entsprechend der Brüsseler Erklärung vom 8. Dezember 1983⁶ deutlich gemacht.

Die KVAE müsse im Verbund des KSZE-Prozesses bleiben und dürfe auch nicht temporärer Ersatz für andere unterbrochene Abrüstungs- und Rüstungskontrollverhandlungen⁷ werden. Die Allianz müsse darauf vorbereitet sein, daß die Sowjetunion ihre Propaganda-Strategie auch in Stockholm fortsetzen werde, obwohl sie z. Z. eine Lage-Analyse der Ergebnisse dieser Strategie vornehme.

Die zu erwartenden östlichen und NNA-Vorschläge müßten nach Maßgabe ihrer Substanz mit konstruktiver Haltung geprüft werden. Man könne sie ggf. in unserem Interesse nutzen (besonders GB, B, GRI, I, DK, D).

Bei deklaratorischen östlichen Vorschlägen solle die Allianz die Demandeur-Position der SU nutzen und Präzisierungen verlangen (F). Es komme darauf an, daß die Allianz von Beginn an eine dynamische und konstruktive Marschroute einschlage, auch um die NNA und die eigene Öffentlichkeit zu überzeugen (F, B, DK, NWG, L). In der Öffentlichkeitsarbeit müsse man zu hohe Erwartungen dämpfen (KAN, I).

Zu warnen sei vor der möglichen NNA-Taktik, zunächst sogenannte „einfache“ Maßnahmen zu beschließen. Wir sollten auf der Erörterung unserer anspruchsvollen Maßnahmen zur Erhöhung der Transparenz bestehen (B, F).

Ich habe anhand der Bezugsweisung unsere Position dargestellt und die gesamtpolitische Bedeutung der KVAE-Konferenz im Ost-West-Verhältnis unterstrichen. Unser Maßnahmen-Paket stelle ein bedeutungsvolles Angebot dar, dürfe aber nicht als „take it or leave it“-Position mißverstanden werden. Wir sollten auf die Erörterung von „constraints“ vorbereitet sein. Östliche und NNA-Vorschläge sollten von uns soweit wie möglich in positiver Weise aufgegriffen und,

⁶ Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten vom 9. Dezember 1983 („Signal von Brüssel“) vgl. NATO FINAL COMMUNIQUEs 1981–1985, S. 108. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 133 f.

⁷ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, erklärte am 24. November 1983, daß die UdSSR nicht weiter an den INF-Verhandlungen in Genf teilnehmen werde. Ferner gab er die Aufhebung des Moratoriums der Stationierung sowjetischer Mittelstreckensysteme im europäischen Teil der UdSSR, die Beschleunigung der Vorbereitung der Stationierung von Systemen in der DDR und der ČSSR und die Stationierung von seegestützten Systemen bekannt. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 104–107. Vgl. dazu ferner AAPD 1983, II, Dok. 365 und Dok. 372.

Die fünfte Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Verminderung strategischer Rüstungen (START) wurde am 8. Dezember 1983 ohne einen Wiederaufnahmetermin beendet. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 385.

Die MBFR-Verhandlungen wurden am 15. Dezember 1983 ebenfalls ohne die Festlegung einer neuen Verhandlungsrunde unterbrochen. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 386.

falls möglich, im Sinne unserer Zielsetzungen transformiert werden. (Ich habe den wesentlichen Inhalt der Bezugsweisung im Rat zirkuliert.)

IV. Erörterung von offenen Fragen des Maßnahmen-Papiers

1) Transitkräfte

US-Delegation vertrat sehr hart ihre Position, wonach Ankunft, Anwesenheit, Verlegung im Lufttransport innerhalb Europas sowie Verlassen der KVAE-Zone nicht erfaßt werden.⁸ Sie machte eine solche Regelung zur Voraussetzung für die Annahme des Maßnahmen-Pakets.

GB wies auf die Notwendigkeit hin, neben Sicherheitsinteressen auch die Frage der Glaubwürdigkeit der westlichen Position gegenüber den NNA und der eigenen⁹ Öffentlichkeit zu bedenken. GB regte an zu überlegen, ob durch Veränderung der Parameter – evtl. Verlängerung des Zeitrahmens vor Eintritt der Verpflichtungen – eine Einbeziehung der Transitkräfte in den Maßnahmen-Katalog für die USA akzeptabel gemacht werden könne. Ich habe – ähnlich wie GB – dafür plädiert, auch wegen der nicht voraussehbaren Entwicklung der Verhandlungen die Frage zunächst noch offenzuhalten, wobei ich betont habe, daß wir die amerikanischen Interessen durchaus sehen und anerkennen. Auf der anderen Seite seien wir als Territorium stark involviert. Ich habe den entsprechenden Vorschlag im Rat zirkuliert: „The criteria under which ground forces in the CDE-zone will be considered out-of-garrison will be defined in the negotiations.“ Ferner plädierte ich nachdrücklich dafür, die Transitfrage bei der Maßnahme 1 (Information) zu behandeln (so auch GB) und nicht bei Notifikationen (Maßnahme 3), weil an letzteres Verfahrensinspektionen angeknüpft sind.

US-Delegation bewegte sich nicht. Es gebe keinen Grund, die Transitfrage im Papier anzusprechen. Auch in anderem Zusammenhang (gemeint war offensichtlich MBFR) habe die Ausklammerung keine Schwierigkeiten gemacht.

F, I und B unterstützten US-Position, F besonders nachdrücklich. (Jetzige Fassung stellt auch F von jeder Verpflichtung für seine Eingreifverbände unter dem westlichen KVAE-Maßnahmen-Paket frei.) Angelegenheit wird in Arbeitsgruppe erneut behandelt.¹⁰

2) Umfang der Informationsmaßnahmen (türkischer Vorbehalt)

Die türkische Position blieb unverändert. Wir haben gemäß Bezugsverlaß unser Interesse an einer detaillierten Informationspflicht dargestellt und fanden in der Sache selbst Unterstützung durch GB, USA, F, DK, I sowie durch Vertre-

⁸ Zur Frage der Notifizierung des Transits amerikanischer RDF durch Europa vgl. Dok. 4, besonders Anm. 4 und 14.

⁹ Korrigiert aus: „eigentlichen“.

¹⁰ Botschafter Ruth vermerkte am 13. Januar 1984, auch in weiteren Gesprächen habe bislang keine Einigung über die Notifizierung des Transits amerikanischer RDF durch Europa erzielt werden können. Ein von den USA vorgelegter Vorschlag sei „unbefriedigend, weil er die Anwendung der vom Westen selbst angestrebten VSBM auf RDF-Kräfte in Europa völlig ausschließt und noch nicht einmal, wie von uns gewünscht, einen eventuellen längeren Aufenthalt in Europa zum Gegenstand einer Information macht. Dies widerspricht dem Mandat von Madrid, der westlichen Kernforderung nach Transparenz, dem Ziel der Vertrauensbildung und droht deshalb, die westliche Verhandlungsposition in Stockholm unglaubwürdig zu machen. Darüber hinaus wäre es gerade für die Bundesrepublik Deutschland mißlich, wenn amerikanische RDF-Kräfte über längere Zeit im Bundesgebiet bereitgehalten und in keiner Weise von den VSBM erfaßt würden.“ Vgl. VS-Bd. 11524 (221), B 150, Aktenkopien 1984.

ter MC. Einige Delegationen waren jedoch bereit, türkische Auffassung im Wege des Kompromisses zu akzeptieren. Angelegenheit wird in Arbeitsgruppe erneut behandelt.¹¹

3) Erfassung amphibischer Aktivitäten

In dieser Frage erklärte NWG, daß die bei diesem Problem besonders interessierten Länder französischem Vorschlag (Anknüpfungspunkt Landung anstatt Einschiffung) zustimmten, sich jedoch das Recht vorbehielten, im Laufe der Verhandlungen die Frage wieder aufzugreifen.

4) Zahl der Inspektionen

F beharrte auf Festlegung einer aktiven Inspektion. Ich habe dargestellt, daß aktive und passive Inspektion im Zusammenhang gesehen werden müßten und daß Prüfung beider Aspekte durch uns noch nicht abgeschlossen sei.

5) Wir haben entsprechend Bezugsweisung noch einmal unser Interesse an der Erwähnung eines Konsultativ-Verfahrens geltend gemacht. Erwartungsgemäß machte F erhebliche Einwände – selbst gegen die Aufnahme als Merkposten – geltend.

6) Rat beschloß, daß sich CSBM-AG mit Frage der Präsentation der westlichen Vorschläge gegenüber KVAE-Verhandlungspartnern sowie mit der Frage der Darstellung unserer Position gegenüber der Öffentlichkeit im Sinne der Empfehlungen der Delegationsleiter unverzüglich befaßt. Ebenso soll Frage der westlichen Reaktion auf östliche politisch-militärische Vorschläge weiter erörtert werden. Arbeitsgruppe ist bereits am 10.1. erneut zusammengetreten.

V. Im Anschluß an Ratssitzung ließ US-Delegationsleiter Goodby erkennen, daß möglicherweise noch Raum für amerikanische Flexibilität in der Transitfrage besteht, wenn Transit nur in Maßnahme 1 (Informationsverpflichtung ohne Verifikationskonsequenzen) unter weicheren Parametern eingebracht wird. Wie hier zu erfahren war, ist auch auf militärischer US-Seite im Pentagon sowie SHAPE Bereitschaft vorhanden, auf eine solche Linie einzugehen. Harte Haltung der Amerikaner in dieser Frage stammt offenbar aus State Department (AM Shultz)¹².

Ich empfehle, auf der oben angedeuteten Linie weiterzuarbeiten und entsprechende Demarchen in Washington und Paris zu unternehmen.

[gez.] Wieck

VS-Bd. 13371 (212)

¹¹ Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 12. Januar 1984, in einer Sitzung des Ständigen NATO-Rats am selben Tag sei die türkische Position unverändert geblieben. Die USA hätten eine Kompromißformel zirkuliert, „die Regimenter der Bodentruppen von der Informationspflicht ausnimmt, Luftwaffeneinheiten jedoch bis zur Regimentsebene erfaßt“. Die türkische Seite habe „gewisse Chancen“ für diesen Vorschlag nicht ausschließen wollen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 70; VS-Bd. 11520 (221); B 150, Aktenkopien 1984.

¹² Die Wörter „State Department (AM Shultz)“ wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Joetze hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

7

Gesandter Huber, Moskau, an das Auswärtige Amt

VS-NfD

Aufgabe: 11. Januar 1984, 14.29 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 116

Ankunft: 11. Januar 1984, 14.10 Uhr

Betr.: bilaterale Beziehungen der SU zu den osteuropäischen Staaten

Bezug: DE Nr. 80 vom 5.1.1984

Zur Unterrichtung

I. 1) Der Spielraum der WP-Mitgliedstaaten im Rahmen der von der sowjetischen Politik vorgegebenen Grenzen ist wahrscheinlich selten so groß gewesen wie zur Jahreswende 1983/84.

2) Im sowjetischen Hegemonialverband, wenn auch von Staat zu Staat verschieden und z. T. mit akuten Problemen belastet (Polen), haben sich die Positionen der WP-Verbündeten der SU erkennbar verbessert. Ausgehend von der überwältigenden und alle Bereiche des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens ergreifenden Dominanz der SU unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg, haben sich sowohl das wirtschaftliche Gewicht wie die nationalen, kulturellen und, wie die letzten Jahre besonders zeigen, auch politischen Eigenheiten der WP-Mitglieder allmählich immer stärker ausgeprägt.

3) Die Hegemonie der SU ist dadurch natürlich nicht gefährdet. Die militärische Übermacht der SU und die Überlebensinteressen der von ihr oktroyierten kommunistischen Systeme sind ihre Garanten. Jedoch ist es für die SU heute zweckmäßiger, den in diesem Rahmen sich entwickelnden außenpolitischen Sonderinteressen und innenpolitischen Eigenheiten der WP-Staaten Raum zu lassen, als zu versuchen, für völlige Uniformität in Außen- und Innenpolitik durch detailliertes, permanentes Intervenieren zu sorgen. Dies würde sowohl die² SU unnötig Kraft zur Unterdrückung von Entwicklungen kosten, die – ohne die sowjetische Hegemonie zu gefährden – aus den nationalen Traditionen der WP-Staaten, aus deren Geschichte und Geographie folgen, als auch die Vorteile verschenken, die sich aus der Nutzung solcher Spezifika für den betreffenden WP-Staat und damit die „sozialistische Gemeinschaft“ insgesamt ergeben.

4) Die politischen Bewegungen innerhalb des WP im Zusammenhang mit der Nachrüstung der NATO 1983 zeigen, daß die nationalen Interessen der WP-Staaten sich inzwischen sogar in Formen artikulieren können, welche wichtige außenpolitische Operationen der SU stören. Die seit langem bestehenden, laten-

¹ Hat Staatssekretär Meyer-Landrut vorgelegen, der handschriftlich für Referat 213 vermerkte: „Guter Bericht. B[itt]e kl[einer] Erlaß nach Moskau!“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Keil vorgelegen.

Hat Legationssekretär Heimsoeth am 13. Januar 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Umlauf (außer A[rnot]).“

Hat Vortragender Legationsrätin Wannow und Legationsrat I. Klasse Weiß am 13. Januar 1984 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Vogel am 16. Januar 1984 vorgelegen.

² Korrigiert aus: „der“.

ten außenpolitischen Sonderinteressen der einzelnen WP-Staaten, die für uns insbesondere im KSZE-Prozeß spürbar wurden, sind dabei immer stärker an die Oberfläche gekommen.

5) Neben der beschriebenen Grundlinie der Entwicklung seit dem Kriege ist die Ursache dafür sowohl in der propagandistisch verfehlten, überzogenen Politik der SU gegen das „Prinzip“ der Nachrüstung zu sehen, der die WP-Mitglieder ihre eigene Westpolitik nicht völlig zu opfern bereit sind, als vermutlich auch in der innenpolitischen Lage in der SU, in der der Übergang zu einer neuen, dauerhaften Führung noch nicht bewältigt scheint.

6) Diese Differenzierungen in der Politik der jeweiligen kommunistischen Systeme sind aber wohl auch dadurch stärker sichtbar geworden, weil das sie alle gemeinsam potentiell am meisten bedrohende Problem – der Zusammenbruch dieses Systems in Polen – zunächst einmal gelöst scheint, wodurch eigene Westpolitik auf der Basis einer für diesmal bewältigten „Machtfrage“ wieder möglich wird. Die Verhärtungen gegenüber dem Westen, die notwendig werden, wenn eine wirkliche Einbruchschance des Westens droht, und die der SU die Steuerung erleichtern, sind dann nicht mehr erforderlich.

II. 1) „Der Prozeß der Differenzierung unter den sozialistischen Staaten ist unaufhaltsam“, bemerkte Arbatow in einem kürzlichen Gespräch mit Prof. Biedenkopf³, als es kurz um Polen ging. Die westlichen Behauptungen, die SU forme ihre Verbündeten nach ihrem Bilde, seien „naiv“.

2) Tatsächlich hat 1983 eine Reihe von Anzeichen dafür gebracht, daß die alte Grundstruktur des Verhältnisses der WP-Mitglieder zur SU, in der sie sich in allen politischen Fragen der internationalen Politik mehr oder weniger 100 Prozent wie die SU einlassen, dafür aber gewisse Freiheiten in den Wirtschaftsbeziehungen nach Westen in Anspruch nehmen, so nicht mehr besteht.

3) In der politisch bedeutsamsten Frage – INF – waren Unterschiede zur sowjetischen Politik deutlich erkennbar:

- Die rumänische Politik fiel fast völlig aus der Bündnispolitik heraus.
- Die Bulgaren, früher Treueste der Treuen, haben sich bis jetzt offensichtlich erfolgreich gegen „Gegendislozierungen“⁴ bei sich gewehrt.
- Die Ungarn haben erfolgreich die bis zum Ende der Gierék-Ära von Polen besetzte Rolle des der SU loyalen, aber bevorzugten Gesprächspartners des Westens übernommen und ebenfalls nicht nur – etwa durch die Reise Várkonyis nach Bonn⁵, hochrangige westliche Besuche in Budapest – den Dialog aufrechterhalten, sondern Gegendislozierungen bei sich bisher vermieden.
- Die DDR hat ihre Deutschlandpolitik, wie die verschiedenen Stellungnahmen Honeckers an wichtigen Etappen der INF-Verhandlungen zeigen, mit Energie verteidigt. Sie hat dabei nach dem Vorbild der SU die militärische

³ Das Mitglied des nordrhein-westfälischen Landtags, Biedenkopf, hielt sich vom 19. bis 26. November 1983 in der UdSSR auf.

⁴ Zur Bekanntgabe der Stationierung sowjetischer Mittelstreckensysteme in der DDR und der ČSSR vgl. Dok. 6, Anm. 7.

⁵ Der ungarische Außenminister Várkonyi besuchte die Bundesrepublik am 21. Dezember 1983. Für das Gespräch mit Bundesminister Genscher vgl. AAPD 1983, II, Dok. 390.

Reaktion von ihrer Außenwirtschaftspolitik getrennt und sich im dazwischen liegenden politischen Bereich nicht zu „Dialogabbruch“ zwingen lassen.

- Die Tschechoslowakei hat zwar eine schwächere Stellung, wie insbesondere die Absage Chňoupeks in Bonn⁶ beweist. Die Resolution ihres Parlaments zur Fortsetzung der Verhandlungen auch bei Nachrüstungsbeginn⁷ spricht aber Bände.
- Die Polen haben sich, aus der ganzen Schwäche ihrer Lage erklärlich, im politischen Bereich verbal am linientreuesten verhalten, wohl auch, weil sie in ihren Wirtschaftsbeziehungen zum Westen ohnehin nur noch über die Vorteile verfügen, die sich aus der Situation des Bankrotteurs ergeben, und weil politischer Krach mit dem Westen, insbesondere mit uns, zur innenpolitischen Disziplinierung verwendbar ist.

4) Da gerade die „Gegendislozierungsstaaten“ seit Jahren unter der Bedrohung westlicher Nuklearwaffen leben, hat die Anti-Nachrüstungspropaganda der SU – zu der auch wesentlich die Ansprache der westlichen Friedensbewegung gehört – bei ihnen innere Entwicklungen ausgelöst, die sie von der SU weiter entfremden. Denn zu der erzeugten Sensibilisierung der Massen dürfte auch Zorn über die Verlogenheit der SU gekommen sein, die, weil die alten Dislozierungen von SRINF nie veröffentlicht worden waren, den Eindruck geschaffen hat, daß sie sich um ihre Verbündeten erst dann kümmert, wenn sie selbst zum erstenmal direkt bedroht wird. Die SU hat also die Völker dieser Staaten davon überzeugt, jetzt noch mehr ihre „Geiseln“ zu sein.

5) Hinzu kommt, daß die SU mit ihrer auch als Reaktion auf den Nachrüstungsbeginn ausgegebenen Politik der „Stärkung der sozialistischen Gemeinschaft“ eine Linie angedeutet hat, die den meisten, wenn nicht allen WP-Staaten die für sie nachteiligste Folge der ganzen Entwicklung zu sein scheint: eine Herabstufung der Außenwirtschaftsbeziehungen zum Westen zugunsten engerer Verknüpfung im Block. Zwar zeichnet sich eine solche Linie im eigenen Verhalten der SU bisher nicht tatsächlich ab, wenn sie auch, um Eindruck zu machen, uns gegenüber zuweilen beschrieben wurde. Gespräche mit Diplomaten der WP-Staaten hier zeigen aber, daß hier ihre Hauptsorge für den Fall einer dauerhaften, tiefergreifenden Störung der Ost-West-Beziehungen steckt.

6) Der Prager Gipfel vor einem Jahr⁸ und der Moskauer Gipfel im Juni 1983⁹

⁶ Botschafter Meyer, Prag, teilte am 8. Dezember 1983 mit, der tschechoslowakische Stellvertretende Außenminister Johanes habe ihm am selben Tag mitgeteilt, Außenminister Chňoupek könne die für den 13. Dezember 1983 ausgesprochene Einladung zu einem Besuch in der Bundesrepublik nicht annehmen: „Hierfür seien Termenschwierigkeiten maßgeblich. Auch sei gegenwärtig nach Stationierung der amerikanischen Raketen auf dem Territorium der Bundesrepublik nicht die beste Zeit für einen Besuch.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1099; Referat 214, Bd. 139637.

⁷ Botschafter Meyer, Prag, berichtete am 26. Oktober 1983, das tschechoslowakische Parlament habe am selben Tag „in einem Appell an alle Parlamente und Parlamentarier in Europa verlangt, die Abrüstungsverhandlungen in Genf fortzusetzen, auch wenn bis Jahresende kein positives Ergebnis erzielt wird“. In der Erklärung werde außerdem die Stationierung sowjetischer Systeme in der CSSR unterstützt. Vgl. den Drahtbericht Nr. 955; Referat 220, Bd. 124525.

⁸ Am 4./5. Januar 1983 fand in Prag eine Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts statt. Vgl. dazu AAPD 1983, I, Dok. 40.

⁹ Am 28. Juni 1983 fand in Moskau ein Treffen der Partei-, Staats- und Regierungschefs der Warschauer-Pakt-Staaten statt, an dem auch die Außen- und Verteidigungsminister teilnahmen. Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 501–505.

sowie die Sofioter WP-AM-Konferenz¹⁰ zeigten, daß die SU das außenpolitische Verhalten ihrer Verbündeten nicht rein bilateral steuert.

Sie benutzt solche multilateralen Treffen dazu, um die WP-Staaten in die Pflicht der „Geschlossenheit der sozialistischen Gemeinschaft“ zu nehmen. Dies ist ihr insgesamt weniger als früher gelungen, obwohl Andropow in Prag erklärt hatte, gerade hier werde ein Schwerpunkt seiner Politik liegen.¹¹

7) Nimmt man hinzu, daß es im November und Dezember verlässliche Anzeichen dafür gab, daß die SU beabsichtigte, einen weiteren WP-Gipfel einzuberufen, und osteuropäische Gesprächspartner jetzt durchblicken lassen, ein RGW-Gipfel sei in der Substanz nun zwar endlich reif, aber wegen Andropows Gesundheit gebe es keinen Termin dafür, dann spricht vieles dafür, daß die Lage in der hiesigen Führung eine Rolle spielt.

8) Insgesamt läßt die Fähigkeit der WP-Staaten, der SU gegenüber eine zum Westen möglichst offene Außenwirtschaftspolitik zu verteidigen und sogar auf Fortsetzung des politischen Dialogs mit dem Westen zu drängen, auf eine bemerkenswerte relative Stärke gegenüber der SU schließen.

9) Eine gerade gegenwärtig wichtige Ursache dafür ist, daß die SU selbst allen Anzeichen nach an der Grundkonzeption ihrer Westpolitik vom Ende der sechziger Jahre festhält. Sie strebt, bei weiterem Aufbau ihrer Weltmachtstellung mit militärischen Mitteln, gleichzeitig die Beschleunigung der eigenen Entwicklung durch verstärkte Wirtschaftsbeziehungen zum Westen an. Es fällt ihr inzwischen nicht mehr leicht, die WP-Verbündeten in dieser Ambivalenz auf eine harte Rolle festzulegen.¹²

[gez.] Huber

Referat 213, Bd. 139352

¹⁰ Am 13./14. Oktober 1983 tagten in Sofia die Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 675–680.

¹¹ Vgl. dazu die Äußerungen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, in einem Interview mit der tschechoslowakischen Tageszeitung „Rudé Právo“ am 5. Januar 1983; ANDROPOW, Reden und Schriften, S. 349.

¹² Ministerialdirektor Pfeffer teilte der Botschaft in Moskau mit: „Bericht ist in Direktorenbesprechung am 12.1.1984 erörtert worden. Er hat, auch bei den Staatssekretären, großen Anklang gefunden.“ Vgl. den am 12. Januar 1984 konzipierten und am 16. Januar 1984 übermittelten Drahterlaß Nr. 34; Referat 213, Bd. 139352.

8

Botschafter Ruth, z.Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt

114-10095/84 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 45
Cito

Aufgabe: 11. Januar 1984, 17.00 Uhr¹
Ankunft: 11. Januar 1984, 18.29 Uhr

Betr.: Sitzung der SCG in Brüssel am 10./11.1.1984

I. Zusammenfassung

Beherrschendes Thema der Sitzung im kleinen Kreis (Quint) war die Frage nach den Optionen für die zukünftige Behandlung der INF-Materie. Wir legten unsere Auffassung dar, wonach Bündnis von öffentlichen Spekulationen über ein Zusammenlegen von INF und START zwar absehen sollte, eine solche Möglichkeit aber auch nicht verbauen dürfe.

Es bestand Übereinstimmung, daß mögliche Vor- und Nachteile eines „Merger“ im Bündnis noch eingehend untersucht werden müssen, bevor abschließendes Urteil möglich ist.

US-Delegation bestätigte Pressemeldungen über bevorstehende Reagan-Rede mit Schwerpunkt Ost-West-Verhältnis.² AM Shultz werde gegenüber Gromyko in Stockholm³ amerikanische Bereitschaft signalisieren, Fragen von beiderseitigem Interesse fortgesetzt und direkt auf AM-Ebene zu erörtern.

UK deutete unter Hinweis auf vorgesehene SS-22-Dislozierungen in NSWP-Staaten⁴ Besorgnis und verstärktes Interesse an rüstungskontrollpolitischer Behandlung von Mittelstreckensystemen kürzerer Reichweite (SRINF) an.

II. Im einzelnen

1) Die im kleinen Kreise geführte Debatte über das zu erwartende weitere sowjetische Verhalten in der INF-Frage und mögliche westliche Reaktionen hierauf ergab innerhalb der europäischen Delegationen folgende übereinstimmende Bewertung:

- Zwar sehe sich auch SU wohl einem gewissen Druck in Richtung einer Fortführung des Rüstungskontrolldialogs ausgesetzt, eine länger anhaltende Rüstungskontrollpause bei fortschreitenden Rüstungsmaßnahmen auf beiden Seiten würde den Westen aber im Vergleich zur SU vor größere Probleme stellen. Diese Tatsache sowie interne Führungsprobleme in Moskau könnten zu einer länger anhaltenden Phase sowjetischen Abwartens führen.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann am 11. Januar 1984 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Schmidt vorgelegen.

² Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan am 16. Januar 1984 in Washington vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1984, S. 40–44. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 109–114.

³ Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 18. Januar 1984 vgl. Dok. 13.

⁴ Nicht-sowjetische Warschauer-Pakt-Staaten.

Zum Abbruch der INF-Verhandlungen sowie zur Unterbrechung von START sowie zur Bekanntgabe der Stationierung sowjetischer Mittelstreckensysteme in der DDR und der ČSSR vgl. Dok. 6, Anm. 7.

- Falls SU explizit einen „Merger“ vorschlagen oder über eine modifizierte START-Position eine solche Zusammenlegung de facto einleiten sollte, werde es für Westen nahezu unmöglich, ein solches Vorgehen einfach abzulehnen.

Die von Burt-Stellvertreter Dobbins geleitete US-Delegation betonte in stärkerem Maße als die europäischen Delegationen die Bedenken gegenüber einem „Merger“. Dobbins ging hier allerdings nicht ins Detail und stimmte darin überein, daß eine eingehende Überprüfung der Vor- und Nachteile eines „Merger“ im Bündnis noch aussteht.

Wir führten aus, daß wir die Bereitschaft der SU zur Weiterführung der START-Verhandlungen unter der Voraussetzung eines „De-facto-Mergers“ für eine denkbare Entwicklung hielten. Wenn SU vorschläge, in einer modifizierten START-Position lediglich die Pershing II und die westlichen Marschflugkörper zu berücksichtigen, könne der Westen mit der Forderung reagieren, auch die entsprechenden sowjetischen Flugkörper einzubeziehen. Dies käme dann einem „De-facto-Merger“ gleich, der die bisherige Verhandlungsmaterie voll abdecke.

Wir legten dar, daß nach unserer Auffassung mit „getrennten INF- und START-Verhandlungen unter einem Dach“ eine mögliche Lösung des prozeduralen Problems und ein Ausweg aus der gegenwärtig festgefahrenen Lage gefunden werden könnte. Die SU könnte dabei ihr Gesicht wahren; gleichzeitig würden die Vorteile getrennter Verhandlungsforen gewahrt.

Hinsichtlich der Konsultationspraxis betonten wir, daß sich im Falle eines „Merger“ unser Anspruch auf Fortbestand des bei INF erreichten Konsultationsniveaus nur auf den INF-relevanten Teil und nicht auf die Gesamtheit der Verhandlungsmaterie beziehen würde.

Europäische Partner unterstützten die Grundzüge unserer Argumentation. Insbesondere UK wies mit Nachdruck darauf hin, daß eine längere Unterbrechung der nuklearen Abrüstungsverhandlungen bei fortschreitender Rüstung auf beiden Seiten von der westlichen Öffentlichkeit voraussichtlich nicht akzeptiert würde. Hinsichtlich des Themas „Merger“ stehe die Feinanalyse noch aus. Es gebe möglicherweise Aspekte einer Zusammenlegung, die im westlichen Interesse lägen. Vordringlich sei gegenwärtig jedoch zunächst die Erarbeitung einer gemeinsamen Sprachregelung zu diesem Thema, die vermeiden müsse, denkbare, wenn auch noch nicht abschließend geprüfte Optionen auszuschließen.

IT wandte sich gegen eine vorschnelle pauschale Ablehnung einer Zusammenlegung. Als denkbare Reaktion auf einen entsprechenden sowjetischen Vorschlag komme evtl. das Angebot zu Vorverhandlungen über das „Wie“ einer Zusammenlegung in Betracht.

NL wies auf starken Druck im niederländischen Parlament zugunsten eines „Merger“ hin.

BE äußerte Besorgnisse über eine im Falle eines „Merger“ unweigerlich abnehmende amerikanische Konsultationsbereitschaft.

2) Dobbins bestätigte Pressemeldungen, wonach eine in Kürze beabsichtigte Rede Präsident Reagans den ernsthaften Willen der USA zu einem konsultations- und ergebnisorientierten Rüstungskontrolldialog mit der SU nochmals herausstellen werde. In Stockholm werde AM Shultz gegenüber Gromyko die Fort-

setzung direkter Kontakte auf AM-Ebene anregen und das Interesse der USA an einem vertraulichen, d.h. nicht auf bloße Öffentlichkeitswirkung abzielenden Dialog in allen Fragen gemeinsamen Interesses glaubhaft machen.

3) In der Vollsitzung der SCG am 11.1.84 herrschte Übereinstimmung, daß Westen ohne Konzessionen in der Sache der SU das Fernbleiben vom Verhandlungstisch so schwer wie möglich machen sollte.

Ich unterstrich nochmals, daß es ein großer taktischer Fehler wäre, wenn der Westen im Vorgriff auf evtl. neue sowjetische Vorstöße gewisse Optionen ausschließen würde. Der Westen müsse vielmehr seine Bereitschaft unterstreichen, den Dialog ohne Vorbedingungen wiederaufzunehmen.

Wenn wir den Eindruck erweckten, prozedurale Schwierigkeiten zu machen, erleichterten wir es der SU lediglich, die Verantwortung für den gegenwärtigen Stillstand auf das Bündnis abzuwälzen. In dieser Auffassung wurde ich von den anderen Stationierungsländern mit Nachdruck unterstützt.

Obwohl sich Dobbins im Prinzip nicht gegen diese Linie aussprach, setzte er in seiner Darlegung der amerikanischen Position zum Thema „Merger“ wie zu erwarten einige kritischere Akzente. Es wurde deutlich, daß USA in stärkerem Maße als ihre Partner die westliche Präferenz für ein getrenntes INF-Forum und die Nachteile eines „Merger“ in den Vordergrund stellen wollen. Dessen ungeachtet besteht jedoch Übereinstimmung darin, daß ein „Merger“ als Option nicht von vornherein ausgeschlossen werden darf.

4) SS-20- und SRINF-Aufwuchs

Der gegenwärtige Stand des SS-20-Aufwuchses einschließlich des neuen Komplexes Barnaul 3 beträgt

- insgesamt: 378 (42 Komplexe⁵),
- gegen Europa gerichtet: 243 (27),
- gegen Asien gerichtet: 135 (15),

im Bau: 9 (1, Kansk 2), als angestrebter endgültiger Stand werden insgesamt 450 SS-20-Raketen angenommen.

Bisher sind keine schlüssigen Anzeichen für Beginn der Stationierung von SS-12/22 in DDR und ČSSR festgestellt worden. Baumaßnahmen in Königsbrück und Neustrelitz (DDR) lassen aber auf Vorbereitung von Stationierungsmöglichkeit für SS-12/22 schließen. Durch Reichweite der SS-12/22 von 925 km können bei Vorwärtsstationierung zusätzlich UK, F und IT abgedeckt werden.

SS-23: Die Truppenerprobungen sind anscheinend abgeschlossen. Wahrscheinlich sind drei Nachladeraketen pro Launcher vorgesehen. Stationierungen wurden bisher nicht festgestellt. Die neuen landgestützten Marschflugkörper SSC-4 (Reichweite 3000 km) werden wahrscheinlich Ende 1984 einsatzbereit sein.⁶

Nuklearwaffenlager: Gegenwärtig sind Nuklearwaffenlager festgestellt in DDR (2), Polen (3), ČSSR (3), Ungarn (1) und Bulgarien (3). In Rumänien sind keine Nuklearwaffenlager erkannt.

⁵ Korrigiert aus: „43 Komplexe“.

⁶ Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat Schmidt hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

5) Nächste Sitzung der SCG ist für Mitte Februar 84 geplant.⁷

[gez.] Ruth

VS-Bd. 11369 (220)

9

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Seitz

02-321.00 FRA-8/84 geheim

13. Januar 1984¹

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Minister³ für Ihr Gespräch mit AM Cheysson

Betr.: Deutsch-französische Zusammenarbeit

Bezug: 1) Vorlage Abt. 2 vom 9.1.1984 – 202-321.00 FRA⁴

2) Vorlage Abt. 2 vom 3.1.1984 – 200-369.40-2/84 VS-v⁵

3) Vorlage 02 vom 6.1.1984 – 02-493.04-4/84 geh.⁶

Anlg.: 3⁷

⁷ Zur Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO am 20. Februar 1984 vgl. Dok. 51.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Daerr konzipiert.

² Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 13. Januar 1984 vorgelegen.

³ Hat Bundesminister Genscher vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Sehr gute Vorlage!“

Hat Vortragendem Legationsrat Jansen am 19. Januar 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre an den Planungsstab verfügte.

Hat Staatssekretär Lautenschlager am 20. Januar 1984 vorgelegen.

Hat Staatssekretär Meyer-Landrut erneut vorgelegen.

Hat Ministerialdirigent Seitz am 23. Januar 1984 erneut vorgelegen.

⁴ Dem Vorgang nicht beigelegt.

⁵ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. VS-Bd. 14046 (02).

Ministerialdirektor Pfeffer nahm Stellung zu französischen Überlegungen für eine Belebung der WEU und kam zu dem Ergebnis, „daß für eine echte Neubelebung der WEU, die über ein Diskussionsforum hinausginge, nur wenig Substanz vorhanden ist“. Zwar sei eine Aufwertung des WEU-Ministerrats denkbar, dagegen sprächen jedoch mögliche Auswirkungen auf die NATO oder die EPZ: „Bis zu einer genauen Klärung und Prüfung der französischen Vorschläge sowie möglicher Reaktionen der übrigen Mitgliedstaaten (insbesondere GB) sollten wir unsere bisherige, von der Mehrheit der Mitgliedstaaten geteilte Haltung gegenüber der WEU nicht verändern.“ Vgl. VS-Bd. 10885 (209); B 150, Aktenkopien 1984.

⁶ Dem Vorgang nicht beigelegt.

In der Aufzeichnung vom 5. Januar 1984, die mit Begleitschreiben vom 6. Januar 1984 von Ministerialdirigent Seitz an Bundesminister Genscher geleitet wurde, faßte Vortragender Legationsrat Daerr die Ergebnisse einer Besprechung am 12. Dezember 1983 im Institut International de Géopolitique in Paris zusammen. Thema sei die Idee einer britisch-deutsch-französischen Raumfähre zur zivilen und militärischen Nutzung gewesen. Die französische Seite habe darauf hingewiesen, daß in den Bereichen Verteidigung und zivile Spitzentechnologie Weltraumprojekte die „Speerspitze“ bildeten mit „hohem Spin-off-Effekt für die Privatwirtschaft“. Man dürfe sich in den Bereichen Raumfahrt- und Nachrichtentechnik, Mikroelektronik, Laser- und anderen Strahlenwaffen „nicht abhängen lassen, da sicherheitspolitische und technologische Autonomie sonst für immer verlorengehen“. Bezüglich einer möglichen europäischen weltraumgestützten Verteidigung sei die Bemerkung gefallen, „Deutschland könne so über die durch NV-Vertrag blockierte Stufe der nuklearen Verteidigung hinweg in die strategische Zukunft springen“. Vgl. Referat 02, Bd. 178516.

⁷ Vgl. Anm. 4–6.

I. Die europäische Zusammenarbeit zu zehnt ist trotz aller Anstrengungen des Jahres 1983 festgefahren. Hoffnung auf baldige grundsätzliche Besserung besteht nicht.

Die Überlegungen bewegen sich deshalb in Richtung auf eine Zusammenarbeit „à la carte“ zu zweit oder zu mehreren und in ausgewählten Bereichen. Im Vordergrund steht dabei, nicht zuletzt wegen des französischen EG-Vorsitzes im ersten Halbjahr 1984, die Idee einer deutsch-französischen Kooperation mit Schrittmacherfunktion für Europa.

Der Ansatz ist richtig. Es kommt aber darauf an, schnell und pragmatisch vorhandene Möglichkeiten auszuschöpfen, statt wieder in Formalisierung und konzeptionelles Nachdenken („Europe à deux vitesses“, Vereinbarkeit von Gemeinschaftspolitik und bilateralem Ansatz) zu verfallen. Geeignet für konkrete Schritte sind die Bereiche Verteidigung und Technologie/Forschung sowie dazwischen liegende Weltraumprojekte.

Weithin sichtbaren außenpolitischen Erfolg verspräche vor allem die Aufwertung der WEU (s. u. III. 2). Sie verursacht praktisch keine Kosten, außen- wie innenpolitisch dürften die Widerstände gering sein, und das bereits vorhandene Instrumentarium erleichtert eine schnelle Durchführung. Attraktiv ist schließlich, daß das ganze Vorhaben nach dem WEU-Rat im Frühjahr 1984⁸ unter deutschem WEU-Vorsitz liefe (s. S. 4 unten⁹).

II. Die Qualität der D/F-Beziehungen wird überschätzt. Sie sind gut, aber die Fassade ist schöner als die Substanz. Der französische Vorwurf, wir hätten keine Frankreich-Politik, ist wohl mehr als Provokation gemeint, aber Kooperationsmüdigkeit und Skepsis im Konkreten sind bei uns in der Tat auf allen Ebenen verbreitet. Befürchtungen, Frankreich wolle uns nur ausnutzen (finanziell, technologisch), sind nicht völlig unbegründet, und schlechte Erfahrungen spielen auch eine Rolle, aber eine unproduktive Verweigerungshaltung wäre törricht. Wir müssen bei französischen Initiativen immer wieder die Probe aufs Exempel machen und unsere Interessen dabei offensiv vertreten, indem wir eigene Vorschläge einbringen.

Französische Initiativen sind vorhanden. Nicht durch Zufall liegen sie in zwei Bereichen, wo sich die Rahmenbedingungen für uns – D, F und Europa insgesamt – ungünstig zu verändern drohen: Sicherheitspolitik und Forschung/Technologie. Im Gegensatz zu anderen Bereichen der Gemeinschaftspolitik (Agrarsektor z. B.) steht hier unsere Existenz auf dem Spiel und drängt die Zeit. Die sowjetische Bedrohung einerseits und die japanisch-amerikanische Konkurrenz andererseits werden auf unsere Schwäche keine Rücksicht nehmen.

Die Chancen sind zudem günstig. Eine Kooperation in beiden Bereichen wird in beiden Ländern sowohl von den Regierungen als auch der Opposition befürwortet. In der Sicherheitspolitik hat sie im Gegensatz zu den Anläufen von 1963 und 1973 nicht mehr die antiamerikanische Stoßrichtung, und technologischer Konkurrenzkampf mit den USA und Japan sollte von allen Beteiligten positiv bewertet werden.

⁸ Zur WEU-Ministerratstagung am 12. Juni 1984 in Paris vgl. Dok. 140, Anm. 15.

⁹ Die Wörter „s. S. 4 unten“ wurden von Ministerialdirigent Seitz handschriftlich eingefügt. Vgl. Anm. 12.

Beide Bereiche, die z. B. bei militärisch wie zivil genutzten Weltraumprojekten auch überlappen (s. hierzu Bezug 3)), sind für staatliche und staatlich geförderte Kooperation besonders geeignet. Und schließlich bieten sich in beiden Bereichen Vorhaben, die geeignet sind, die europäische Idee in der Bevölkerung und vor allem bei der Jugend zu beleben.

Für uns von Vorteil ist auch, daß Frankreich – nicht nur wegen seiner Initiative, sondern wegen Mitterrands besonderen innenpolitischen Erfolgsbedarfs – mehr als sonst in der Rolle eines Demandeur ist. Gerade deshalb sollten wir ohne Verzug eindeutige politische Signale geben. Frankreich würde nicht endlos auf uns warten. Es pflegt auch andere Optionen (französisch-englische Kontakte im Technologiebereich, auch Reden Cheyssons und Chiracs¹⁰ in London 1983; BND-Bericht vom 16.12.1983 über französisch-japanische Kontakte).

III. 1) Die sicherheitspolitische Zusammenarbeit ist bereits 1983 in Gang gekommen und hat in den Bereichen Rüstungskooperation und militärische Zusammenarbeit auch schon zu greifbaren Ergebnissen geführt.

Der Dialog über politisch-strategische Fragen, der sich neben aktuellen Problemen in erster Linie mit der Rolle Frankreichs bei der Verteidigung Europas – konventionell sowie nuklear – befassen soll, ist noch nicht so weit gediehen. Frankreich hat auch hier Initiative gezeigt mit dem Konzept der Force d'Action Rapide (FAR)¹¹ und der Bereitschaft zur Diskussion nuklearstrategischer Fragen. In beiden Fällen ist jedoch noch ungewiß, ob Frankreich sich wirklich auf uns zu bewegt oder letztlich nur auf Erweiterung des eigenen sicherheitspolitischen Spielraums bedacht ist.

Konkrete Ergebnisse wären – falls Frankreich sie auch will – wohl schneller zu erreichen, wenn die Arbeitsgruppe politisch-strategische Fragen, die sich nur in größeren Abständen auf relativ hoher Ebene trifft, über so etwas wie gemeinsames Sekretariat, Redaktionsausschuß oder ständigen Arbeitsstab verfügen könnte. Abstimmung und Koordinierung der konventionellen Verteidigungskonzepte oder ein intensiver nuklearstrategischer Gedankenaustausch (ganz zu schweigen von einer Art bilateralen NPG) sind ohne einen solchen permanent tätigen Unterbau wohl kaum zu bewältigen.

Wir sollten überlegen, ob wir dieses organisatorische Problem nach Konsultation mit dem BMVg nicht mit den Franzosen aufgreifen, auch schon, um unser Interesse an konkreten Ergebnissen zu signalisieren. In den Bereichen Rüstungskooperation und militärische Zusammenarbeit ist die Lage anders, weil die Detailarbeit vorwiegend bei den Verteidigungsministerien liegt und die beiden entsprechenden Arbeitsgruppen auf eingespielte Apparate der Zusammenarbeit (Rüstungsdirektoren, Verbindungsstäbe) zurückgreifen können.

¹⁰ Der RPR-Vorsitzende Chirac hielt sich am 30. November/1. Dezember 1983 in Großbritannien auf. Botschafter Ruhfus, London, berichtete am 1. Dezember 1983, in einem Vortrag zum Thema „European Political Co-operation“ vor dem Royal Institute for International Affairs habe Chirac auf britisch-französische Gemeinsamkeiten hingewiesen. In bezug auf die jeweiligen Nuklearwaffen habe er eine zukünftige Zusammenarbeit nicht ausgeschlossen. Auch komme Frankreich und Großbritannien eine „besondere Rolle“ zu, wenn es darum gehe, „vitale Interessen der westeuropäischen Nationen außerhalb Europas in schneller Reaktion zu verteidigen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2013; Referat 410, Bd. 130422.

¹¹ Zur französischen Force d'Action Rapide (FAR) vgl. Dok. 1, Anm. 4.

2) Einen wesentlich schnelleren und ganz im außenpolitischen Bereich angesiedelten Erfolg verspräche das Eingehen auf die französischen Anregungen, über eine Aufwertung der WEU die europäische Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik zu stärken.¹²

Auf die schon ungewöhnlich häufigen und deutlichen Anstöße von Mauroy¹³, Cheysson¹⁴, Hernu¹⁵ und Andréani¹⁶ haben wir bisher ganz unzulänglich reagiert¹⁷. Statt unsere Diskriminierung in der WEU als Ablehnungsgrund für eine Aufwertung derselben zu sehen, hätten wir sofort die Gleichbehandlung als Vorbedingung hinstellen sollen. Zweifel am ernsthaften Willen Frankreichs wären am besten durch die Probe aufs Exempel ausgeräumt¹⁸ worden. Inzwischen steht fest, daß alle Mitglieder zur Aufhebung der uns diskriminierenden konventionellen Rüstungsbeschränkungen¹⁹ bereit sind.

a) Für die WEU als Basis einer europäischen Säule der Verteidigung Europas spricht:

- Als Institution bietet sie die drei Organe WEU-Versammlung, Rat und Rüstungskontrollamt, also Forum für Parlamente und Exekutive sowie eine ausbaufähige Infrastruktur.
- Zumindest aus französischer Sicht ist sie die einzige rein europäische Instanz, die für Verteidigung zuständig ist.
- Sie hat eine weitreichende automatische Beistandsklausel.²⁰ Auch wenn im Ergebnis die Integrationsautomatik der NATO besser schützt, spricht dies noch nicht gegen die WEU. Die französischen WEU-Bemühungen zu bremsen, aber gleichzeitig Frankreich mit juristischer Stringenz sogar bezüglich seines Nuklearpotentials auf die Verpflichtungen aus Art. V festlegen zu wollen, ist politisch ungereimt.
- Der Mitgliederkreis umfaßt alle für uns wichtigen Partner und läßt sich durch Beitritt erweitern, wobei schon Art. V für den erwünschten strengen Maßstab sorgt. Daß Dänemark und Griechenland nicht dabei sind, ist kein

¹² Dieser Absatz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“. Vgl. Anm. 9.

¹³ Premierminister Mauroy befürwortete in einer Rede vor dem Institut des Hautes Études de Défense Nationale am 20. September 1983 in Paris eine engere sicherheitspolitische Zusammenarbeit der WEU-Mitgliedstaaten. Für den Wortlaut vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1983 (September/Oktober), S. 26–33. Für den deutschen Wortlaut vgl. NATO-BRIEF, 5/1983, S. 23–27 (Auszug).

¹⁴ Der französische Außenminister Cheysson sprach sich am 7. Juni 1983 vor der Parlamentarischen Versammlung der WEU in Paris für eine Belebung der WEU aus. Für den Wortlaut seiner Ausführungen vgl. WEU PROCEEDINGS, 29th session, First Part (June 1983), II, S. 65–69 und S. 71 f.

¹⁵ Vgl. dazu die Rede des französischen Verteidigungsministers Hernu vor der Parlamentarischen Versammlung der WEU am 1. Dezember 1983 in Paris; WEU PROCEEDINGS, 29th Session, Second Part (November 1983), IV, S. 166–170.

¹⁶ Zu den Äußerungen des Abteilungsleiters im französischen Außenministerium, Andréani, gegenüber Ministerialdirektor Pfeffer am 22. Dezember 1983 vgl. Dok. 1.

¹⁷ Die Wörter „unzulänglich reagiert“ wurden von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Leider richtig.“

¹⁸ Der Passus „für eine Aufwertung ... aufs Exempel ausgeräumt“ wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

¹⁹ Zu den WEU-Herstellungsbefreiungen vgl. Dok. 1, Anm. 6.

²⁰ Vgl. dazu Artikel V des WEU-Vertrags in der Fassung vom 23. Oktober 1954; BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 286.

Nachteil, sondern ein Vorteil. Andererseits wäre die WEU eine interessante Alternative für Spanien, wenn die NATO-Bindung nicht tragen sollte, und selbst ein Beitritt Irlands könnte interessant sein.

- Anders als im Fall der NATO²¹ (Out-of-area-Problematik) enthält der WEU-Vertrag keine geographische Begrenzung. Dieser Aspekt mag gegenwärtig weder besonders akut noch attraktiv sein, aber er schließt eine außereuropäische Dimension der europäischen Sicherheitspolitik für die Zukunft zumindest nicht aus.²²

b) Gegen eine Aufwertung der WEU wurde bisher angeführt, daß sie kein Ersatz für die NATO sei, die Beziehungen zu den USA störe, die EPZ abwerte und die deutsch-französische sicherheitspolitische Zusammenarbeit verwasserle. Das erste ist eine Alternative, die gar nicht zur Diskussion steht; das andere sind wenig plausible Unterstellungen einer mehr ängstlich konservierenden als dynamisch gestaltenden Politik.

Natürlich kann und soll auch eine aufgewertete WEU nicht die NATO ersetzen, sondern nur ihre europäische Säule stärken, was auch im amerikanischen Interesse liegt. Während früher vielleicht Zweifel erlaubt waren, ist Frankreichs Haltung in diesem Punkt jetzt absolut eindeutig (Mitterrand, Mauroy, Cheysson, Hernu). Die größere politische Schlagkraft einer künftigen WEU würde vielleicht die USA in Sachen Zweibahnstraße bei Rüstungsgütern mit mehr Erfolg unter Druck setzen als die bisherigen Gremien, aber die USA können nicht gut erwarten, daß das bisherige Ungleichgewicht (Verhältnis 1 zu 9) fort dauert. Dagegen könnte es durchaus in ihrem Sinne sein, wenn der latente Antiamerikanismus vieler Europäer in Sachen Sicherheitspolitik auf konstruktive Weise kanalisiert würde.

Wer im EPZ-Kreis nicht der WEU angehört, dürfte sich entweder entlastet oder aber letzten Endes zur WEU hingezogen fühlen. Und für das Verhältnis WEU/deutsch-französische Kooperation gelten in Parallele zum Verhältnis WEU/NATO die Vorzüge eines sinnvollen Schachtelprinzips.

c) Wir sollten deshalb der Reihe nach folgende Schritte unternehmen:

- Abbau der uns diskriminierenden konventionellen Rüstungskontrollbestimmungen, wobei wir aufgrund der französischen Initiative nicht Demandeur sind.
- Entwicklung eines eigenen Konzepts für die Aufwertung der WEU zur Stärkung der europäischen Säule im westlichen Sicherheitssystem. Dabei enge Konsultation mit Frankreich, aber nicht nur Reaktion auf dortige Vorschläge, und Gedankenaustausch auch mit den anderen fünf Mitgliedern.
- Steuerung insgesamt so, daß es unter deutschem WEU-Vorsitz (Frühjahr 1984 bis Frühjahr 1985) zu Ergebnissen kommt. Aufgreifen des von Italien (VM Spadolini²³) gemachten und von Frankreich unterstützten Vorschlags, den

²¹ Das Bündnisgebiet war in Artikel 6 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 festgelegt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

²² Zu diesem Satz vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „Hier sollte man eher zurückhaltend sein.“

²³ Ministerialdirektor Pfeffer vermerkte am 11. Januar 1984, der italienische Verteidigungsminister Spadolini habe mit Schreiben vom 3. Dezember 1983 an Bundesminister Wörner vorgeschlagen, „ge-

30. Jahrestag der WEU-Erweiterung (deutscher und italienischer Beitritt) am 23.10.1984 in Rom feierlich zu begehen.²⁴ Trotz unseres WEU-Vorsitzes sollte uns diese Einbeziehung Italiens von der Sache her recht sein.

Von seiten der SU ist eine negative Reaktion auf die Aufwertung der WEU allgemein und die Aufhebung der uns betreffenden Rüstungskontrollbestimmungen im besonderen zu erwarten. Das Echo in der deutschen Öffentlichkeit dürfte jedoch im Gegenteil zur Nachrüstung ganz überwiegend positiv sein.²⁵

IV. Zu konkreten Ansätzen für technologische Zusammenarbeit mit Frankreich wird eine gesonderte Aufzeichnung vorgelegt. Zum Grenzbereich der zivil und militärisch zu nutzenden Weltraumtechnologie verweise ich zunächst auf die Vorlage vom 6.1.1984 (Bezug und Anlage 3). Eine deutsch-französische, möglichst auch Großbritannien einschließende Zusammenarbeit könnte sich aber über dieses Projekt hinaus mit der Entwicklung eines umfassenden europäischen Weltraumkonzepts beschäftigen.

Seitz

VS-Bd. 14046 (02)

Fortsetzung Fußnote von Seite 46

meinsam mit den übrigen Verteidigungsministern der WEU aus Anlaß des 30. Jahrestages der WEU zu einem Treffen in Rom zusammenzukommen“. Vgl. Referat 209, Bd. 128400.

Spadolini wiederholte den Vorschlag im Gespräch mit Bundesminister Genscher am 12. Januar 1984 in Wachtberg-Pech. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 209, Bd. 128400.

²⁴ Am 26./27. Oktober 1984 fand in Rom eine Tagung der Außen- und Verteidigungsminister der WEU-Mitgliedstaaten statt. Vgl. dazu Dok. 290.

²⁵ An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Meyer-Landrut handschriftlich: „In der öffentlichen Diskussion muß die WEU stets konzeptionell an der EG ausgerichtet werden, nicht an der NATO; auf der EG-Basis aufgebaut (stärkeres Europa), ist eine Weiterentwicklung auch den USA nahezubringen. Das Gespräch hierüber mit den USA muß bald geführt werden.“

10

**Ministerialdirigent Edler von Braunmühl, z.Z. Stockholm,
an Staatssekretär Meyer-Landrut**

114-10193/84 geheim
Fernschreiben Nr. 10

Aufgabe: 17. Januar 1984, 17.44 Uhr¹
Ankunft: 17. Januar 1984, 20.01 Uhr

Für Staatssekretär

Betr.: Gespräch BM mit jugoslawischem AM Mojsov am 16.1.84 in Stockholm²;
hier: Ausstellung von Bundespässen für DDR-Deutsche in Jugoslawien³

BM schnitt am Ende des Gesprächs⁴, an dem die Minister mit je einem Mitarbeiter teilnahmen, die Paßfrage an. Er bat, daß Mojsov persönlich und die jugoslawische Führung in ihrer Gesamtheit sich bewußt sein mögen, daß es hier um ein Problem von vitaler Bedeutung für unser Land gehe.

Wir könnten auf gar keinen Fall akzeptieren, daß die von unseren Auslandsvertretungen für Deutsche ausgestellten Pässe nicht anerkannt würden. Ihm sei bekannt, daß in Jugoslawien Erwägungen über ein restriktiveres Verhalten angestellt würden, auch im Zusammenhang mit den Olympischen Winterspielen⁵. Er bitte dringend, daß die zuständigen Behörden von einem solchen Verhalten Abstand nähmen. Er habe als Bundesinnenminister Anfang der 70er Jahre in Belgrad Gespräche über einen größeren Komplex geführt.⁶ Damals habe Jugoslawien große Sorgen wegen der Aktivitäten bestimmter extremistischer Gruppen auf deutschem Boden gehabt. Für uns sei es nicht einfach gewesen, solche

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg am 18. Januar 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Arbeits-]Ex[emplar] D 5, Ex. Nr. 2: MB.“

Hat Vortragendem Legationsrat Jansen am 19. Januar 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Ischinger „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte und handschriftlich vermerkte: „Abt[eilung] gibt DB mit erläuternder Weisung nach Belgrad. D 5 telefoniert mit Botschafter] Grabert.“

Hat Ischinger am 20. Januar 1984 vorgelegen.

² Bundesminister Genscher hielt sich vom 16. bis 19. Januar 1984 anlässlich der Eröffnung der KVAE in Schweden auf.

³ Ministerialdirektor Pfeffer erläuterte am 9. Dezember 1983: „Die jugoslawische Regierung hat in den letzten Tagen entgegen ihrer bisherigen Praxis zum Ausdruck gebracht, daß sie die Ausstellung von Reisepässen als Paßersatz an Deutsche aus der DDR durch unsere Botschaft in Belgrad und unser GK Zagreb nicht mehr hinzunehmen bereit ist. Durch diese Praxis war es bis vor kurzem möglich, Deutschen aus der DDR, die sich in Jugoslawien aufhalten, ohne Schwierigkeiten die Gelegenheit zur Ausreise in die Bundesrepublik zu verschaffen. [...] Uns wurde die Legitimation bestritten, für Deutsche aus der DDR tätig zu werden.“ Hintergrund sei, „daß die DDR bei der jugoslawischen Regierung offensichtlich massiv demarchiert“ und mit einem Boykott der Olympischen Winterspiele vom 8. bis 19. Februar 1984 in Sarajevo gedroht habe. Vgl. Referat 214, Bd. 133020. Zu dieser Thematik vgl. auch AAPD 1979, II, Dok. 239, und AAPD 1980, II, Dok. 235.

⁴ Weitere Themen des Gesprächs des Bundesministers Genscher mit dem jugoslawischen Außenminister Mojsov am 16. Januar 1984 in Stockholm waren die Ost-West-Beziehungen, die politische Führung der UdSSR, die KVAE sowie die bilateralen Beziehungen, auch im wirtschaftlichen Bereich. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2 des Ministerialdirigenten Edler von Braunmühl, z.Z. Stockholm, vom 17. Januar 1984; Referat 010, Bd. 178885.

⁵ Die XIV. Olympischen Winterspiele fanden vom 8. bis 19. Februar 1984 in Sarajevo statt.

⁶ Bundesminister Genscher hielt sich vom 15. bis 18. August 1972 in Jugoslawien auf und führte Gespräche über die Tätigkeit jugoslawischer Gruppen in der Bundesrepublik. Vgl. dazu AAPD 1973, I, Dok. 111, Anm. 9.

Aktivitäten zu beobachten. Als Folge des Besatzungsrechts habe unsere Verfassung verboten, daß die Sicherheitsdienste Aktivitäten von Ausländern auf deutschem Boden verfolgten. Wir hätten die Verfassung geändert, um den Verfassungsschutzbehörden die Beobachtung solcher Aktivitäten auf deutschem Boden zu ermöglichen.⁷ Dies habe sich in der Folge positiv ausgewirkt. In diesem Zusammenhang sei damals außerdem besprochen worden, daß Deutsche, die aus der DDR nach Jugoslawien gekommen seien, wenn sie dies wollten, mit unserem Paß das Land verlassen könnten. Diese Vereinbarung sei später bestätigt worden. Es könnte schwerer Schaden für die Beziehungen entstehen, wenn heute von dieser Praxis abgewichen würde. Wir hätten diese Vereinbarung und die Praxis mit größter Diskretion gehandhabt. Wir wollten Jugoslawien keine Schwierigkeiten machen. Wir wüßten, welchem Drängen Jugoslawien von anderer Seite ausgesetzt sei. Die Olympischen Spiele seien eine zu schöne Sache, als daß im Zusammenhang mit ihnen unsere freundschaftlichen Beziehungen belastet werden sollten.

Mojsov dankte für die Darlegungen, die BM in großer Klarheit und gleichzeitig in freundschaftlicher Weise gemacht habe. Leider habe im Unterschied dazu unsere Botschaft Belgrad die Frage in aggressiver Weise angesprochen, wodurch eine Lösung für diese Frage erschwert werde, die für uns wie für Jugoslawien von großer Bedeutung sei. Aggressive Drohungen und Verbindungen mit anderen Fragen könnten die Sache nur komplizieren. Er bedauere die Formulierungen, die Botschafter Grabert im Gespräch mit hohen jugoslawischen Persönlichkeiten benutzt habe.⁸ Man müsse solche Fragen in freundschaftlicher Weise besprechen und zusehen, daß nicht die Position irgendeines Landes geschädigt werde. Jugoslawien tue nichts, was die seit Jahren geübte Praxis ändere. Man sei jedoch gegen die propagandistische Ausnutzung dieser Praxis. Wenn hier nicht diskret vorgegangen werde, dann entstünden viele negative Seiteneffekte, die von anderer Seite ausgenutzt werden könnten. Es stelle sich auch die Frage, warum die beiden Fußballspieler aus der DDR gerade in Jugoslawien ihre Absichten hätten verwirklichen müssen⁹, nachdem sie eine Woche vorher in ei-

⁷ Fragen des Verfassungsschutzes waren in Artikel 73 bzw. 87 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 geregelt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 9 bzw. S. 11.

Beide Artikel wurden im Einunddreißigsten Gesetz vom 28. Juli 1972 zur Änderung des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 geändert. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil I, S. 1305.

Die Aufgaben des Bundesamts für Verfassungsschutz waren in § 3 des Gesetzes vom 27. September 1950 über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes geregelt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1950, Teil I, S. 682.

Eine Neufassung des § 3 wurde mit dem Verfassungsschutz-Änderungsgesetz vom 7. August 1972 vorgenommen. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil I, S. 1382.

⁸ Botschafter Grabert, Belgrad, berichtete am 8. Dezember 1983, im Gespräch mit dem jugoslawischen Innenminister Dolanc am selben Tag habe er gegen die jugoslawische Feststellung protestiert, die Vertretungen der Bundesrepublik in Belgrad und Zagreb seien nicht zur Ausstellung von Pässen berechtigt. Außerdem habe er dargelegt, daß er Dolanc „als erfahrenem Politiker nicht zu erklären brauche, wie bei uns die Reaktion sein würde, wenn ein Deutscher aus der DDR von den jug[oslawischen] Organen der DDR überstellt würde“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 697; Referat 214, Bd. 133020.

⁹ Am 4. November 1983 wurde in der Presse berichtet, die beiden Spieler Falko Götz und Dirk Schlegel von BFC Dynamo hätten ein Spiel im Europapokal der Landesmeister bei Partizan Belgrad am 2. November 1983 dazu benutzt, sich von ihrer Mannschaft zu entfernen und bei der Botschaft der Bundesrepublik in Belgrad Pässe zu erbitten. Nach dem Erhalt der Pässe hätten sie Jugoslawien mit unbekanntem Ziel verlassen. Vgl. dazu den Artikel „Schlegel und Götz in der Bundesrepublik?“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 4. November 1983, S. 23.

nem der Bundesrepublik näheren Land, nämlich Luxemburg, gewesen seien.¹⁰ Doch das Problem sei gerade in Belgrad geschaffen worden, unter schwierigen Umständen und unter Benutzung des Grundstücks und der Fahrzeuge unserer Botschaft. Dies sei von anderen beobachtet worden. Wenn man in diskreter Weise vorgehe, würden Probleme nicht entstehen. Was die Olympischen Spiele betreffe, so sei man froh, daß BM Zimmermann komme. Man werde mit ihm andere Fragen der Sicherheit besprechen.¹¹ Man wünsche, eine Wiederholung der erwähnten Vorfälle während der Olympischen Spiele zu vermeiden. Es würden viele DDR-Sportler erwartet. Man wolle nicht jugoslawisches Territorium zum Schlachtfeld der Auseinandersetzung zwischen beiden deutschen Staaten über Paßfragen machen.

BM replizierte: Dies sei nicht das Problem. Seit Jahren hätten wir eine gefestigte Praxis. Jugoslawien erkenne deutsche Pässe an, die von unseren Vertretungen ausgestellt würden und die Ausreise ermöglichten. Wir wollten nicht, daß diese Praxis geändert werde. Auch nicht bei den Olympischen Spielen.

Er müsse mit großem Ernst sagen: Dies sei eine Frage, die ins Herz unserer Menschen gehe und auch seine persönlichen Gefühle betreffe. Wir ermutigten niemanden. Viele brauchten jedoch gar keine Ermutigung. Die Gründe seien deutlich. Wir hätten die bisherige Praxis mit größter Diskretion behandelt. Über seine Gespräche als Innenminister und die spätere Bestätigung habe niemand etwas in der Presse lesen können, solange die Praxis funktioniert habe. Wir wollten Jugoslawien keine Schwierigkeiten machen. Von uns werde in diesem Sinne alles getan, um solche Fälle, wenn sie einträten, was er nicht wisse, mit größter Diskretion zu behandeln.

Mojsov betonte erneut: Die diskrete Behandlung sei hier die Hauptsache. Man werde nichts ändern, was vorher vereinbart worden sei. Man wolle aber jugoslawisches Territorium nicht in ein Schlachtfeld verwandelt sehen. Man könne keine Drohungen und keine Verbindungen mit anderen Fragen akzeptieren.

BM schloß diesen Teil des Gesprächs mit der Feststellung: „Wir möchten bei dem Vereinbarten bleiben.“

[gez.] Braunnühl

VS-Bd. 14127 (010)

¹⁰ BFC Dynamo spielte am 28. September 1983 im Europapokal der Landesmeister gegen Jeunesse Esch aus Luxemburg.

¹¹ Zum Gespräch des Bundesministers Zimmermann mit dem jugoslawischen Innenminister Dolanc am 12. Februar 1984 in Sarajevo vgl. Dok. 54.

11

Aufzeichnung des Botschafters Ruth

221-373.00

18. Januar 1984¹Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³

Betr.: KVAE;

hier: Überlegungen zu unserem Konferenzkonzept

Zweck der Vorlage: zur Unterrichtung und mit der Bitte um Billigung

Durch die Entwicklung der Ost-West-Beziehungen während der letzten Monate ist der KVAE eine politische Bedeutung zugewachsen, die während der Auseinandersetzungen um das Mandat in Madrid⁴ kaum vorherzusehen war. Vor Beginn des neuen Verhandlungsprozesses erscheint es angebracht, unsere Ziele und Strategie für die Konferenz unter Rückbesinnung auf den Stellenwert, den wir als die entschiedensten Verfechter des westlichen Konferenzvorschlages der KVAE von Anfang an zuerkannt haben, im Lichte der aktuellen Situation zu überprüfen.

Dabei ist wichtig: Sowohl die langfristigen politischen Perspektiven, die wir mit der Konferenz verbinden, wie auch die konkreten Verhandlungsziele, die wir daraus ableiten, stehen in einer engen Wechselbeziehung zu den entsprechenden Zielvorstellungen der SU.

I. Sowjetische Konferenzziele

1) Für die SU war die „Europäische Sicherheitskonferenz“ seit den fünfziger Jahren zentrales Instrument einer Politik, die letztlich darauf abzielte, den Zusammenschluß der industriellen Demokratien Westeuropas und Nordamerikas im atlantischen Bündnis und insbesondere die militärische Präsenz der USA in Europa rückgängig zu machen. Auf dem Weg über die „militärische Entspannung“ soll ein Sicherheitssystem gefördert werden, das nicht auf dem (für Westeuropa nur durch die Einbeziehung der USA in das europäische Kräftespiel zu gewährleistenden) militärischen Gleichgewicht aufbaut, sondern auf gegensei-

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holik konzipiert.

Hat Ministerialdirektor Pfeffer vorgelegen.

² Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 21. Januar 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte und handschriftlich vermerkte: „Ab S. 7 = III. Teil vorzulegen.“

³ Hat Bundesminister Genscher am 27. Januar 1984 vorgelegen.

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 27. Januar 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre an Botschafter Ruth verfügte und handschriftlich vermerkte: „[Siehe] Anmerk[un]g BM S. 11.“ Vgl. Anm. 16.

Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 27. Januar 1984 erneut vorgelegen.

Hat Botschafter Ruth am 30. Januar 1984 erneut vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holik am 30. Januar 1984 erneut vorgelegen, der handschriftlich für Referat 221 vermerkte: „[Bitte] Durchdruck an 012 für Blauen Dienst (BStS ist unterrichtet).“

⁴ Vgl. dazu die Erklärung zur „Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa“ im Schlußdokument vom 6. September 1983 der KSZE-Folgekonferenz in Madrid; EUROPA-ARCHIV 1983, D 541 f.

tig deklarierten friedlichen Absichten. Während sich die SU im Verhältnis zu den USA auf das Recht auf gleiche militärische Sicherheit als Weltmacht beruft, möchte sie die europäischen Mittel- und Kleinstaaten mit dem Angebot „politischer Sicherheit“ zur Abkoppelung ihrer militärischen Sicherheit von den USA bewegen. Politische Garantien der SU sollen ihren zweitrangigen militärischen Sicherheitsstatus gegenüber der im „europäischen Haus“ militärischen Vormacht SU irrelevant erscheinen lassen.

2) Die SU wird in Stockholm diese langfristigen Ziele unter Anpassung an die aktuelle politische Situation weiterverfolgen. Dabei steht sie vor der Schwierigkeit, nach dem Scheitern der auf Verhinderung der Nachrüstung ausgerichteten Politik eine neue Haltung gegenüber dem Westen zu finden. Solange die gegenwärtige Phase der Überprüfung der sowjetischen Westpolitik nicht abgeschlossen ist, müssen wir uns in Stockholm auf eine zweigleisige Strategie des WP einstellen:

- Einerseits wird der Osten – schon um der Glaubwürdigkeit der bisherigen Politik willen – die Polemik gegen die Nachrüstung gezielt fortsetzen.
- Andererseits bietet der Beginn des Dialogprozesses im gesamteuropäischen Rahmen gesichtswahrende Gelegenheit, die Drohkulisse allmählich abzubauen und Verständigungsbereitschaft zu signalisieren.

3) Wenn die SU erste Aufschlüsse über ihre wirklichen Absichten zur künftigen Gestaltung des West-Ost-Verhältnisses geben will, wird sie dies (insbesondere in den Randgesprächen Gromykos) diskret tun. Im Plenum der Konferenz werden beide Elemente – Agitation gegen die NATO und Bereitschaft zum friedlichen Ausgleich – so dosiert geboten werden, wie es dem traditionellen Muster der Kampagne zur „militärischen Entspannung“ entspricht: gezielt sowohl auf Gefühle der Angst und Unsicherheit wie auch auf Illusionen über die Möglichkeiten „politischer Sicherheit“ in der europäischen Öffentlichkeit:

- Forderung auf Rücknahme der Nachrüstung unter Berufung auf das Konferenzziel der Vertrauensbildung im militärischen Bereich;
- Anprangerung der „aggressiven Militärpolitik“ der Reagan-Administration, Erwartung, Keile zwischen Europäer und Amerikaner treiben zu können;
- Nutzung der Fixierung der öffentlichen Debatte auf Nuklearfragen, um von der konventionellen Überlegenheit des WP als eigentlicher Ursache der Sicherheitsprobleme in Europa abzulenken;
- verbale Bereitschaft zu „radikalsten Maßnahmen der Abrüstung“, Berufung auf umfassende Kataloge anderswo unterbreiteter Vorschläge, die schon von ihrem globalen Anspruch her nicht als Verhandlungsgegenstand einer KVAE in Betracht kommen;
- Aufforderung an NATO, Kriegsgefahr und Mißtrauen durch Ersteinsatzverzichte und Gewaltverzichtsvertrag abzubauen.

4) Für die eigentlichen Verhandlungen wird sich die SU unter Rollenverteilung mit ihren WP-Partnern auf Vorschläge konzentrieren,

- die von ihrem konventionellen Offensivpotential ablenken und ihre konventionelle Überlegenheit in Europa unbeeinträchtigt lassen (minimale Weiter-

entwicklung der Helsinki-VBM⁵, entschiedener Widerstand gegen transparenzfördernde „Spionagevorschläge“ des Westens);

- die militärische Optionen der NATO in ihrem europäischen Vorfeld und zur See einschränken (Begrenzung von Manövern, Erfassung von Bewegungen in die KVAE-Zone hinein und durch die Zone hindurch, kernwaffen- und chemiewaffenfreie Zonen, nuklearer Ersteinsatzverzicht);
- die den eigenen Beitrag zu einem Verhandlungsergebnis im wesentlichen auf Zusagen friedlichen Verhaltens und auf „politische Garantien für die Sicherheit der Staaten“ beschränken, an den realen militärischen Rahmenbedingungen der Sicherheit aber nichts ändern (vor allem Gewaltverzichtsvertrag).

II. Unsere Konferenzziele

1) Das politische Umfeld der Konferenz macht es zu einer Aufgabe ersten Ranges, den Beginn dieser neuen Etappe des KSZE-Prozesses als Chance für die Neubelebung des erstarrten West-Ost-Verhältnisses zu nutzen. Die Terminierung des Konferenzbeginns, für die wir in Madrid nachdrücklich eingetreten sind, erweist sich nun als Glücksfall, ebenso wie die von uns durchgesetzte Eröffnung auf Ministerebene.

Diese Vorgaben gilt es zu nutzen, um ein breit angelegtes Programm der Entspannung, Vertrauensbildung und der Zusammenarbeit offensiv darzulegen. Der Namensartikel des Bundesministers⁶, das Brüsseler Signal⁷ und die Bundeskanzlerbriefe an die Regierungschefs des Warschauer Pakts⁸ haben den Ton gesetzt, den Präsident Reagan mit seiner Rede⁹ vor der Konferenzöffnung aufgenommen hat. Der Westen muß in einer vielleicht entscheidenden Überprüfungsphase der sowjetischen Politik seinen aufrichtigen Willen zur Verständigung bekunden und der sowjetischen Führung deutlich machen, daß die Chancen für einen Neubeginn auch in ihrem Interesse liegen und nur gemeinsam genutzt werden können. In jedem Fall muß der SU die Verweigerung des Dialogs so schwer wie möglich gemacht werden.

2) Der Westen muß deshalb der Konferenz von Anfang an die politische Perspektive geben, die unseren langfristigen Zielvorstellungen für eine Friedensord-

⁵ Vgl. dazu das „Dokument über vertrauensbildende Maßnahmen und bestimmte Aspekte der Sicherheit und Abrüstung“ der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975; SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 921–924.

⁶ Für den Wortlaut des Artikels „Wie geht es nach Beginn der Nachrüstung weiter?“ des Bundesministers Genscher vom 2. Dezember 1983 vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 689–694.

⁷ Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten vom 9. Dezember 1983 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 108. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 133 f.

⁸ Für das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl vom 14. Dezember 1983 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, vgl. AAPD 1983, II, Dok. 378.

Für das Schreiben vom 14. Dezember 1983 an den Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, vgl. VON HUBERTUSSTOCK NACH BONN, S. 155–159.

Für die inhaltsgleichen Schreiben an Präsident Ceauşescu, Präsident Husák, Ministerpräsident Jaruzelski, den Ersten Sekretär des ZK der USAP, Kádár, und Staatsratsvorsitzenden Schiwkow vgl. den am 12. Dezember 1983 konzipierten und am 16. Dezember 1983 übermittelten Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Graf York von Wartenburg; Referat 214, Bd. 132969.

⁹ Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan am 16. Januar 1984 in Washington vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1984, S. 40–44. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 109–114.

nung in Europa entspricht. Dazu gehören neben den militärischen auch die politischen, menschlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Dimensionen der Sicherheit und Zusammenarbeit, die in ihrem inneren Zusammenhang gerade am Anfang dieser neuen Etappe des KSZE-Prozesses verdeutlicht werden müssen.

Darüber darf jedoch nicht aus dem Blick geraten, daß die KVAE im Gesamtrahmen und als integraler Bestandteil des KSZE-Prozesses nach gemeinsamem westlichem Verständnis die spezifische Aufgabe hat, die militärischen Grundlagen der Sicherheit in Europa so konkret wie möglich zu behandeln. Die KVAE war vor allem deshalb ein Erfolg westlicher Politik, weil es gelungen ist, das Interesse der SU an der Konferenz an sich zur Durchsetzung eines Sachkonzepts zu nutzen: eines Programms der militärischen Stabilisierung im gesamt-europäischen Maßstab. Unser rüstungskontrollpolitisches Hauptziel war es, die Gefahren der militärischen und politischen Destabilisierung einzudämmen, die von dem bestehenden Ungleichgewicht der konventionellen Streitkräfte in Europa ausgehen. Für uns war besonders wichtig, daß der gesamteuropäische Ansatz der KVAE Gelegenheit bietet, Nachteile auszugleichen, die sich aus dem geographisch beschränkten Ansatz der MBFR-Verhandlungen ergeben.

Das Konferenzmandat, das wir in jahrelangen Anstrengungen durchgesetzt haben, macht es erforderlich, militärische Fragen in das Zentrum der Verhandlungen zu stellen. Wenn wir uns darauf einließen, das militärische Element abzuwerten, würden wir nachträglich den Sowjets in die Hände spielen. Der Westen muß vielmehr der vornehmlich auf atmosphärisch-psychologische Effekte abzielenden Kampagne der „militärischen Entspannung“ die Forderung nach konkreten, militärisch relevanten Beiträgen zur Stabilisierung der militärischen Lage in Europa entgegensetzen. Während die SU Vertrauen auf papierne Zusagen friedlichen Verhaltens aufbauen will, müssen wir dafür eintreten, Vertrauen durch mehr Gewißheit und Berechenbarkeit im militärischen Bereich zu erarbeiten. Das militärische Verhalten der Staaten soll nicht am „Geist der militärischen Entspannung“ gemessen werden, sondern an vereinbarten, konkreten Regeln für den Umgang mit militärischer Macht.

3) Nach dem spektakulären politischen Auftakt in Stockholm wird es deshalb in den nächsten zwei Jahren Hauptaufgabe der westlichen Verhandlungsführung sein, konkrete Vorschläge einzubringen und zu vertreten, die sich nachweisbar an diesen Zielvorgaben orientieren. Die erfolgsorientierte Erarbeitung konkreter Verhandlungsergebnisse ist deshalb nicht ohne eine breitere Debatte über allgemeine Fragen der Sicherheit denkbar. Wir sollten das schon von seiner Zusammensetzung her – etwa im Vergleich zu VN-Gremien – für uns vorteilhafte Forum in Stockholm nutzen, um unser überlegenes Sicherheitskonzept offensiv darzulegen und die Schwächen der östlichen Position zu enthüllen. Dies muß auch für die Behandlung von Vorschlägen des WP gelten, die darauf abzielen, die eigentlichen Ursachen der Sicherheitsprobleme in Europa zu verschleiern und über die Deklaration friedlicher Absichten die Illusion „politischer Sicherheit“ zu schaffen. Der Westen würde sich insbesondere in eine unhaltbare defensive Position lancieren, wenn er jedes Eingehen auf die Gewaltverzichtsthematik verweigert. Gewaltverzicht und Vertrauensbildung gehören nach dem Konferenzmandat zusammen. Da wir die Diskussion nicht ab-

lehnen können, sollten wir sie in unsere Richtung steuern. Wir müssen klarstellen, daß die Geltung des verbindlichen Gewaltverbots, d. h. die Realität seiner Beachtung in der Praxis der Teilnehmerstaaten, in dem Maße gestärkt wird, in dem konkrete, militärisch bedeutsame Maßnahmen erarbeitet werden. Dies ist gemeinsame westliche Position. Auf ihrer Grundlage sollten wir den Versuch fortsetzen, unsere Bündnispartner davon zu überzeugen, daß ein Verhandlungsergebnis einer KVAE, das in sich eine Konkretisierung des Gewaltverzichts darstellt, mit einer Bekräftigung des Prinzips verbunden werden könnte.

III. Unsere Strategie

1) Auch wenn die SU in Madrid einem Mandat zugestimmt hat, das dem westlichen Sachkonzept weitgehend Rechnung trägt, besteht der Grunddissens in den Konferenzzielen zwischen West und Ost fort und muß in der westlichen Verhandlungsstrategie berücksichtigt werden. Es wäre unrealistisch, von vornherein auf ein Abgehen der SU von ihrem Konzept der „militärischen Entspannung“ als Geschäftsgrundlage des Verhandlungsprozesses zu setzen. Trotzdem bestehen begründete Aussichten, den Verhandlungsprozeß so zu steuern, daß die aus dieser Konstellation resultierenden Risiken umgangen werden und die Eigenynamik des Prozesses sich – wie bei der KSZE – im Sinne der westlichen und nicht der östlichen Zielsetzungen entfaltet.

2) Voraussetzungen für unseren Erfolg sind:

a) Geschlossenheit des Westens

Unerläßliche Grundlage für die Steuerbarkeit des Verhandlungsprozesses ist der Zusammenhalt unter den Zehn und im atlantischen Bündnis und die harmonische Koordinierung beider Konsultationsgremien auf allen Stufen des Prozesses. Dabei muß die Abstimmung im EPZ-Rahmen schon deshalb eine angemessene Rolle erhalten, weil er sich eher für die Herausstellung der politischen Perspektive – über die militärischen Einzelaspekte hinaus – eignet. Dies erfordert jedoch Rücksichtnahme auf amerikanische Empfindlichkeiten. Geschlossenes westliches Auftreten auf sicherheitspolitischem Terrain kann letztlich nur durch umfassende Konsultation aller Bündnispartner in der NATO sichergestellt werden.

Bei der Erarbeitung der westlichen Verhandlungsposition während der letzten Wochen ist deutlich geworden: Bei allem verständlichen Drängen auf rasche Fortschritte darf die Aufgabe der militärisch Verantwortlichen, negative Auswirkungen der einzubringenden Vorschläge auf gemeinsame Sicherheitsinteressen zu vermeiden, nicht leichtgenommen werden. Wir werden im Bündnis auch weiterhin unseren Einfluß geltend machen, um auf der Basis gegenseitiger Rücksichtnahme auf vitale nationale Interessen einen vernünftigen Mittelweg zwischen der Kumulierung nationaler Anforderungen und einem kleinsten gemeinsamen Nenner nahe dem Verhandlungswert Null zu finden.

Auch in der allgemeinen Sicherheitsdebatte müssen Alleingänge vermieden werden, die die Geschlossenheit des Westens beeinträchtigen könnten. In der Frage der richtigen Behandlung der Gewaltverzichtsproblematik werden wir deshalb noch beharrliche Überzeugungsarbeit innerhalb des Bündnisses und im EPZ-Rahmen leisten müssen, bevor wir mit unserem Konzept im Plenum auftreten können.

b) Gewinnung der Neutralen

Der Erfolg in Madrid ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß der Westen das ganze Treffen hindurch einmütig klare und einsichtige Positionen vertrat, an seinem Ziel festhielt und auf dem Weg dahin flexibel argumentierte. Für die Diskussion über allgemeine Prinzipien der Sicherheit besteht insofern auch in Stockholm Grund zur Zuversicht. Die meisten N+N-Staaten sind für vernünftige westliche Argumente in diesem Bereich offen. Transparenz, Berechenbarkeit und Nachprüfbarkeit sind Themen, die auf westlicher und neutraler Seite so integrativ, gegenüber dem Osten so offensiv wirken könnten wie die Forderung nach Freizügigkeit für Menschen, Ideen und Informationen in der KSZE-Debatte.

Um so wichtiger wird es sein, in der westlichen Verhandlungsführung weniger militärisch zu argumentieren, als den inneren Zusammenhang zwischen konkreten Verhandlungsvorschlägen und allgemein anerkannten Prinzipien der Sicherheit in Europa aufzuzeigen, schiefe sowjetische Interpretationen zurechtzurücken und beanstandenswertes sowjetisches Verhalten zu kritisieren.

Dessen ungeachtet wird die Substanz, aber auch die Präsentation der westlichen VSBM-Vorschläge¹⁰ von entscheidender Bedeutung für den Erfolg in Stockholm sein. Dies um so mehr, als einige N+N-Staaten auf diesem Gebiet – im Unterschied zur allgemeinen Sicherheitsdebatte – eher versucht sein könnten, sich durch eigenständige Vorschläge als Vermittler zwischen West und Ost zu profilieren.

Mit dem vom NATO-Rat erarbeiteten VSBM-Paket hätte der Westen eine eindrucksvolle Eröffnungsposition für Stockholm, die jedoch nicht als „take it or leave it“-Position vorgelegt werden darf. Der Westen wird zusätzliche Vorschläge unter Berücksichtigung der Vorstellungen insbesondere aus dem N+N-Lager entwickeln müssen, um seine Verhandlungsbereitschaft und Flexibilität unter Beweis zu stellen. Wir haben hierzu bereits Anregungen gegeben (unter Einschluß von constraints), sie jedoch zunächst zurückgestellt, um die Einigung über das Ausgangspaket für Stockholm nicht zu erschweren.

c) Hebel gegenüber der Sowjetunion

Ungeachtet der unterschiedlichen Zielvorstellungen können wir von einer Konstante der sowjetischen Interessenlage ausgehen: dem ideologisch fundierten Interesse an der Konferenz an sich. Es ist kein Zufall, daß die KVAE das einzige für West-Ost-Verhandlungen relevante Rüstungskontrollforum ist, das von der Sowjetunion auch in schärfsten Warnungen vor den Folgen der Nachrüstung nie in Frage gestellt wurde. Es ist schwer vorstellbar, daß eine sowjetische Führung aus Enttäuschung über kurz- und mittelfristige Verhandlungsergebnisse ein Scheitern des „paneuropäischen Sicherheitsdialogs“ in Kauf nehmen würde, der seit Jahrzehnten wesentliches Element des Konzepts der „militärischen Entspannung“ darstellt. Insofern besteht im Hinblick auf die KVAE eine grund-

¹⁰ Zur Erörterung des Pakets vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen der NATO-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 4 und Dok. 6.

Die NATO-Mitgliedstaaten legten das Paket am 24. Januar 1984 vor. Für den Wortlaut des Dokuments CSCE/SC/1 vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXII, S. 360 f.

sätzlich andere sowjetische Interessenlage als bei START, INF und MBFR, die letztlich auf westliches Verständnis¹¹ von „Rüstungskontrolle“ zurückgehen.

Es liegt auf der Hand, daß sich diese sowjetische Interessenlage mittelfristig im westlichen Interesse eines Verhandlungsergebnisses nutzen läßt. Bereits in Helsinki¹² wurde das sowjetische Bestreben deutlich, die erste Phase der KVAE automatisch mit dem nächsten KSZE-Folgetreffen in Wien¹³ zum Abschluß zu bringen, um dann den Übergang zur zweiten, der Abrüstung gewidmeten Phase beschließen zu können. Es ist uns gelungen, in den Modalitäten der Beschlüsse von Helsinki entsprechend dem in Madrid vereinbarten Konferenzmandat eindeutig klarzustellen, daß über den Abschluß der ersten Konferenzphase auf einem künftigen KSZE-Folgetreffen im Lichte der erzielten Ergebnisse entschieden wird.

Vor diesem Hintergrund ist nicht auszuschließen, daß die sowjetische Delegation in Stockholm mit dem Herannahen des Folgetreffens in Wien (Herbst 1986) in Druck und vielleicht sogar in eine Demandeur-Position geraten könnte. Der Westen wird deshalb gut beraten sein, den zunächst zu erwartenden Widerstand des WP gegen seine Vorschläge nicht als letztes Wort zu nehmen und sich für die nächsten drei Jahre auf eine geduldige Durchsetzung seiner Verhandlungsziele einzustellen. Dies wird um so eher durchzuhalten sein, je mehr wir unsere Öffentlichkeit und die N+N-Staaten von der Richtigkeit unseres Konzepts überzeugen können.

Ein zusätzlicher Hebel würde sich bieten, wenn im Bündnis Konsens über unseren Ansatz zum Gewaltverzicht erzielt werden könnte. Die sowjetische Führung hat in den Vorschlag für einen Gewaltverzichtsvertrag¹⁴ erhebliches Engagement und Prestige investiert (Prager Deklaration als erste und bisher einzige WP-Initiative, die mit¹⁵ Andropow persönlich identifiziert werden kann). Der Westen wäre in einer ausgezeichneten Verhandlungsposition, wenn er sich dieses Interesse durch Umformung des Vorschlags im Sinne westlicher Vorstellungen nutzbar machen könnte.¹⁶

3) Bei nüchterner Analyse der Interessenlage bestehen somit auch dann, wenn der Dissens in den langfristigen Zielvorstellungen zwischen West und Ost rea-

¹¹ An dieser Stelle vermerkte Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich: „Nach Rücksprache mit dem Verfasser Holik: Gemeint ist die westliche ‚Philosophie‘, Rüstungskontrolle konkret zu regeln, also im Gegensatz zur SU KSZE-Ursprungskonzeption.“

¹² Vom 25. Oktober bis 11. November 1983 fand in Helsinki das Vorbereitungstreffen für die KVAE statt. Für den Wortlaut des Schlußdokuments vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 50–52. Vgl. dazu ferner AAPD 1983, II, Dok. 345.

¹³ Die dritte KSZE-Folgekonferenz begann am 4. November 1986.

¹⁴ Am 4./5. Januar 1983 fand in Prag eine Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts statt. In der „Politischen Deklaration“ wurde u. a. ein Vertrag zwischen NATO und Warschauer Pakt zum Verzicht auf die Anwendung militärischer Gewalt vorgeschlagen. Die Teilnehmer sollten sich dazu verpflichten, „als erste gegeneinander weder Kernwaffen noch konventionelle Waffen und folglich nicht als erste militärische Gewalt überhaupt gegeneinander anzuwenden“. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 115. Vgl. dazu ferner AAPD 1983, I, Dok. 40.

¹⁵ Der Passus „Ein zusätzlicher Hebel ... WP-Initiative, die mit“ wurde von Staatssekretär Meyer-Landrut hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das ist nicht nur ein zusätzlicher Hebel, sondern der entscheidende Einstieg für den gesamten weiteren Rüstungskontrolldialog!“

¹⁶ Der Passus „Andropow persönlich identifiziert ... nutzbar machen könnte“ wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Umformen, wie das ursprüngliche Konzept der SU für KSZE.“ Vgl. Anm. 3.

listisch zugrunde gelegt wird, gute Chancen zur Durchsetzung unserer Verhandlungsziele für die erste Etappe des Prozesses.

Dessen ungeachtet sollten wir, schon um der Glaubwürdigkeit unseres Konferenzkonzepts willen, in unserer langfristigen Strategie auch das Ziel aufrechterhalten, die Sowjetunion zur Aufgabe ihres für uns unannehmbaren Konzepts der „militärischen Entspannung“ zu bewegen. In unserem Strategiepapier¹⁷ wurde dazu festgestellt:

„Aus westlicher Sicht kommt es letztlich auch darauf an, der SU die Alternativen deutlich zu machen. Dazu gehört es, neben sicherheitspolitischer Festigkeit, die notfalls zu den gebotenen verteidigungspolitischen Gegenmaßnahmen führt, in überzeugender Form die Aufrechterhaltung des Angebots zur Entspannung und Zusammenarbeit klarzumachen. Die KVAE muß Teil einer Gesamtstrategie des Bündnisses sein, die auf den Prinzipien des Dialogs, der Offenheit und Vernunft aufbaut und sich als ernsthafter Versuch darstellt, auch im Sicherheitsbereich ein beiderseitiges Interesse an Stabilität und an einem zivilisierten Verhältnis herauszuarbeiten und zu kodifizieren.“

Die KVAE könnte, vom Westen richtig genutzt und mit Unterstützung der Neutralen, einen wichtigen Anstoß zu einem schwierigen Umdenkungsprozeß in Moskau geben. Das Angebot an die Sowjetunion muß über den Sicherheitsbereich hinaus die politischen, menschlichen und vor allem wirtschaftlichen Dimensionen einer gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit umfassen. Es muß darauf abzielen, einer sowjetischen Führung, die die langfristigen Perspektiven überdenkt, selbstkritische Fragen zu ihren eigenen Interessen in ihrem Gesamtzusammenhang nahezulegen. Auch unter diesem Gesichtspunkt ist für Stockholm ein politischer und nicht bloß militärischer Ansatz unverzichtbar.¹⁸

Ruth

Referat 221, Bd. 128662

¹⁷ Zum Strategiepapier der Bundesregierung für die KVAE vgl. Dok. 4, Anm. 12.

¹⁸ An dieser Stelle vermerkte Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich: „D 2 hat mitgezeichnet.“

12

**Vortragender Legationsrat I. Klasse von Ploetz,
z. Z. Stockholm, an das Auswärtige Amt**

114-10241/84 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 34
Cito

Aufgabe: 18. Januar 1984, 20.00 Uhr¹
Ankunft: 20. Januar 1984, 07.13 Uhr

Betr.: Gespräch BM mit AM Shultz am 18.1.1984, Stockholm²

Gespräch fand im Rahmen eines Frühstücks auf Einladung von AM Shultz in sehr guter und freundschaftlicher Atmosphäre statt.

Auf deutscher Seite nahmen teil: Pfeffer, Ruth, Sudhoff, Paschke, Ploetz, Weber.

Auf amerikanischer Seite: Burt, Howe, Matlock, Dobbins, Hughes, Obst.

BM dankte einleitend Shultz dafür, daß er in Stockholmer Rede³ auf die Teilung Europas und Deutschlands hingewiesen habe. Dies habe ihn tief bewegt und finde in der deutschen Presse große Beachtung. Der Hinweis auf die Verbindung zwischen der Teilung Europas und Deutschlands sei der richtige Ansatz für die Betrachtung dieses Problems: Die deutsche Teilung sei zugleich ein europäisches und ein deutsches Problem. Zum ersten Mal seit langem sei unser Schicksal so klar mit dem unserer Nachbarn verbunden: Durch Überwindung der Teilung des Kontinents werde auch unsere Teilung überwunden. Dies gelte auch für unsere östlichen Nachbarn, wenn sie sich frei äußern könnten. Für die Bevölkerung dort bedeute die Überwindung der europäischen Teilung die Wiederherstellung ihrer Freiheit.

Die Äußerungen von Shultz hätten mit anderen Worten deutlich gemacht, daß die Teilung Europas und Deutschlands nicht einem Naturgesetz entspreche und daß es nicht der Westen sei, der daran festhalte. Auch hier habe der Westen die besseren Karten und befinde sich in Übereinstimmung mit dem Grundgefühl der Menschen in unserer Zeit, das auf Überwindung der Grenzen und Schließung der trennenden Gräben abziele. Shultz ergänzte zustimmend, wir befänden uns hier auch auf einer Linie mit der gesamten technologischen Entwicklung, insbesondere des Nachrichtenwesens, wo bereits im weltweiten Maßstab operiert werde.

Auf die aktuelle Ost-West-Entwicklung übergehend, nahm BM Bezug auf seine Prognose gegenüber Shultz im Dezember in Bonn⁴, daß die sowjetische Angst-

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 20. Januar 1984 erneut vorgelegen.

² Bundesminister Genscher hielt sich vom 16. bis 19. Januar 1984 anlässlich der Eröffnung der KVAE in Schweden auf.

³ Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Außenministers Shultz vom 17. Januar 1984 vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 84 (1984), Heft 2084, S. 34–36. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 239–243.

⁴ Bundesminister Genscher und der amerikanische Außenminister Shultz trafen am 6. Dezember 1983 zusammen. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnungen; VS-Bd. 14118 (010); B 150, Aktenkopien 1983, bzw. VS-Bd. 11452 (221); B 150, Aktenkopien 1983.

Für das Gespräch zwischen Genscher, Shultz und Bundeskanzler Kohl am selben Tag vgl. AAPD 1983, II, Dok. 371.

kampagne gegen die Nachrüstung zurückschlagen werde. Dies werde deutlich an Problemen in der DDR und der ČSSR.

Chňoupek habe seinen Besuch abgesagt⁵, vielleicht hätten auch interne Gründe eine Rolle gespielt, der ungarische Außenminister hingegen sei nach Bonn gekommen⁶. Shultz knüpfte hieran die Bemerkung, die Tschechen seien besonders kompromißlos und unbeweglich, selbst im persönlichen Umgang.

BM verwies darauf, daß in der tschechoslowakischen Führung als einziger in Osteuropa noch alle Schattierungen kommunistischen Denkens, einschließlich der Stalinisten (Matlock: Bilak), vertreten seien. Er werde nicht mit Chňoupek zusammentreffen, nachdem dieser seinen Besuch abgesagt habe. Dieser werde seine Position aber nicht lange durchhalten. Er habe bereits gestern am Rande auf die Frage, ob er zu den kalten Kriegern übergewechselt sei, gesagt, daß es in einigen Monaten wärmer werde.

Die Ausgangsposition von Shultz für sein Gespräch mit Gromyko⁷ bezeichnete BM als gut, nicht zuletzt aufgrund der positiven Entwicklung in der Allianz. Es handele sich um eine Begegnung von großer Bedeutung.

Shultz warf ein, daß Gromyko verbreiten lasse, er wolle es Shultz schwermachen mit der Behauptung, die Reagan-Rede⁸ sei nur Propaganda in einem Wahlkampfjahr⁹. Wenn dies die sowjetische Position sei, könne man es nur bedauern. „Dann werden wir nach einiger Zeit einen neuen Versuch unternehmen.“

BM verwies darauf, daß die Meinungsbildung in Moskau nach dem Rückschlag durch den Nachrüstungsbeginn noch nicht abgeschlossen sei. Dies müsse für das Gespräch mit Shultz kein Nachteil sein, wenn man die Politik der anderen Seite beeinflussen wolle. Im Gegenteil sei der Zeitpunkt günstig.

In der Reagan-Rede werde die sowjetische Seite wahrscheinlich am meisten von der Passage beeindruckt werden, in der von gemeinsamen Interessen und gemeinsamer Verantwortung die Rede sei und an sie appelliert werde, gemeinsam Lösungen für internationale Probleme zu suchen. Im Hinblick auf das traditionelle sowjetische Minderwertigkeitsgefühl sei nichts wichtiger, als von den USA als gleichberechtigte Supermacht akzeptiert zu werden. Deshalb sei die Erklärung von 1972¹⁰ für die SU so wichtig gewesen. In diesem Zusammenhang sei es aber wichtig, die Sowjets an alle Elemente dieser Erklärung zu erinnern. Die Verpflichtung zur Mäßigung gelte nicht nur in den gegenseitigen Beziehungen mit der anderen Supermacht, sondern weltweit, die SU dürfe sich nicht die Rosinen herauspicken und so tun, als sei sie die einzige Supermacht.

⁵ Zur Absage des Besuchs des tschechoslowakischen Außenministers Chňoupek in der Bundesrepublik vgl. Dok. 7, Anm. 6.

⁶ Der ungarische Außenminister Várkonyi besuchte die Bundesrepublik am 21. Dezember 1983. Für das Gespräch mit Bundesminister Genscher vgl. AAPD 1983, II, Dok. 390.

⁷ Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 18. Januar 1984 in Stockholm vgl. Dok. 13.

⁸ Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan am 16. Januar 1984 in Washington vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1984, S. 40–44. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 109–114.

⁹ Am 6. November 1984 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

¹⁰ Für den Wortlaut der Grundsatzserklärung vom 29. Mai 1972 über die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 66 (1972), S. 898 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 289–291.

Dieses Prinzip habe sie in den letzten Jahren immer mehr vernachlässigt. Eine Gesprächsführung in diesem Sinne werde sowjetischer Empfindlichkeit sehr entgegenkommen. Gromyko werde es darüber hinaus bei aller Verslossenheit zu schätzen wissen, wenn ihm der Eindruck persönlicher Respektierung vermittelt werde.

Die wiedergewonnene politische Einheit und innere Stärke der Allianz sei eine gute Ausgangsposition für das gemeinsame Vorhaben: Shultz habe in seiner Rede deutlich gemacht, daß nicht der Westen Dialog und Zusammenarbeit verweigere, die andere Seite müsse an den Verhandlungstisch zurückkehren.¹¹

BM unterrichtete Shultz dann über sein Gespräch vom 17.1. mit AM Mladenow¹², das die interne Diskussionslage im Ostblock etwas deutlicher gemacht habe: Die Tatsache, daß Mladenow die auch im Kwizinskij-Artikel¹³ erhobenen – und von uns bereits zurückgewiesenen – Vorwürfe wiederholt habe, deute sowjetische Argumentationsprobleme gegenüber den eigenen Partnern an, die offensichtlich mit Hinweisen auf deutsches bzw. amerikanisches Torpedieren eines Verhandlungserfolgs in Genf beschieden worden seien. Im übrigen habe Gespräch mit Mladenow, der immer wieder auf die Raketenfrage zurückgekommen sei, in Abweichung von sonstigen Gesprächen mit ihm den Eindruck einer Pflichtübung hinterlassen.

Auf Frage von Shultz stellte BM fest, über die Lage in Moskau habe das Gespräch mit Mladenow keine Erkenntnisse gebracht. Hier sei der Besuch des ungarischen AM ergebiger gewesen, der den deutlichen Eindruck vermittelt habe, daß Andropows Position trotz seiner Erkrankung stark sei. Er habe zwar mit vermehrten Schwierigkeiten zu kämpfen, um seine Projekte durchzusetzen, dies allerdings mehr im inneren Bereich. Insgesamt seien wir also in einer guten Position und, nicht im provokatorischen Sinn, in der Offensive. Dies sei lange nicht mehr der Fall gewesen.

Das Thema Gewaltverzicht nahm BM unter zustimmender Bezugnahme auf die Reagan-Rede auf, wonach der GV konkretisiert und den Worten Taten folgen müßten. Das GV-Thema werde in allen WP-Reden kommen und sei populär. Daher sei es gut, nicht nur nein zu sagen, sondern offensiv zu antworten und zu fordern, die mit diesem Prinzip verbundenen Fragen zu konkretisieren. Shultz nahm diese Ausführungen mit zustimmendem Kopfnicken zur Kenntnis.

Auf Frage BMs erläuterte Shultz den Stand der US-Überlegungen zu Polen: Als ersten NATO-Partner wolle er uns davon unterrichten, daß die Administra-

¹¹ Zum Abbruch der INF-Verhandlungen sowie zur Unterbrechung von START vgl. Dok. 6, Anm. 7.

¹² Vortragender Legationsrat I. Klasse von Ploetz, z. Z. Stockholm, berichtete am 19. Januar 1984, das Gespräch sei „in der traditionellen Offenheit der Gespräche BM mit Mladenow geführt“ worden: „Es machte deutlich, daß die konzeptionelle Bewältigung der Entwicklung des West-Ost-Verhältnisses während der letzten Monate, insbesondere des Nachrüstungsbeginns, erhebliche Probleme für die östliche Seite aufgeworfen hat. Auffällig war die schablonenhafte Argumentation, kritisch, soweit die USA betroffen waren, Schonung der Europäer.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 27; VS-Bd. 14123 (010); B 150, Aktenkopien 1984.

¹³ Am 12. Januar 1984 erschien in der amerikanischen Tageszeitung „The New York Times“ ein Artikel des Leiters der sowjetischen INF-Delegation, Kwizinskij, in dem dieser seine Sicht der Vorgänge um den „Waldspaziergang“ vom 16. Juli 1982 bzw. den „Parkspaziergang“ vom 13. November 1983 darlegte und dabei der Bundesregierung eine Mitschuld am Scheitern der Verhandlungen zuwies. Vgl. dazu den Artikel „Soviet View of Geneva“; THE NEW YORK TIMES vom 12. Januar 1984, S. A 31.

tion den Zeitpunkt für gekommen halte, einige erkennbare, wenn auch nicht sehr große Schritte zu tun:

- Nachdem man im November/Dezember die Polen, die über traditionelle Fischereibeziehungen zu den USA verfügten, ermutigt habe, mit den amerikanischen Fischern über Arrangements zu reden, wolle man jetzt beachtliche, im Umfang aber noch nicht fixierte Quoten vor der US-Küste zusagen.
- Im Luftverkehr wolle man den Charterflugverkehr, auch mit Rücksicht auf starke polnische Bevölkerungsgruppe in den USA und die Olympischen Spiele¹⁴, erweitert zulassen, der Linienflugverkehr unterbleibe aber weiter.¹⁵

Diese konkreten Schritte seien Reaktionen auf den Papst-Besuch¹⁶ und die Entlassung vieler Gefangener, auch wenn die Lage hier weiter unbefriedigend sei.

Bei der Umschuldung¹⁷ sei die Lage unverändert. Neue Kredite kämen nicht in Betracht.

Das Kirchenprojekt für die polnische Landwirtschaft¹⁸ verfolge Washington mit Interesse. Wenn es konkrete Form annehme, sei es zur Teilnahme bereit.

¹⁴ Die XXIII. Olympischen Sommerspiele fanden vom 28. Juli bis 12. August 1984 in Los Angeles statt.

¹⁵ Präsident Reagan verkündete am 23. Dezember 1981 verschiedene Sanktionen gegen Polen. Darunter waren ein Lieferstopp für Landwirtschafts- und Milchprodukte sowie die Aufhebung der zivilen Flugrechte in den USA und polnischer Fischereirechte in amerikanischen Gewässern. Für den Wortlaut der Rede vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 1185–1188. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 161–163 (Auszug).

Gesandter Wallau, Washington, teilte am 19. Januar 1984 mit, nach Auskunft des amerikanischen Außenministeriums habe Reagan am 16. Januar 1984 entschieden, „das Fischfangverbot für polnische Fischer in US-Gewässern aufzuheben; Landrechte für 88 polnische Charterflüge im Zeitraum April – Oktober 1984 in die USA in der Erwartung zu erteilen, daß Warschau amerikanischen Fluggesellschaften die gleiche Zahl von Landrechten für Charterflüge gewährt. [...] Die Aufhebung oder Modifizierung weiterer Sanktionen sei abhängig von der Entwicklung in Polen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 247; VS-Bd. 13411 (214); B 150, Aktenkopien 1984.

¹⁶ Papst Johannes Paul II. hielt sich vom 16. bis 23. Juni 1983 in Polen auf. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 197 und Dok. 216.

¹⁷ Referat 422 vermerkte am 17. Januar 1984, die Verhandlungen über eine Umschuldung polnischer Verbindlichkeiten seien im Januar 1982 ausgesetzt und am 16./17. November 1983 in Paris wiederaufgenommen worden: „Dabei forderte die westliche Seite die sofortige Zahlung der auf rund 520 Mio. Dollar (deutscher Anteil: 209 Mio. DM) bezifferten Rückstände aus dem Umschuldungsabkommen 1981. Die polnische Seite erkannte grundsätzlich an, daß die aufgelaufenen Rückstände einer Regelung bedürfen. Sie bestand aber auf einer gleichzeitig zu treffenden Umschuldungsregelung für die Fälligkeiten der Jahre 1982 und 83 (5,7 Mrd. Dollar; deutscher Anteil: 2,1 Mrd. DM (800 Mio. Dollar)) und machte mit einer gewissen Härte deutlich, daß für Polen eine Gesamteinigung nur in Verbindung mit dem von Polen gewünschten IWF-Beitritt sowie mit der Gewährung neuer westlicher Kredite möglich ist.“ Diese polnischen Vorbedingungen seien zurückgewiesen worden. Vgl. Referat 422, Bd. 140137.

¹⁸ Referat 411 erläuterte am 19. Januar 1984: „Im Jahre 1982 haben die polnischen Bischöfe damit begonnen, mit der Deutschen Bischofskonferenz und – soweit hier bekannt – mit entsprechenden Stellen in anderen westlichen Staaten ein kirchliches Hilfsprogramm für die private polnische Landwirtschaft und das Handwerk zu entwickeln. Volkswirtschaftliches wie politisches Ziel der Initiative ist die Erhaltung und Festigung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit der Landwirte und Handwerker. Das Reformpotential in Polen soll bewahrt und gestärkt werden.“ Das Hilfsprogramm solle auf polnischer Seite über eine unabhängige Stiftung polnischen Rechts abgewickelt werden, deren Träger die katholische Kirche in Polen sein werde. Zur Errichtung der Stiftung müsse das polnische Parlament ein Stiftungsgesetz verabschieden: „Ziel der Kirche ist es, durch Stiftungsgesetz und -statut sicherzustellen, daß die Stiftung bei der Gestaltung und Durchführung des Programms volle Unabhängigkeit besitzt.“ Die Kosten des Programms sollten zur Hälfte aus privaten Spenden bzw. von den beteiligten Regierungen, vor allem den EG-Mitgliedstaaten und den USA, getragen werden. Vgl. Referat 421, Bd. 140341.

BM nahm Bezug auf das Gespräch im Viererkreis in Brüssel¹⁹, bei dem er die polnische Haltung zu diesem Projekt als wichtigen Faktor für unsere Entscheidung über die Weiterentwicklung der Beziehungen zu Polen bezeichnet habe. Wenn dieses Projekt in unserem Sinn erfolgreich sei, werde sich für die USA schnell das Futtermittelproblem stellen, dessen Bedeutung BM noch einmal darlegte.

Zur amerikanischen Einschätzung der Lage im Nahen Osten, um die BM im Hinblick auf bevorstehende Israel-Reise BKs²⁰ bat, bemerkte Shultz: Israel verhalte sich konstruktiv. Eine Prognose für den Nahen Osten sei schwierig, aber bei allen Problemen gebe es einige hoffnungsvolle Entwicklungen:

- Im Libanon seien die Sicherheitsabsprachen und die Versöhnung seit der Vereinbarung des Waffenstillstands²¹ im letzten Sommer mühsam in Gang gekommen, und trotz aller Schwierigkeiten bemühe man sich weiter darum. Im letzten Moment habe Syrien damals entschieden, daß es noch nicht so weit sei, es gebe hier aber Perspektiven.
- Seit Shamirs Besuch in Washington²² verhalte sich Israel sehr positiv im Libanon und wolle helfen. Alles bewege sich sehr langsam, und es gebe unverändert das Potential für eine plötzliche Explosion.
- In Syrien hielten sich 6000–7000 Sowjets meist als Militärberater auf, gelegentlich auch im Bekaa-Tal. Hier gebe es ein starkes Potential für eine Explosion.
- In Tripoli sei die Lage nach Arafats Abzug²³ entspannt. Die neue Guerilla-Einheit unter syrischem Kommando könne aber im Süden aktiv werden.
- An vom BM erwähnten Gerüchten über eine amerikanische Absicht, Beziehungen zur PLO zu verbessern, sei nichts. Die USA hätten zwar den Abzug ermöglicht, indem sie Israel dazu brachten, ihn zu dulden. Soweit Arafat die PLO führe – die meisten Palästinenser sähen das wenigstens psychologisch noch so –, sei eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen ihm und Hussein wünschenswert. Arafat wirke unsicher, zum Verzicht auf den Kampf gegen Israel scheine er nicht bereit.
- Hussein stehe unter starkem syrischen Druck, Damaskus sei teilweise für Terrorismus in Jordanien verantwortlich. Für Hussein werde es um so gefährlicher, je stärker Syrien sei. Er sei sich des Problems voll bewußt, daß 60 Prozent seiner Bevölkerung Palästinenser seien.
- Im Hinblick auf Husseins konstruktive Politik habe Washington eingehend mit Israel gesprochen und es ermutigt, die Wahl von Palästinensern auf der

¹⁹ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Cheysson (Frankreich), Howe (Großbritannien) und Shultz (USA) am 7. Dezember 1983 vgl. AAPD 1983, II, Dok. 374.

²⁰ Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 24. bis 29. Januar 1984 in Israel vgl. Dok. 18–20.

²¹ Vgl. dazu das Abkommen vom 17. Mai 1983 zwischen Israel und dem Libanon über die Beendigung des Kriegszustands, die gegenseitige Respektierung der Souveränität, Unabhängigkeit und territorialen Integrität sowie den Rückzug der ausländischen Truppen aus dem Libanon; ARAB-ISRAELI CONFLICT, Bd. IV, Teil 2, S. 1309–1322.

²² Ministerpräsident Shamir hielt sich vom 27. bis 30. November 1983 in den USA auf.

²³ Der Vorsitzende des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, verließ die libanesisische Stadt Tripoli am 20. Dezember 1983.

Westbank und ihre Reisen nach Amman zuzulassen.²⁴ Dies sei geschehen, desgleichen sei die Belagerung der Christen durch Drusen beendet worden.

Die in Europa so viel kritisierten Israelis hätten so eine Reihe von positiven Schritten getan.

BM meinte, solche Kritik käme weniger von uns. Die Bundesrepublik habe unter den größeren westeuropäischen Staaten die vergleichsweise besten Beziehungen zu Israel.

Shultz bestätigte dies, die instrumentale deutsche Rolle bei der Aufhebung der EG-Sanktionen gegen Israel²⁵ werde anerkannt.

BM stellte fest, BK werde unter dem Eindruck seiner sehr guten Gespräche in Jordanien²⁶ die Israelis auffordern, die Vorstellungen und die Rolle Jordaniens sehr ernst zu nehmen. Shamir sei ein fester, tapferer und harter Politiker, für aufrichtige Ratschläge von Freunden aber eher empfänglich als sein Vorgänger²⁷. Natürlich werde auch die Frage von deutschen Rüstungsexporten nach Saudi-Arabien eine Rolle spielen.

Zum Abschluß des Gesprächs bestätigte Shultz auf Frage von BM, daß das im Vorfeld des Stockholmer Eröffnungstreffens im NATO-Rahmen erörterte RDF-Problem durch die auf Beamtenebene erzielte Verständigung ausgeräumt sei.²⁸

[gez.] Ploetz

VS-Bd. 14127 (010)

²⁴ Referat 310 legte am 10. Januar 1984 dar: „König Hussein hat begonnen, innenpolitisch den Boden für eine aktivere Rolle Jordaniens in der Palästinenserfrage vorzubereiten. In einer ersten Arbeits-sitzung seit seiner Suspendierung 1967 hat das Parlament in Amman beschlossen, durch Wahl bzw. Ernennung neuer Vertreter des Ost- und Westjordanlandes die paritätische demokratische Vertretung beider Landesteile wiederherzustellen. Jordanien kann dann zu Lasten Arafats mit größerer Berechtigung beanspruchen, auch für die Bewohner der besetzten Gebiete zu sprechen.“ Vgl. Referat 310, Bd. 137546.

²⁵ Die für Juni 1982 vorgesehene Unterzeichnung des zweiten Finanzprotokolls zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Israel wurde aufgrund des israelischen Einmarschs in den Libanon ausgesetzt und fand erst am 24. Juni 1983 statt. Vgl. dazu SIEBZEHNTER GESAMTBERICHT, S. 278.

²⁶ Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 5. bis 7. Oktober 1983 in Jordanien auf und traf am 6. Oktober 1983 mit König Hussein in Amman zusammen. Für das Gespräch vgl. AAPD 1983, II, Dok. 291.

²⁷ Menachem Begin.

²⁸ Zur Frage der Notifizierung des Transits amerikanischer RDF durch Europa vgl. Dok. 6, besonders Anm. 10.

Botschafter Ruth, z. Z. Stockholm, teilte am 17. Januar 1984 mit, in einem Gespräch zwischen Vertretern der Bundesrepublik, Großbritanniens und der USA am selben Tag sei „ad referendum“ eine Lösung erarbeitet worden, „die es uns erlauben soll, das VSBM-Paket in Brüssel abzuschließen“. Es sei vereinbart worden: „it would be desirable for NATO to consider covering the arrival in the CDE zone of transit forces in excess of the 6000 threshold by an information procedure under section 1 (measures of information) of the NATO proposal, [...] It is reaffirmed that there should be no constraint growing out of the CDE negotiations on the ability of the US RDF to deploy out of area or on the ability of Allied Governments to facilitate this deployment“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 8; VS-Bd. 11524 (221); B 150, Aktenkopien 1984.

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 20. Januar 1984, in der Sitzung des Ständigen NATO-Rats am selben Tag sei der Formel zugestimmt worden. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 120; VS-Bd. 11524 (221); B 150, Aktenkopien 1984.

13

**Botschafter Ruth, z.Z. Stockholm,
an Staatssekretär Meyer-Landrut**

114-10223/84 geheim
Fernschreiben Nr. 5

Aufgabe: 19. Januar 1984, 09.30 Uhr¹
Ankunft: 19. Januar 1984, 14.44 Uhr

Nur für StS

Herrn Staatssekretär mit dem Vorschlag, den Bundeskanzler und Bundesminister Wörner zu unterrichten.

Betr.: Gespräch Shultz–Gromyko am 18. Januar anlässlich des Beginns der KVAE in Stockholm

I. Gespräch dauerte 5 1/2 Stunden, obgleich auf amerikanischer Seite simultan übersetzt wurde. Im Anschluß an das Gespräch unterrichtete Burt die Presse, ohne irgendeinen Substanzpunkt zu enthüllen.² Amerikaner haben die übrigen NATO-Partner weniger detailliert unterrichtet.³ Ich bitte daher, die folgenden Einzelheiten über das Gespräch, die mir Burt in einem bilateralen Briefing mit der Bitte um streng vertrauliche Handhabung mitgeteilt hat, in diesem Sinne zu behandeln.

II. Einzelheiten aus dem bilateralen Briefing

1) Gesamtcharakter: produktives Gespräch, dessen Atmosphäre sich im Gesprächsverlauf verbesserte (Anfang ernst, am Schluß sogar Scherze).

2) Gromyko begann mit Vorwürfen an die Adresse von Shultz wegen dessen Erklärung in seiner Stockholmer Rede⁴, daß die USA die Teilung Europas und Deutschlands nicht als legitim anerkennen könnten. Er warf der US-Administration vor, sie stelle die Legitimität des Sowjetstaats in Frage.

Shultz antwortete, den USA sei es gleichgültig, wenn Menschen eine ineffiziente Wirtschaftsform wählten. Insoweit hätten sie nichts gegen den Sozialismus; was ihnen Sorge mache, sei die Unterdrückung der Freiheit.

Gromyko: Wenn beide Länder sich von ihrer Ideologie leiten ließen, dann tue sich eine Mauer zwischen ihnen auf.

Shultz darauf: Es gibt eine wirkliche Mauer, darin besteht das Problem.

3) Zur Rüstungskontrolle überleitend, führte Shultz zunächst aus:

a) START

Shultz erläuterte amerikanische Position. Es sei anzunehmen, daß die Struk-

¹ Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 20. Januar 1984 vorgelegen.

² Zur Unterrichtung der Presse durch einen „hohen Beamten“ des amerikanischen Außenministeriums in einem Hintergrundgespräch vgl. den Artikel „Wenn hohe Beamte in Stockholm vielsagend nichts sagen“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 20. Januar 1984, S. 3.

³ Die amerikanische Regierung unterrichtete die NATO-Mitgliedstaaten am 18. Januar 1984. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 30 des Botschafters Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), vom 19. Januar 1984; VS-Bd. 14127 (010); B 150, Aktenkopien 1984.

⁴ Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Außenministers Shultz vom 17. Januar 1984 vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 84 (1984), Heft 2084, S. 34–36. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 239–243.

tur der Waffensysteme auf beiden Seiten nicht gleich sei. Deshalb könne man an einen Trade-off zwischen sowjetischen ICBM und amerikanischen Bombern denken.

b) INF

Die Vereinigten Staaten hätten Vorschläge gemacht⁵, die Fortschritte versprochen hätten. Sie seien bereit, diese Vorschläge weiter zu diskutieren.

c) MBFR

Die östliche Bewegung in der Verifikationsfrage sei hilfreich.⁶ Die Vereinigten Staaten seien bereit, die Diskussion fortzusetzen.

d) C-Waffen

Shultz habe die Ankündigung der Vorlage eines Vertragsentwurfes⁷ erläutert und die amerikanische Bereitschaft erklärt, ihn mit der Sowjetunion zu explorieren.

e) KVAE

Shultz sagte, die Vereinigten Staaten wollten praktische Ergebnisse.

4) Gromyko antwortete:

a) Zu INF und START

Nachdem die Dislozierung begonnen habe, müßten Pershing II und Cruise Missiles als FBS in START behandelt werden.

(Shultz warf ein, dann müsse auch die SS-20 in START einbezogen werden. Die Vereinigten Staaten seien mit ihren Alliierten verbunden. Was sie treffe, treffe auch die Vereinigten Staaten.) Gromyko habe gesagt, daß die sowjetische Seite an der Gleichheit mit den Vereinigten Staaten interessiert sei. Von „equal security“ habe er nicht gesprochen. Shultz habe geantwortet, wenn es um Gleichheit gehe, könnten die Probleme gelöst werden.

b) MBFR

Gromyko habe den 16. März als Wiederaufnahmetermin der Verhandlungen vorgeschlagen.⁸ (Dieser Termin wurde inzwischen auch von tschechischer Seite genannt.)

c) Chemische Waffen

Gromyko habe seine Befriedigung über die amerikanische Ankündigung ausgedrückt, einen Vertragsentwurf vorzulegen. Ein Abkommen im chemischen Bereich sei wichtig für alle anderen Rüstungskontrollunternehmen. Beide Seiten

⁵ Präsident Reagan gab am 26. September 1983 vor der VN-Generalversammlung in New York bekannt, die USA hätten bei den INF-Verhandlungen in Genf Vorschläge für eine verbesserte Zwischenlösung vorgelegt. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 1351 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 624 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1983, II, Dok. 267.

⁶ Zum Stand der MBFR-Verhandlungen vgl. AAPD 1983, II, Dok. 386.

⁷ In seiner Rede am 17. Januar 1984 in Stockholm kündigte der amerikanische Außenminister Shultz die Vorlage eines Vertragsentwurfs in der Genfer Abrüstungskonferenz für ein weltweites, umfassendes und verifizierbares Verbot aller chemischen Waffen an. Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 84 (1984), Heft 2084, S. 36. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 242.

Zum Entwurf vom 18. April 1984 vgl. Dok. 106.

⁸ Die 32. Runde der MBFR-Verhandlungen fand vom 16. März bis 19. April 1984 in Wien statt. Vgl. dazu Dok. 113.

sollten dem Thema ihre Aufmerksamkeit widmen. Das globale Herangehen an das Thema sei akzeptabel.

d) KVAE

Obwohl es unterschiedliche Vorstellungen gebe, sollten die beiden Delegationen in Stockholm so eng wie möglich zusammenarbeiten.

e) Einhaltung von Rüstungskontrollabkommen

Gromyko habe das Thema nicht intensiv angesprochen. Es sei aber klargeworden, daß die Sowjetunion reagieren müsse, wenn amerikanische Vorwürfe⁹ öffentlich würden.

f) Menschenrechte

Eine Bemerkung Gromykos habe Shultz Gelegenheit gegeben, das Thema zu erörtern. Er habe gesagt, daß es ein für den Präsidenten¹⁰ wichtiges Thema sei, und habe konkret an die Schicksale von Schtscharanskij¹¹, Sacharow¹² und Begun¹³ erinnert. Außerdem habe er an das Problem der jüdischen Auswanderung erinnert mit dem Problem der Familientrennung. Zu diesem Komplex sei eine Liste übergeben worden. Gromyko habe nicht reagiert.

5) Bilaterale Beziehungen

a) AM Shultz habe festgestellt, daß die Hot-Line-Gespräche in Washington¹⁴ gut verlaufen seien.

⁹ Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 12. Januar 1984: „Deputy Assistant Secretary of State James Dobbins hat den Rat am 11.1.1984 über den Bericht des Weißen Hauses zur Frage der Einhaltung von Rüstungskontrollverträgen durch die SU unterrichtet. Dieser klassifizierte Bericht soll dem Kongreß Ende des Monats zugehen. Es ist nicht beabsichtigt, eine Version für die Öffentlichkeit herauszugeben. Allerdings soll ein kurzes ‚fact sheet‘ veröffentlicht werden.“ Der Bericht konzentrierte sich auf sieben Hauptpunkte: „Nicht bei allen sind konkrete Verstöße gegen vertragliche oder politische Verpflichtungen beweisbar. [...] Die USA schlossen ausdrücklich eine öffentliche Kampagne über dieses Thema aus. Es ist allerdings nicht ausgeschlossen, daß Einzelheiten an die Öffentlichkeit gelangen, da die amerikanische Administration bereits mit vertraulichen Briefings von einzelnen Kongreßabgeordneten begonnen hat.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 55; VS-Bd. 13377 (212); B 150, Aktenkopien 1984.

¹⁰ Ronald W. Reagan.

¹¹ Referat 213 notierte am 25. Oktober 1983: „Der heute 35-jährige Mitbegründer der Moskauer Helsinki-Gruppe, Anatolij Schtscharanskij, wurde im Juli 1978 von einem Moskauer Gericht wegen ‚Verrats und antisowjetischer Propaganda‘ zu einer Strafe von drei Jahren Gefängnis und anschließend zehn Jahren verschärftem Arbeitslager verurteilt. Schtscharanskij gilt unter den sowjetischen Kämpfern für die Bürgerrechte als diejenige Persönlichkeit, die sich insbesondere auch für die Ausreiseforderungen der Juden in der Sowjetunion und für ihre nationalen und religiösen Rechte eingesetzt hat.“ Vgl. Referat 213, Bd. 139300.

¹² Zum Fall des 1980 verhafteten und nach Gorki verbannten sowjetischen Atomphysikers Sacharow vgl. AAPD 1983, I, Dok. 170, und AAPD 1983, II, Dok. 268.

¹³ Am 16. Oktober 1983 wurde in der Presse berichtet, der sowjetische Dissident Begun, der sich seit 13 Jahren um die Ausreise nach Israel bemühe und bereits mehrfach nach Sibirien verbannt worden sei, sei in einem Prozeß am Vortag in Wladimir wegen Herstellung und Verbreitung anti-sowjetischer Literatur zu sieben Jahren Gefängnis und anschließend fünf Jahren Verbannung verurteilt worden. Vgl. dazu den Artikel „Soviet Crackdown On Dissidents Seen“; THE WASHINGTON POST vom 16. Oktober 1983, S. A 14.

¹⁴ Die USA und die UdSSR führten vom 11. bis 13. Januar 1984 Gespräche über eine Verbesserung und Erweiterung der bestehenden direkten Nachrichtenverbindung zwischen Weißem Haus und Krenl („Heißer Draht“). Gesandter Wallau, Washington, berichtete dazu am 13. Januar 1984: „Verhandlungen waren nach Aussage Verhandlungsteilnehmers State Department sehr erfolgreich. Die sowjetische Delegation sei sehr entgegenkommend gewesen und habe ernsthaft verhandelt („very

- b) Die Kooperation im Nichtverbreitungsbereich sei gut.
- c) Andere Kooperationsmöglichkeiten gebe es hinsichtlich der Themen
- Maritime Boundary Limitation¹⁵,
  - beiderseits begünstigende Handelsbeziehungen,
  - Bereitschaft, im konsulareren Bereich und bei der Frage eines Kulturabkommens Fortschritte zu machen.
- d) Gromyko habe Bereitschaft zur Zusammenarbeit im bilateralen Bereich erklärt. Die Beziehungen sollten zum Stand der 70er Jahre zurückgeführt werden.
- 6) Regionale Fragen, von AM Shultz angesprochen:
- a) Libanon
- Gromyko habe den Amerikanern vorgeworfen,
- sie seien von den Israelis abhängig,
  - sie suchten überall nach neuen Basen.
- Shultz habe das Libanon-Problem ausführlich erläutert.
- b) AM Shultz habe den iranisch-irakischen Krieg kurz angesprochen. Gromyko habe nicht reagiert.
- c) Zu Nicaragua
- habe Gromyko sich nicht besonders engagiert geäußert. Er habe gesagt, daß die Vereinigten Staaten nicht bedroht würden. Im übrigen seien die Beziehungen der Sowjetunion mit den Vereinigten Staaten vielfältiger als die mit Nicaragua.
- d) Grenada¹⁶ sei zur Sprache gekommen, allerdings nicht in prominenter Weise.
- e) Zu Südafrika
- Gromyko habe den Vereinigten Staaten Unterstützung der südafrikanischen Aggression vorgeworfen. Shultz habe die amerikanische Position gegenüber Südafrika erläutert. Gromyko habe geantwortet, wenn die Vereinigten Staaten alles von Shultz Dargelegte verwirklichten, sei eine Zusammenarbeit möglich.
- 7) Schlußbemerkungen der Gesprächspartner
- a) AM Shultz habe an AM Gromyko als Menschen und als einen der erfahrensten Staatsmänner der Welt appelliert, Fortschritte zu ermöglichen.
- b) Gromyko habe gesagt, wenn Shultz häufigere Treffen für nützlich hielte, werde die Sowjetunion dies begrüßen. Er müsse feststellen, daß in Genf derzeit nichts getan werden könne. Dafür sollten die beiden Delegationen in Stockholm eng zusammenarbeiten.

Fortsetzung Fußnote von Seite 67

forthcoming and serious'." Vgl. den Drahtbericht Nr. 189; VS-Bd. 12942 (204); B 150, Aktenkopien 1984.

¹⁵ Botschafter Kastl, Moskau, teilte am 26. Januar 1984 mit, nach Auskunft der amerikanischen Botschaft fänden z. Z. amerikanisch-sowjetische Verhandlungen über die Seegrenze in der Beringstraße statt: „Diese Verhandlungen seien notwendig, weil die im Alaska-Kaufvertrag von 1867 beschriebene Abgrenzung zu ungenau für die heutigen Bedürfnisse sowohl der Fischerei, insbesondere aber auch der Off-shore-Prospektion sei. Die jetzigen Verhandlungen [...] seien eine Fortsetzung von Gesprächen, die schon im Mai 83 begonnen hätten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 345; Referat 213, Bd. 139345.

¹⁶ Am 25. Oktober 1983 intervenierten die USA und sechs karibische Staaten in Grenada. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 317 und Dok. 337.

8) Auf entsprechende Zusatzfrage von mir, ob das Thema¹⁷ zur Sprache gekommen sei, verneinte Burt dies.

[gez.] Ruth

VS-Bd. 14127 (010)

14

Ministerialdirigent Edler von Braunmühl, z.Z. Stockholm, an das Auswärtige Amt

VS-NfD

Fernschreiben Nr. 37
Citissime

Aufgabe: 20. Januar 1984, 10.00 Uhr¹

Ankunft: 20. Januar 1984, 11.42 Uhr

Betr.: Gespräch Bundesminister mit Außenminister Gromyko am 18. Januar 1984 in Stockholm²
(vorbehaltlich Zustimmung BM)

I. Zusammenfassung

Das 21/2stündige Gespräch am späten Abend, das im Anschluß an die über fünfstündige Begegnung zwischen Gromyko und Shultz³ stattfand, verlief sachlich und in guter Atmosphäre. Es konzentrierte sich auf die West-Ost-Beziehungen, insbesondere im Sicherheitsbereich.

BM erläuterte unsere Philosophie zum Fortgang der West-Ost-Beziehungen in der bestehenden Situation unter besonderer Betonung des Signals von Brüssel⁴. Gromyko bekräftigte im ganzen die bekannte sowjetische Position.

Er teilte mit, daß die Sowjets über die Fortführung von START noch nachdächten, daß jedoch MBFR in den nächsten Monaten fortgeführt werden könne.⁵

Insgesamt bestätigte sich der Eindruck, daß der Überprüfungsprozeß in Moskau noch andauert, die Sowjets aber weiter interessiert sind, das Netz der Kon-

¹⁷ So in der Vorlage.

¹ Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 19.

Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 20. Januar 1984 vorgelegen.

² Bundesminister Genscher hielt sich vom 16. bis 19. Januar 1984 anlässlich der Eröffnung der KVAE in Schweden auf.

³ Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 18. Januar 1984 in Stockholm vgl. Dok. 13.

⁴ Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten vom 9. Dezember 1983 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 108. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 133 f.

⁵ Die 32. Runde der MBFR-Verhandlungen fand vom 16. März bis 19. April 1984 in Wien statt. Vgl. dazu Dok. 113.

takte und Zusammenarbeit aufrechtzuerhalten, wenn auch hinter der Abschirmung einer oft schroffen Polemik nach außen.

II. Im einzelnen

Bundesminister knüpfte an die Begegnung in Wien⁶ an. Er würde heute noch dieselbe Bewertung wie damals zu unseren Absichten, Zielen und Vorstellungen bei den wichtigen Fragen der bilateralen Beziehungen und der internationalen Lage geben. Allerdings seien wir um eine Hoffnung ärmer, da die Genfer Mittelstreckenwaffen-Gespräche nicht zu einer konkreten Verhandlungslösung geführt hätten.⁷ Dafür sei auf der positiven Seite der Beginn der Stockholmer Konferenz zu verbuchen. BM erinnerte an das, was er in Wien gesagt habe über unseren aufrichtigen Willen zur Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern und zwischen West und Ost sowie den Wunsch, soweit wie möglich zu Vereinbarungen zu kommen, wobei er auf die Übereinstimmung mit unseren Partnern hingewiesen habe. Wir seien uns aufgrund⁸ unserer Interessen, geographischen Lage und Geschichte unserer Verantwortung bewußt, zum Abbau der Spannungen, zu Zusammenarbeit und Kontakten in allen Bereichen beizutragen. BM verwies auf die Brüsseler politische Erklärung von Dezember 1983 mit dem gemeinsamen Angebot zur Zusammenarbeit mit der SU und ihren Partnern und der Feststellung, daß in den Sicherheitsfragen nur dann gute Lösungen zu erreichen seien, wenn die legitimen⁹ Sicherheitsinteressen der anderen Seiten erkannt und anerkannt würden. Diese Erklärung gehöre zu den wichtigsten Dokumenten des Jahres 1983. Wegen der Bedeutung des Dialogs hätten wir uns von Anfang an für die Eröffnung der Stockholmer Konferenz auf Außenminister-Ebene eingesetzt, was im Anfang nicht ungeteilte Zustimmung im Westen und Osten gefunden habe, sich jetzt aber für das West-Ost-Verhältnis als nützlich erweise. Wir begrüßten die bilateralen Gespräche, darunter auch besonders den Kontakt Gromykos mit AM Shultz. Manches von dem, was wir uns in Wien vorgenommen hätten, sei inzwischen in die Tat umgesetzt, wie die Tagung der Wirtschaftskommission.¹⁰ Manches stehe noch bevor, wie die Begegnung der Planungsstäbe.¹¹ Er habe inzwischen den ungarischen Außenminister getroffen¹², und die Begegnung mit dem rumänischen Außenminister sei

⁶ Für die Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 15./16. Oktober 1983 vgl. AAPD 1983, II, Dok. 303–306.

⁷ Zum Abbruch der INF-Verhandlungen sowie zur Unterbrechung von START vgl. Dok. 6, Anm. 7.

⁸ Korrigiert aus: „seien aufgrund“.

⁹ Korrigiert aus: „legitimierten“.

¹⁰ Botschafter Kastl, Moskau, berichtete am 16. November 1983: „Vom 11. bis 16.11.1983 fand in Moskau die 12. Tagung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftskommission unter Leitung des st[ell]v[ertretenden] sowjetischen Ministerpräsidenten Kostandow und von Bundesminister Graf Lambsdorff statt. Zentrales Thema war die Weiterentwicklung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen in einer politisch kritischen Phase unserer Beziehungen zur Sowjetunion. Tagung verlief sachlich und ohne jede Schärpen.“ Es sei deutlich geworden, „daß politische Spannungen aus Genfer Verhandlungen nicht negativ auf deutsch-sowjetische Wirtschaftsbeziehungen durchschlagen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 5159; Referat 213, Bd. 133248.

¹¹ Die deutsch-sowjetischen Planungsstabgespräche fanden am 9. und 12. März 1984 statt. Vgl. dazu Dok. 84, Anm. 10.

¹² Der ungarische Außenminister Várkonyi besuchte die Bundesrepublik am 21. Dezember 1983. Für das Gespräch mit Bundesminister Genscher vgl. AAPD 1983, II, Dok. 390.

nur wegen seines Unfalls¹³ verschoben worden.¹⁴ Wir begrüßten den guten Stand der Beziehungen zur DDR, der auch in seiner heutigen Begegnung mit AM Fischer¹⁵ bestätigt worden sei. Besondere Bedeutung komme den sowjetisch-amerikanischen Gesprächen zu. Wir wünschten, daß die Entwicklung der Beziehungen zwischen USA und SU Impulse für die internationale Entwicklung und das West-Ost-Verhältnis gäbe, die wir im Interesse stabiler Beziehungen und der Zusammenarbeit in Europa sowie der Abrüstung brauchten. Die Probleme seien vielfältig, aber auch die Möglichkeiten seien groß. Unser Handeln sei im Einvernehmen mit unseren Verbündeten, das von der Brüsseler Erklärung bestätigt worden sei, vom aufrichtigen Willen bestimmt, zu Kontakten und Zusammenarbeit zwischen West und Ost beizutragen, die bilateralen Beziehungen zur Sowjetunion zu entwickeln und in den schwierigen Fragen der Abrüstung in allen Bereichen, einschließlich der nuklearen Abrüstung, voranzukommen. Je früher darüber Verhandlungen fortgesetzt bzw. aufgenommen würden, desto besser für die Sache des Friedens. Wir hätten alles aufmerksam zur Kenntnis genommen, was von sowjetischer Seite im schriftlichen Meinungsaustausch, in Kontakten und in öffentlichen Erklärungen gesagt worden sei. Bundesminister sprach, auch im Namen des Bundeskanzlers und in Erinnerung an die in Moskau geführten Gespräche¹⁶, die Hoffnung aus, daß GS Andropow bald in vollem Umfang seine Tätigkeit wiederaufnehmen könne.

Gromyko erwiderte: Er habe BM aufmerksam zugehört, müsse aber darauf hinweisen, daß seit dem Moskauer Besuch von Bundeskanzler und Bundesminister und der Wiener Begegnung mit BM ein Ereignis eingetreten sei, das zur großen Verschlechterung der Lage in Europa und der Welt geführt habe. Die USA hätten begonnen, in einigen westeuropäischen Ländern, darunter der Bundesrepublik Deutschland, neue Mittelstreckenwaffen zu stationieren. Einige Regierungen, besonders in den Stationierungsländern, versuchten diese Sache zu bagatellisieren. Die Völker spürten jedoch instinktiv die Verschlechterung der Situation. Wie er vorher Shultz gesagt habe, so wolle er jetzt auch dem BM sagen, daß es falsch wäre, den Konsequenzen der Stationierung nicht die richtige Aufmerksamkeit zu schenken. Diese Umstände hätten auch Verschlechterungen in anderen Bereichen zur Folge. Alle Erklärungen, die man jetzt über die Fortsetzung der Beziehungen, den Frieden, die Entspannung und die Stockholmer Konferenz höre, änderten nichts daran. Für die SU seien die neuen Rake-

¹³ Bundesminister Genscher erlitt am 3. Januar 1984 bei einem Autounfall in der Nähe von Nonnweiler im Saarland einen Brustbeinbruch sowie Blutergüsse. Vgl. dazu den Artikel „Genscher bei Auto-unfall verletzt“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 4. Januar 1984, S. 1.

¹⁴ Der ursprünglich für den 8./9. Januar 1984 vorgesehene Besuch des rumänischen Außenministers Andrei in der Bundesrepublik fand am 2./3. März 1984 statt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Steinkühler teilte dazu am 9. März 1984 mit, Themen der Gespräche mit Genscher seien die bilateralen Beziehungen, die Ost-West-Beziehungen, der Nahost-Konflikt, die Lage im südlichen Afrika, der Nord-Süd-Dialog sowie die Beziehungen Rumäniens zur Volksrepublik China gewesen. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 19; Referat 421, Bd. 140293.

¹⁵ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Außenminister der DDR, Fischer, am 18. Januar 1984 teilte Ministerialdirigent Edler von Braunnühl, z. Z. Stockholm, am selben Tag mit, es sei „in guter und sachlicher Atmosphäre“ verlaufen. Neben der KVAE seien die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, die Rüstungskontrollpolitik sowie die innerdeutschen Beziehungen erörtert worden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 33; VS-Bd. 14127 (010); B 150, Aktenkopien 1984.

¹⁶ Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher hielten sich vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 199, Dok. 200 und Dok. 202–205.

ten strategische Waffen. Man müsse entsprechend reagieren. Wenn man auf westlicher Seite darauf hinweise, daß die Stationierung nicht unerwartet komme, so müsse er darauf hinweisen, daß die SU für diesen Fall eine Verschlechterung der Lage vorausgesagt habe, die jetzt eingetreten sei.

Washington spezialisieren sich auf allerlei Betrügereien und Unterstellungen. Hochgestellte amerikanische Vertreter und Politiker hätten immer wieder versucht, die Menschen in Amerika und Europa zu überzeugen, daß dies keine Bedeutung habe und daß die SU auch nach Unterbrechung der Verhandlungen wieder an den Verhandlungstisch zurückkehren werde, wenn nur möglichst schnell und immer mehr stationiert werde. Sie wüßten, daß dies eine Irreführung der Menschen sei, aber dies bestätige ihre Natur. Die SU mache in solchen Fragen keine Scherze. Die USA hätten die Verhandlungen gesprengt, und diejenigen, die die Stationierung auf ihrem Territorium zugelassen hätten, leisteten den Amerikanern dabei Hilfe. Die Amerikaner versuchten, die Stationierung als normalen Vorgang hinzustellen, und behaupteten, daß Amerikaner und Westeuropäer ohne die Raketen nicht leben könnten. Die SU habe nicht am Verhandlungstisch bleiben können. Sonst hätten sie den USA objektiv geholfen, die Wahrheit zu verschleiern. Dann wäre nämlich der Anschein erweckt worden, als ob in den Verhandlungen noch etwas Wichtiges passiere. Gromyko wiederholte mehrfach, BM möge nicht den Propaganda-Behauptungen glauben, daß die SU um so schneller an den Verhandlungstisch zurückkehre, je mehr und schneller disloziert werde.

Gromyko fügte hinzu, daß sich die SU jetzt auch bei START überlege, ob sich weitere Verhandlungen noch lohnten. Die neuen amerikanischen Raketen in Westeuropa seien für die SU strategische Raketen. Im übrigen sei Moskau inzwischen ganz klar, daß die Amerikaner bei START keine Vereinbarung wünschten. Ihre Vorschläge¹⁷ seien nicht seriös. Sie liefen darauf hinaus, daß die SU sich auf diesem wichtigsten Gebiet entwaffne, während die Amerikaner weiter aufrüsteten und ein so großes Übergewicht erreichen könnten, daß die USA damit eine dominierende Rolle in der Welt erringen würden, was gegenwärtig das Ziel Washingtons sei. Die Annahme der amerikanischen Vorschläge würde die gesamte Struktur der strategischen Waffen der SU zerstören und den Sowjets die amerikanische Struktur aufzwingen. Washington wolle sich in eine Kommando-Position über die ganze Welt bringen.

Nachdem die Amerikaner die Mittelstreckenwaffen gesprengt hätten¹⁸, seien sie jetzt also auch auf dem Weg, die Verhandlungen über die START-Waffen zu sprengen.

Zur NATO-Deklaration von Brüssel meinte Gromyko, sie ändere nichts an der beschriebenen Situation. Sie liege abseits von der Hauptstraße, auf welcher die internationale Entwicklung vor sich gehe. Sie enthalte eine halbe Erklärung der sowjetischen Position mit manchen Unterstellungen und eine halbe Recht-

¹⁷ Die USA legten am 7. Juli 1983 den Entwurf eines START-Abkommens vor. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 232.

Weitere amerikanische Vorschläge wurden am 4. Oktober 1983 unterbreitet. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 289 und Dok. 385.

¹⁸ So in der Vorlage.

fertigung der NATO-Position. Natürlich habe man keine objektive Einschätzung der sowjetischen Position durch die NATO erwartet.

¹⁹Gromyko fährt fort: Insgesamt habe sich die Lage kompliziert, und sie kompliziere sich weiter. Offenbar wolle man auf seiten der NATO um keinen Preis von der Ausführung des Stationierungs-Beschlusses²⁰ zurückweichen. Dieser Vorgang beeinflusse auch die Stockholmer Konferenz. Es falle auf, daß die westliche Seite in Stockholm nicht von größeren Konzepten, sondern von kleineren konkreten Schritten spreche: von Manövern und Übungen und deren Freiwilligkeit oder Nicht-Freiwilligkeit. Man frage sich, ob dies das eigentliche Ziel der Konferenz sein solle. Außerdem werde erklärt, daß die militärische Lage in Europa transparent gemacht werden müsse. Alles solle offen sein für alle, es dürfe keine militärischen Geheimnisse mehr geben. Plötzlich habe Washington eine Vorliebe für die Transparenz entdeckt. Man frage sich allerdings, wo die Transparenz bei der Besetzung Grenadas²¹ geblieben sei, als Washington noch 24 Stunden vorher erklärt habe, daß keine militärischen Aktionen beabsichtigt seien. Bei seinem Respekt vor den Fähigkeiten von BM könne er nicht glauben, daß dieser es für das Ziel der Stockholmer Konferenz halten könne, alles für alle transparent zu machen. Die SU überlege, wie er in seiner Rede²² gesagt habe, warum man nicht einige Schritte unternehmen könnte, die wirklich zu Vertrauensbildung unter den KSZE-Teilnehmern führen könnten. Warum sollten nicht z. B. die Nuklearmächte unter den KSZE-Teilnehmerstaaten die Verpflichtung übernehmen, Nuklearwaffen nicht als erste einzusetzen? Diesen Gedanken habe er auch Shultz vorgetragen. Die SU habe sorgfältig überlegt, was es bedeute, in der UNO allein und einseitig einen Verzicht auf nuklearen Ersteinsatz auszusprechen.²³ Jetzt schlage sie vor, daß im KSZE-Rahmen auch USA, GB und F eine solche Verpflichtung übernähmen. Das würde nicht die Verschrottung einer einzigen Rakete, nicht einmal ein Einfrieren bedeuten. Man wolle diese Frage von dem Gesamtkomplex trennen. Dadurch könnten vielleicht auch andere Schritte, die von westlicher oder östlicher Seite vorgeschlagen würden, leichter verwirklicht werden. Dies gelte auch für die Transparenz-Frage.

Bundesminister entgegnete: Niemand werde Gromyko widersprechen, wenn er die Lage als kompliziert bezeichne. Über die Ursachen könne man lange streiten, und wir hätten natürlich unterschiedliche Auffassungen dazu, die wir oft ausgetauscht hätten, zuletzt in Wien. Wir hätten unsere Besorgnis über die Raketen-Entwicklung der SU seit langem immer wieder ausgedrückt. Wir hätten

¹⁹ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 37 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

²⁰ Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

²¹ Am 25. Oktober 1983 intervenierten die USA und sechs karibische Staaten in Grenada. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 317 und Dok. 337.

²² Für den Wortlaut der Rede des sowjetischen Außenministers Gromyko am 18. Januar 1984 in Stockholm vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 245–252.

²³ Der Vorschlag für eine Erklärung, in der der Ersteinsatz von Kernwaffen als Verbrechen gegen die Menschheit bezeichnet werden sollte, wurde vom sowjetischen Außenminister Gromyko in seiner Rede vor der VN-Generalversammlung am 22. September 1981 in New York unterbreitet. Für den Wortlaut seiner Ausführungen vgl. UN GENERAL ASSEMBLY, 36th Session, Plenary Meetings, S. 93. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 637 f.

mit dem Beitritt zum Nichtverbreitungsvertrag²⁴ auf eigene Nuklearwaffen verzichtet. Um so mehr habe es uns besorgt, als wir feststellen mußten, daß wir danach einer Bedrohung durch neue Mittelstreckenwaffen ausgesetzt wurden: die SS-20.

Unsere Sorge über diese Rüstung hätten die Bundesregierung und die Vertreter der verschiedenen politischen Richtungen in unserem Lande immer wieder betont. Mit unserem Verzicht auf Nuklearwaffen hätten wir nicht den Anspruch aufgegeben, durch solche Waffen nicht bedroht zu werden. Hier liege die eigentliche Ursache der 1979 getroffenen Entscheidung, deren Vollzug jetzt begonnen worden sei. Wir hätten den Sowjets immer wieder gesagt, was geschehen werde, wenn die Verhandlungen in Genf nicht rechtzeitig zu konkreten Ergebnissen führten. Manchmal hätten wir Zweifel gehabt, ob die sowjetische Seite die Ernsthaftigkeit unserer Sorge und unserer Entschlossenheit richtig eingeschätzt habe. Man könne über die Raketenfrage unterschiedliche Meinungen haben, jedoch gebe es nur einen Weg, weiterzukommen: darüber zu sprechen. Deshalb hätten wir die Erwartung ausgedrückt, daß die Zeit kommen werde, wo die SU die Entscheidung über die Rückkehr zu Verhandlungen treffen werde, die ja kein Geschenk einer Seite an die andere Seite seien, sondern ein Weg zur möglichen Lösung streitiger Probleme, die uns gemeinsam bedrückten. Wenn die SU sage, daß sie noch nicht bereit sei, eine Entscheidung über die Rückkehr zum Verhandlungstisch treffen zu können, könnten wir nur die Erwartung und Hoffnung ausdrücken, daß diese Entscheidung zur gegebenen Zeit positiv ausfalle. Wir seien jedenfalls zu²⁵ Verhandlungen in allen Bereichen, auf atomarem wie auf konventionellem Gebiet, bereit, also auch über MBFR und auch in Stockholm. Auf Gromykos Einwurf, daß wir mit der Stationierung begonnen hätten, ohne ein Ergebnis in Genf abzuwarten, erwiderte BM: Wir hätten immer beklagt, daß die Sowjets mit der SS-20-Stationierung begonnen hätten, ohne mit uns zu sprechen. Wir seien über die SS-20 besorgt, so wie die SU über die Pershing II Sorge ausdrücke. Jedenfalls könne kein Grund gesehen werden, nicht eine Lösung durch Verhandlungen zu suchen. Nur so könne man zu einer Begrenzung oder, wie wir wünschten, gänzlichen Beseitigung kommen. Die Notwendigkeit für Verhandlungen gelte für alle Bereiche. Im Genfer Abrüstungsausschuß würden wir bald in eine Entscheidungslage bei chemischen Waffen kommen. In Stockholm umschreibe das präzise formulierte und von allen in Madrid vereinbarte Mandat²⁶ die Aufgaben der Konferenz. Natürlich würden wir auch die Vorschläge der anderen anhören und prüfen. Was den Nicht-Ersteinsatz angehe, so erinnere er an die bedeutsame Erklärung des Bonner NATO-Gipfels, daß wir keine unserer Waffen jemals einsetzen würden, es sei denn zur Abwehr.²⁷ Dies bedeute, daß wir nicht zuerst zu den Waffen

²⁴ Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 786–793.

Die Bundesrepublik trat dem Nichtverbreitungsvertrag am 28. November 1969 bei. Das Ratifizierungsgesetz wurde am 4. Juni 1974 unterzeichnet. Vgl. dazu AAPD 1969, II, Dok. 383, bzw. AAPD 1974, I, Dok. 143.

²⁵ Korrigiert aus: „an“.

²⁶ Vgl. dazu die Erklärung zur „Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa“ im Schlußdokument vom 6. September 1983 der KSZE-Folgekonferenz in Madrid; EUROPA-ARCHIV 1983, D 541 f.

²⁷ Vgl. dazu Ziffer 5 a der Erklärung der Staats- und Regierungschefs anlässlich der Tagung des NATO-

greifen, sondern diese nur zur Verteidigung einsetzen würden. Dies beschränke sich nicht nur auf Atomwaffen oder nur auf konventionelle Waffen, sondern betreffe alle Waffen, sei also eine umfassende Verpflichtung. Wenn eine solche Verpflichtung von allen Staaten in Stockholm bekräftigt würde, könne dies eine bedeutsame Sache sein. Wir besäßen keine Atomwaffen, seien uns jedoch der schrecklichen Vernichtungskraft auch konventioneller Waffen bewußt. Deshalb sei es richtig, daß die NATO ihre Erklärung auf alle Waffen bezogen habe, nicht nur auf einige. Diese Erklärung sollte ebenso ernstgenommen werden wie die Brüsseler Erklärung vom Dezember 1983, deren Grundlinien auch in der Rede Präsident Reagans vom 16.1.84²⁸ zum Ausdruck kämen. Wir erwarteten nicht, daß die SU zu jedem Wort applaudiere, aber zu manchem könne man doch mit dem Kopf nicken und sagen, wie es weitergehen solle.

BM fuhr fort: Als wir die Verhandlungen über die Normalisierung der Beziehungen mit der SU, über den Moskauer Vertrag²⁹, aufgenommen hätten, seien viele der Meinung gewesen, daß wir uns dabei kaum lösbare Fragen vornähmen. Das Ergebnis sei jedoch gewesen, daß wir eine solide Grundlage für die Gestaltung der Beziehungen erhalten hätten. Er wiederhole auch heute, daß dies unsere Haltung bleibe, die keine Schönwetter-Philosophie sei, sondern eine Grundlinie mit langfristiger Perspektive. So wie wir damals schwierige Probleme gelöst hätten, so wie die SU auch mit USA, F und GB im Vier-Mächte-Abkommen³⁰ schwierige Probleme gelöst habe, so müßten wir auch heute mit dem gleichen Realismus an die Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle in allen Bereichen herangehen. Man solle auch die vertrauensbildenden Maßnahmen und die Frage der Transparenz nicht geringschätzen. Vieles werde durch Mißtrauen erschwert. Vertrauensbildung sei deshalb unendlich wichtig.

Gromyko bedauerte, daß BM sich nicht positiver zu dem Gedanken einer Nicht-Ersteinsatz-Verpflichtung geäußert habe. Wenn BM auf die Erklärung der NATO verweise, alle Waffen nur zur Abwehr einzusetzen, so liege die auf der Linie eines anderen Vorschlags der SU, nämlich für eine GV-Vereinbarung³¹. Eine solche Vereinbarung könne nicht nur zwischen den beiden Bündnissen, sondern zwischen allen KSZE-Teilnehmerstaaten, einschließlich der N+N-Staaten, geschlossen werden. Auch dies wäre ein großer Schritt zur Vertrauensbildung. Man solle sich also zumindest über den Ersteinsatzverzicht einigen, am besten aber über beide sowjetischen Vorschläge. Dabei brauche keine einzige Rakete oder Kanone verschrottet zu werden, aber die Vertrauensbildung würde es leichter machen, später mit dem Verschrotten zu beginnen. Wenn solche Schritte nicht notwendig wären, könne man der Abrüstung nicht näherkommen. In

Fortsetzung Fußnote von Seite 74

Rats am 10. Juni 1982; NATO FINAL COMMUNIQUE 1981–1985, S. 72. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 343. Vgl. dazu ferner AAPD 1982, I, Dok. 179.

²⁸ Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan in Washington vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1984, S. 40–44. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 109–114.

²⁹ Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

³⁰ Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73. Vgl. dazu auch AAPD 1971, II, Dok. 281.

³¹ Vgl. dazu die „Politische Deklaration“ der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 4./5. Januar 1983 in Prag; Dok. 11, Anm. 14.

Washington schein man das Wort Abrüstung aus dem Sprachgebrauch gestrichen zu haben.

BM verwies bezüglich des Gewaltverzichts auf die Äußerungen des Bundeskanzlers in Moskau, der von Beendigung angewandter Gewalt und Nicht-Anwendung von Gewalt auch innerhalb von Bündnissen gesprochen habe. Hier gebe es konstruktive Ideen. Jeder Gedanke werde geprüft werden, wenn man von der Ernsthaftigkeit der anderen Seite überzeugt sei.

Bundesminister drückte die Hoffnung aus, daß sich der Dialog nach Stockholm in allen Bereichen fortsetzen werde. Wir hofften auf eine Fortsetzung der Gespräche zwischen Gromyko und Shultz und würden weiterhin begrüßen, wenn es zu einem amerikanisch-sowjetischen Gipfel komme. Auch über das nächste Treffen zwischen ihm und Gromyko sollte in Anknüpfung an Wien weiter gesprochen werden. Wir hätten eine Fülle von Fragen zu behandeln, darunter im bilateralen Bereich auch humanitäre Probleme. BM erinnerte an die Härtefall-Liste, die Ausreisen und die humanitären Einzelfälle, die er mit Gromyko in Moskau und Wien erörtert habe. Er betonte, daß unsere Linie des Dialogs und der Zusammenarbeit über die Bundestags-Mehrheit hinaus von einer breiten Mehrheit unterstützt werde, auch dies sei ein Stück Berechenbarkeit und Verlässlichkeit deutscher Politik.

Beide Minister vereinbarten, daß die Delegationsleiter beider Staaten in Stockholm³² Kontakt halten sollten. Zur Fortsetzung der AM-Gespräche sagte Gromyko, er werde darauf zurückkommen.³³ Man werde sehen, wie die Situation dann sei. Im übrigen verlaufe der Prozeß der Konsultationen weiter. Die Gespräche über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, Rechtshilfe und Kulturaustausch sollten fortgesetzt werden.³⁴

BM bekräftigte unser Interesse an Konsultationen der Abrüstungs-Beauftragten. Er erwähnte die in Moskau ausgesprochene Einladung des Bundeskanzlers an Andropow. Wir erwarteten, daß die sowjetische Seite zu gegebener Zeit darüber entscheide. Gromyko versprach, Andropow daran zu erinnern. Bundesminister bat, daß Gromyko Botschafter Kastl, den man als Nachfolger von Staatssekretär Meyer-Landrut sorgfältig ausgewählt habe, bald empfangen möge und daß er mit ihm einen Meinungsaustausch führe, wie er dies auch mit Botschafter Semjonow tue. Gromyko erwiderte, er habe sich dies für die allernächste Zeit vorgenommen.³⁵ Er wolle zu Botschafter Kastl normale Beziehungen unterhalten.

³² Klaus Jürgen Citron und Oleg Alexejewitsch Grinewskij.

³³ Im Gespräch mit Staatssekretär Meyer-Landrut am 8. März 1984 übergab der sowjetische Botschafter Semjonow eine Einladung für Bundesminister Genscher zu einem Besuch am 21./22. Mai 1984 in der UdSSR. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 227 des Vortragenden Legationsrats Vogel vom 9. März 1984; VS-Bd. 13382 (213); B 150, Aktenkopien 1984.
Zum Besuch Genschers vom 20. bis 22. Mai 1984 in der UdSSR vgl. Dok. 148 und Dok. 153.

³⁴ Zu den Gesprächen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, den Rechtshilfeverkehr in Zivilsachen sowie das Zweijahresprogramm zum Kulturabkommen vom 19. Mai 1973 vgl. Dok. 3, Anm. 29.

Eine weitere Verhandlungsrunde fand vom 2. bis 4. Mai 1984 statt. Vgl. dazu Dok. 129, Anm. 18.

³⁵ Botschafter Kastl, Moskau, berichtete am 3. Februar 1984, er habe am selben Tag seinen Antrittsbesuch beim sowjetischen Außenminister Gromyko absolviert, „der sachlich und mit freundlichen Zwischentönen verlief“. Themen seien die Ost-West-Beziehungen sowie die bilateralen Beziehungen, auch im wirtschaftlichen Bereich, gewesen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 462/465; Referat 213, Bd. 139305.

Abschließend kam BM noch einmal auf MBFR zu sprechen und erkundigte sich nach den sowjetischen Absichten. Gromyko erklärte: Die Wiener Verhandlungen seien nicht unterbrochen. Es gebe lediglich noch kein neues Datum. Er denke, daß die Verhandlungen in absehbarer Zeit fortgesetzt werden könnten, „vielleicht in einigen Monaten“.

[gez.] Braunmühl

Referat 010, Bd. 178887

15

Botschafter von Puttkamer, Stockholm, an das Auswärtige Amt

VS-NfD

Fernschreiben Nr. 29

Citissime

Aufgabe: 20. Januar 1984, 11.45 Uhr¹

Ankunft: 20. Januar 1984, 12.56 Uhr

Betr.: Gespräch BM mit Premierminister Palme am 19.1.1984 in Stockholm²

Zum Abschluß seines Aufenthaltes in Stockholm anläßlich der Eröffnung der KVAE-Konferenz führte der Bundesminister ein Gespräch mit dem schwedischen Regierungschef Olof Palme, das wesentlich länger als vorgesehen dauerte.

Zu Beginn des Gesprächs bat Palme den BM um eine Einschätzung der Situation auf der Konferenz und des Gesprächs mit Gromyko³.

Der BM führte aus, daß er mit Gromyko ein eingehendes und sachliches Gespräch geführt habe, dessen herausragende Ergebnisse gewesen seien, daß die bilateralen Beziehungen auf beiden Ebenen weiterentwickelt werden. Hier sei ein sowjetisches Interesse durchaus erkennbar gewesen, und er beurteile dies positiv.

Im multilateralen Bereich sei vor allem festzuhalten, daß die Sowjetunion zugestimmt habe, die MBFR-Verhandlungen im März wiederaufzunehmen. Im weiteren Verlauf des Gesprächs nannte der BM den 16. März als präzises Datum.⁴ Die Verhandlungen über die C-Waffen würden nach seiner Einschätzung ebenfalls gutgehen. Ein sowjetisches Interesse am amerikanischen Entwurf⁵ sei unverkennbar.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat Ohr am 20. Januar 1984 vorgelegen.

² Bundesminister Genscher hielt sich vom 16. bis 19. Januar 1984 anläßlich der Eröffnung der KVAE in Schweden auf.

³ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 18. Januar 1984 in Stockholm vgl. Dok. 14.

⁴ Zur 32. Runde der MBFR-Verhandlungen vom 16. März bis 19. April 1984 in Wien vgl. Dok. 113.

⁵ Zur Ankündigung des amerikanischen Außenministers Shultz vom 17. Januar 1984 vgl. Dok. 13, Anm. 7.

Was die INF-Verhandlungen angehe, so müsse ein Weg gefunden werden, der den Sowjets die Gesichtswahrung ermögliche. Schon in Madrid⁶ sei erkennbar gewesen, daß dies auch der Interessenlage der Warschauer-Pakt-Staaten entspreche. Seine Gespräche hier in Stockholm mit den WP-Ministern⁷ hätten das erneut bestätigt. Eine „Emanzipation der Kleinen“ im WP sei eine hochinteressante Entwicklung der letzten Zeit. Hier erweise sich auch der Wert von multilateralen Konferenzen, auf denen die „Kleinen“ sich zunehmend beweglicher zeigten.

Palme stellte die Frage: „Was passiert mit den Raketen?“

Der BM führte aus, daß wir mit einem Prozeß vieler Jahre zu rechnen hätten. Die Sowjetunion stehe nicht unter Zeitdruck. Militärische und technische Vorgaben sorgten ohnehin dafür, daß nicht zu viele Raketen stationiert werden könnten.

Die Sowjetunion ist einer Fehleinschätzung⁸ erlegen, meinte der BM. Sie hat fest geglaubt, die westliche Stationierung verhindern zu können. Nun seien die Probleme „drüben“ größer als bei uns. In der DDR hätten das beispielsweise die Kirchentage⁹ bewiesen. Noch schlimmer als in der DDR sei die Problematik für die Führung der ČSSR. Sie erweise sich gegenüber Honeckers Position als nahezu unflexibel. Honecker spricht von Schadensbegrenzung, sagte der BM.

Die beweglichere Haltung der DDR sei nicht auf den Milliarden-Kredit¹⁰ zurückzuführen. Die Situation im anderen Deutschland sei mit den übrigen WP-Staa-

⁶ Vom 7. bis 9. September 1983 fand in Madrid ein Außenministertreffen zum Abschluß der KSZE-Folgekonferenz statt.

⁷ Bundesminister Genscher und der rumänische Außenminister Andrei trafen am 16. Januar 1984 zusammen. Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. Stockholm, berichtete dazu am 17. Januar 1984, erörtert worden seien die Ost-West-Beziehungen, insbesondere die KVAE, ferner die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen sowie humanitäre Fragen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 9; Referat 010, Bd. 178886.

Zum Gespräch mit dem bulgarischen Außenminister Mladenow am 17. Januar 1984 vgl. Dok. 12, Anm. 12.

Zum Gespräch mit dem Außenminister der DDR, Fischer, am 18. Januar 1984 vgl. Dok. 14, Anm. 15. Am 18. Januar 1984 fand ein Gespräch mit dem ungarischen Außenminister Várkonyi statt. Vortragender Legationsrat I. Klasse von Ploetz teilte der Botschaft in Budapest dazu am 23. Januar 1984 mit, es seien der bisherige Verlauf der KVAE, die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, die Frage eines Gewaltverzichts sowie die Absage eines Besuchs des tschechoslowakischen Außenministers Čhňoupek in der Bundesrepublik besprochen worden. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 495; VS-Bd. 14127 (010); B 150, Aktenkopien 1984.

Am 19. Januar 1984 traf Genscher mit dem polnischen Außenminister Olszowski zusammen. Ministerialdirigent Edler von Braunmühl informierte die Botschaft in Warschau, das Gespräch sei „in guter und sachlicher Atmosphäre“ verlaufen. Neben der wirtschaftlichen und politischen Lage in Polen seien das geplante Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche sowie die bilateralen Beziehungen, insbesondere humanitäre Fragen, erörtert worden. Vgl. dazu den am 20. Januar 1984 konzipierten und am 23. Januar 1984 übermittelten Drahterlaß Nr. 463/464; Referat 214, Bd. 133037.

⁸ Korrigiert aus: „Fehlerschätzung“.

⁹ In der DDR fanden 1983 unter der Losung „Vertrauen wagen“ sieben regionale Kirchentage der Evangelischen Kirche statt, vom 12. bis 15. Mai 1983 in Erfurt, vom 10. bis 12. Juni 1983 in Rostock, vom 17. bis 19. Juni 1983 in Lutherstadt Eisleben bzw. in Frankfurt/Oder, vom 24. bis 19. Juni 1983 in Magdeburg, vom 7. bis 10. Juli 1983 in Dresden sowie vom 23. bis 25. September 1983 in Lutherstadt Wittenberg.

¹⁰ Im Frühjahr 1983 führten der bayerische Ministerpräsident Strauß und der Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel der DDR, Schalck-Golodkowski, vertrauliche Gespräche über die Vergabe eines Bankenkredits, für den die Bundesregierung eine Bürgschaft übernehmen sollte. Die Gespräche endeten am 5. Juni 1983 mit der Einigung über einen Kredit in Höhe von 1 Mrd. DM. In einem Schreiben an Strauß erklärte sich der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, im Gegen-

ten kaum vergleichbar. Es sei ein Land mit zwei Währungen und zwei Medienwelten. 85 Prozent der DDR-Bevölkerung sehen das West-Fernsehen. Reinen Stalinismus habe es in der DDR nie gegeben. Heute versuche man, sich in Ost-Berlin wieder der deutschen Geschichte zu besinnen, und in einem Brief an den Bundeskanzler habe Honecker sogar von „unserer Verantwortung vor dem deutschen Volk“ gesprochen.¹¹

„Für uns ist die DDR kein Ausland“, sagte der BM. Mit Fischer spreche ich über multilaterale Themen, wobei sich immer wieder erweist, daß Fischer nicht der eigentliche Außenpolitiker der DDR ist. Er ist wenig flexibel. Die Außenpolitik in Ost-Berlin wird von Hermann Axen formuliert. Als Resultat dieser Entwicklung läßt sich feststellen, daß die Haltung der DDR zur Wiedervereinigungsfrage heute pragmatischer als früher sei.

Palme erwähnte, daß er in seinem Gespräch mit Fischer¹² die Wiedervereinigungsfrage nur angetippt habe und bemerkt hätte, daß dieses Thema für Fischer hochsensibel sei.

BM warf ein, daß Honecker sehr viel souveräner über die Problematik sprechen könne. Er habe nicht vergessen, daß das Saarland seine Heimat sei.

Palme äußerte Unverständnis, daß Shultz in seiner Rede¹³ in diesem Zusammenhang von der „Legitimität“ gesprochen habe. BM verwies auf die Schlußklärung von Helsinki, in der peaceful changes festgeschrieben seien.¹⁴ Im übrigen habe früher die deutsch-deutsche Problematik das Ost-West-Verhältnis unstrittbar belastet. Heute sei das eher umgekehrt.

Palme setzte noch einmal zu einer Kritik an der Rede von Shultz an. BM entgegnete, man müsse sehen, wie die „beiden großen Elefanten“ weiter miteinander auskommen werden. Gemessen an Madrid¹⁵ sei das Gespräch Gromyko-Shultz¹⁶ sehr gut gegangen. In Madrid war Shultz zutiefst beleidigt – Palme warf ein, daß auch Gromyko Grund zur Beleidigung gehabt habe –, der Flugzeugzwischenfall¹⁷ habe alles überschattet.

Fortsetzung Fußnote von Seite 78

zug zu humanitären Erleichterungen bereit. Vgl. dazu STRAUSS, Erinnerungen, S. 470–475; KOHL, Erinnerungen 1982–1990, S. 175–183; SCHALCK-GOLODKOWSKI, Deutsch-deutsche Erinnerungen, S. 284–303.

¹¹ In einem Schreiben vom 5. Oktober 1983 an Bundeskanzler Kohl erklärte der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker: „Ein atomwaffenfreies Europa ist letzten Endes das Ziel der europäischen Völker. Wir schließen uns im Namen des deutschen Volkes dem an.“ Vgl. VON HUBERTUSSTOCK NACH BONN, S. 146.

¹² Ministerpräsident Palme und der Außenminister der DDR, Fischer, trafen am 18. Januar 1984 in Stockholm zusammen.

¹³ Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Außenministers Shultz am 17. Januar 1984 in Stockholm vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 84 (1984), Heft 2084, S. 34–36. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 239–243.

¹⁴ Vgl. dazu Punkt I der Prinzipienklärung der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975; SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 915.

¹⁵ Der amerikanische Außenminister Shultz und der sowjetische Außenminister Gromyko trafen am 8. September 1983 in Madrid zusammen. Botschafter Hermes, Washington, berichtete dazu am selben Tag, nach Auskunft des amerikanischen Außenministeriums sei die Aussprache „unbelievably tough“ verlaufen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3982; VS-Bd. 12940 (204); B 150, Aktenkopien 1983.

¹⁶ Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 18. Januar 1984 in Stockholm vgl. Dok. 13.

¹⁷ Am 1. September 1983 wurde ein vom Kurs abgekommenes Passagierflugzeug der südkoreanischen Fluglinie KAL mit 269 Menschen an Bord, das sich auf einem Linienflug von New York über Ancho-

Der BM wies darauf hin, daß er immer wieder versucht habe, den Amerikanern klarzumachen, daß sie bei einer Verhandlung mit der¹⁸ Sowjetunion deren Inferioritätskomplex gegenüber dem Westen in Rechnung stellen müssen.

Palme meinte darauf, unter diesem Blickwinkel müsse der Anfang der Reagan-Rede¹⁹ die Russen eigentlich auch geärgert haben. Der BM antwortete, daß wir mit der Reagan-Rede zufrieden seien, weil sie vor allem im zweiten Teil Verständnis für die Sowjetunion bewiesen habe. „Wir müssen dies nutzen und jetzt am Ball bleiben.“

Palme: „Ich möchte noch eine bilaterale Frage anschneiden: Es geht um die Umweltverschmutzung. Schweden beginnt allmählich, unter den europäischen Sünden zu leiden. Die Zeit drängt.“

Der BM erwiderte, daß die Bundesrepublik in diesem Jahr noch zu einer Konferenz einladen werde, die für alle europäischen Staaten offen sei.²⁰ Wie er wisse, habe sich auch Andropow problembewußt gezeigt.²¹

Palme erwähnte dann ein Gespräch, das StM Mertes mit der FAZ geführt habe²², und meinte, er verstehe dies nicht ganz, denn Mertes werfe dem neutralen Schweden vor, es wolle sich in die Angelegenheiten anderer Länder in Verteidigungsfragen einmischen. Er habe deswegen in seiner Rede vor der KVAE²³ einen Mertes beruhigenden Satz eingefügt. BM sagte, er habe die Sache nicht gelesen, aber da er von Mertes wisse, daß er sich in Stockholm besonders gut mit Palme unterhalten habe²⁴, könne ein gegenseitiges Verständnis nicht schwierig sein.

Fortsetzung Fußnote von Seite 79

rage nach Seoul befand, von sowjetischen Jagdflugzeugen westlich der Insel Sachalin abgeschossen, nachdem es den sowjetischen Luftraum durchflogen hatte. Dabei kamen alle Insassen ums Leben. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 256, Dok. 258, Dok. 261 und Dok. 264.

18 Korrigiert aus: „Verhandlung der“.

19 Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan am 16. Januar 1984 in Washington vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1984, S. 40–44. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 109–114.

20 Vom 24. bis 27. Juni 1984 fand in München eine multilaterale Umweltkonferenz statt. Vgl. dazu Dok. 187.

21 In einem Schreiben vom 12. August 1983 an Bundeskanzler Kohl äußerte sich der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, auch zu Fragen des Umweltschutzes. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 241. Kohl sprach das Thema in einem Schreiben vom 28. Oktober 1983 an Andropow erneut an. Vgl. AAPD 1983, II, Dok. 319.

22 Zu den Äußerungen des Staatsministers Mertes vgl. den Artikel „Bonn besorgt über schwedische Äußerungen zum Vorschlag einer atomwaffenfreien Zone“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 13. Januar 1984, S. 4.

23 Für den Wortlaut der Rede des Ministerpräsidenten Palme am 17. Januar 1984 in Stockholm vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 231–235.

24 Staatsminister Mertes hielt sich am 17./18. Mai 1983 in Schweden auf. Botschafter von Puttkamer, Stockholm, berichtete dazu am 19. Mai 1983, im Mittelpunkt des Gesprächs mit Ministerpräsident Palme hätten Sicherheitsfragen gestanden vor dem Hintergrund sowjetischer U-Boot-Aktivitäten in schwedischen Gewässern. Palme habe dargelegt: „Die Wünschbarkeit einer kernwaffenfreien Zone im Norden werde durch die Vorfälle nur noch unterstrichen. Es sei ein schwedisches nationales Interesse, die Ostsee von Kernwaffen frei zu machen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 126; Referat 204, Bd. 135247.

Ein weiteres Gespräch fand am 2. September 1983 statt. Puttkamer teilte dazu am 5. September 1983 mit, Mertes habe erklärt, er habe „gewisse Befürchtungen (die er selber nicht teile) in westlichen Kreisen vernommen, daß Schweden seine Gastgeberrolle dazu benutzen könnte, spezifische schwedische Projekte und Anliegen besonders zu fördern. MP Palme kam darauf später zurück und erklärte sehr nachdrücklich, daß Schweden als Gastgeber eine Low-profile-Position einnehmen wer-

Palme streifte schließlich noch die schwedischen Vorschläge einer atomwaffenfreien Zone²⁵ und meinte, daß ihn die NATO-Argumente immer noch nicht überzeugen hätten. Er halte die atomwaffenfreie Zone in Europa immer noch für eine vernünftige Idee. BM meinte lapidar, diese Idee löst die Probleme der sowjetischen Mittelstreckenraketen nicht. Der Westen habe in Erfüllung dieser Zonenidee keine Rückzugsmöglichkeiten. Für ihn bedeute das einseitige Abrüstung, während es für die Sowjetunion lediglich Dislozierung bedeute. Die deutsch-deutsche Grenze zum Zentrum einer solchen Zone zu machen, heißt, die Probleme völlig verkennen. Die Politik müsse darauf gerichtet sein, daß wir weniger abhängig von den Atomwaffen sind. Deswegen habe er sich zum Wanderprediger für die Stockholmer Konferenz gemacht.

Palme meinte unter Hinweis auf die Fortsetzung von Wien, daß die MBFR-Verhandlungen doch wohl eigentlich zu einem positiven Abschluß geführt werden könnten. BM stimmte dem zu unter der Voraussetzung, daß sich die Sowjetunion in der Frage der Verifikation tatsächlich bewegen würde. Ein neuer Schritt für Wien sei in Vorbereitung.²⁶

[gez.] Puttkamer

Referat 205, Bd. 135289

Fortsetzung Fußnote von Seite 80

de und eine weniger aktive Rolle spielen dürfte, als wenn die Konferenz in einem anderen Land stattfände.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 808; Referat 221, Bd. 124580.

²⁵ Die schwedische Regierung schlug am 8./9. Dezember 1982 den NATO-Mitgliedstaaten, den Warschauer-Pakt-Staaten sowie den europäischen neutralen Staaten und Jugoslawien vor, in Mitteleuropa eine 300 km breite Zone ohne nukleare Gefechtsfeldwaffen zu errichten, die sich vom Mittelmeer bis nach Skandinavien erstrecken sollte. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 356.

²⁶ Zur geplanten Initiative der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 79.

16

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer**360.92 FRA-110/84 VS-vertraulich****23. Januar 1984**Über Herrn Staatssekretär¹ Herrn Bundesminister² zur Unterrichtung

Betr.: Deutsch-französische sicherheitspolitische Zusammenarbeit;
 hier: 5. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung am
 19.1.1984 in Paris

I. Am 19. Januar 1984 hat in Paris die 5. Sitzung des deutsch-französischen Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung stattgefunden.

Teilnehmer auf deutscher Seite: AA: MD Dr. Pfeffer; LR I Cuntz, 201; BMVg: Generalleutnant Kasch, stv. Heeresinspekteur (in Vertretung von StS Rühl und GI³ Altenburg); Major Dr. Wittmann, FÜ S III 1.

Auf französischer Seite: Quai d'Orsay: M. Andréani, Politischer Direktor; M. Gergorin, Leiter Planungsstab; M. Delbourg, Kabinett AM; Verteidigungsministerium: General Lacaze, Generalstabschef; M. Heisbourg, Fachberater Minister Henu; Flottillenadmiral Bétermier, Kabinett Lacaze.

II. Tagesordnung:

- 1) WEU (französische Reaktivierungsinitiative)
- 2) KVAE
- 3) Neue Konzepte für konventionelle Waffen
- 4) Zusammenarbeit in Spitzentechnologien (vor allem Aufklärungssatellit)
- 5) US-Projekt „Strategic Defense Initiative“ (SDI = früher DABM⁴)

Zu 1) WEU⁵

Andréani trug französische Vorstellungen anhand des beiliegenden Memorandums⁶ vor. Danach sollen bis zum WEU-Ministertreffen in Rom anlässlich des 30. Jahrestages der Organisation im Oktober 1984 zwei bedeutsame Schritte getan werden:

¹ Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 24. Januar 1984 vorgelegen.

² Hat Bundesminister Genscher vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Das anliegende Memo sollte übersetzt werden.“

Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 13. Februar 1984 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Übersetzung liegt BM vor.“

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 13. Februar 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre an Ministerialdirektor Pfeffer verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg am 13. Februar 1984 vorgelegen.

Hat Pfeffer am 14. Februar 1984 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 200 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schilling am 16. Februar 1984 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Studnitz am 23. März 1984 vorgelegen.

³ Generalinspekteur.

⁴ Defense Against Ballistic Missiles.

⁵ Zu den französischen Überlegungen für eine Belebung der WEU vgl. Dok. 1.

⁶ Dem Vorgang beigelegt. Für das französische Memorandum vom Januar 1984 vgl. VS-Bd. 11989 (201).

- Aufhebung der konventionellen Herstellungsbeschränkungen (für die Bundesrepublik Deutschland⁷) und Abschaffung der Mengenkontrollen⁸ (für alle Mitgliedstaaten der WEU auf dem Kontinent).
- Einigung über die Reaktivierung der WEU.

Zum weiteren Vorgehen: Franzosen haben meinen Vorschlag akzeptiert, das Memorandum nicht ohne bilaterale Vorbereitung an alle übrigen WEU-Partner zu geben. Andréani wird zunächst Bullard (GB) unterrichten und ihn um seine Mithilfe bitten. Nach dem Gespräch Andréani–Bullard soll⁹ ich ebenfalls mit Bullard sprechen. Französische Seite sieht Widerstand in London voraus, ohne ihn spezifizieren zu können. Heisbourg erwähnte, der britische Verteidigungsminister Heseltine trete für eine Reaktivierung der WEU ein, nicht zuletzt der Italiener wegen.

Offenbar ärgert die französische Seite, daß Großbritannien von den Mengenkontrollen ausgenommen ist, die auf dem Kontinent (auch gegenüber der British Army on the Rhine) durchgeführt werden. Frankreich hat allerdings Mengenkontrollen, vor allem auf dem Gebiet der Kernwaffen, nie bei sich geduldet. Frankreich will also die Diskriminierung der Bundesrepublik Deutschland (konventionelle Herstellungsbeschränkungen), aber auch die Diskriminierung aller Festland-Mitgliedstaaten gegenüber GB gleichzeitig beseitigen.

Dem dann arbeitslos werdenden Rüstungskontrollamt sollen nach französischer Ansicht neue positive Aufgaben zugewiesen werden. Frankreich denkt vor allem an das Thema „Verifikation“ für den Bereich rüstungskontrollpolitischer Verhandlungen. Meiner Bemerkung, daß man das Rüstungskontrollamt vielleicht nicht in seiner bisherigen Größe zu erhalten brauche, so daß sich die Perspektive einer neuen nützlichen Beschäftigung für dieses Amt auch noch mit Einsparungen verbinden ließe, widersprachen Lacaze und Andréani nicht.

Lacaze erwähnte unter vier Augen die Tatsache, daß die Beistandsklausel des WEU-Vertrages¹⁰ juristisch bindender sei als die des NATO-Vertrages¹¹. Diese Bemerkung des französischen Generalstabschefs ist um so bemerkenswerter¹², als die offizielle französische Doktrin darauf besteht, daß im Ernstfalle Frankreich autonome Entscheidungen treffen wird, was sich mit dem Wortlaut des NATO-Vertrages, nicht aber mit dem Wortlaut des WEU-Vertrags in Einklang bringen läßt.

Wir waren uns darüber einig, daß auch die Niederlande vor Übergabe des Memorandums eine mündliche Sonderbehandlung erfahren sollten. Franzosen stimmten mir zu, daß der Widerstand in Den Haag grundsätzlicher Natur sein werde („Beschädigung“ der NATO-Zusammenarbeit und der transatlantischen Verkopplung; niederländische Sorge, daß die Sieben eher Schlagseite zur Rüstungs-

⁷ Zu den WEU-Herstellungsbeschränkungen vgl. Dok. 1, Anm. 6.

⁸ Zu den WEU-Mengenkontrollen vgl. Dok. 1, Anm. 9.

⁹ Der Passus „akzeptiert ... soll“ wurde von Staatssekretär Meyer-Landrut hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

¹⁰ Vgl. dazu Artikel V des WEU-Vertrags in der Fassung vom 23. Oktober 1954; BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 286.

¹¹ Vgl. dazu Artikel 5 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949; BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

¹² Korrigiert aus: „um so mehr bemerkenswerter“.

kontrolle – unter Vernachlässigung der Verteidigungsanstrengungen – haben würden als die Sechzehn).

Ich habe darauf hingewiesen, daß der niederländische Außenminister sich am 7.1. in der Haagse Post, also öffentlich, gegen eine Reaktivierung der WEU geäußert habe.¹³ Ich nähme an, daß der Außenminister bei seinem Besuch in Den Haag am 2. Februar mit van den Broek hierüber sprechen werde.¹⁴ Ich empfinde den niederländischen Botschafter¹⁵ am 23. Januar auf seinen Wunsch in der gleichen Sache. Bei der Darstellung der niederländischen Bedenken habe ich betont, wir würden diesen Widerstand nur überwinden, wenn wir, Franzosen und Deutsche, erklärten, daß die kleineren Zirkel die äußeren stützen sollen (Prinzip der Russischen Puppen). Französische Seite bestätigte, daß dies vollkommen ihren eigenen Absichten entspreche. (Eine anti-amerikanische Motivierung, wie sie noch bei den Anläufen während der 70er Jahre von Frankreich gezeigt wurde, ist nun nicht mehr festzustellen.)

Heisbourg erkundigte sich, wie wir die Einladung Spadolinis an die übrigen Verteidigungsminister der WEU zum 30. Jahrestag der Gründung der WEU nach Rom¹⁶ beurteilten. Ich habe erwidert, daß BM Wörner die Einladung im Prinzip angenommen habe und daß der BM des Auswärtigen an eine gemeinsame Sitzung der Außen- und Verteidigungsminister denke, falls die Aufhebung der Herstellungsbeschränkungen und die Reaktivierung der WEU sich günstig vollziehen. In sechs bis neun Monaten sollte alles unter Dach und Fach zu bringen sein. Dann würde ein solcher Festakt die Arbeit krönen.¹⁷ Die französische Seite nahm diese Überlegung mit lebhaftem Interesse auf.

In der weiteren Diskussion waren wir uns einig, daß ein Treffen auf Ministerebene vor Oktober nicht sinnvoll wäre. Die öffentliche Aufmerksamkeit würde zu früh erregt. Wir müßten zunächst geräuschlos arbeiten. Heisbourg schlug aus diesem Grunde vor, ein Kolloquium der WEU-Parlamentarier in Paris im Februar möglichst unspektakulär zu halten. Die Minister sollten der Einladung der Parlamentarier möglichst nicht folgen.

Auf die Bemerkung Andréanis, die Aufhebung der konventionellen Herstellungsbeschränkungen für die Bundesrepublik Deutschland müsse in einem Zeitpunkt erfolgen, der dafür nicht „hostile“ (feindlich) sei, habe ich die Frage gestellt, was er damit meine; wie ich die französische Haltung einschätzte, könne an die Einräumung eines „droit de regard“ gegenüber der Sowjetunion, und sei es nur in zeitlicher Hinsicht, nicht gedacht sein. Andréani entgegnete, das sei in der Tat nicht gemeint, vielmehr komme es darauf an, wie sich die westliche Reaktion beim Weitergang der Dislozierung entwickle. Er erinnerte daran, daß

¹³ Botschafter von der Gablentz, Den Haag, berichtete am 17. Januar 1984, in dem Interview habe der niederländische Außenminister van den Broek dargelegt: „Möglichkeiten für aktiveren politischen Beitrag der Europäer bietet EPZ, nicht aber WEU. Wie bei Vorbereitung der KVAE können Europäer allgemeine sicherheitspolitische Vorstellungen in EPZ erarbeiten. Bei Entscheidungen muß es allerdings beim Primat der NATO bleiben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 37; Referat 200, Bd. 148656.

¹⁴ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem niederländischen Außenminister van den Broek vgl. Dok. 33.

¹⁵ Kasper W. Reinink.

¹⁶ Zum Vorschlag des italienischen Verteidigungsministers Spadolini vgl. Dok. 9, Anm. 23.

¹⁷ Am 26./27. Oktober 1984 fand in Rom eine Tagung der Außen- und Verteidigungsminister der WEU-Mitgliedstaaten statt. Vgl. dazu Dok. 290.

wir die Aufhebung der Herstellungsbeschränkungen ja einvernehmlich im Jahre 1983 in der heißen Phase vor der Dislozierung zurückgestellt hätten.

Ich habe darauf hingewiesen, daß unter diesem Aspekt man eigentlich sehr zuversichtlich sein könne, denn die Ausgangslage der Allianz sei seit den November-Bekräftigungen fest und klar. Mit dem Abbau der sowjetischen Drohkulisse werde auch mehr Ruhe entstehen. Insofern sei die Zeit auch nach West-Ost-Lage nicht ungünstig.

Zu 2) KVAE

Andréani faßte die französische Bewertung der Minister-Eröffnungssitzung in Stockholm¹⁸ zusammen. Er hob hervor, daß dieses Treffen ohne das Einvernehmen der Minister Genscher und Cheysson nicht zustande gekommen wäre.

Ich habe dieser Bewertung beigeplichtet und in Anknüpfung an das vorher Gesagte unterstrichen, daß gerade die Stockholmer Konferenz gegenüber unserer eigenen Bevölkerung die Richtigkeit unserer West-Ost-Politik bezeuge.

General Lacaze erwähnte das Problem des RDF-Transits und erklärte, Frankreich wünsche keine Beschränkung für die Force d'Action Rapide (FAR).¹⁹

Ich habe darauf hingewiesen, auch wir hätten ein Interesse daran, daß die FAR flexibel einsetzbar sei. Wegen ihrer Stationierung innerhalb der KVAE-Zone stelle sich das Problem anders und einfacher als im Falle der United States Rapid Deployment Force, die außerhalb der KVAE-Zone stationiert sei. Erfreulicherweise habe man in Stockholm eine provisorische Einigung gefunden.²⁰

Zu 3) Neue Konzepte für konventionelle Waffen

Ausgangspunkt der Diskussion war die französische Klage darüber, daß das Defence Planning Committee (DPC) auf Ministerebene Anfang Dezember 1983 beschlossen hat, die Executive Working Group (EWG) mit dem Thema „Emerging Technologies“ zu beauftragen.²¹ Dadurch falle Frankreich aus den Basis-Diskussionen über neue Konzepte für konventionelle Waffen heraus, da Frankreich dem DPC und damit auch der EWG nicht angehöre.²² Frankreich habe aber ein großes Interesse daran – und Deutschland werde dieses Interesse teilen –, von vornherein an diesen wichtigen, neuen Überlegungen im Bündnis-Rahmen beteiligt zu sein. Das gelte vor allem für die neuen Technologien im Bereich der Luftverteidigung.

Generalleutnant Kasch versprach, nach Mitteln und Wegen zu suchen, wie dem französischen Wunsch, den wir verstünden, entsprochen werden könne.

Die Franzosen wollen, daß sich Gremien des Sechzehner-Rahmens hauptsächlich mit dieser Materie beschäftigen (Ständige Konferenz der Nationalen Rüstungsdirektoren; NATO-Rat). Nur so könne die Leistungsfähigkeit der europäischen Rüstungsindustrie im Wettbewerb mit der amerikanischen und ja-

¹⁸ Die KVAE wurde am 17. Januar 1984 in Stockholm auf Außenministerebene eröffnet.

¹⁹ Zur französischen Force d'Action Rapide (FAR) vgl. Dok. 1, Anm. 4.

²⁰ Zur Frage der Notifizierung des Transits amerikanischer RDF durch Europa vgl. Dok. 12, Anm. 28.

²¹ Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 6./7. Dezember 1983 in Brüssel vgl. AAPD 1983, II, Dok. 380.

²² Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus der militärischen Integration der NATO aus. Vgl. dazu AAPD 1966, I, Dok. 48.

panischen erhalten und weiterentwickelt werden. Frankreich, das eine andere strategische Doktrin habe als die Allianz, halte die „flexible Antwort“²³ für die der Allianz angemessene Doktrin und wolle sie durch ihre Mitarbeit in den „Emerging Technologies“ keineswegs stören.

Ich habe mich auch aus dem allgemeinen Gesichtspunkt enger deutsch-französischer Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik für eine Frankreichs Wünschen entsprechende Lösung eingesetzt.

Zu 4) Zusammenarbeit in Spitzentechnologien (vor allem Aufklärungssatellit)

Ergebnis der interessanten Diskussion:

Eine deutsch-französische Ad-hoc-Arbeitsgruppe soll so bald wie möglich zusammengestellt werden²⁴ (auf französischer Seite voraussichtlich ein Ingénieur Général, ein Vertreter der Raumfahrt, ein Vertreter für Strategie, ein Vertreter des Quai d'Orsay) und rasch nach Konstituierung dem Ausschuß für Sicherheit gegenüber votieren, ob eine Zusammenarbeit auf diesem Gebiet überhaupt gangbar ist. Ein zweites Projekt, das auf diese Weise abzuklären wäre, ist die Elektronische Intelligence-Kapsel, die einem Aufklärungssatelliten beigegeben werden könnte.

Als drittes Projekt erwähnte Lacaze ein Telekommunikations-Programm durch Satelliten, das schon in diesem Jahr beginnen soll.

Herr Kasch hat sich mit einem solchen Prüfungsauftrag an eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe einverstanden erklärt, allerdings auch auf die finanziellen Auswirkungen hingewiesen, die bei dem engen Finanzrahmen unseres Verteidigungsbudgets große Schwierigkeiten bereiten würden.

Ich habe die Frage gestellt, ob Frankreich nur an die bilaterale Zusammenarbeit mit uns denke oder – wegen der finanziellen Belastung, aber auch wegen der Bündelung der technologischen Fähigkeiten – an eine Multilateralisierung im europäischen Bereich, etwa in der wiederbelebten WEU.

Die französische Seite will offenbar bilateral beginnen, scheint aber die Multilateralisierung nicht auszuschließen, vielleicht sogar anzustreben.

Zu 5) US-Projekt „Strategic Defense Initiative“ (SDI = früher DABM)

Andréani trug noch einmal die französischen Besorgnisse vor und machte den Vorschlag, eine deutsch-französische Studie zu diesem Thema anzufertigen. Ich habe auch unsere Bedenken noch einmal enumeriert, die wir den Amerikanern bereits mitgeteilt hätten, und die Antworten Burts wiederholt.

Ergebnis der anschließenden Diskussion:

Die politisch-strategische Gruppe soll sich, verstärkt durch Experten, des Themas SDI vor allem in technischer Hinsicht annehmen. Das Thema bleibt auch auf der Tagesordnung des Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung, der sich der politischen und strategischen Implikationen widmen wird und an den die politisch-strategische Gruppe berichtet.

²³ Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 2, Anm. 12.

²⁴ Ein erstes Gespräch über eine mögliche deutsch-französische Zusammenarbeit bei der Entwicklung eines Aufklärungssatelliten fand am 25. April 1984 statt. Vgl. dazu Dok. 84, Anm. 19.

Gergorin machte den Vorschlag, den Stand der einschlägigen Technik in der Sowjetunion und die mutmaßlichen Reaktionen der Sowjetunion auf das US-Projekt SDI in die Studie einzubeziehen.

Wir haben darauf hingewiesen, daß am 7.2. ein amerikanisches Team nach Bonn kommt²⁵, so daß unsere Arbeit auf der Grundlage einer besseren Kenntnis des amerikanischen Projekts fortgeführt werden könne. Es stellte sich heraus, daß das US-Team inzwischen auch für Paris „gebucht“ ist.

III. Nächstes Treffen des Ausschusses wurde unter Vorbehalt der Zustimmung von StS Rühl auf den 14. Mai 1984 festgesetzt.²⁶

Pfeffer

VS-Bd. 11989 (201)

17

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem italienischen Außenminister Andreotti in Rom

105-6.A/84 VS-NfD

24. Januar 1984¹

Vier-Augen-Gespräch des Herrn Bundesministers des Auswärtigen mit dem italienischen Außenminister, Herrn Giulio Andreotti, am 24.1.1984 um 17 Uhr in der Villa Madama in Rom²;

hier: Dolmetscheraufzeichnung

Nach der Begrüßung brachte *Andreotti* das Gespräch auf die Stockholmer Konferenz und ihre Folgen und fragte den Herrn Minister, wie er sich die Fortsetzung der KVAE vorstelle.

Der Herr *Minister* verwies auf das sachliche Klima, das im Gegensatz zu den von mancher Seite zuvor verbreiteten „Weltuntergangsparolen“ stehe. Außer der an sich schon begrüßenswerten Tatsache, daß die Konferenz überhaupt zustande gekommen sei und in Gegenwart der Außenminister habe eröffnet werden können, seien zwei weitere positive Schritte zu verzeichnen: erstens die sowjeti-

²⁵ Zur Unterrichtung der Bundesregierung über SDI durch eine amerikanische Expertengruppe vgl. Dok. 39.

²⁶ Zur Sitzung des deutsch-französischen Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung vgl. Dok. 140.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragender Legationsrätin Bouverat am 26. Januar 1984 gefertigt.

Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 27. Januar 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz und die Vortragenden Legationsräte Jansen und Horstmann verfügte und handschriftlich vermerkte: „Von BM nicht genehmigt.“

Hat Ploetz am 30. Januar 1984 vorgelegen.

Hat Jansen am 31. Januar 1984 vorgelegen.

Hat Horstmann am 2. Februar 1984 vorgelegen.

² Bundesminister Genscher hielt sich am 24./25. Januar 1984 in Italien auf.

sche Zustimmung zur Wiederaufnahme der MBFR-Gespräche am 16.3.84 und zweitens der Vorschlag eines Abkommens zur Ächtung der chemischen Waffen³ – wenn auch noch nicht klar sei, ob es sich um ein weltweites oder ein auf Europa beschränktes Abkommen handeln solle. Was den Bereich der Atomwaffen betreffe, sollte man den Russen etwas Zeit lassen und sie nicht unter Druck setzen.

Andreotti wies darauf hin, daß Gromyko sich in seinem Gespräch mit ihm besonders beunruhigt über Pläne zur militärischen Nutzung des Weltraums⁴ gezeigt habe, und fragte, ob der sowjetische Außenminister dieses Thema auch mit dem Herrn BM besprochen habe.

Der Herr *BM* antwortete, in seinem Gespräch mit ihm habe Gromyko dieses Thema – wider Erwarten – nicht angeschnitten.⁵ Möglicherweise liege die Erklärung darin, daß es bereits in den elfstündigen Wiener Gesprächen der beiden Außenminister⁶ berührt worden sei.

Andreotti führte dazu aus, dieses Thema sei bisher auf italienischer Seite nicht vertieft worden. Es sollte vertraulich behandelt werden, sonst könnte der Eindruck entstehen, während man von Abrüstung spreche, schicke man sich an, eine neue Waffengattung zu entwickeln.

Der Herr *BM* verwies darauf, daß er in Bonn zwei Tage vor der Tagung des NATO-Rats⁷ mit Shultz⁸ über das Thema gesprochen habe, das nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Schaffung einer neuen Waffenart, sondern auch unter dem der europäischen Sicherheit geprüft werden müßte, da es dabei um vitale Interessen der Europäer gehe. Man könnte sich gedanklich vorstellen, daß die USA mit Weltraumwaffen in eine „unverletzbare Festung“ verwandelt werden könnten. Dann stellte sich die Frage, was dies für Europa zu bedeuten hätte. Letztlich könnte es bedeuten, daß Europa eine „atomare Geisel“ der SU werden könnte, weil die UdSSR dann nicht in der Lage wäre, die USA selbst zu bedrohen. Das Bündnis lebe aber von dem Prinzip der gleichen Sicherheit für alle Partner. Wenn dieser Grundsatz in einem zentralen Punkt aufgegeben werde, könnte es zu einer „emotionalen Bewegung“ in der Bevölkerung kommen, und

³ Am 10. Januar 1984 übergab die sowjetische Regierung den Botschaften der NATO-Mitgliedstaaten in Moskau einen Vorschlag der Warschauer-Pakt-Staaten „für ein Europa ohne chemische Waffen“. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 205 f.

Botschafter Ruth legte dazu am 12. Januar 1984 dar, trotz aller Bedenken liege es in der gegenwärtigen Phase der Ost-West-Beziehungen „gerade in unserem außenpolitischen Interesse, die sowjetische Initiative nicht rundweg abzulehnen“. Vielmehr müsse der Vorschlag „auf seine praktische Nutzbarkeit“ geprüft werden: „Auch angesichts unserer sicherheitspolitischen Diskussion, auf die der Vorschlag politisch attraktiv wirken muß, können wir uns eine A-limine-Zurückweisung des Vorschlags kaum leisten. Wir müssen uns bewußt sein, daß unsere als einziges westliches CW-Stationierungsland exponierte Stellung nur durch größte rüstungskontrollpolitische Anstrengungen und Prüfung aller Möglichkeiten zu rechtfertigen ist.“ Vgl. Referat 222, Bd. 126951.

⁴ Zur Strategischen Verteidigungsinitiative des Präsidenten Reagan (SDI) vgl. Dok. 2.

⁵ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 18. Januar 1984 in Stockholm vgl. Dok. 14.

⁶ Für die Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 15./16. Oktober 1983 vgl. AAPD 1983, II, Dok. 303–306.

⁷ Zur NATO-Ministerratstagung am 8./9. Dezember 1983 in Brüssel vgl. AAPD 1983, II, Dok. 376.

⁸ Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich am 6./7. Dezember 1983 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher am 6. Dezember 1983 vgl. AAPD 1983, II, Dok. 371.

die zur Zeit sehr ruhige Raketendiskussion könnte sich neu beleben. Zur Zeit untersuche das AA zusammen mit dem Verteidigungsministerium alle denkbaren Aspekte der Frage der Weltraumwaffen, auch in bezug auf die europäische Sicherheit. Er – BM – sei bereit, wenn diese Arbeiten weiter fortgeschritten seien, einen Meinungs austausch mit den europäischen Partnern, auf deren Boden amerikanische Atomwaffen stationiert würden (Italien, GB), ebenso wie mit den Franzosen zu führen.

Andreotti erklärte sich damit einverstanden; er habe den italienischen Generalstab gebeten, die Frage zu untersuchen. Allerdings habe er aus Gesprächen in den USA (mit MIT⁹-Wissenschaftlern) den Eindruck gewonnen, daß die entsprechenden Pläne Reagans dort vorwiegend negativ beurteilt würden: Eine „absolute Sicherheit“ gebe es nicht. Es sei ausgeschlossen, ein „sicheres Sanktuarium“ zu schaffen. Die enormen Ausgaben für die Verwirklichung des Projekts stünden in keinem Verhältnis zu seinem Nutzen, falls auch nur eine einzige Rakete den Sicherheitsgürtel durchdringen könnte. Die Anhänger des Plans im Umkreis des Präsidenten stellten eine Minderheit dar, nur Reagan selbst schein besonders davon fasziniert.

Der Herr *BM* bemerkte, er habe den Amerikanern die Geschichte von der Belagerung Wiens durch die Türken erzählt und daran die Betrachtung geknüpft, wenn auch innerhalb der Stadtmauern eine gewisse Sicherheit geherrscht habe, so hätte er sich nicht in der Lage der Bewohner der umliegenden Dörfer befinden mögen.

Andreotti quittierte dies mit einem verständnisvollen Lächeln und brachte das Gespräch dann auf die Atomwaffen: Er erklärte sich mit der Meinung des Herrn *BM* einverstanden, daß man vorerst abwarten sollte, ob Vorschläge von amerikanischer oder russischer Seite gemacht würden. Möglicherweise könnte ein neuer Versuch unternommen werden, die Null-Option¹⁰ wieder aufleben zu lassen, oder es könnte, was den Bereich der „leichten Nuklearwaffen und Raketen“ betreffe, ein Zusammenhang mit der konventionellen Rüstung und eine Verbindung zu den Wiener Gesprächen¹¹ hergestellt werden.

Der Herr *BM* antwortete, der Zweck der auf deutschem Territorium stationierten taktischen Atomwaffen sei die Abschreckung gegen einen Angriff mit konventionellen Waffen, vor allem aber der Ausgleich gegenüber der konventionellen Überlegenheit der SU. Was die Reduktion der taktischen Atomwaffen betreffe, habe der Westen 1981¹² und 1984¹³ zwei wichtige Schritte unternommen.

⁹ Massachusetts Institute of Technology.

¹⁰ Vor den Mitgliedern des National Press Club führte Präsident Reagan am 18. November 1981 in Washington aus, die USA seien bereit, auf die Dislozierung von Pershing-II-Raketen und landgestützten Marschflugkörpern in Europa zu verzichten, sollte die UdSSR ihre SS-4-, SS-5- und SS-20-Raketen abbauen. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 1065. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 657. Vgl. dazu ferner AAPD 1981, III, Dok. 329, und AAPD 1982, I, Dok. 62.

Die amerikanische Position wurde vom Leiter der amerikanischen INF-Delegation, Nitze, in der am 30. November 1981 beginnenden ersten Verhandlungsrunde in Genf präzisiert. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 356 und Dok. 380.

¹¹ Zu den MBFR-Verhandlungen vgl. Dok. 113.

¹² Die USA begannen im Frühjahr 1980 mit dem im NATO-Doppelbeschuß vom 12. Dezember 1979 angekündigten Abzug von 1000 nuklearen Gefechtsköpfen. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 129. Auf der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 9./10. De-

Seiner Ansicht nach könnten in der öffentlichen Diskussion in Deutschland die chemischen Waffen eine wichtigere Rolle spielen als die Atomwaffen. Leider seien auf deutschem Boden so viele chemische Waffen gelagert, daß die Bedrückung der in den entsprechenden Gegenden lebenden Bevölkerung und ihr Wunsch nach einer Änderung der Situation verständlich seien.

Andreotti stimmte dem zu: Die Menschen könnten sich z.T. auch aus Erfahrung die Schrecken der chemischen Kriegführung besser vorstellen als die Wirkung der Nuklearwaffen.

Zu den EG-Fragen übergehend, führte *Andreotti* aus, erstens müsse s. E. auch im Hinblick auf die bevorstehenden EP-Wahlen¹⁴ mehr Gemeinschaftsgeist an den Tag gelegt werden: Die Ratssitzungen erinnerten ihn immer mehr an die Tagungen des Verwaltungsrats einer Firma als an diejenigen eines politischen Gremiums. Zweitens stelle sich im Zusammenhang mit der Erweiterung die Frage, ob Mitterrand – der in seinem Herzen vielleicht sogar gegen den Beitritt Spaniens und Portugals¹⁵ sei – schließlich, um während seines Halbjahrs¹⁶ einen Erfolg verzeichnen zu können, doch zustimme oder ob er weiterhin Hindernisse aufbauen werde. Er – *Andreotti* – sei über letztere Möglichkeit sehr beunruhigt wegen der dann zu erwartenden Reaktion in Spanien, die sich nicht nur allgemeinpolitisch, sondern auch im militärischen Bereich sehr schädlich auswirken könnte: González habe sich bekanntlich verpflichtet, noch innerhalb der laufenden Legislaturperiode ein Referendum über Spaniens NATO-Zugehörigkeit durchzuführen.¹⁷ Sollte es zu einer Enttäuschung wegen der Behandlung der EG-Beitrittsfrage kommen, so werde das Ergebnis der Volksbefragung wahrscheinlich negativ sein mit allen Folgen, die dies mit sich bringen würde.

Der Herr *BM* führte – in Beantwortung des zweiten Punktes – aus, die finanziellen und agrarpolitischen Probleme im Zusammenhang mit dem Beitritt Spaniens und Portugals seien bekannt, wobei die Schwierigkeiten bei Spanien noch

Fortsetzung Fußnote von Seite 89

zember 1980 in Brüssel wurde bekanntgegeben, daß der Abzug abgeschlossen sei. Vgl. dazu Ziffer 15 des Kommuniqués; NATO FINAL COMMUNIQUEES 1975–1980, S. 151. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 42.

¹³ Auf der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 27./28. Oktober 1983 in Montebello wurde der Abbau von 1400 nuklearen Gefechtsköpfen beschlossen. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 321.

¹⁴ Die Wahlen zum Europäischen Parlament fanden am 14. und 17. Juni 1984 statt.

¹⁵ Portugal und Spanien beantragten am 28. März bzw. 28. Juli 1977 den Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften. Am 24. Januar 1984 legten das Auswärtige Amt und die Bundesministerien für Wirtschaft bzw. für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und das Bundesministerium der Finanzen dar, die Beitrittsverhandlungen mit beiden Staaten kämen „langsam, aber stetig vorwärts. Der größte Teil der Verhandlungsmasse ist abgeschlossen. Dazu zählen die ‚kleinen‘ Kapitel (Regionalpolitik, Kapitalverkehr, Niederlassungsrecht etc.), aber auch der gesamte gewerbliche Bereich (Zollunion, EGKS, Außenbeziehungen), in dem nur noch einzelne – teilweise allerdings schwierige – Fragen [...] offen sind. [...] Übrig bleiben (neben den erst in der Schlußphase der Verhandlungen zu klärenden Fragen der eigenen Einnahmen, der institutionellen Anpassungen und des Verhältnisses von Spanien und Portugal) das Fischereidossier und das beitriffscheidende Landwirtschaftskapitel.“ Das Agrarkapitel sei „der brisanteste Bereich der Beitrittsverhandlungen. Während Portugal lediglich im Strukturbereich Anlaß zur Sorge gibt (Erfordernis finanzieller Hilfen durch die Gemeinschaft), wird die spanische Landwirtschaft wegen ihres Umfangs und Produktionspotentials nicht nur von südfranzösischen Bauern gefürchtet, sondern auch von anderen Mitgliedstaaten wegen der möglichen hohen Agrarkosten als belastend angesehen.“ Vgl. Referat 410, Bd. 130408.

¹⁶ Frankreich hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1984 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

¹⁷ Zur Stellung Spaniens in der NATO vgl. Dok. 26.

größer seien als bei Portugal. Die Bundesrepublik habe sich aber von Anfang an uneingeschränkt für den Beitritt der beiden Länder eingesetzt, weil ihr der im Falle einer Ablehnung möglicherweise zu zahlende Preis (Linksruck infolge der wirtschaftlichen Instabilität) noch größer erscheine. Für Mitterrand seien die Probleme noch größer als für Deutschland und Italien: 1) Er besitze nicht eine so große Mehrheit wie seinerzeit Giscard. Sollte nicht Giscard – gegen den eine gewisse emotionale Stimmung im französischen Volk herrsche –, sondern jemand anders sein Gegenkandidat werden, würde Mitterrand seine Mehrheit wohl verlieren. 2) Ein großer Teil der jüdischen Bevölkerung Frankreichs (800 000 Personen) habe 1981¹⁸ für Mitterrand gestimmt, weil sie Giscard's Nahostpolitik abgelehnt habe. Diese Wähler seien aber keine „zuverlässigen Verbündeten“ Mitterrands. Da sich dessen Nahostpolitik im wesentlichen nicht von der seines Vorgängers unterscheide, könnte er einen Teil von ihnen wieder verlieren. 3) Die Bauern Südfrankreichs seien sehr schnell bereit, ihre Partei zu wechseln, wenn sie eine Beeinträchtigung ihrer Interessen fürchteten, und könnten sich den Gaullisten zuwenden.

Trotzdem sei man auf deutscher Seite überzeugt, daß Mitterrand – möglicherweise erst gegen Ende des französischen Halbjahrs – seine Zustimmung zum Beitritt geben werde. Er – BM – glaube, daß Mitterrand den Beitritt zur „französischen Sache“ machen werde. Nur so präsentiert und nicht als etwas, was ihm von anderen Europäern aufgedrängt werde, könne er den Beitritt unter seinem Vorsitz durchsetzen.

Zur Frage der Zukunft Europas führte der Herr BM aus, er teile Andreottis Enttäuschung voll und ganz. In der Bundesrepublik gebe es zur Zeit die „proeuropäischste“ Regierung, die man sich nur vorstellen könne. Seine – BMs – Aufgabe als „auf Europa fixierter Minister“ sei mit dem jetzigen Bundeskanzler leichter durchzuführen als mit dem früheren Koalitionspartner. In Anbetracht der Teilung des Landes liege Deutschlands Zukunft in Europa. Der Gedanke an die europäische Einigung sei wesentlich für den politischen Standort der Bundesrepublik im Westen. Die Gründerstaaten der EG trügen s. E. eine besondere Verantwortung. Die Bundesregierung habe daher die Absicht, große Anstrengungen zu unternehmen, damit bis zum Europäischen Rat in Brüssel¹⁹ eine Einigung möglich werde. Gerade auch im Hinblick auf die gegenwärtige internationale Lage hätten alle europäischen Länder nur dann eine Chance, sich zu behaupten, wenn Europa nicht stagniere und auseinanderfalle, sondern wenn es sich weiterentwickle. Auch aus deutscher Sicht müsse man Europa eine Perspektive geben, die über die Finanzregelung, die neuen Politiken und die Reform der Agrarpolitik hinausgehe.

Er frage sich, ob man nicht versuchen sollte, im Wege bilateraler Kontakte zwischen den drei Kernländern der Gemeinschaft Italien, Frankreich und der Bundesrepublik so viel Klarheit wie möglich vor der Brüsseler Sitzung des ER zu erreichen. Dabei denke er nicht an die Bildung eines Präsidiums. Er würde der italienischen Seite gern die deutschen Vorstellungen unterbreiten und von den Italienern hören, wie sich deren Probleme darstellten, wo eine Annäherung mög-

¹⁸ In Frankreich fanden am 26. April bzw. 10. Mai 1981 Präsidentschaftswahlen statt.

¹⁹ Zur Tagung des Europäischen Rats am 19./20. März 1984 vgl. Dok. 88.

lich erscheine und wo es Streitfragen gebe. Dies könnte dazu dienen, die Aufgaben der französischen Präsidentschaft zu erleichtern.

Der Herr BM brachte dann das Gespräch auf die Chancen für einen deutschen Neutralismus, eine Frage, die ihm zwar nicht von italienischer Seite, aber von anderen Westeuropäern gestellt worden sei: Mit gutem Gewissen könne er dazu sagen, daß er für derartige Tendenzen keine Chancen sehe, weil die pro-westlichen Kräfte in der Bundesrepublik viel stärker seien. Wenn man aber sicher sein wolle, daß eine solche Entwicklung nie eintrete, müsse man den Deutschen eine europäische Zukunftsperspektive geben.

Andreotti antwortete, er wisse die Ausführungen des BM sehr zu schätzen. Sie hätten ihn zwar nicht überrascht, aber doch sehr beruhigt. Er teile die Auffassung des BM, daß man große Anstrengungen unternehmen müsse, um die derzeitigen Schwierigkeiten zu überwinden. Er erinnerte an Italiens Haltung zum Beitritt Griechenlands²⁰ und verwies auf die Parallele zwischen der damaligen Lage Papandreous und der von González in bezug auf die NATO.

Was einen möglichen deutschen Neutralismus betreffe, so habe er diese Frage nicht gestellt, weil er überzeugt sei, daß die Neutralisten in der Bundesrepublik nicht die Oberhand gewinnen könnten, und er von daher infolgedessen keine Gefahr sehe. Gefährlicher erschienen ihm aber gelegentlich auftauchende Anregungen zur Schaffung atomfreier Zonen in der Mittelmeerregion, im Balkan, längs der deutschen Teilungslinie oder in Nordeuropa. Es handle sich dabei zwar um Propaganda-Aktionen, die er für nicht fundiert halte. Man sollte derartigen Vorstellungen aber doch mit Nachdruck entgegentreten, denn der Egoismus in bestimmten geographischen Gebieten könnte angesprochen werden und die irrige Meinung sich verbreiten, daß man dem Risiko eines Atomkriegs durch die Schaffung atomfreier Zonen entgehen könnte.

Der Herr *BM* wies auf die Gefahr hin, daß die Forderung nach atomfreien Zonen ein erster Schritt zur Neutralisierung von Teilen Europas darstellen könnte. Er habe Palme in einem freundschaftlichen Gespräch in Stockholm²¹ auf seine „erbitterte Gegnerschaft“ gegen derartige Vorstellungen hingewiesen und Schweden als Gastland der KVAE Zurückhaltung empfohlen, damit nicht einseitig vitale Interessen anderer Staaten verletzt würden. Er habe Palme gegenüber betont, er habe Schweden keine Vorschriften oder Ratschläge über dessen Sicherheitspolitik zu erteilen; dies müsse aber auf Gegenseitigkeit beruhen.

Andreotti bemerkte hierzu, Schweden sei ein Land, das zwar über sehr viele Waffen verfüge, sich andererseits aber als besonders friedliebend darstellen möchte. In diesem Zusammenhang erwähnte er die beiden nach Brandt und Palme genannten Komitees, die kürzlich in Rom getagt hätten.²² Mit deren Schlußfolgerungen sei er keineswegs einverstanden. Brandt wolle den Status quo im Raketenbereich im jetzigen Zustand (und nicht nach dem Stand von 1979) blockieren und habe ein Moratorium für ein Jahr vorgeschlagen. Eine derartige The-

²⁰ Griechenland trat mit Wirkung vom 1. Januar 1981 den Europäischen Gemeinschaften bei.

²¹ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident Palme am 19. Januar 1984 vgl. Dok. 15.

²² Die Tagung der Unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheit (Palme-Kommission) und der Unabhängigen Kommission für Internationale Entwicklungsfragen (Brandt-Kommission) fand vom 20. bis 22. Januar 1984 statt. Für das Kommuniqué vgl. Referat 402, Bd. 133852.

se gehe ja noch über die Vorstellungen der SU hinaus. Zum Glück hätten die Tagungen der beiden Komitees keinen großen Widerhall gefunden.

Auf eine Frage des Herrn BM erläuterte Andreotti, die Einladung nach Rom sei durch ein „persönliches Entgegenkommen“ der Sozialistischen Partei zustande gekommen, aber die Regierung als solche habe dem Treffen keine Bedeutung beigemessen. Er selbst – Andreotti – habe eine Einladung zu dem Festessen absichtlich nicht angenommen, um damit zum Ausdruck zu bringen, daß er die Komitees nur als Studiengruppen und nicht als bedeutsamere Gremien betrachte. Die einzigen positiven Kommentare seien bezeichnenderweise von kommunistischer Seite abgegeben worden.

Andreotti brachte dann das Gespräch auf Libyen und führte aus, Italien sei zur Zeit das Ziel einer heftigen Kampagne wegen der in Comiso (Sizilien) stationierten amerikanischen Raketen, die angeblich nach Libyen gerichtet seien. Er – Andreotti – beabsichtige, in der nächsten Woche nach Libyen zu fahren²³, wo Italien auch in Verbindung mit den USA viele Interessen habe. Er werde den Libyern deutlich erklären, daß die Raketen zum Ausgleich der russischen Überlegenheit disloziert würden und nichts mit Libyen zu tun hätten. Diese Klarstellung erscheine ihm wichtig, um das Risiko libyscher Terrorakte nicht zu erhöhen. Sollte es zu den von Libyen und vom Iran angekündigten terroristischen Tätigkeiten kommen, so würde dies schwerwiegende Folgen mit sich bringen.

Auf eine Frage des Herrn BM nach den amerikanischen Interessen in Libyen erläuterte Andreotti, diese seien zum Teil direkter, zum Teil indirekter Art. So sei der größte Auftrag, der in letzter Zeit von Libyen für den Bau größerer Bewässerungsanlagen in der Wüste vergeben worden sei, an ein koreanisches Unternehmen gegangen. Die technische Planung des Projektes werde von der bekannten US-Firma Bechtel durchgeführt.

Der Herr *Minister* unterstrich, daß er Andreottis Entscheidung, Libyen zu besuchen, für sehr positiv halte. Er selbst kenne Gaddafi mit all seinen Problemen recht gut. Wahrscheinlich wäre er – BM – ebenfalls nach Libyen gereist, wenn der Bundeskanzler nicht in dieser Woche in Israel wäre²⁴ und er dessen Probleme nicht vermehren wolle. In absehbarer Zeit werde er seinen Besuch in Libyen aber durchführen²⁵, weil er der Ansicht sei, daß der Westen Gaddafi falsch behandelt habe. Er glaube nicht, daß dieser „ein Knecht der Russen“ sei. Er sei zwar unberechenbar, und dies um so mehr, wenn er allein gelassen werde. Je mehr man sich dagegen um ihn kümmere, desto berechenbarer werde er auf kurze Frist. Gaddafi sei ein stark religiöser Mensch, der jedes gottlose System verabscheue. So habe er – BM – sich z. B. einmal lange mit ihm über das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser unterhalten²⁶ und dabei darauf hingewiesen, daß auch die Deutschen dieses Recht sollten ausüben können. Anläßlich eines Besuchs im Kreml²⁷ habe nun Gaddafi in einer Tischrede in Gegen-

²³ Der italienische Außenminister Andreotti hielt sich am 4./5. Februar 1984 in Libyen auf.

²⁴ Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 24. bis 29. Januar 1984 in Israel vgl. Dok. 18–20.

²⁵ Zur Möglichkeit eines Besuchs des Bundesministers Genscher in Libyen vgl. Dok. 41.

²⁶ Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Oberst Gaddafi am 19. Juni 1979 in Tripolis vgl. AAPD 1979, I, Dok. 180.

²⁷ Oberst Gaddafi hielt sich vom 27. bis 29. April 1981 in der UdSSR auf.

wart Breschnews das Selbstbestimmungsrecht für die Palästinenser und ebenso für die Deutschen gefordert und hinzugefügt, es sei schade, daß den Deutschen dieses Recht verwehrt werde.

Im Anschluß an das Vier-Augen-Gespräch, das ca. eine Stunde dauerte, wurden die Gespräche in Gegenwart der Delegationen fortgeführt.²⁸

Referat 010, Bd. 178885

18

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Shamir in Jerusalem

VS-vertraulich

24. Januar 1984¹

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem israelischen Ministerpräsidenten Yitzhak Shamir am 24. Januar 1984, 17.20 bis 18.45 Uhr, in Jerusalem²

Teilnehmer: Y. Ben-Aharon, Leiter des Büros des Ministerpräsidenten; Horst Teltschik, Ministerialdirektor; Heinz Weber, Dolmetscher.

Der *Bundeskanzler* erklärte einleitend, daß er an das Gespräch anknüpfen wolle, das er mit Ministerpräsident Shamir bei der gemeinsamen Fahrt nach Jerusalem begonnen habe. Sie hätten über die persönlichen Erfahrungen der letzten Jahrzehnte gesprochen. Sein Verhältnis zu Israel bestimme sich in erster Linie aus der Geschichte seiner eigenen Familie. Der Bundeskanzler schilderte sein Elternhaus, das national gesinnt gewesen sei, aber in der Landschaft der Reformation beheimatet gewesen sei. So sei er von Haus aus liberal und im Sinne von Lessing tolerant erzogen worden. Er habe das Glück gehabt, daß sein

²⁸ Im ersten Teil des deutsch-italienischen Regierungsgesprächs am 24. Januar 1984 in Rom berichteten Bundesminister Genscher und der italienische Außenminister Andreotti über ihr vorangegangenes Vier-Augen-Gespräch. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 103 des Ministerialdirigenten Schauer, z. Z. Rom, vom 25. Januar 1984; Referat 010, Bd. 178885.

Im zweiten Teil des Gesprächs wurden Fragen der Europäischen Gemeinschaften erörtert, wie z. B. die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik, die Finanzierung, die Zusammenarbeit in den Bereichen Forschung und Industrie sowie der Regionalfonds. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 106 des Ministerialdirektors Fischer, z. Z. Rom, vom 25. Januar 1984; Referat 206 (203), Bd. 140530.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 8. Februar 1984 gefertigt und am selben Tag an Bundesminister Genscher „zu Ihrer persönlichen Unterrichtung“ übermittelt.

Hat Genscher vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 17. Februar 1984 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Staatssekretäre Lautenschlager und Meyer-Landrut sowie die Ministerialdirektoren Ruhfus und Fischer „z[ur] pers[önlichen] Unterrichts[un]g“ verfügte. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14124 (010), B 150, Aktenkopien 1984.

² Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 24. bis 29. Januar 1984 in Israel vgl. auch Dok. 19 und Dok. 20.

Vater, noch mehr seine Mutter gegen die Nazis eingestellt gewesen seien. In seiner Kindheit habe er keine Begegnung mit Juden gehabt, jedoch habe ihn die Erinnerung an die Reichskristallnacht bereits tief geprägt. Außerdem sei sein Bruder im Krieg gefallen.

Zu diesem persönlichen Hintergrund komme die Tatsache, daß sein Haus, in dem er heute lebe, nur 17 km von Worms und Speyer entfernt sei, beides Orte mit großer jüdischer Geschichte. Als Student habe er selbst auch Martin Buber in Heidelberg hören können. Der Bundeskanzler erklärte, daß er seinen persönlichen Hintergrund so ausführlich dargestellt habe, um zu verdeutlichen, daß seine Generation viel zu jung gewesen sei, um schuldig werden zu können. Dies sei jedoch nicht ihr Verdienst. Seine Vorstellung sei jedoch, daß diese Generation dazu aufgerufen sei, eine Brücke zu den älteren Generationen mit ihren schrecklichen Erfahrungen zu bilden.

Der Bundeskanzler leitete auf die Geschichte der CDU über, deren Vorsitzender er jetzt seit zwölf Jahren sei. Er sehe sich in der Tradition seiner Vorgänger³ und wolle daran erinnern, daß der erste Vorsitzende der CDU Andreas Hermes gewesen sei, der im Januar 1945 von den Nazis zum Tode verurteilt worden sei und sechs Monate später der erste Vorsitzende der CDU geworden sei. Er habe sich dafür eingesetzt, daß diese Wurzeln im Bewußtsein seiner Partei wieder lebendig geworden seien.

Heute gebe es in der Bundesrepublik weniger Antisemitismus als in allen anderen europäischen Staaten. Die Deutschen hätten aus der Geschichte gelernt. 65% der heute lebenden Deutschen seien nach dem Zweiten Weltkrieg geboren. Die Geschehnisse der Nazizeit seien für diese Generationen bereits Geschichte. Es könne jedoch keinen Zweifel geben, daß Israel heute in der Bundesrepublik besonders populär sei. Dies bedeute jedoch nicht, daß alles, was Israel tue, akzeptiert werde. Er wolle jedoch nur die Junge Union als größte politische Jugendorganisation der Bundesrepublik erwähnen, die ein eigenes Reisebüro unterhalte. Es sei bezeichnend, daß die Anzahl der Reisen nach Israel die höchste Quote erreicht habe.

Er verstehe es jedoch, soweit dies überhaupt möglich sei, daß derjenige, der in der Nazizeit alles verloren habe, dennoch nicht vergessen könne. Sicherlich hätten die Deutschen weder das Recht noch die Position, Richter zu spielen. Gott allein könne richten. Er empfinde es jedoch als eine schlimme Sache, wenn viele der gutwilligen Deutschen von heute das Gefühl vermittelt bekämen, daß sie an einer Kollektivschuld tragen müßten. Alle diese Deutschen bekennen sich zur deutschen Geschichte wie er selbst. Die Bilder von Auschwitz müssen jedem Menschen die Stimme verschlagen. Daß dennoch in den letzten Jahrzehnten eine Verständigung möglich wurde, sei ein großartiges Ergebnis. Er sehe seine Aufgabe darin, diese Verständigung noch weiter zu vertiefen, und er wisse, daß viele andere dies auch wollten.

Der Rechtsradikalismus spiele heute in der Bundesrepublik keine wirkliche Rolle. Bei der letzten Bundestagswahl am 6. März 1983 hätten die Rechtsradikalen nur 0,2% der Stimmen erhalten. Dies sei die Realität. Dennoch müsse er bekennen, daß die Deutschen erst heute für Hitlers Verbrechen moralisch bezah-

³ Konrad Adenauer, Ludwig Erhard, Kurt Georg Kiesinger und Rainer Barzel.

len müßten. Nach dem extremen Chauvinismus und Nationalismus im Dritten Reich sei man nach dem Zweiten Weltkrieg in das andere Extrem verfallen: Alle Symbole der deutschen Nation seien mehr oder weniger abgelehnt worden. Wichtige Werte einer Nation seien ausgeklammert worden. Er habe jedoch den Eindruck, daß das Pendel heute wieder in die Mitte zurückschwinge. Wenn er sehr offen sein solle, müsse er sagen, daß die Wahrheit wahrscheinlich darin liege, daß die Normalität wahrscheinlich erst nach dem Tode der betroffenen Generationen eintreten werde.

Er wolle nur an die Worte erinnern, die der Vorgänger von Ministerpräsident Shamir zu seinem Vorgänger gefunden habe.⁴ Er habe damals Bundeskanzler Schmidt verteidigt.⁵ Dieses Beispiel mache aber deutlich, daß es um die prinzipielle Frage ginge, die Mitte wieder zurückzufinden. Ministerpräsident Shamir solle wissen, daß es in der Bundesrepublik Deutschland keinen Rückfall in Rassismus oder Neonazismus geben werde. Wenn es eine nationale Herausforderung gebe, dann bestünde sie darin, daß die DDR versuche, die Idee des Nationalismus mit dem Kommunismus zu verbinden. Jeder wisse aus der Geschichte, daß die Verbindung zwischen dem Kommunismus und dem Nationalismus eine gefährliche Mischung darstellen könne.

Alle diese persönlichen Anmerkungen sollen dazu dienen, erklärte der Bundeskanzler, seine prinzipielle Position gegenüber Israel und den Juden deutlich zu machen.

Ministerpräsident *Shamir* bedankte sich herzlich für die persönlichen Worte des Bundeskanzlers zu der schrecklichen Vergangenheit des Hitler-Regimes. Er sei sehr froh über das tiefe Verständnis des Bundeskanzlers für die Gefühle der Menschen hier in Israel. Diese Gefühle seien sehr schwer zu analysieren. Israel sei auf dem Fundament des Holocaust errichtet worden. Er sei damals in Palästina gewesen, während seine Familie noch in Polen geblieben sei. Niemand von seiner Familie habe überlebt. Unsere Pflicht sei es, Leben zu schützen. Israel habe die Substanz seines Volkes verloren. Die sechs Millionen Toten der Nazizeit wären der wichtigste Teil des künftigen israelischen Volkes gewesen. Sie waren die Vorreiter der Idee Israels. 1945 hätten sie das Gefühl gehabt, daß sie allein gelassen seien ohne folgende Generationen. Heute könne er nur sagen, daß ein Wunder geschehen sei. Die Juden in Israel hätten beschlossen, daß jeder einzelne von ihnen an die Stelle von 100 treten müsse. 600 000 seien sie am Anfang gewesen. Sie hätten sowohl die Briten wie sechs arabische Staa-

⁴ Ministerpräsident Begin äußerte sich am 3. Mai 1981 vor Mitgliedern seiner Partei über Bundeskanzler Schmidt und ging dabei auf dessen Verhalten in der Zeit des Nationalsozialismus ein. Für den Wortlaut seiner Äußerungen vgl. den Artikel „Es ist nackte Arroganz und Frechheit...“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 5. Mai 1981, S. 2.

Zu weiteren Äußerungen in einem Rundfunkinterview, das am 7. Mai 1981 ausgestrahlt wurde, vgl. den Artikel „Angriffe israelischer Spitzenpolitiker gegen Schmidt dauern an“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 7. Mai 1981, S. 1.

Zu den Unstimmigkeiten zwischen der Bundesrepublik und Israel in diesem Zusammenhang vgl. AAPD 1981, II, Dok. 132.

⁵ Am 6. Mai 1981 wurde in der Presse berichtet, der CDU-Vorsitzende Kohl habe die Äußerungen des Ministerpräsidenten Begin vom 3. Mai 1981 als „maßlos überzogen“ bezeichnet und die „dramatische Verschlechterung“ der deutsch-israelischen Beziehungen als „erschreckend“ bewertet. Vgl. den Artikel „Auch Peres kritisiert Schmidt“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 6. Mai 1981, S. 2.

Kohl wies die Äußerungen von Begin ferner am 7. Mai 1981 im Bundestag zurück. Für den Wortlaut seiner Ausführungen vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 118, S. 1722.

ten gegen sich gehabt. Dennoch sei es gelungen, einen eigenen Staat zu begründen. Dies sei ihre nationale Aufgabe gewesen: einen Staat zu gründen, ohne die sechs Millionen, die ermordet worden seien. Sie hätten den Staat mit denen gegründet, die von überall hergekommen seien.

Der Anfang sei sehr schwierig gewesen. Große Anstrengungen hätten sie auf sich nehmen müssen, um eine neue jüdische Nation zu gründen. Heute habe Israel vier Millionen Einwohner. Angesichts der Feinde, die sie umgäben, sei dies eine kleine Zahl. Auch bei den heute lebenden Juden in Israel gebe es noch sehr tiefsitzende Gefühle gegenüber den Deutschen. Als Ben Gurion entschieden habe, die Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland aufzunehmen⁶, habe er sehr unterschiedliche Gefühle ausgelöst. Zehntausende hätten seine Entscheidung nicht akzeptiert, viel mehr, als es noch heute seien. Die Zeit heile die Wunden am besten. Der gute Wille von Konrad Adenauer sei akzeptiert worden. Heute gebe es gute und freundschaftliche Beziehungen, dennoch bleibe die Vergangenheit lebendig. Dies habe er in den letzten Stunden erleben können, fügte der *Bundeskanzler* hinzu.⁷

Ministerpräsident *Shamir* fuhr fort, daß sein Sohn in Israel geboren worden sei, dennoch sei auch ihm die Geschichte bewußt. Die Araber, die heute gegen Israel kämpfen, seien alle Bewunderer Hitlers gewesen. Für sie sei Hitler bis heute ein Held geblieben.

Was geschehe jedoch heute? Der Bundeskanzler habe ihn aufgefordert, offen zu sprechen. Er wolle deshalb zwei Fragen stellen:

1) Er habe gestern in der Knesset eine Parlamentarier-Delegation empfangen, deren Mitglieder früher Insassen im KZ gewesen seien. Sie hätten ihn aufgefordert, den Bundeskanzler zu fragen, warum er die Waffen-SS rehabilitiere. In Israel sei die SS immer noch ein schreckenerregendes Wort und erinnere an das Ghetto in Warschau und an die SS-Besatzungen in den KZs. Diese Parlamentarier konnten nicht verstehen, daß der Bundeskanzler gesagt habe, daß die Mitglieder der SS Soldaten gewesen seien.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, daß er es verstehen könne, daß jemand, der die SS-Einsatzgruppen erlebt habe, immer daran denken werde. Seine persönliche Erfahrung müsse so schrecklich sein, ein Trauma, das in sein Herz eingegraben bleiben werde, so daß er nie werde vergessen können. Dennoch wolle er jedoch hinzufügen, daß gerade die Deutschen dazu aufgerufen seien, aus der Geschichte zu lernen. Dies heiße, daß die Deutschen nie wieder kollektive Urteile zulassen dürften, wie sie gerade in der Nazizeit üblich waren, z. B. die Juden, die Freimaurer, die Jesuiten. Genauso falsch sei es zu sagen: die SS. Dies sei objektiv

⁶ Die Bundesrepublik und Israel schlossen am 10. September 1952 in Luxemburg ein Abkommen, das u. a. Wiedergutmachungsleistungen und zu deren Durchführung die Einrichtung einer israelischen Mission in der Bundesrepublik vorsah. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1953, Teil II, S. 37–97. Vgl. dazu ferner AAPD 1952, Dok. 197, Dok. 209 und Dok. 211.

Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel erfolgte am 12. Mai 1965. Vgl. dazu AAPD 1965, II, Dok. 203.

⁷ Bundeskanzler Kohl besuchte am 24. Januar 1984 die Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem. In der Presse wurde berichtet, Kohl sei von ca. 200 Demonstranten, von denen viele als KZ-Häftlinge gekleidet gewesen seien, mit dem Ruf „Nazis raus“ empfangen worden. Vgl. dazu den Artikel „Demonstration gegen Kohl“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 25. Januar 1984, S. 2.